

# DIE EMIGRANTEN DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION IN HOCHSTIFT UND DIÖZESE BAMBERG

MATTHIAS WINKLER



UNIVERSITY OF  
BAMBERG  
PRESS

# Bamberger Historische Studien

Band 5

Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg

Band 13

# Bamberger Historische Studien

hrsg. vom  
Institut für Geschichte  
der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Band 5

## Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg

hrsg. im Auftrag der  
Stadt Bamberg vom Stadtarchiv Bamberg

Band 13



University of Bamberg Press

2010

# Die Emigranten der Französischen Revolution in Hochstift und Diözese Bamberg

Matthias Winkler



University of Bamberg Press

2010

## Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Informationen sind im Internet über <http://dnb-nb.de> abrufbar.

Dieser Band ist als freie Onlineversion über den Hochschulschriften-Server (OPUS; <http://www.opus-bayern.de/uni-bamberg/>) der Universitätsbibliothek Bamberg erreichbar. Weiterverbreitung in digitaler Form, die Vervielfältigung von Auszügen und Zitate sind unter Angabe der Quelle gestattet. Übersetzung oder Nachdruck des gesamten Werkes oder vollständiger Beiträge daraus wird mit der Auflage genehmigt, der Universitätsbibliothek der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, D-96045 Bamberg, ein Exemplar der Publikation kostenlos zu überlassen.

Bitte schonen Sie Bibliotheksexemplare und verzichten Sie auf die Anfertigung von Kopien. Laden Sie stattdessen die PDF-Datei auf Ihren Computer und drucken Sie die Seiten aus, von denen Sie Kopien benötigen. Die vollständigen bibliographischen Angaben sind am Ende jedes Beitrags eingefügt.

Herstellung und Druck: Digital Print Group, Nürnberg

Umschlaggestaltung: Stefan Biessenecker/Dezernat Kommunikation und Alumni

© University of Bamberg Press Bamberg 2010

<http://www.uni-bamberg.de/ubp/>

ISSN 1866-7554 (University of Bamberg Press)

ISSN 0936-4757 (Stadtarchiv Bamberg)

ISBN 978-3-923507-78-8 (University of Bamberg Press)

ISBN 978-3-929341-34-8 (Stadtarchiv Bamberg)

eISBN 978-3-923507-79-5 (University of Bamberg Press)

URN: urn:nbn:de:bvb:473-opus-2555

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	9
Danksagung.....	11
<b>1. Einleitung.....</b>	<b>13</b>
1.1. Ein deutscher Publizist und die Emigranten der Revolution.....	13
1.2. Forschungsgeschichte und Forschungsstand .....	19
1.3 Hochstift und Diözese Bamberg: Forschung und Quellen.....	22
1.3.1 Forschung .....	22
1.3.2 Quellen und Methodik.....	24
1.4 Fragestellungen.....	29
<b>2. Historische Migrationsforschung und Modellbildung .....</b>	<b>33</b>
2.1 Sozialwissenschaftliche und historische Migrationsforschung .....	33
2.2 Das Modell der push- und pull-Faktoren nach Lee (1966) .....	35
<b>3. Die Französische Revolution als Epoche .....</b>	<b>39</b>
3.1 Revolution und Emigration.....	40
3.2 Das Alte Reich und die Revolution: Das Zeitalter der Koalitionskriege (1792–1801).....	43
3.2.1 Gegenrevolution und Reichskrieg .....	44
3.2.2 Geistliche Staaten und Säkularisation .....	46
3.2.3 Die Friedensschlüsse von Basel und Campo Formio und der 2. Koalitionskrieg .....	48
3.3 Das Hochstift Bamberg und die französischen Einfälle von 1796 und 1800/01.....	51

<b>4. Die Bamberger Obrigkeit vor dem Problem der Emigration . . . . .</b>	<b>55</b>
4.1 Die Emigrantenverordnungen unter den Bamberger Fürstbischöfen .	55
4.1.1 Franz Ludwig von Erthal . . . . .	55
4.1.2 Christoph Franz von Buseck . . . . .	64
4.2 Hilfs- und Unterstützungsleistungen . . . . .	74
4.2.1 Die Bamberger Kollekte für die Emigrantenkolonie in Konstanz . .	74
4.2.2 Reichsstände unter Bamberger Schutz . . . . .	77
<b>5. Quantitative Strukturanalyse . . . . .</b>	<b>79</b>
5.1 Zwei Räume: Hochstift und Diözese . . . . .	80
5.2 Emigranten in Bamberg . . . . .	82
5.3 Sozialstruktur . . . . .	86
5.3.1 Geistliche . . . . .	87
5.3.2 Adlige . . . . .	93
5.3.3 Der Dritte Stand . . . . .	95
5.3.4 Alter . . . . .	95
5.4 Räumliche Verteilung . . . . .	96
5.5 Vergleich . . . . .	101
5.5.1 Die Fürstentümer Ansbach und Bayreuth . . . . .	101
5.5.2 Das Hochstift Würzburg . . . . .	105
<b>6. Transfer und Rezeption . . . . .</b>	<b>109</b>
6.1 Kulturtransfer und Akkulturationsprozess . . . . .	109
6.1.1 Allgemeine Typologie der revolutionsbedingten Emigration . . . .	110
6.1.2 Die hugenottische Emigration als Kontrastfolie . . . . .	111
6.2 Religiöse Kulturen . . . . .	113
6.3 Unternehmerische Initiativen . . . . .	115

6.4 Eine Emigrantenkarriere: Der Abbé Gérard Gley .....	120
6.4.1 Biographisches bis 1794 .....	121
6.4.2 Die Bamberger Zeit (1795–1806) .....	123
6.4.3 Steile Karriere und Ende (1806–1830) .....	131
 7. Lebenswelten .....	 133
7.1 Alltag in der Emigration? .....	133
7.1.1 Seelsorge .....	133
7.1.2 Berufliche Tätigkeit .....	137
7.2 Personale Netzwerke und Standessolidarität .....	138
7.3 Von der Emigration zur Integration .....	143
7.3.1 Spracherwerb .....	143
7.3.2 Heirat und Bürgerrecht .....	145
7.4 Krankheit und Tod in der Fremde .....	146
7.4.1 Das Allgemeine Krankenhaus .....	147
7.4.2 Testamente und Erbschaftsstreitigkeiten .....	150
 8. Ambivalenzen der Wahrnehmung .....	 155
8.1 Bürgerschaft und Unterstützung .....	155
8.2 Ablehnung und Beschwerde .....	158
 9. Schlussbetrachtung .....	 165
 10. Prosopographie .....	 173
 11. Anhang .....	 197
11.1 Archivalien .....	197
11.2 Literaturverzeichnis .....	201



11.3 Abkürzungsverzeichnis.....	210
11.4 Abbildungsnachweis.....	211
12. Abstract .....	213

## Vorwort

Es kommt nicht häufig vor, dass man bei der Lektüre einer Examensarbeit den Eindruck gewinnt, eine Studie vor sich zu haben, die unbedingt gedruckt werden sollte. Matthias Winklers 2009 im Fach Neuere Geschichte vorgelegte Diplomarbeit über die Emigranten der Französischen Revolution in Hochstift und Diözese Bamberg ist einer dieser seltenen Fälle.

Während zu anderen Städten und Territorien des Heiligen Römischen Reiches bereits einschlägige Studien vorliegen, war dieses Thema für die Gebiete, in denen der Bischof von Bamberg geistliche und weltliche Herrschaftsrechte ausübte, bislang nur ungenügend erforscht. Die lange Zeit maßgebliche Studie von Wilhelm Wühr über die französischen Emigranten im Bayerischen und Fränkischen Reichskreis entstand bereits 1938 und stützte sich vor allem auf normative Quellen. Demgegenüber geht es Winkler darum, über die obrigkeitliche Normsetzung hinaus auch die Praxis des Umgangs mit den Revolutionsflüchtlingen, ihre Wahrnehmung, die Sozialstruktur der Emigranten und die mit der Emigration verbundenen kulturellen Transferprozesse zu untersuchen. Um dieses anspruchsvolle Programm einlösen zu können, hat er in den Bamberger Archiven ein breites Spektrum an Quellen gesichtet, das von Akten und Protokollen der Regierungs- und Verwaltungsbehörden bis hin zur Aktenüberlieferung einzelner Pfarreien reicht. Auf der Basis dieses Quellenmaterials gelingt es ihm, ein weitaus umfassenderes und differenzierteres Bild dieser Emigration zu entwerfen als frühere Arbeiten. Darüber hinaus stellen die Daten zu über 260 Emigranten, die in einem prosopographischen Anhang zusammengestellt sind, eine wertvolle Grundlage für weitere regionalgeschichtliche Forschungen dar.

In der Parallelveröffentlichung dieser Arbeit in den „Bamberger Historischen Studien“ und der Schriftenreihe des Stadtarchivs Bamberg kommt nicht zuletzt die enge und fruchtbare Zusammenarbeit der Bamberger Geschichtswissenschaft mit dem Stadtarchiv, die sich bereits in einer Reihe von Abschlussarbeiten und Dissertationsprojekten niedergeschlagen hat, zum Ausdruck.

Bamberg, im Juni 2010

Mark Häberlein



# Danksagung

Bei der hier vorliegenden Studie handelt es sich um die redigierte Version meiner Diplomarbeit im Fach Neuere Geschichte, die im Laufe des Jahres 2009 entstand.

Die Veröffentlichung einer Abschlussarbeit ist alles andere als selbstverständlich und gibt Anlass, einer Reihe von Personen Dank zu sagen.

Den Anstoß zum Thema gab Prof. Dr. Mark Häberlein, der die Arbeit über die Stadien ihrer Entwicklung als Erstkorrektor betreut und stets umsichtig Rat erteilt hat. Ihm danke ich an dieser Stelle ausdrücklich für die Aufnahme der Arbeit in die Institutsreihe „Bamberger Historische Studien“. Als Zweitkorrektor stand mir Prof. Dr. Andreas Dix hilfreich zur Seite. Dem Direktor des Bamberger Stadtarchivs, Dr. Robert Zink, gilt mein Dank für die parallele Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe des Stadtarchivs. Den Mitarbeitern in den Bamberger Archiven verdanke ich viele Hinweise, geduldige Erläuterungen der durchaus nicht leicht zu durchschauenden Strukturen des Bamberger Hochstifts und so manche wertvolle Anregung. Bei der Erstellung der Satzvorlage und allen technischen Detailfragen konnte ich auf die Hilfsbereitschaft und den Erfahrungsschatz von Johannes Staudenmaier M.A. zählen. Allen, die zum Gelingen der Arbeit und der Publikation beigetragen haben, sei herzlich gedankt.

Die Druckkosten wurden vom Lehrstuhl für Neuere Geschichte und dem Bamberger Stadtarchiv getragen. Auch hierfür mein verbindlicher Dank!

Bamberg, im Juni 2010

Matthias Winkler



# 1. Einleitung

## 1.1 Ein deutscher Publizist und die Emigranten der Revolution

Georg Friedrich Rebmann hatte keine hohe Meinung von den Emigranten der Französischen Revolution. Der im Jahr 1768 im fränkischen Sugenheim bei Neustadt an der Aisch geborene Publizist und leidenschaftliche Republikaner veröffentlichte in dem von Gottfried Leberecht Vollmer herausgegebenen Journal *„Das neue graue Ungeheuer“* 1795 ein Pamphlet, das ob seiner Polemik und rhetorischen Schärfe eine veritable Philippika gegen die französischen Auswanderer darstellt.<sup>1</sup> Unter dem recht zurückhaltend anmutenden Titel *„Die französischen Emigranten in Deutschland und die deportierten Priester bei ihrer Wiederaufnahme in Frankreich“* entwickelt Rebmann eine Charakteristik der nach Deutschland gekommenen Emigranten, die jegliche Spur von Milde und Mäßigung vermissen lässt.

Rebmann unterscheidet grundsätzlich drei Hauptmotive für die Emigration: Die erste Gruppe der Auswanderer bilden diejenigen, die eine *„natürliche Abneigung gegen die Entwicklung im Vaterland“* vereint. Die zweite besteht aus jenen, die es aus Furcht vor der *Terreur* in die angrenzenden Staaten getrieben hat, und die dritte umfasst schließlich all jene, die durch ihre politischen oder familiären Beziehungen während des ausgehenden *Ancien Régime* derart kompromittiert waren, dass sie aus Furcht um Leib und Leben Frankreich verlassen haben.<sup>2</sup>

Zwei soziale Gruppen sind es, auf die es der eifernde Revolutionsanhänger ganz besonders abgesehen hat: die Adligen, Inbegriff des *Ancien Régime*, und die Priester, die den Treueschwur auf die Verfassung, wie ihn die Nationalversammlung am 12. Juli 1790 beschlossen hatte, verweigerten und sich aus diesem Grund in an-

1 Zur Biographie Rebmanns einleitend Georg SEIDERER, Johann Andreas Georg Friedrich v. Rebmann, in: NDB 21, Berlin 2002, S. 226–228; ausführlicher bei Christian WIRTH, Der Jurist Johann Andreas Georg Friedrich Rebmann zwischen Revolution und Restauration, Frankfurt/M. u. a. 1996 und Elmar WADLE/Gerhard SANDER (Hrsg.), Georg Friedrich Rebmann (1768–1824), Sigmaringen 1997.

2 Zitiert aus: Georg Friedrich Rebmann, Werke und Briefe in drei Bänden, hrsg. v. Hedwig VOEGT/Werner GREILING/Wolfgang RITSCHEL, Berlin 1990, Bd. 3, S. 94 (künftig nur REBMAN 1794/95).

grenzende Staaten flüchteten. Welchen Einfluss diese Emigranten auf Sittlichkeit und Wohlstand in Deutschland haben, steht als programmatische Leitfrage über dem Text.

Der allgemeine Charakter der Adligen, so Rebmann, zeige sich geradezu beispielhaft in der Residenzstadt des Kurfürsten von Trier, in Koblenz. Um den Prince de Condé<sup>3</sup> hatte sich dort ab Mitte 1791 eine große Kolonie emigrierter französischer Adliger versammelt, deren Wesensart sich in den Augen des deutschen Journalisten Rebmann besonders negativ ausnahm:

*„Höhnender Stolz, tierische Brutalität gegen Andersdenkende und Geringere, Verschwendung, Sittenlosigkeit, Rachsucht, Hass gegen Aufklärung, Vernunft und Ordnung – dies sind die hervorstechendsten Eigenschaften dieser Flüchtlinge, so lange sie noch Vermögen besitzen, oder von ihren einheimischen Brüdern unterstützt wurden. Jetzt sind sie arm, verachtet, fast aller Hoffnung beraubt, aber dadurch noch keineswegs gebessert.“<sup>4</sup>*

Zusammen mit ihren geistlichen Schicksalsgenossen, deren Mehrheit – ihrer Präbenden verlustig gegangen – in völliger Armut Deutschland durchstreifte, befanden sich im Jahr 1795 seiner Schätzung zufolge etwa 30.000 Emigranten in den zum Heiligen Römischen Reich gehörenden Staaten. Rebmann listet in seiner Generalabrechnung neun Einzelaspekte auf, durch welche sich diese Franzosen bei der einheimischen Bevölkerung besonders unbeliebt gemacht hätten:

1. „Stolz“, 2. „Hass gegen Deutsche“ und die deutsche Sprache, 3. „Salopperie“ und 4. „eine unveränderliche Hartnäckigkeit bei verjährten Vorurteilen“. Dazu 5. „eine grenzenlose Unwissenheit“, besonders bei Geistlichen,<sup>5</sup> 6. „eine außerordentliche

3 Louis V. Joseph de Bourbon-Condé (1736–1818), Herzog von Bourbon und 8. Prince de Condé.

4 REBMAN 1794/95, S. 95.

5 *IBID.*, S. 97: „Es ist wirklich unglaublich und hat mich oft über die allgemein gepriesene Aufklärung des ehemaligen Frankreichs zweifelhaft gemacht, wie unendlich verwahrlost die ehemaligen Volkslehrer dieses Landes in aller Art von Kenntnissen sind. Man trifft bei diesen Menschen weiter nichts als die Spuren der Klostererziehung, ein barbarisches Latein und einen festen Glauben an die abgeschmacktesten Dogmen ihrer Kirche an.“



Abb. 1: Georg Friedrich Rebmann (1768–1824)



*Bigotterie“<sup>6</sup>, 7. „einen unbeschreiblichen Undank“<sup>7</sup> 8. „eine außerordentliche Gefräßigkeit und Mangel an aller Lebensart“<sup>8</sup> und schließlich 9. „eine alles übertreffende Faulheit und Arbeitsscheue“<sup>9</sup>.*

Die Geistlichen, die nach dem Ende der Terrorherrschaft Robespierres und des Wohlfahrtsausschusses (1794) nun „wie die Heuschrecken“ nach Frankreich zurückkehrten, „verdunkeln wie diese [die Heuschrecken, d. A.] durch ihre Streifereien das Licht der Sonne und zerstören alles Gute, was die Philosophie in Frankreich seit 1789 aussäte und das allenthalben so glücklich aufzukeimen begann.“<sup>10</sup> Von den weiterhin im Heiligen Römischen Reich lebenden, unverbesserlichen Adligen ginge nunmehr die Gefahr aus, dass sie Einfluss auf die Politik deutscher Fürsten nähmen und diese „zu schlechten Maßregeln gegen ihre Untertanen“ verleiteten.<sup>11</sup> Hintergrund für diesen Kritikpunkt mag die Anwesenheit einer Abordnung französischer Emigranten unter dem Comte d'Artois (dem späteren König Karl X.) bei dem Zusammentreffen Kaiser Leopolds II. mit dem König von Preußen, Friedrich Wilhelm II., im August 1791 auf Schloss Pillnitz bei Dresden gewesen sein.

Auch die Probleme, die mit der Zerstreuung der Emigrantenarmee des Prince de Condé nach dem Feldzug von 1792 einhergingen, müsse man berücksichtigen: Dessen Anhänger seien inzwischen über ganz Deutschland verteilt und entzögen den einheimischen Armen das ihnen zustehende Almosen.<sup>12</sup>

Rebmann formuliert ausgehend von diesen Erfahrungen den Vorschlag, ein „allgemeines Gesetz“ zu beschließen, das verbindliche Regelungen betreffs der Emigranten schaffen soll. Danach sollten die Reichen von ihnen zwar in Deutschland

6 REBMANN 1794/95, S. 98: „Der Verfasser dieses Aufsatzes war Zeuge, daß solche Geistliche beim Eintritt in einen Gasthof sich sorgfältig erkundigten, welcher Religion der Wirt zugetan sei, und mit allen Zeichen des äußersten Entsetzens und Abscheu sich schleunig entfernten, als sie hörten, es sei ein Protestant.“

7 IBID., S. 98: „Gewohnt der fetten Klosterspeisen, war ihnen die gute deutsche Hausmannskost zu schlecht.“

8 IBID., S. 99: „Ihre Gefräßigkeit, ihre ekelhafte Unreinlichkeit, ihr Umgang mit den niedrigsten Gassendirnen machte sie allgemein verhasst.“

9 IBID., S. 99: „Unter allen den Geistlichen aber, die ich kenne und unter denen viele derbe und vier-schrötige Bengel anzutreffen sind, kenne ich keinen, der sich zu irgendeiner Art Handarbeit entschlossen hätte. Brevierbeten, verhetzen, sich an alte Betschwestern anschmiegen, Uneinigkeiten in Familien stiften – das ist es, was diese Menschen als die einzige Art Arbeit ansehen, welche sich für sie schickt.“

10 IBID., S. 101.

11 IBID., S. 104.

12 IBID., S. 104f.

bleiben dürfen, allerdings ohne Anspruch auf Unterstützungsleistungen. Die armen Emigranten, die außerstande seien, sich selbst zu versorgen, und deren Rückkehr nach Frankreich nicht möglich sei, sollten jedoch geduldet und alimentiert werden. Dabei seien all jene, die sich lediglich in Deutschland aufhielten, weil sie sich den französischen Gesetzen nicht unterwerfen wollen, ebenso auszuweisen wie diejenigen, die sich weigerten für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten. Letztere sollten in Arbeits- und Zuchthäuser verbracht werden. Falls sie sich den dortigen Umständen nicht fügten, sollten sie mit einem *F* (faul) gebrandmarkt und des Landes verwiesen werden. Rebmann beschließt seinen Aufsatz mit einem Satz, der in Bezug auf die vorangegangenen Vorschläge äußerst zynisch anmutet: *„Ein solches Gesetz würde uns von einer Menge unnützer Tagediebe befreien, ohne die Pflichten der Menschlichkeit zu verletzen.“*<sup>13</sup>

Die in diesen drastischen Formulierungen offenbar werdende Fundamentalkritik entsprach durchaus der politischen Ausrichtung der Vollmerschen Zeitschrift. Diese stellte sich nicht nur hinsichtlich des Titels bewusst in die Tradition des von Wilhelm Ludwig Wekhrlin von 1784 bis zu seiner Verhaftung 1787 herausgegebenen Journals *„Das graue Ungeheur“*, das damals als eines der progressivsten Publikationsorgane Deutschlands galt, für das unter anderen auch Georg Christoph Lichtenberg geschrieben hatte.<sup>14</sup> So nimmt es auch nicht wunder, dass nach nur fünf Ausgaben von *„Das neue graue Ungeheur“* die Zensurbehörde im Herbst 1795 auch die Vollmersche Verlagsanstalt in Erfurt schloss, was Rebmann zur Flucht in die Freie Stadt Hamburg veranlasste.<sup>15</sup> Nach einem kurzen Aufenthalt dort ging er nach Paris, wo er als Schriftsteller die Direktoriumszeit bis Ende 1798 dokumentierte und anschließend als Richter am Kriminalgericht des Départements du Mont-Tonnerre in Mainz bestellt wurde.<sup>16</sup>

Nun stellt die hier geäußerte Kritik Rebmanns, die durch Aufklärungs- und Revolutionsenthusiasmus einerseits und Abneigung gegen kirchliche Orthodoxie sowie adlige Kabale und Dekadenz andererseits gekennzeichnet und nicht zuletzt auch mit satirischen Elementen durchzogen ist, zwar ein authentisches Zeugnis

13 REBAMNN 1794/95, S. 107.

14 Die gezielte Anknüpfung an Wekhrlin zeigt sich auch in der Nutzung des gleichen Pseudonyms. Wekhrlin veröffentlichte seine Schriften unter dem Namen Anselmus Rabiosus, während Rebmann sich selbst Anselmus Rabiosus der Jüngere nannte.

15 REBAMANN 1794/95, S. 22–27 [Einleitung].

16 SEIDERER, Rebmann, S. 227.

über die Wahrnehmung der französischen Emigranten dar, aber sie bleibt natürlich ein politisch gefärbtes Pamphlet eines gesellschaftskritischen Autors. Dennoch, gerade aus ihr lässt sich eine ganze Reihe von Aspekten herauslesen, die im Zusammenhang mit dem Migrationsphänomen während der Revolutionsepoche von allgemeiner Bedeutung sind: zu denken ist dabei etwa an die betroffenen soziologischen Gruppen, an die Schwierigkeiten und Probleme, die sich mit der Subsistenz der vielen über das Land verstreuten Emigranten verbinden, oder gar an die politischen Implikationen während der beiden ersten Koalitionskriege (1792–1797 und 1799–1801), um nur drei Gesichtspunkte zu nennen.

Dass es sich bei der durch die Französische Revolution induzierten Emigrationsbewegung aus Frankreich tatsächlich um ein Phänomen handelt, das im Umfeld der großen (Um-)Brüche in der „Sattelzeit“ (R. Koselleck) von kaum zu unterschätzender Bedeutung ist, kann sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht belegt werden.

Der Historiker Donald Greer legte im Jahre 1951 eine statistische Analyse der Auswanderer in seinem Buch *„The incidence of the emigration during the French Revolution“* vor, die trotz einer Fülle von Spezialstudien und Ergänzungen im Einzelfall bis heute die Basis für die quantitative Annäherung an das Thema darstellt. Bei allen quellentechischen Schwierigkeiten und Mängeln errechnet Greer die Zahl von insgesamt knapp über 129.000 namentlich nachweisbaren Emigranten, die im Laufe der Revolutionsepoche ihre Heimat verlassen haben – innerfranzösische Migration und Auswanderung aus den vom revolutionären Frankreich okkupierten Gebieten nicht eingeschlossen.<sup>17</sup>

Aber nicht nur aufgrund der schieren Anzahl waren die französischen Revolutionsflüchtlinge, die *émigrés*, während der letzten zwei Jahrhunderte Gegenstand historischer Forschung. Wie man am einleitenden Beispiel des Publizisten Georg Friedrich Rebmann erkennen kann, waren sie bereits in zeitgenössischen Debatten Auslöser leidenschaftlicher politischer Auseinandersetzung.<sup>18</sup>

17 Donald GREER, *The incidence of the emigration during the French Revolution*, Gloucester 1966 [Reprint der Ausgabe von 1951], S. 111 (Tabelle 1). Bei den 129.000 Emigranten handelt es sich um namentlich nachweisbare Auswanderer. GREER geht von zusätzlichen 20.000 bis 30.000 Emigranten aus, deren Namen sich nicht in Quellen niedergeschlagen haben, sodass demnach mit 150.000 bis 160.000 französischen Auswanderern zu rechnen ist, s. *IBID.*, S. 20.

18 Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Thematik der Emigration innerhalb der zeitgenössischen Publizistik, illustriert mit vielen Textbeispielen, findet man bei Harro ZIMMERMANN, *Die Emigranten der französischen Revolution in der deutschen Erzählliteratur und Publizistik um 1800*

## 1.2 Forschungsgeschichte und Forschungsstand

Aus nahe liegenden Gründen ist es die französische Historiographie, die sich am umfassendsten „ihren“ Emigranten gewidmet hat. Wie Thomas Höpel zusammenfassend konstatiert, wurde das Thema der Emigranten der Französischen Revolution bis ins 20. Jahrhundert hinein weitestgehend unter politikgeschichtlichen Aspekten untersucht, wobei „die gegensätzlichen Diskurse von Republikanern und Konservativen auch dadurch gekennzeichnet waren, dass sie durch die jeweiligen politischen Einstellungen (insbesondere die Haltung zur Republik und zur Nation) bestimmt wurden. Die Beschäftigung mit bestimmten Akteuren der Revolution diente damit zugleich der Traditionsstiftung.“<sup>19</sup>

Im konservativ-royalistischen Diskurs Frankreichs stand der Versuch im Mittelpunkt, das harte Schicksal der Emigration herauszustellen, was durch die große Zahl der im nachnapoleonischen Frankreich erschienenen Memoiren einzelner Auswanderer literarisch belegt wurde.<sup>20</sup> Im republikanischen Diskurs herrschte dagegen trotz unterschiedlicher Schattierungen der schon bei Rebmann durchschimmernde Topos eines konterrevolutionären Komplotts des geflüchteten französischen Hochadels vor, d. h. Konterrevolution und Emigration erschienen gewissermaßen als zwei Seiten derselben Medaille.<sup>21</sup> Als Erinnerungsort *par excellence* und gleichsam Legitimation für diese perspektivische Interpretation darf wieder die Stadt Koblenz mit ihrer berüchtigten Emigrantenkolonie gelten.

(avec résumé français), in: *Francia* 12 (1984), S. 305–354, zur journalistischen Publizistik bes. Kapitel II, S. 306–315. Der grundlegende Aufsatz zur Wahrnehmung und Bewertung des revolutionären Frankreichs im ersten Koalitionskrieg mit einer Fülle weiterer Zeugnisse stammt von Erich SCHNEIDER, *Revolutionserlebnis und Frankreichbild zur Zeit des ersten Koalitionskriegs (1792–1795)* (avec résumé français), in: *Francia* 8 (1980), S. 277–393, bzw. als Extrakt Erich SCHNEIDER, *Das Bild der französischen Revolutionsarmee (1792–1795) in der zeitgenössischen Publizistik*, in: *Deutschland und die Französische Revolution*, hrsg. v. Jürgen VOSS, München/Zürich 1983, S. 194–213.

19 Thomas HÖPEL, *Emigranten der Französischen Revolution in Preußen 1789–1806*, Leipzig 2000, S. 14.

20 Etwa Antoine de SAINT-GERVAIS, *Historie des émigrés français depuis 1789 jusqu'en 1728*, 3 Bde., Paris 1828. Bis ins 20. Jahrhundert hinein hat diese Tradition Bestand, vgl. Ghislain de DIESBACH, *Histoire de l'émigration 1789–1814*, Paris 1975. Ein Beispiel für die Memoiren-Literatur sei angefügt: Pierre-Hippolyte-Léopold PAILLOT, *Zuflucht Rhein/Ruhr. Tagebuch eines Emigranten*, Essen 1988.

21 HÖPEL, *Emigranten in Preußen*, S. 15.

Mit Greers statistischen Untersuchungen wurde dieser bisher eher konfrontative Diskurs um sozialhistorische Charakteristika erweitert, zumal aus seinen Zahlen hervorging, dass eine große Zahl der Auswanderer weder zum ersten noch zum zweiten Stand der französischen Gesellschaft gehörte. In der Folge entstanden mehrere Studien, die die quantitativen Aspekte, welche von Greer erstmals in vollem Umfang ausgeführt wurden, aufgriffen.<sup>22</sup>

Auch in der deutschsprachigen Geschichtsforschung stellten die Emigranten der Französischen Revolution ein vielfach behandeltes Sujet dar. Bereits in der klassischen Revolutions- und Koalitionskriegsgeschichtsschreibung eines Leopold von Ranke oder Heinrich von Sybel finden sie Erwähnung.<sup>23</sup> In das Zentrum des wissenschaftlichen Interesses rücken sie, trotz einiger Lokalstudien im 19. Jahrhundert, erst ab der Zwischenkriegszeit.<sup>24</sup> Auch hier steht vor allem das Motiv der konterrevolutionären und umtriebigen Emigranten vor dem Hintergrund der außenpolitischen Beziehungen zwischen dem Alten Reich und Frankreich im Mittelpunkt. Frühe Arbeiten, die neben den diplomatiehistorischen Aspekten der Auswanderung auch die Lebensumstände der Emigranten thematisieren, haben, so Höpel, dabei jedoch vornehmlich anekdotenhaften Charakter.<sup>25</sup>

Allen Studien ist gemein, dass sie einen räumlichen Ansatz auf lokaler oder regionaler Ebene verfolgen. Für das Heilige Römische Reich bedeutet das, dass als Untersuchungsraum vornehmlich einzelne Flächenstaaten, seltener Städte, gewählt wurden.<sup>26</sup> Der Vorteil einer solchen Forschungsperspektive liegt auf der Hand:

22 So etwa Georges ANDREY, *Les émigrés français dans le canton de Fribourg (1789–1815)*, Fribourg 1972; Dominic BELLENGER, *The French exiled clergy in the British Isles after 1789*, Bath 1986.

23 Leopold von RANKES „*Ursprung und Beginn der Revolutionskriege 1791 und 1792*“ oder Heinrich von SYBELS „*Geschichte der Revolutionszeit 1789 bis 1795*“.

24 Als Lokalstudien seien beispielhaft genannt SUTTNER, *Die emigrierten französischen Priester im Bistum Eichstätt*, in: *Pastoralblatt des Bistums Eichstätt* 23 (1876), S. 157–209, sowie Jakob REITHMEIER, *Die Emigranten in Regensburg*, in: *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland* 146 (1910), S. 700ff.

25 HÖPEL, *Emigranten in Preußen*, S. 21.

26 Zu den Emigranten im Heiligen Römischen Reich erschienen bisher Studien zu den Kurfürstentümern Trier und Mainz, der Kurpfalz, Kurhannover, den Hochstiften Paderborn und Münster, den kurkölnischen und preußischen Besitzungen in Westfalen, Preußen inklusive der Fürstentümer Brandenburg-Ansbach und Brandenburg-Bayreuth, dem Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel, der Markgrafschaft Baden sowie zu Österreich. Dazu kommen lokale Arbeiten zu den Städten Augsburg und Konstanz sowie zur kurtrierischen Residenzstadt Koblenz (s. Literaturverzeichnis).

Man betrachtet einen relativ klar abgegrenzten Raum und kann systematisch den archivalischen Niederschlag der Emigranten für ebendieses Territorium auswerten. Der Nachteil ist ebenso offensichtlich: Da die Emigranten im Zuge ihrer Reisen oftmals mehrere Territorien durchqueren, lässt sich die dem Migrationsvorgang innewohnende Dynamik mit der Untersuchung eines Gebietes kaum adäquat nachzeichnen. Der Gesamtvorgang der Emigration, oder besser: die Einbettung der Emigrationsproblematik in den Gesamtzusammenhang von Französischer Revolution und Reaktion des „Auslandes“ läuft Gefahr aus dem Blickfeld zu geraten.

Komparatistisch angelegte Studien, welche die Situationen und Bedingungen der Emigranten in mehreren Staaten des Reiches ins Verhältnis zu setzen versuchen, sind bisher zu unausgewogen und wirken daher recht schablonenhaft.<sup>27</sup> Eine Studie, die das gesamte Alte Reich im Hinblick auf die Emigranten der Französischen Revolution abdeckt, bleibt nach wie vor ein Desiderat.

Die jüngere Forschung bemüht sich um die Einbeziehung von Fragestellungen jenseits der reinen Diplomatiegeschichte. Elisabeth Kruse fokussiert ihre Arbeit zu den Emigranten in Kurhannover partiell auf deren publizistische Selbstdarstellung im Exil.<sup>28</sup> Bei Sabine Diezinger, die die französischen Emigranten in der Markgrafschaft Baden untersucht, spielen wirtschaftliche Aktivitäten der Auswanderer eine Rolle, ebenso wie eine Charakterisierung des „zeitgenössisches Bildes vom Emigranten“ in Frankreich und Deutschland.<sup>29</sup> Christian Henke widmet sich in seiner Studie zu Kurtrier und Koblenz nicht nur der Chronologie der Ereignisse rund um die bereits erwähnte Emigrantenkolonie, sondern bezieht in seine Untersuchung auch Fragen zum Auftreten der Emigranten und deren Wahrnehmung durch die ansässige Bevölkerung ein und diskutiert am Ende der Studie „Coblentz“ als Symbol der Gegenrevolution im politischen Diskurs der Zeit.<sup>30</sup> Thomas Höpel legt sein Hauptaugenmerk eher auf strukturgeschichtliche Aspekte und erweitert diese

27 Reines Nebeneinander der behandelten Territorien bei Peter VEDDELER, *Französische Emigranten in Westfalen 1792–1802*, Münster 1989; Bei HÖPEL, *Emigranten in Preußen*, wirkt die Kontrastierung Preußens mit Sachsen sowohl im Umfang als auch inhaltlich halbherzig.

28 Elisabeth KRUSE, *Die Emigranten der Französischen Revolution in Kurhannover*, Hannover 1900.

29 Sabine DIEZINGER, *Französische Emigranten und Flüchtlinge in der Markgrafschaft Baden (1789–1800)*, Frankfurt/M. u. a. 1991.

30 Christian HENKE, *Coblentz – Symbol für die Gegenrevolution*, Stuttgart 2000.

dann um Untersuchungen zum Kulturtransfer.<sup>31</sup> Daran anknüpfend widmet sich schließlich Thomas Biskup in seinem Aufsatz zu den Emigranten im Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel besonders ihren sozialen Interaktionen mit der einheitlichen Bevölkerung.<sup>32</sup>

## 1.3 Hochstift und Diözese Bamberg: Forschung und Quellen

### 1.3.1 Forschung

Dem Hochstift Bamberg ist in der bisherigen Historiographie zu den Emigranten der Französischen Revolution nur wenig Aufmerksamkeit zugekommen. Ein Grund dafür ist sicherlich das Faktum, dass verglichen mit den an Frankreich angrenzenden Territorien des Alten Reiches, wie Kurtrier oder der Markgrafschaft Baden, die Emigration rein quantitativ keine so erhebliche Rolle spielte. Dazu kommt, dass in den 1790er und frühen 1800er Jahren die „fränkischen Episoden“ des ersten und zweiten Koalitionskriegs mit der zeitweiligen Besetzung Bambergs durch die Franzosen (1796; 1800/01) offenkundig von größerem Interesse waren, so wie auch das Geschehen um das „Ende des Hochstifts Bamberg“ und dessen Übergang an Bayern 1802/03.<sup>33</sup>

31 HÖPEL, Emigranten in Preußen. Fragen zum Kulturtransfer stehen auch im Mittelpunkt des Aufsatzbandes von Daniel SCHÖNPFUG/Jürgen VOSS (Hrsg.), *Révolutionnaires et Emigrés. Transfer und Migration zwischen Deutschland und Frankreich*, Stuttgart 2002.

32 Thomas BISKUP, German court and French Revolution: émigrés and the Brunswick court around 1800, in: *Francia* 34/2 (2007), S. 61–89.

33 Zu den Koalitionskriegen in Franken etwa Stefan KESTLER, *Franzoseneinfall und „Franzosenzeit“ in Franken 1796–1815. Ein Überblick unter Berücksichtigung des Hochstifts Bamberg*, Bayreuth 1996, S. 7–12 [Besetzung 1796], S. 13–15 [Besetzung 1800/1]; DERS., *Das Ende des Hochstifts Bamberg – Franzosen und Bayern in Forchheim*, in: *Forchheim in Geschichte und Gegenwart. Beiträge aus Anlass der 1200-Jahr-Feier*, hrsg. v. Hermann AMMON, Bamberg 2004, S. 211–216. Stefan HELML, *Franzosen gegen Österreicher in Bayern 1796*, Sulzbach-Rosenberg 1996. Zum „Ende des Hochstifts Bamberg“ etwa Hans Joachim BERBIG, *Das kaiserliche Hochstift Bamberg und das Heilige Römische Reich vom Westfälischen Frieden bis zur Säkularisation*, Wiesbaden 1976, S. 422–429. Zur Säkularisation des Hochstifts auch der Sammelband zur gleichnamigen Ausstellung im historischen Museum der Stadt Bamberg von Renate BAUMGÄRTEL-FLEISCHMANN (Hrsg.), Bamberg wird bayerisch.

Als Vertreter der älteren Forschung hat sich der Landeshistoriker Wilhelm Wühr in der Zwischenkriegs- und der unmittelbaren Nachkriegszeit mit dem Phänomen der Emigration der Revolutionsepoche in den inzwischen zu Bayern gehörenden Territorien des Heiligen Römischen Reiches beschäftigt. In seiner im Jahr 1938 erstmals erschienenen Studie *„Die Emigranten der Französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis“* entfaltet Wühr ein regionalgeschichtliches Panorama, das die bedeutendsten Stände beider Reichskreise berücksichtigt.<sup>34</sup> In der Folgezeit ist diese quellengesättigte Arbeit für alle weiteren Forschungen auf lokal-, regional- und landesgeschichtlicher Ebene Grundlage und Orientierungspunkt.

Wühr legt zwar seinen Schwerpunkt auf die jeweiligen obrigkeitlichen Reglementierungen und Normsetzungen in der Emigrantenfrage, bezieht aber auch wirtschaftliche und kulturelle Aspekte mit ein und verliert den Gesamtzusammenhang nicht aus dem Blick. Dennoch ist die Tendenz zum Anekdotenhaften unverkennbar. Eine Prosopographie der namentlich belegten Emigranten in den fränkischen und bayerischen Landen rundet die Arbeit ab.<sup>35</sup>

Die jüngere Forschung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs behandelt die Region des Hochstifts und der Diözese Bamberg nur am Rande. Abgesehen von der Veröffentlichung des Tagebuchs des Erlanger Kuraten Ludwig Busch, der die Jahre zwischen 1793 und 1801 aus Sicht eines katholischen Diasporapfarrers in Erlangen dokumentiert und immer wieder auf die französischen Emigranten zu sprechen kommt,<sup>36</sup> erschien nur noch ein heimatgeschichtlicher Aufsatz zu den *„Emigranten der Französischen Revolution in Franken“*.<sup>37</sup> Wie auch Höpel in sei-

Die Säkularisation des Hochstifts Bamberg 1802/03, Bamberg 2003. Auch Josef URBAN, *Säkularisation 1802/03 – Das Ende von Hochstift und Fürstbistum*, in: 1000 Jahre Bistum Bamberg (1007–2007), hrsg. v. Luitgar GÖLLER, Passau 2007, S. 288–297.

34 Wilhelm WÜHR, *Die Emigranten der Französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis*, Aalen 1974 [Reprint der Ausgabe München 1938]. Trotzdem die Untersuchungsmethodik wissenschaftlichen Kriterien entspricht und die Studie eine große inhaltliche Dichte aufweist und mit Gewinn zu lesen ist, ist in einzelnen Kapiteln eine chauvinistische Attitüde, die sich wohl aus den politischen Umständen der Entstehungszeit der Studie erklärt, augenfällig, s. Kapitel III, S. 172, 173, 180. Das Kapitel zum Hochstift Bamberg ist dagegen frei von solchem Gebaren.

35 Wührs Prosopographie weist über 4.700 Emigranten in beiden Reichskreisen namentlich auf, vgl. Wühr, *Emigranten*, S. 259–581.

36 Walter BRANDMÜLLER, *Das Tagebuch des Erlanger Kuraten Dr. Ludwig Busch aus den Jahren 1793–1801*, in: BHVB 99 (1963), S. 317–357.

37 Eugen SCHÖLER, *Emigranten der Französischen Revolution in Franken*, Triesdorf 1990 [Sonderdruck Nr. 4 des Vereins der Freunde Triesdorf und Umgebung e.V.].



ner Studie zu Preußen widmet sich dieser, abgesehen von kurzen Verweisen auf Bamberg, aber hauptsächlich den Emigranten in den fränkischen Fürstentümern der Hohenzollern.<sup>38</sup> Zwar liegt für Bamberg noch keine moderne Stadtgeschichte vor, jedoch lässt beispielsweise die 2001 erschienene *„Geschichte der Stadt Würzburg“* die revolutionsbedingte Emigration in Franken nicht unerwähnt, wobei sie sich aber wieder ausschließlich auf die Forschungen von Wühr bezieht.<sup>39</sup> Kleinere lokalhistorische Aufsätze liegen zu der Stadt Erlangen vor.<sup>40</sup>

Aus dieser kurzen Zusammenschau ist zu ersehen, dass es sowohl für den Bereich der weltlichen als auch der geistlichen Herrschaft der Fürstbischöfe von Bamberg keine jüngere Untersuchung zu den Emigranten der Französischen Revolution gibt, weswegen man innerhalb der Forschungsliteratur auf die Arbeit von Wühr angewiesen bleibt.

### 1.3.2 Quellen und Methodik

Die vorliegende Forschungsarbeit setzt daher bei den archivalischen Quellen an. Für das Gebiet des Hochstifts und der Stadt Bamberg ist sowohl die Überlieferung im Staatsarchiv Bamberg (StABa) als auch im Stadtarchiv Bamberg (StadtABa) von zentraler Bedeutung. Ergänzend zu den einschlägigen Beständen dort wurden Akten des Archivs des Erzbistums Bamberg (AEB) herangezogen.

Im Staatsarchiv wurden zunächst die Regierungsakten der betreffenden Jahre (1793–1802) systematisch ausgewertet.<sup>41</sup> Jedem Sammelakt, der entweder ein Quartal, ein halbes oder ein ganzes Jahr umfasst, ist ein Schlagwortindex vorangestellt, der beispielsweise unter dem Stichwort „Emigranten“ oder „französische

38 Zu den Emigranten in den fränkischen Territorien der Hohenzollern vgl. HÖPEL, Emigranten in Preußen, S. 188–198.

39 Wolfgang WEISS, Übergang an Bayern (1795–1814), in: Geschichte der Stadt Würzburg, Band 2: Vom Bauernkrieg 1525 bis zum Übergang an Bayern 1814, hrsg. v. Ulrich WAGNER, Würzburg 2001, S. 208–213.

40 Martina BAUERNFEIND, Waldenser, Deutsch-Reformierte, Salzburger Exulanten und französischen Emigranten. Erlangen als Fluchtpunkt verfolgter Minderheiten, in: Das Himmelreich zu Erlangen – offen aus Tradition? Aus 1000 Jahren Bamberger Bistumsgeschichte, hrsg. v. Andreas JAKOB et al., Erlangen 2007, S. 122–131. Josef URBAN, Ecclesia Erlangensis catholica – Kirchliches Leben und sein Niederschlag in den schriftlichen Dokumenten, in: Archive in Bayern 4 (2008), S. 159–177. Sowie eine Einzelfalluntersuchung bei Ursula MÜNCHHOFF, René Pierre Doignon. Ein französischer Emigrant in Erlangen (1795–1838), in: Erlanger Bausteine zur fränkischen Heimatforschung 38 (1990), S. 119–146.

41 StABa Geheime Kanzlei Nr. 1217–1245, Regierungsakten.

Emigranten“ auf die mit laufenden Nummern versehenen Schriftstücke innerhalb des Akts verweist. Die Regierungsakten spiegeln dabei erstens die generellen Normsetzungen der Obrigkeit wider und behandeln zweitens Einzelschicksale der Emigranten, z. B. in Form von Aufenthaltsbegehren, Bitten um Konzessionen für wirtschaftliche Unternehmungen oder Testamentsvollstreckungen verstorbener Emigranten.

Neben den Regierungsakten wurden die Hofkammerakten (1795–1802)<sup>42</sup> im Hinblick auf die finanziellen Auswirkungen und die für die geistliche Herrschaft relevanten Vikariatsakten (1794–1802)<sup>43</sup> bezüglich der kirchenrechtlichen Gesichtspunkte ausgewertet.<sup>44</sup> Zu anderen Aspekten wurden ferner einzelne Akten der „Schulenkommision“,<sup>45</sup> des Gymnasiums,<sup>46</sup> der Universität<sup>47</sup> und der so genannte „Hornsche Zettelkatalog“,<sup>48</sup> eine Sammlung von Auszügen aus regionalen Publikationen vor allem des 19. Jahrhunderts, die nach Personennamen geordnet ist, herangezogen.

Das Stadtarchiv Bamberg war für die vorliegende Untersuchung aufgrund eines Umstandes besonders interessant: Wühr konnte es damals nicht in seine Forschungen einbeziehen, da das Stadtarchiv nach seinen Worten „seit Jahren wegen Umordnung (*sic!*) unzugänglich war.“<sup>49</sup> Trotz dieser viel versprechenden Aussicht konnten innerhalb der Bestände des Stadtarchivs nur einige wenige relevante Akten gefunden werden.<sup>50</sup> Die von den Nebengerichten der Stadt Bamberg ab Oktober 1794 periodisch zu erstellenden und an die Regierung zu sendenden Emigrantenlisten für ihre jeweiligen Verantwortungsbereiche fehlen ganz. Unter

42 StABa Geheime Kanzlei Nr. 1436–1454, Hofkammerakten.

43 StABa Geheime Kanzlei Nr. 1725–1737, Vikariatsakten.

44 Zur Verwaltung von Hochstift und Diözese im 18. Jahrhundert vgl. Dieter J. WEISS, Reform und Modernisierung: Die Verwaltung des Bistums Bamberg in der Frühen Neuzeit, in: BHVB 134 (1998), S. 165–187. Und: Klaus RUPPRECHT, Die Geheime Kanzlei des Hochstifts Bamberg zur Zeit des Fürstbischofs Lothar Franz von Schönborn, in: BHVB 143 (2007), S. 439–455.

45 StABa B 130.

46 StABa K 532.

47 StABa Geheime Kanzlei Nr. 1666, 1667.

48 StABa G 35 Hornsche Annalen (Zettelkatalog) aus dem Nachlass des Freiherrn Marschalk von Ostheim.

49 WÜHR, Emigranten, S. 192, Anm. „Quellen“.

50 Bspw. zwei Dekrete an die Richter des Gerichts St. Gangolf über die Feststellung der in ihrem Verantwortungsbereich lebenden Emigranten (StadtABa B 3 Nr. 126, 130) und ein Streitfall über die Versorgung eines französischen Emigranten, der im Bamberger Krankenhaus behandelt werden musste (StadtABa C 26, Nr. 684).

der Annahme, dass einige Personen im Laufe ihres Aufenthaltes in Bamberg das Bürgerrecht erworben haben könnten, wurden die Bürgerbücher der Stadt Bamberg auf Revolutionsemigranten untersucht.<sup>51</sup>

Weit erfolgreicher war die Recherche innerhalb des Archivs des Historischen Vereins Bamberg, das vom Stadtarchiv verwaltet wird.<sup>52</sup> Innerhalb dieses Bestandes besteht ein Sachakt mit der Bezeichnung „Französische Emigranten“<sup>53</sup>, der im 19. Jahrhundert nach dem Pertinenzprinzip angelegt wurde und einige zentrale Quellen zu den Revolutionsemigranten im Hochstift Bamberg beinhaltet. Darüber hinaus wurden die Jahresakten „Bambergensia“ (1790–1803)<sup>54</sup> systematisch auf relevante Quellen hin untersucht. Letztere sammeln ohne erkennbares Prinzip Schriftstücke unterschiedlichster Provenienz, angefangen von Angelegenheiten des Fränkischen Kreises über Kriegsratsprotokolle bis hin zu Dokumenten über Truppendurchzüge und Einquartierungen während der Koalitionskriege – und auch eine ganze Reihe schriftlicher Zeugnisse zu den Emigranten. Während Wühr den Sachakt „Französische Emigranten“ ausführlich behandelt, blieben die „Bambergensia“ unbeachtet. Ferner wurde ein speziell für das hochstiftische Oberamt Forchheim wichtiger Akt mit teils handgeschriebenen Zeugnissen französischer Emigranten aus dem Jahr 1796 gefunden und in die vorliegende Untersuchung einbezogen.<sup>55</sup>

Für fast alle Konvolute, insbesondere der Regierungs- und Vikariatsakten im Bamberger Staatsarchiv, kann der von Wühr festgestellte Verlust zahlreicher Schriftstücke bestätigt werden.<sup>56</sup> Der Grund für die Herauslösung dieser Quellenzeugnisse aus ihren Überlieferungszusammenhängen lässt sich nicht rekonstruieren. Sie folgt keiner Methode, sondern ist geradezu als beliebig zu charakterisieren. Wie man an den laufenden Nummern auf den Bögen erkennen kann, wurde ein Teil des Schriftgutes direkt aus den Regierungs- und Vikariatsakten in den Sachakt „Französische Emigranten“ überführt – allerdings in weit geringerer Anzahl als von Wühr behauptet.<sup>57</sup> Der Großteil der in den Indices der Regierungs- und Vikariatsakten aufgelisteten Aktenstücke fehlt ohne erkennbare Spur.

51 StadtABa B 7 Nr. 10.

52 Das Archiv des historischen Vereins Bamberg bildet innerhalb des Stadtarchivs Bamberg einen eigenen Bestand unter der Signatur D 3001.

53 StadtABa D 3001 Rep. 3 Nr. 1212.

54 StadtABa D 3001 Rep. 3 Nr. 1099–1108.

55 StadtABa D 3001 NL Ditterich 68.

56 Wie Anm. 49.

57 Wie Anm. 49.

Auch im Hinblick auf diese offenbar verlorenen Akten innerhalb der Bestände des Staatsarchivs wurden im Archiv des Erzbistums Bamberg schließlich die Vikariatsprotokolle (1794–1801)<sup>58</sup> – nicht zu verwechseln mit den Vikariatsakten im Staatsarchiv – systematisch ausgewertet. Daneben wurden der *Liber Mortuorum*,<sup>59</sup> Testamentsangelegenheiten<sup>60</sup> verstorbener geistlicher Emigranten und zumindest stichprobenartig Pfarrakten<sup>61</sup> gesichtet und analysiert.

Durch die kombinierte Suche in den Beständen des Staats-, des Stadtarchivs (inklusive des Archivs des historischen Vereins Bamberg) und des Archivs des Erzbistums – auch jenseits der Hauptüberlieferung der Regierungsakten (also z. B. „Bambergensia“) – konnte ein Teil der verlorenen Akten substituiert und eine Reihe bisher unberücksichtigt gebliebener Quellenbestände gesichtet werden, womit eine umfassende Korrektur und Erweiterung der Prosopographie Wührs möglich wurde (s. Kapitel 10).

Eine extensive Recherche in den Archiven der Pfarreien der Stadt und des ehemaligen Hochstifts wurde für die vorliegende Arbeit nicht durchgeführt, wobei hier unter günstigen Umständen weitere Schriftzeugnisse gerade zur unmittelbaren Lebenssituation oder zu biographischen Eckdaten der Emigranten zu erwarten sein können (etwa aus Chroniken und Rechnungen). Weitere Untersuchungen, beispielsweise in den Stadtarchiven der ehemaligen hochstiftisch-bambergischen Festungstädte Kronach und Forchheim, wurden nicht angestellt. Ob hierbei noch Funde zu erwarten wären, kann schwer abgeschätzt werden, da eigentlich das Staatsarchiv Bamberg die hauptverantwortliche Behörde für die archivalische Überlieferung des Hochstifts Bamberg ist. Für die außerhalb des Hochstifts gelegenen Teile der Diözese Bamberg könnten weitere Akten mit Bezug zu den geistlichen Emigranten in anderen Archiven lagern, was nicht nur wegen der sich verändernden Diözesangrenze zwischen den Bistümern Würzburg und Bamberg in den betreffenden Jah-

58 AEB Rep. I, Nr. 914–933. Die geistliche Regierung war insbesondere für die Erteilung des Celebrets und alle weiteren kirchenrechtlichen Fragen zuständig. Jeder geistliche Emigrant, der im Jurisdiktionsbereich des Bamberger Bischofs Messe lesen oder Beichte hören wollte, bedurfte der Approbation durch das Vikariat.

59 AEB Rep. I, Nr. 1310. Zum *Liber Mortuorum* einleitend: Renate BAUMGÄRTEL-FLEISCHMANN, *Liber Mortuorum* von 1745, in: Ein Leben für den Bamberger Dom. Das Wirken des Subkustos Graff (1682–1749), hrsg. v. Renate BAUMGÄRTEL-FLEISCHMANN, Bamberg 1999, S. 46–48. Das Totenbuch wurde nach 1745 bis 1802 weitergeführt.

60 AEB Rep. I, Nr. 1295, fol. 5, Nr. 1300, fol. 12, Nr. 1301, fol. 8.

61 AEB Rep. I, Pf. A. 52 (St. Gangolf), Pf. A. 287, 288 (Kleukheim), Pf. A. 295 (Kronach), Pf. A. 347 (Modschiedel).

ren vorstellbar ist.<sup>62</sup> Zu denken ist hierbei an die Staatsarchive in Würzburg,<sup>63</sup> Amberg<sup>64</sup> und Nürnberg<sup>65</sup> (möglicherweise auch an das bayerische Hauptstaatsarchiv in München), die Diözesanarchive in Würzburg<sup>66</sup> und Regensburg,<sup>67</sup> die Haus- und Gutsarchive der unmittelbaren fränkischen Reichsritterschaften,<sup>68</sup> die zwar teilweise im Staatsarchiv Bamberg lagern, aber nicht in die Untersuchung einbezogen wurden, und möglicherweise sogar das Geheime preußische Staatsarchiv in Berlin für die hohenzollernschen Besitzungen in Franken, die nach dem Rücktritt des letzten Markgrafen Karl Alexander 1791 an Preußen gefallen waren.<sup>69</sup>

Für eine umfassende Bearbeitung des vorliegenden Themas müssten die Bestände dieser genannten „Erinnerungshorte“ (J. Osterhammel) einbezogen werden. Um den Aspekt der Etappenwanderung untersuchen zu können, hätte darüber hinaus in den Landesarchiven der an Frankreich und die Schweiz, Belgien und Luxemburg grenzenden Bundesländer Quellenmaterial ausgewertet werden müssen. All dies war im Rahmen dieser Arbeit nicht zu leisten.

Eine ergänzende Quelle für biographische Informationen zu geistlichen Emigranten, die während ihres Exils zumindest eine gewisse Zeit in der Diözese Bamberg wirkten oder innerhalb ihrer Grenzen gestorben sind, stellt schließlich Wachters „*General-Personal-Schematismus der Erzdiözese Bamberg*“ aus dem Jahr 1907 dar.<sup>70</sup>

62 Einführend bspw. Karlheinz FRÜHMORGEN, Entstehung und Besonderheiten der neuen Diözesangrenze zwischen Bamberg und Würzburg, in: BHVB 99 (1963), S. 359–404, bes. Kapitel II.

63 Für die Orte innerhalb der Diözese Bamberg auf dem Gebiet der würzburgischen weltlichen Herrschaft bzw. für Orte, die zunächst der würzburgischen geistlichen Herrschaft unterstanden, nach der Säkularisation aber zur Bamberger Diözese gehörten, z. B. Wolfsau (französisches Priesterseminar im Exil), s. Kapitel 6.2.

64 Für die Klöster in der nördlichen Oberpfalz.

65 Für die Ortschaften der Reichsstadt Nürnberg, des Markgrafentums Brandenburg-Ansbach, des Hochstifts Eichstätt, und die Ämter der Deutschordensballei Franken.

66 Für die Teile des Hochstifts Bamberg, die zur Diözese Würzburg gehörten.

67 Für das hochstädtisch-bambergische Amt Vilseck, das der kirchlichen Jurisdiktionsgewalt des Regensburger Fürstbischofs unterstand.

68 Viele der unmittelbaren Reichsritterschaften, besonders in der Fränkischen Schweiz und im oberen Maintal, gehörten zur Diözese Bamberg.

69 HÖPEL, Emigranten in Preußen, S. 188.

70 Friedrich WACHTER, *General-Personal-Schematismus der Erzdiözese Bamberg*, Bamberg 1907.

## 1.4 Fragestellungen

In Abgrenzung zu der inzwischen über siebenzig Jahre alten Studie von Wühr, die die Geschichte der Emigranten der Französischen Revolution im Hochstift Bamberg auf 13 Seiten summarisch abhandelt, werden in der vorliegenden Untersuchung das Hochstift und die Diözese Bamberg ganz in den Fokus gerückt.<sup>71</sup>

Dabei soll die von Wühr entwickelte Charakterisierung der Situation der Emigranten kritisch hinterfragt und auf ihre Stichhaltigkeit hin überprüft werden. Aufgrund des großen zeitlichen Abstands zu seiner Forschungsarbeit muss eine Neubewertung, wie sie jetzt vorgelegt wird, bei den archivalischen Quellen ansetzen. Dieser Arbeitsschritt zielt darauf, die bisher gesicherte Quellenbasis durch breitere Recherche zu erweitern, um ein belastbares Fundament für eventuell kontroverse Interpretationen zu schaffen. Die vorliegende Untersuchung versteht sich aber nicht nur als einfache Ergänzung der Studie Wührs, sondern stellt ausdrücklich eine inhaltliche Aktualisierung und Erweiterung dar, wie aus den folgenden Fragestellungen hervorgeht.

Es sollen zwar normative Aspekte, beispielsweise administrativ-obrigkeitliche Regulierungsbemühungen des Aufenthaltes von Emigranten im Hochstift Bamberg Berücksichtigung finden, jedoch mit einer anderen Akzentuierung. Dabei wird das Spannungsverhältnis zwischen der Normsetzung durch den Souverän einerseits und dem realen Umgang der Verantwortungsträger mit den Emigranten andererseits analysiert werden, um der Dynamik innerhalb des Prozesses von Reglementierung und kontinuierlicher Anpassung an situative Erfordernisse angemessen Rechnung zu tragen (Kapitel 4). In diesem Kontext werden auch Fragen nach der Wahrnehmung der Emigranten eine Rolle spielen. Die für die Ausbildung moderner Staatlichkeit charakteristische Unterscheidung von „Staatsbürgern“ und nicht zum Staatsverbund gehörenden Individuen soll anhand der Emigrantenpolitik untersucht werden.<sup>72</sup> Denn die Frage, ob ein Emigrant Bürger eines zum Heiligen Römischen Reich gehörigen Staates oder ob er Franzose ist, spielte etwa bei Aufenthaltsgesuchen eine große Rolle. In diesem Zusammenhang stehen daher ausdrücklich die *Emigranten der Französischen Revolution* im Mittelpunkt der Betrachtung, d. h. neben den aus Frankreich ausgewanderten Personen auch all jene, die im Lau-

<sup>71</sup> WÜHR, Emigranten, S. 193–203.

<sup>72</sup> HÖPEL, Emigranten in Preußen, S. 43.

fe der Revolutionsepoche die Gebiete des Alten Reiches, welche zwischenzeitlich durch die französische Revolutionsarmee erobert und besetzt wurden, verlassen haben.

Um eine Vorstellung vom numerischen Ausmaß der Emigration zu bekommen, soll der quantitative Ansatz Greers auf das Hochstift Bamberg angewendet werden. Karin Dengler-Schreiber konstatiert in ihrer „*Kleine[n] Bamberger Stadtgeschichte*“: „Nach der Französischen Revolution 1789 flohen viele Franzosen nach Deutschland. Unter allen fränkischen Städten nahm Bamberg die meisten Flüchtlinge auf.“<sup>73</sup> Diese These wird nicht nur ohne Quellenverweis aufgestellt, sondern nimmt sich dazu noch recht plakativ aus. Leider liegen mit Ausnahme der Städte in den hohen-zollernschen Fürstentümern Ansbach und Bayreuth keine neueren statistischen Untersuchungen für andere fränkische Städte vor, sodass schwerlich eine seriöse Aussage über diejenige Stadt mit den meisten Flüchtlingen gemacht werden kann.<sup>74</sup> Um diese Lücke zumindest für die Residenzstadt Bamberg zu schließen, wird folglich ein Element dieser Untersuchung die quantitative Auswertung der in Hochstift und Diözese nachweisbaren Emigranten sein. Dabei stehen insbesondere sozialstrukturelle Analysen und räumliche Verteilungsmuster im Vordergrund (Kapitel 5).

Dengler-Schreiber fährt fort: „Sie [die Flüchtlinge, d. A.] brachten Umgangsformen und Gedanken mit, die frischen Wind ins konservative Bamberg brachten.“<sup>75</sup> Diese zugegebenermaßen ebenso undifferenzierte wie klischeebehaftete These bedarf eingehender Überprüfung und verweist auf den mit dem Schlagwort „Kulturtransfer“ (M. Espagne) verbundenen kulturwissenschaftlichen Ansatz, dem im Rahmen der Arbeit nachgegangen werden soll (Kapitel 6).<sup>76</sup> Anhand eines kontrastierenden Vergleichs mit der zeitlich früheren Emigration der Hugenotten soll eine allgemeine Typologie der revolutionsbedingten Emigration beschrieben und die kulturellen Transferprozesse im konkreten Fall deutlich gemacht werden. Hierbei stehen unternehmerische Initiativen, religiöse Kulturen und das außergewöhnliche Emigrantenschicksal des umtriebigen Abbé Gérard Gley, der im Urteil

<sup>73</sup> Karin DENGLER-SCHREIBER, *Kleine Bamberger Stadtgeschichte*, Regensburg 2006, S. 102.

<sup>74</sup> HÖPEL, *Emigranten in Preußen*, S. 198 (Tabelle XXIV). Für Würzburg und Nürnberg ist man wieder auf WÜHR, *Emigranten*, angewiesen.

<sup>75</sup> DENGLER-SCHREIBER, *Bamberger Stadtgeschichte*, S. 102.

<sup>76</sup> Einführend zur Problematik des Kulturtransfers zwischen Frankreich und Deutschland, vgl. Michel ESPAGNE, *Les transferts culturels franco-allemands*, Paris 1999.

Wührs „der berühmteste aller Emigranten in Bamberg war“,<sup>77</sup> im Mittelpunkt der Betrachtung.

Schließlich sollen die unterschiedlichen Lebenswelten, gewissermaßen der Alltag der Emigranten während ihrer Zeit in Bamberg, schlaglichtartig beleuchtet werden (Kapitel 7). Ausgehend von der Dokumentation der beruflichen Tätigkeiten der Emigranten in Bamberg wird zu der Frage übergeleitet, wie sich die Akkulturationsprozesse von Integration bis hin zu sozialer Assimilation *en detail* vollzogen. Kooperationsmuster während der Emigrationszeit, d. h. Solidaritätsbekundungen der Aufnahmegesellschaft, aber auch personale Netzwerke innerhalb der Auswanderergruppen, die in der Zeit der Emigration entstanden oder aufrecht erhalten wurden, sollen herausgestellt und anhand einiger Beispiele beschrieben werden. Abschließend wird im Abschnitt „Lebenswelten“ auch Krankheit und Tod in der Fremde thematisiert.

Neben der Wahrnehmung der Emigranten durch die politischen und administrativen Führungsebenen des Hochstifts Bamberg sollen auch die Erfahrungen, die die ansässige Bevölkerung mit den Emigranten machte, untersucht werden (Kapitel 8). Dabei gilt es, die Vielschichtigkeit und Ambivalenz der Wahrnehmung herauszuarbeiten. Den Emigranten wurde vielfach Mitgefühl, Hilfe und Unterstützung entgegengebracht, mitunter stießen sie aber auch auf schroffe Ablehnung. Die äußeren Bedingungen, die die Wahrnehmung beeinflussten und veränderten, und die Perspektiven der verschiedenen sozialen Gruppen sollen hierbei Berücksichtigung finden.

Dem Grundkonzept der Studie Wührs folgend wurde eine tabellarische Prosopographie der archivalisch feststellbaren Emigranten in Hochstift und Diözese Bamberg erstellt (Kapitel 10). Sie verzeichnet alle bei Wühr und Wachter aufgelisteten Personen und beinhaltet umfangreiche Korrekturen und Ergänzungen. Die Namen bisher noch nicht bekannter Emigranten wurden mit allen aus der Quellenrecherche gewonnenen Informationen in die Prosopographie eingearbeitet.

Den Ausführungen zu den Emigranten der Französischen Revolution in Hochstift und Diözese Bamberg sollen einige Bemerkungen zur historischen Migrationsforschung im Allgemeinen vorangestellt werden (Kapitel 2). Dies beinhaltet neben einem kurzen Überblick über die Migrationsforschung als Subdisziplin der Geschichtswissenschaft einen Exkurs zu ihrer theoretischen Fundierung und Ver-

77 WÜHR, Emigranten, S. 202.



ortung gegenüber der vornehmlich sozialwissenschaftlich geprägten Migrationsforschung. Mittels des in diesem Abschnitt eingeführten Modells der „push- und pull-Faktoren“ nach Lee sollen im Verlauf der Arbeit einige Mechanismen des vorliegenden Emigrationsprozesses verdeutlicht werden.

Nach diesen allgemeinen Voraussetzungen wird das Emigrationsphänomen in den historischen Kontext eingeordnet (Kapitel 3). Hierbei geht es zunächst darum, den Begriff „Französische Revolution“ für den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit nutzbar zu machen. Anschließend werden in aller gebotenen Kürze die soziopolitischen Umstände skizziert, die in Frankreich und den okkupierten Gebieten die Emigration bedingten. Auch die groben Entwicklungslinien der Politik der Reichsstände gegenüber dem revolutionären Frankreich sollen umrissen werden, um dem hier behandelten Zusammenhang einen räumlichen und zeitlichen Rahmen zu geben.

## 2. Historische Migrationsforschung und Modellbildung

### 2.1 Sozialwissenschaftliche und historische Migrationsforschung

Migrationsforschung ist innerhalb sozialwissenschaftlich orientierter Disziplinen wie der Soziologie, der Demographie und der Bevölkerungsgeographie ein Forschungsgegenstand mit anhaltender Konjunktur. Vor dem Hintergrund von Hyperurbanisierung und Massenwanderungen in Entwicklungsländern, *brain drain*, kontrovers diskutierter Integrationspolitik und demographischem Wandel in Deutschland, gigantischer Arbeitsmigration in China und Flüchtlingsströmen in Krisengebieten ist der Aktualitätswert und damit das wissenschaftliche und öffentliche Interesse entsprechend hoch. Im Fokus stehen aber nicht nur Beschreibung und Dokumentation der räumlichen Bevölkerungsbewegungen, sondern vielmehr die dem Phänomen innewohnenden Logiken und Mechanismen, also Ursprünge, Typen und Folgen von Migrationen.

Aufgrund der traditionell theoriezentrierten Methodik der Sozialwissenschaften wurden seit der Begründung der Migrationstheorie durch Ernst Georg Ravenstein und dessen Analyse der Binnenwanderung in Großbritannien aus dem Jahr 1885 eine Vielzahl von Modellen entwickelt, die diese räumliche Bevölkerungsmobilität in ihrer Vielschichtigkeit erklärbar zu machen versuchen.<sup>78</sup>

Dabei lassen sich grundsätzlich drei Gruppen von Forschungsansätzen ausmachen:

<sup>78</sup> RAVENSTEIN formulierte ausgehend von seinen Studien zur Binnenmigration im Vereinigten Königreich erstmals Gesetze der Migration, vgl. Ernst Georg RAVENSTEIN, The laws of migration, in: Journal of the Royal Statistical Society 48/2 (1885), S. 167–227 bzw. mit neuen Daten unter dem gleichen Titel in: Journal of the Royal Statistical Society 52 (1889), S. 241–301. In deutscher Übersetzung: Die Gesetze der Wanderung I und II, in: Regionale Mobilität. Elf Aufsätze, hrsg. v. György SZELL, München 1972, S. 41–94, bes. S. 83–86.

1. deterministische Makromodelle, wie „Gravitation- und Distanz-“ oder „push und pull“-Modelle,
2. die beiden eher individualistisch-mikroanalytisch orientierten verhaltens- und entscheidungstheoretischen Modelle und
3. die so genannten „constraints“-Modelle.<sup>79</sup>

Alle Ansätze differenzieren nach Wanderstypen, etwa Direkt- oder Etappenwanderung, und untergliedern sich weiter nach Periodizität und Dauer des Aufenthaltes. Ferner werden Organisationsformen von Migration, also Einzel-, Gruppen- und Massenwanderung, unterschieden. Auch die Motiv- und Wahrnehmungsforschung sowie Akkulturationsmodelle, gegliedert nach Integration, Assimilation, Segregation und Exklusion, spielen darin eine wichtige Rolle.

In der Geschichtswissenschaft erfährt diese Modellbildung inzwischen breite Rezeption. Die (sozial-)historische Migrationsforschung als Subdisziplin innerhalb der Geschichtswissenschaft erfreut sich vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussion um die (Wieder-)Einbeziehung räumlicher Aspekte in die Historiographie (*spatial turn*) zunehmender Aufmerksamkeit, was sich nicht zuletzt institutionell ausdrückt: So widmet sich das von Klaus Bade gegründete „Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)“<sup>80</sup> an der Universität Osnabrück insbesondere der Erforschung von Migrationsbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert. Weitere Beispiele sind die „Gesellschaft für Historische Migrationsforschung“<sup>81</sup> sowie der „Arbeitskreis für historische Migrationsforschung“<sup>82</sup> der Universität Stuttgart. Bade umschreibt das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse so: „Sozialhistorischer Migrationsforschung geht es um retrospektive Beschreibung und strukturgeschichtliche Interpretation der komplexen historischen Wirklichkeit des Wanderungsgeschehens bzw. Wanderungsverhaltens und seiner Veränderung in Raum und Zeit.“<sup>83</sup> Dabei sei im Hinblick auf die Modellbildung und Anwendbarkeit der sozialwissenschaftlichen Modelle jedoch einschränkend festzuhalten, dass „historische Migrationsforschung dem Bemühen der Soziologie um eine möglichst exakte, umfassende, räumlich und zeitlich übertragbare Theorie der Migration

79 Jürgen BÄHR, *Bevölkerungsgeographie*, Stuttgart 2004, S. 259–272.

80 <http://www.imis.uni-osnabrueck.de/>

81 <http://www.wiso.rwth-aachen.de/ghm/>

82 <http://www.uni-stuttgart.de/histakhm/index.html/>

83 Klaus BADE, *Sozialhistorische Migrationsforschung*, Osnabrück 2004, S. 18.

nicht oder nur bedingt folgen [kann]. Sie wird stattdessen sogar nicht selten an einer, im Sinne der exakten Theoriebildung geradezu rückständig wirkenden, phänomenologisch orientierten Vielfalt an Interpretationsmustern festhalten müssen.“<sup>84</sup>

Drei grundlegende Aufgaben stelle sich die sozialhistorische Migrationsforschung, so Bade:

1. das Wanderungsgeschehen mit Blick auf Volumen, Verlaufsformen und Strukturen zu untersuchen,
2. das Wanderungsverhalten zu analysieren, beispielsweise nach Schub- und Anziehungskräften, Wanderungsabsichten, räumlichen Faktoren etc., und ferner
3. das Wanderungsgeschehen und -verhalten einzubetten in die Bevölkerungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte der Ausgangs- und Zielräume, also gewissermaßen den Migrationsprozess zu kontextualisieren, und nach Bestimmungsfaktoren, Begleitumständen und Folgen der Migration zu fragen.<sup>85</sup>

## 2.2 Das Modell der push- und pull-Faktoren nach Lee (1966)

Ausgehend von der klassischen Migrationsforschung Ravensteins veröffentlichte der Soziologe Everett S. Lee 1966 in der Zeitschrift „Demography“ einen viel beachteten Aufsatz, in dem er einen neuen Ansatz in der Migrationstheorie entfaltete.<sup>86</sup>

Lee unterscheidet vier Faktoren, die den Wanderungsakt beeinflussen:

1. Faktoren in Verbindung mit dem Herkunftsgebiet,
2. Faktoren in Verbindung mit dem Zielgebiet,
3. Intervenierende Hindernisse (*intervening obstacles*),
4. Persönliche Faktoren.

<sup>84</sup> BADE, Migrationsforschung, S. 18.

<sup>85</sup> *IBID.*, S. 20.

<sup>86</sup> Everett S. LEE, A theory of migration, in: Demography 3 Nr. 1 (1966), S. 47–57. In deutscher Übersetzung: Eine Theorie der Wanderung, in: Regionale Mobilität. Elf Aufsätze, hrsg. v. Görgy SZELL, München 1972, S. 115–129.

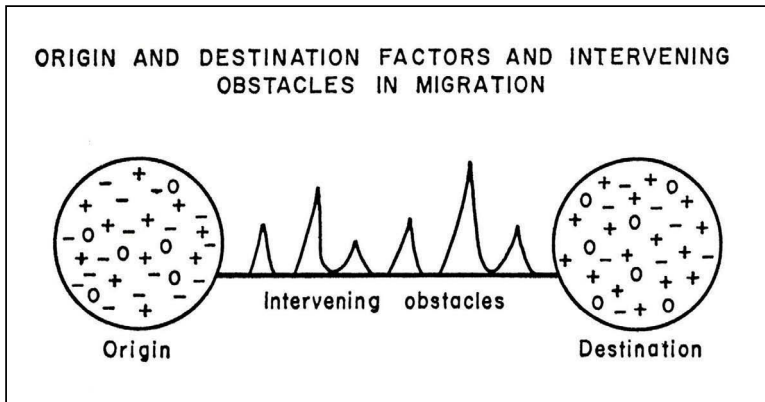


Abb. 2: Faktoren am Herkunftsort, am Bestimmungsort und intervenierende Hindernisse bei der Wanderung

Die ersten drei Punkte sind in Abbildung 2 schematisch dargestellt.

In jeder räumlichen Einheit gibt es eine unbestimmte Anzahl von Faktoren, die Menschen entweder halten oder anziehen (+), während es andere Faktoren gibt, von denen sich Menschen abgestoßen fühlen (-). Hinzu treten Faktoren, zu denen sich die Menschen indifferent verhalten (O), weil sie ihnen in ihrer momentanen Situation keine Bedeutung beimessen. Dabei ist festzuhalten, dass es Faktoren gibt, die die meisten Menschen in nahezu gleicher Weise beeinflussen, beispielsweise klimatische Bedingungen, während andere Faktoren auf verschiedene Menschen in unterschiedlicher Weise wirken. Klar ist, dass die Gewichtung der positiven und der negativen Faktoren sowohl im Herkunftsort- wie im Zielgebiet von jedem potenziellen Migranten unterschiedlich vorgenommen wird. Trotzdem könne man, so Lee, Klassen von Menschen unterscheiden, die in ähnlicher Form auf den gleichen allgemeinen Satz von Faktoren am Herkunftsort und Zielort reagieren.<sup>87</sup> Die Wanderung kann schließlich das Ergebnis eines Vergleiches der Faktoren an Herkunftsort- und Zielort sein, wobei aber eine einfache Addition von + und - nicht über die tatsächliche Durchführung der Wanderung entscheidet, da noch die *intervening obstacles* und der persönliche Faktor hinzutreten.

<sup>87</sup> LEE, Theory of Migration, S. 50.

Als Hindernisse im Wanderungsverlauf können neben der Entfernung von Ausgangs- und Zielort etwa physische Barrieren oder administrative Hürden gelten. Verschiedene Menschen werden durch diese dazwischentretenden Hindernisse natürlich in unterschiedlicher Weise beeinflusst. Dies verweist direkt auf den persönlichen Faktor: Dieser setzt sich aus der individuellen Erfahrungswelt, der Wahrnehmung der Situation am Ausgangs- und Zielort und der Fähigkeit zur Einschätzung und Gewichtung einzelner „objektiver“ Faktoren zusammen. Dazu können persönliche Kontakte zum Zielgebiet und Informationsquellen, die nicht jedem zugänglich sind, anziehend wirken (pull). Zwingende Gründe, die einen Verbleib am Ausgangsort unattraktiv oder gar gefährlich machen, erhöhen schließlich die Bereitschaft zur Wanderung (push).<sup>88</sup> Durch diese persönliche Komponente ist die Entscheidung zur Emigration nicht vollkommen rational, die Wanderungsgesetze haben also keinesfalls die Strenge von physikalischen Gesetzen.

Trotzdem dem „push- und pull-Modell“, wie es Lee entwirft, mit Recht eine gewisse Statik und Grobmaschigkeit vorgeworfen werden kann, ist es entgegen den üblichen Definitionen der wissenschaftlichen Lehrbücher kein rein deterministisches Wanderungsmodell.<sup>89</sup> Durch die Berücksichtigung der *intervening obstacles* und insbesondere der persönlichen Faktoren bezieht es bereits Elemente komplexerer „constraints“-Modelle ein, die von einer weitgehenden Entscheidungsfreiheit des Individuums ausgehen, dessen Handlungsspielraum jedoch durch äußere Zwänge und Bedingungen (*constraints*) erheblich eingeschränkt werden kann. Diese Zwänge können von persönlichen über ökonomische, soziale und kulturelle Faktoren bis hin zu Umweltfaktoren reichen.<sup>90</sup>

Zwar ist es methodisch nicht unproblematisch, das Modell der „push- und pull“-Faktoren auf ein historisches Migrationsphänomen, wie die durch die Französische Revolution und ihre Folgen induzierte Auswanderung, anzuwenden, zumal das Modell trotz Allgemeingültigkeitsanspruchs einen sozioökonomischen Hintergrund hat, der aus empirischen Befunden des 19. und 20. Jahrhunderts abgeleitet wird. Jedoch kann es dazu genutzt werden, einige Mechanismen innerhalb des hier zu beleuchtenden Emigrationsphänomens zu veranschaulichen.

88 LEE, *Theory of Migration*, S. 51.

89 So etwa Heinz HEINEBERG, *Einführung in die Anthropogeographie/Humangeographie*, Paderborn 2004, S. 87.

90 BÄHR, *Bevölkerungsgeographie*, S. 270–272.



### 3. Die Französische Revolution als Epoche

Obwohl es sich bei der vorliegenden Arbeit in erster Linie um eine regionalhistorische Untersuchung handelt, wird doch schon aus dem Titel deutlich, dass sich das Emigrationsphänomen nur im Kontext jener großen Ereignisse, die unter dem Schlagwort „Französische Revolution“ subsumiert werden, behandeln und verstehen lässt.

Über den Charakter der Französischen Revolution als Epochenwende und ihre Bedeutung für die Entwicklung einer bürgerlich-individualistischen Gesellschaftsverfassung ist seit 1789 kontrovers diskutiert und geschrieben worden. Eine Einordnung dieses welthistorischen Geschehnisses kann und soll an dieser Stelle nicht geleistet werden. Vielmehr geht es darum, den Begriff „Französische Revolution“ für den hiesigen Zusammenhang zu operationalisieren.

In der Geschichtswissenschaft ist über Periodisierungen viel gestritten worden, zumal derlei Epochenenteilung wegen ihres artifiziellen Charakters nicht selten als hinderlich empfunden wurde. Es ist evident, dass die Französische Revolution nicht nur in dem Datum besteht, welches heute als „Erinnerungsort“ (P. Nora) katexochen im kulturellen Gedächtnis präsent ist, dem 14. Juli. Vielmehr stellt sie eine Abfolge revolutionärer Ereignisse dar, die sich in Phasen der Revolution gliedern lassen. Die Einberufung der Generalstände zum 1. Mai 1789 – zum ersten Mal seit 1614 –, die Formierung des Dritten Standes als Nationalversammlung am 17. Juni 1789 und die Verfassung vom 3. September 1791 gehören genauso dazu wie die Ausrufung der Republik am 22. September 1792, die Terrorherrschaft des Wohlfahrtsausschusses (5. September 1793 bis 27. Juli 1794) und der Verfassungswechsel hin zum Direktorium am 26. Oktober 1795.

In der wissenschaftlichen Literatur wird das Ende der Französischen Revolution üblicherweise mit der Wahl Napoleons zum Ersten Konsul am 10. November 1799 angegeben, womit eine über zehnjährige Revolutionsära zu Ende ging.<sup>91</sup> Mit Blick auf die internen Auseinandersetzungen in Frankreich erscheint diese Periodisierung sehr plausibel. Für die Emigrationshistoriographie ist diese zeitliche Begrenzung allerdings aus zwei Gründen nicht praktikabel. Zum einen stand das Jahr 1799 im Zeichen des 2. Koalitionskriegs, der bis zum Frieden von Lunéville 1801 andauerte und weiterhin für anhaltende Dynamik im Emigrationsprozess

91 So etwa Ernst SCHULIN, *Die Französische Revolution*, München 1988, S. 195–249.



sorgte, und zum anderen waren die Anti-Emigranten-Gesetze, die von der Nationalversammlung im Laufe der Dekade nach 1789 beschlossen worden waren, noch gültig. Erst durch das Konkordat 1801 und die Napoleonischen Amnestiegesetze von 1802 war für die Emigranten eine sichere Rückkehr nach Frankreich möglich.<sup>92</sup> Daher wird der im Titel dieser Arbeit implizierte zeitliche Rahmen als Zeitraum zwischen den Jahren 1789 und 1802 verstanden.

Bevor die Situation der Emigranten der Französischen Revolution in Hochstift und Diözese Bamberg detailliert untersucht werden soll, muss im Folgenden der historische Kontext skizziert werden. Dabei soll es zunächst weniger um eine exakte Wiedergabe des Verlaufs der Revolution gehen, als vielmehr um die Darstellung und Zusammenschau der Bedingungen und Zwänge, denen sich die späteren Emigranten in ihrer Heimat ausgesetzt sahen. Es sind die Gründe, die schließlich ihre Auswanderung bewirkten und Teile von ihnen zum politischen und militärischen Handeln im Ausland veranlassten. In einem zweiten Schritt sollen schließlich die groben Entwicklungslinien der Reichspolitik gegenüber dem revolutionären Frankreich bis zum Frieden von Lunéville 1801 umrissen werden, um räumlich-zeitliche Orientierungspunkte für den Hauptgegenstand dieser Arbeit zu bieten.

### 3.1 Revolution und Emigration

Schon kurz nach dem Sturm auf die Bastille fasste die Nationalversammlung revolutionäre Beschlüsse. Veranlasst durch eine Reihe von Bauernaufständen in vielen Teilen Frankreichs (*Grande Peur*), wurden in den so genannten Augustbeschlüssen die von alters her bestehenden Privilegien des Klerus und des Adels abgeschafft.<sup>93</sup> Mit Ausnahme der Abgabenordnung gehörten damit die Hauptbestandteile des Feudalsystems wie die Leibeigenschaft, der Frondienst und die Patrimonialgerichtsbarkeit der Vergangenheit an. Die antifeudale Ausrichtung der Gesetzgebung hielt auch danach weiter an. Zur Abwendung des drohenden

<sup>92</sup> Johannes WILLMS, *Napoleon. Eine Biographie*, München 2005, S. 324. Zwar wurde bereits im Jahr 1796 eine Streichung von den Emigrantenlisten und damit die Vermeidung der Todesstrafe möglich, doch nur wenige Auswanderer kehrten vor 1801/02 nach Frankreich zurück, vgl. HENKE, Coblentz, S. 31.

<sup>93</sup> SCHULIN, *Revolution*, S. 67–73.

Staatsbankrotts wurden im November 1789 die Kirchengüter säkularisiert. Die bisherige Verfassung des französischen Klerus wurde durch die beschlossenen Klosteraufhebungen im Februar 1790, die Neuordnung der Diözesen gemäß der neuen Département-Einteilung und die Verabschiedung der *Constitution civile du clergé* im Juli 1790 geradezu abgewickelt. Noch im selben Jahr, 1790, wurde der Erbadel abgeschafft, was unter den Betroffenen zu heftiger Empörung führte.<sup>94</sup> Diese revolutionären Umbrüche mit Verlust von Privilegien und Eigentum erhöhten bei den Angehörigen des Ersten und Zweiten Standes zunehmend die Bereitschaft zur Emigration.

Christian Henke unterscheidet in der ersten Hauptphase der Emigration, zwischen 1789 und 1792, drei Auswanderungswellen aus Frankreich. Die erste erfolgte unmittelbar nach den Ereignissen im Juli und August 1789. Zu den Emigranten des Sommers 1789 gehörte vor allem der Hochadel, besonders die direkte Verwandtschaft des Königs, sowie Teile des hohen Klerus und der Militärführung. Die zweite Welle setzte im Sommer 1790 mit dem Inkrafttreten der Gesetze zur Abschaffung des Feudalsystems und der Zivilkonstitution ein. Wiederum waren insbesondere Adlige, Geistliche und Offiziere unter den Emigranten. Eine dritte Welle begann schließlich nach dem 21. Juni 1791, dem Tag der gescheiterten Flucht König Ludwigs XVI. nach Varennes.<sup>95</sup>

Die zweite Hauptphase der Emigration vollzog sich nach den Septembermorden 1792 und der zunehmenden Radikalisierung der Revolution nach der Hinrichtung des Königs im Januar 1793.<sup>96</sup> Es wanderten nun auch immer mehr Angehörige des Dritten Standes aus. Darunter waren viele ehemalige Anhänger der Revolution, teilweise sogar Girondisten, die mit den neuen Kräften in Paris gebrochen hatten oder inzwischen politischer Verfolgung ausgesetzt waren. Hinzu traten wirtschaftliche Probleme, Versorgungsengpässe durch den beginnenden 1. Koalitionskrieg und bürgerkriegsähnliche Zustände in der Hauptstadt und auf dem Land, wie etwa der große, Jahre anhaltende Aufstand in der Vendée.<sup>97</sup> Der Terror des Wohlfahrtausschusses und die zunehmend offen antichristliche Politik der Hébertisten,

94 SCHULIN, *Revolution*, S. 97–106.

95 HENKE, *Coblentz*, S. 29f.

96 *IBID.*, S. 30.

97 Daniel SCHÖNPFUG, *Französische Revolutionsflüchtlinge in Europa nach 1789 (Beispiel Deutschland)*, in: *Enzyklopädie der Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, hrsg. v. Klaus J. BADE et al., Paderborn 2007, S. 588.

die mit ihrer Zeitung *Le père Duchesne* einen regelrechten Kulturkampf gegen die Kirche führten, verstärkten den Druck auf die – im Sinne Rebmanns – Vertreter der alten Ordnung.

Kleinere Auswanderungswellen wurden nach dem Ende der Terrorherrschaft durch den royalistischen Aufstand vom 5. Oktober 1795 in Paris, dessen Niederschlagung unter dem Kommando Napoleons erfolgte, und den Staatsstreich vom 18. Fructidor (4. September 1797) hervorgerufen.<sup>98</sup>

Während der ersten Hauptphase beruhte die Entscheidung zur Emigration noch weitgehend auf dem freien Entschluss der betreffenden Einzelpersonen, die aus politischem Dissens und Widerstandswillen gegen die neue Ordnung in das benachbarte Ausland abwanderten. Es war daher vor allem eine Emigration der Royalisten. Dagegen lag in der zweiten Hauptphase eine veränderte Motivlage vor. Die unmittelbare Bedrohung von Leib und Leben durch eine Gemengelage von Krieg, Terror, Aufständen und ökonomischen Problemen trieb eine Vielzahl von Menschen in die Flucht.

Zu den aus Frankreich emigrierenden Personen kamen im Zuge des 1. Koalitionskriegs, insbesondere nach der „Wende“ von Valmy 1792, Untertanen vieler Reichsterritorien, aber auch der italienischen Staaten und der Schweiz hinzu, die vor der militärischen Expansion des revolutionären Frankreichs in weiter entfernte Gebiete flüchteten.

Während Greer die Zahl der aus Frankreich emigrierten Personen mit ca. 129.000 plus einer Dunkelziffer vom mehreren Zehntausend angibt, sind keinerlei verlässliche Angaben zur Zahl derjenigen, die aus den okkupierten Staaten auswanderten, bekannt.<sup>99</sup> Bei ihnen kommt neben dem Motiv der Abneigung gegen die Revolution und ihre politischen und sozialen Implikationen die Flucht vor dem unmittelbaren Kriegsgeschehen hinzu.

<sup>98</sup> HENKE, Coblenz, S. 31. Eine heimliche Rückwanderung bescheidenen Ausmaßes setzte nach dem Ende der Terrorherrschaft ein. Auch REBMANN äußert sich in seinem eingangs zitierten Traktat über die Wiederaufnahme von ausgewanderten Priestern in Frankreich, s. REBMANN 1794/95, S. 100–103.

<sup>99</sup> Wie Anm. 17.

### 3.2 Das Alte Reich und die Revolution: Das Zeitalter der Koalitionskriege (1792–1801)

Die Vorgeschichte des 1. Koalitionskrieges ist vielschichtig und komplex. Ein erster Schritt zu konfrontativer Politik gegenüber dem revolutionären Frankreich ging von jenen Reichsständen aus, die durch die Abschaffung der Feudalrechte ihre Besitzungen im Elsass verloren hatten. Zwar wurden durch ein Dekret der Nationalversammlung den weltlichen Reichsständen Entschädigungen zugesagt, doch konnten die linksrheinischen Diözesananteile einiger geistlicher Stände wegen der Zivilkonstitution nicht ersetzt werden. Zu diesem Zeitpunkt, 1790, war man allerdings von Seiten des Berliner und des Wiener Hofes nicht bereit, wegen dieser Angelegenheit einen Krieg mit Frankreich zu beginnen.<sup>100</sup>

Das katalysierende Ereignis für die Kriegspolitik war schließlich die gescheiterte Flucht König Ludwigs XVI. im Juni 1791. Mit dem Treffen Kaiser Leopolds II. und König Friedrich Wilhelms II. auf Schloss Pillnitz im August 1791 erreichte die preußisch-österreichische Annäherung einen vorläufigen Höhepunkt. Obwohl Ludwig XVI. im September 1791 die neue Verfassung akzeptiert hatte und damit ein unmittelbarer Grund zu einer Intervention in Frankreich nicht länger vorhanden war, wirkte insbesondere Preußen auf eine Eskalation hin, weil es sich durch einen Krieg gegen Frankreich Gebietsgewinne im Westen versprach.<sup>101</sup> Nachdem durch die Korrespondenz Marie Antoinettes, der Gemahlin König Ludwigs, bekannt geworden war, unter welchem Druck das französische Königspaar aufgrund der neuen Verfassung stand, und die neue Nationalversammlung mit aggressiven Beschlüssen gegen diejenigen Reichsstände agitierte, die Emigranten beherbergten, sah sich auch der Wiener Hof zu offensiverem Vorgehen veranlasst.

Nach dem formellen Abschluss des Defensivbündnisses zwischen Preußen und Österreich im Februar 1792 erreichte die Spannung zwischen den Konfliktparteien rechts und links des Rheins durch den Austausch herausfordernder diplomatischer

100 Karl Ottmar von ARETIN, *Das Alte Reich 1648–1806*, Bd. 3: Der österreichisch-preußische Dualismus (1745–1806), Stuttgart 1997, S. 379f.

101 ARETIN geht in der Darstellung der Vorgeschichte des 1. Koalitionskriegs von der These aus, dass Preußen schon vor der Pillnitzer Deklaration in erster Linie eine auf Eroberung neuer Gebiete hin orientierte Politik betrieb, während Kaiser Leopold hierbei deutlich zurückhaltender agierte, vgl. ARETIN, *Das Alte Reich* 3, S. 382.

Noten schließlich ein derart hohes Niveau, dass Frankreich am 20. April 1792 Österreich den Krieg erklärte.<sup>102</sup>

### 3.2.1 Gegenrevolution und Reichskrieg

An dieser brisanten politischen Situation waren die bereits aus Frankreich ausgewanderten Angehörigen des *Ancien Régime* nicht unbeteiligt, auch wenn ihr Einfluss für die Eskalation wahrscheinlich weniger entscheidend war als Kommentatoren wie Rebmann nahe legen.

Der Weg der ersten Emigranten, insbesondere des französischen Hochadels um den Comte d'Artois, führte über die österreichischen Niederlande und das Rheinland nach Turin, wo seit September 1789 eine große Emigrantenkolonie der Royalisten entstand.<sup>103</sup> Von dort aus wurden erste Vorbereitungsmaßnahmen für eine Gegenrevolution und die Wiederherstellung der alten Ordnung getroffen. Es wurden Kontakte zu den europäischen Höfen geknüpft, um diese zum Eingreifen in Frankreich zu bewegen. Auch Revolten und Aufstände im französischen Heimatland sollten von Turin aus angestoßen und unterstützt werden. Trotz großen Bemühens der Adligen konnten jedoch weder Kaiser Joseph II. (gest. 1790) noch sein Nachfolger Leopold II. (gest. 1792) zu einer greifbaren Hilfeleistung für das Anliegen der Emigranten gewonnen werden.<sup>104</sup>

Schließlich erhielt der Comte d'Artois im Sommer 1791 die Erlaubnis, sich im Kurfürstentum Trier, das unter der Landesherrschaft seines Onkels, Kurfürst Clemens Wenzeslaus von Sachsen stand, niederzulassen. Dort waren bereits Anhänger des Prince de Condé und anderer französischer Hochadliger versammelt, sodass die Residenzstadt des Trierer Kurfürsten, Koblenz, nunmehr zum Zentrum der Gegenrevolution avancierte.<sup>105</sup> Die Anwesenheit der königlichen Verwandten dürfte dabei auf viele Auswanderer anziehend gewirkt haben, die während des Jahres 1791 im Begriff waren, Frankreich zu verlassen. Die Emigrantenkolonie wuchs besonders durch die Abwanderung der Offiziere der Armee, die nach der gescheiterten Flucht Ludwigs XVI. in Scharen das Land verließen, sodass sich im Dezember 1791

<sup>102</sup> ARETIN, Das Alte Reich 3, S. 382–389.

<sup>103</sup> HENKE, Coblenz, S. 42–50.

<sup>104</sup> Maria PAWLİK, Emigranten der Französischen Revolution in Österreich. (1789–1814), in: MIOG 77 (1969), S. 83–88, 90–94.

<sup>105</sup> HENKE, Coblenz, S. 49–57.

schätzungsweise 5.000 Emigranten in Koblenz aufhielten.<sup>106</sup> Auch in anderen Städten entlang des Rheins entwickelten sich schnell Kolonien von Emigranten, so in Köln, Mainz, Worms und Mannheim.

Von Koblenz aus betrieben der Comte d'Artois und die Hochadligen neuerliche Versuche, an den großen Höfen des Reiches und darüber hinaus Unterstützung für eine Intervention in Frankreich zu bekommen. Ein spektakulärer Erfolg war die Teilnahme des Comte d'Artois am Treffen Leopolds II. und Friedrich Wilhelms II. auf Schloss Pillnitz, obwohl auch dort letztlich kein Durchbruch für die gegenrevolutionäre Politik der Emigranten erreicht werden konnte, sehr zum Missfallen der geistlichen Stände im Westen, Trier, Mainz und Speyer, die die Politik der Emigranten bis dato tatkräftig unterstützt hatten.<sup>107</sup>

Nach anfänglichen Siegen scheiterte die österreichisch-preußische Offensive unter dem Kommando des Herzogs von Braunschweig und unter Beteiligung der Emigrantenarmee des Prince de Condé im Artilleriegefecht bei Valmy am 20. September 1792 gegen das französische Revolutionsheer. Danach konnten sich die Stände im Reichstag erst nach zähen Verhandlungen über die Finanzierung und nach bitteren Klagen über das eigenmächtige Vorgehen der Österreicher und Preußen am 22. März 1793 dazu durchringen, einen Reichskrieg gegen Frankreich zu beschließen.<sup>108</sup>

Das Kriegsgeschehen in seinem Verlauf kann hier nicht im Einzelnen geschildert werden. Es stellte in seinem dramatischen Verlauf aber einen deutlichen Kontrast gegenüber den großspurigen Eroberungsplänen der beiden Großmächte des Reichs im Westen und dem überbordenden Optimismus der Gegenrevolutionäre auf baldige Restauration ihrer Herrschaften dar.<sup>109</sup> Auf die fehlgeschlagene „Kampagne in Frankreich“ reagierte die französische Revolutionsarmee mit einer Offensive, die noch im Jahr 1792 zur Besetzung von Teilen der österreichischen Niederlande und einem Vorstoß unter General Custine bis Frankfurt führte.<sup>110</sup> Als

106 HENKE, Coblenz, S. 78.

107 ARETIN, Das Alte Reich 3, S. 382. Auch Wilhelm WÜHR, Emigranten der Französischen Revolution im Kurfürstentum Mainz, in: Aschaffener Jahrbuch für Geschichte, Landeskunde und Kunst des Untermaingebietes 2 (1955), S. 66–72.

108 ARETIN, Das Alte Reich 3, S. 395–399.

109 Trotzdem der Feldzug gegen Frankreich alles andere als erfolgreich für Preußen verlief, konnte das Königreich noch im Jahr 1793 im Osten beträchtliche Gebietsgewinne durch die 2. Polnische Teilung verbuchen.

110 ARETIN, Das Alte Reich 3, S. 394.

im Oktober 1792 Mainz kampflos besetzt worden war, ereigneten sich in der Domstadt jene Vorgänge, die als Mainzer Revolution in die Geschichte eingingen. Unter der Protektion der Revolutionstruppen entstand mit der kurzlebigen Mainzer Republik ein „Rheinisch-Deutscher Freistaat“ auf demokratischer Grundlage, dessen berühmtester Protagonist Johann Georg Forster war. Sowohl der Kurfürst, Friedrich Karl von Erthal, als auch das Domkapitel und viele französische Emigranten, die sich bis zu diesem Zeitpunkt in Mainz aufgehalten hatten, waren vor der Einnahme der Stadt in andere Territorien geflüchtet, etwa in das östlich angrenzende Hochstift Würzburg.<sup>111</sup> Nach einer mehrmonatigen Belagerung durch preußische Truppen konnte die Stadt im Juli 1793 schließlich zurückerobert werden.

Die erfolgreiche Belagerung und Rückeroberung von Mainz sollte einer der wenigen Siege im Jahr 1793 bleiben. Die österreichischen Niederlande waren weitgehend verloren, die Franzosen behaupteten die Rheingrenze, und das österreichisch-preußische Bündnis zerfiel zusehends.<sup>112</sup> In dieser Phase der Stagnation kamen neue Überlegungen auf, wie Österreich seinen Ansprüchen auf Gebietsgewinne noch gerecht zu werden glaubte.

### 3.2.2 Geistliche Staaten und Säkularisation

Im Verlauf des 18. Jahrhunderts waren schon häufiger Versuche unternommen worden, die geistlichen Staaten zugunsten der großen Territorien des Reiches zu säkularisieren. Besonders Friedrich II. von Preußen hatte in diesem Bereich großen Eifer entwickelt. Nach dem Ersten Schlesischen Krieg ging von ihm der Vorschlag aus, zugunsten Kaiser Karls VII. mehrere Hochstifte zu säkularisieren. In Norddeutschland standen nach dem Siebenjährigen Krieg ebenfalls einige geistliche Territorien zur Disposition. Jahrzehnte später verfolgte auch Kaiser Joseph II. derartige Bestrebungen.<sup>113</sup> Trotz dieses anhaltenden Drucks gelang es, nicht zuletzt aufgrund des entschiedenen Widerspruchs der Bamberger Fürstbischöfe, die Reichsverfassung zu erhalten. Trotzdem kam es in einzelnen Territorien des Rei-

<sup>111</sup> WÜHR, Emigranten, S. 178.

<sup>112</sup> ARETIN, Das Alte Reich 3, S. 410–411.

<sup>113</sup> Dieter J. WEISS, Die Vorzeichen der Säkularisation. Auf dem Weg vom Hochstift zur Diözese Bamberg, in: Bamberg wird bayerisch. Die Säkularisation des Hochstifts Bamberg 1802/03, hrsg. v. Renate BAUMGÄRTEL-FLEISCHMANN, Bamberg 2003, S. 10f.

ches zu Säkularisationen „im Kleinen“, etwa im Zuge der Josephinischen Reformen im Erzherzogtum Österreich.<sup>114</sup>

In der Situation 1793/94 gingen von Österreich und Preußen erneute Initiativen aus, sich für die durch den Reichskrieg angelauten Belastungen territorial entschädigen zu lassen. Hintergrund der Forderungen beider Großmächte war der trotz gemeinsamer Kriegsanstrengungen fortbestehende preußisch-österreichische Dualismus. Dessen inhärenter Logik folgend waren die Antagonisten bestrebt, möglichst auf Kosten des Anderen zu Arrondierungen und Gebietsgewinnen zu kommen.<sup>115</sup> Der leitende Minister in den hohenzollernschen Markgrafentümern, Hardenberg, lancierte in diesem Sinne Revindikationen, die zulasten der umliegenden Stände, besonders des Hochstifts Bambergs, gingen. In den Bamberger Regierungsakten der Jahre nach 1793 finden sich immer wieder Beschwerden und Beratungen wegen Territorialstreitigkeiten mit Bayreuth und Ansbach. Gerüchte um bevorstehende Säkularisationen waren somit ständiger Begleiter der geistlichen Fürsten während des 1. Koalitionskriegs.<sup>116</sup>

Aus Furcht vor den Partikularinteressen der großen Mächte und aufgrund des schleppenden Krieges gegen Frankreich während des Jahres 1794, dessen Verlauf keine Hoffnung auf eine baldige Entscheidung machte, ergriffen nun die mittleren Stände des Reiches die Initiative und schlossen sich zum Wilhelmsbader Fürstenverein zusammen. Dessen Ziel war es, ein eigenes Heer von 40.000 Mann aufzustellen und bei zukünftigen Friedensverhandlungen mit Frankreich die Sache des Reiches zu vertreten.<sup>117</sup> Von den Initiatoren, dem Landgrafen von Hessen-Kassel und dem Markgrafen von Baden, wurde neben den Kurfürsten von Mainz, Trier und Köln, den Herzögen von Sachsen-Gotha-Altenburg, Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen und einer Vielzahl weiterer Landesherren, auch Franz Ludwig von Erthal, Fürstbischof von Bamberg und Würzburg, eingeladen, dem Fürstenverein beizutreten. Nicht zuletzt aus der Erwägung, Säkularisationsbestrebungen den Boden zu entziehen, trat der Fürstbischof am 18. Oktober 1794 dem Fürstenbund schließlich bei.<sup>118</sup> Eine eigene politische Gestaltungskraft konnte der Verein

114 D. J. WEISS, Vorzeichen der Säkularisation, S. 13. Auch BERBIG, Hochstift Bamberg, S. 340–346.

115 Etwa der Plan des österreichischen Ministers Thugut, vgl. ARETIN, Das Alte Reich 3, S. 404–410.

116 D. J. WEISS, Vorzeichen der Säkularisation, S. 13.

117 ARETIN, Das Alte Reich 3, S. 425.

118 BERBIG, Hochstift Bamberg, S. 347–349.



aufgrund fehlender Unterstützung durch den Kaiser jedoch nicht entfalten. Im Reich wuchsen Ende 1794 angesichts des durch viele Rückschläge gekennzeichneten Kriegsverlaufs daher die Bestrebungen, über einen Friedensschluss zu verhandeln.

### **3.2.3 Die Friedensschlüsse von Basel und Campo Formio und der 2. Koalitionskrieg**

Während Österreich keine nachdrücklichen Anstrengungen unternahm, einen Reichsfrieden oder zumindest einen Separatfrieden mit Frankreich zu schließen, agierte Preußen zielorientierter. In den ersten Monaten des Jahres 1795 wurde unter maßgeblicher Beteiligung Hardenbergs der Friede von Basel ausgehandelt und im April 1795 unterschrieben, durch den Preußen inklusive der fränkischen Provinzen und in der Folge auch Spanien und Hessen-Kassel aus dem Kriegsgeschehen ausschieden.

Mit dem Friedensvertrag verzichtete Preußen auf seine linksrheinischen Besitzungen unter der Maßgabe, bei einem zukünftigen Reichsfrieden dafür territorial entschädigt zu werden.<sup>119</sup> Dem neuen Bamberger Fürstbischof Christoph Franz von Buseck war zwar von Seiten Hardenbergs vorgeschlagen worden, den Fränkischen Kreis in die Neutralitätszone, die durch den Baseler Friedensschluss mit Frankreich vereinbart worden war, einzubeziehen, doch der Bischof lehnte dies mit Blick auf seine verfassungsrechtliche Stellung als Reichsstand ab. In der Tradition seines Vorgängers Erthal hielt Buseck an dem Prinzip der Integrität und Gesamtstaatlichkeit des Reiches fest und wollte den neu aufbrechenden Antagonismus zwischen Österreich und Preußen nicht zusätzlich befeuern.<sup>120</sup>

Österreich setzte seinerseits trotz dringlicher Forderungen vieler Reichsstände nach Friedensverhandlungen auf die Fortsetzung des Krieges und bemühte sich um ein Bündnis mit England und Russland. Nachdem im Mai 1795 ein Subsidienvertrag mit England geschlossen worden war, gingen die unter österreichischem Kommando stehenden Truppen wieder in die Offensive und konnten die Franzosen bis Dezember 1795 über den Rhein zurückdrängen.<sup>121</sup> Schon im folgenden Jahr setzte die Revolutionsarmee jedoch zum Gegenstoß an allen Fronten an. An

119 ARETIN, Das Alte Reich 3, S. 437–439.

120 BERBIG, Hochstift Bamberg, S. 353f.

121 ARETIN, Das Alte Reich 3, S. 448f.

der italienischen Front besiegte im Frühjahr 1796 der zum General aufgestiegene Napoleon erst Sardinien-Piemont und schließlich die Österreicher unter Feldmarschall von Wurmser. In Deutschland überschritten im Juni 1796 die Generäle Moreau und Jourdan in Kehl bzw. in Neuwied den Rhein.<sup>122</sup> Der darauf folgende Eroberungsfeldzug wurde zwar durch Erzherzog Karl von Österreich zurückgeworfen (s. Kapitel 3.3), viele Stände und Kreise hatten aber bereits auf eigene Faust Waffenstillstände ausgehandelt und sich mit den Franzosen anrangierte, so auch der Fränkische Kreis.<sup>123</sup>

Der Wiener Hof lavierte Ende 1796 nun zwischen fortgesetzter Kriegspolitik mit einer engeren Verbindung zu den geistlichen Reichsfürsten und einer baldigen Friedenslösung aufgrund der napoleonischen Siege in Italien.<sup>124</sup> Die geistlichen Landesherren fühlten sich nach wie vor eher zu Österreich hingezogen, sahen sie doch im Kaiser den Garanten für die Reichsverfassung – ungeachtet der Tatsache, dass Österreich unverhohlen das Erzstift Salzburg, die Hochstifte Passau und Freising und die Fürstpropstei Berchtesgaden für sich reklamierte. Durch die Säkularisationswünsche Preußens sahen sich die geistlichen Stände jedoch in weit stärkerem Maße bedroht. Schließlich wurde mittels des Präliminarfriedens von Leoben im April 1797 und im Friedensschluss von Campo Formio im Oktober 1797 der Kriegszustand zwischen Frankreich und Österreich beendet. In geheimen Zusatzartikeln trat nun auch Österreich das linke Rheinufer, mit einigen Ausnahmen, an Frankreich ab und stimmte Säkularisationen und Gebietsgewinnen zulasten Pfalzbayerns als Ausgleich zu.<sup>125</sup>

Die Angelegenheiten des Krieges, die das Reich als Ganzes betrafen, sollten auf einem Friedenskongress in Rastatt ab Dezember 1797 verhandelt werden, zu dem eine Deputation des Reichstages entsandt wurde. Von den Beschlüssen des Friedens von Campo Formio waren inzwischen aber so viele Einzelheiten bekannt geworden, dass für die geistlichen Reichsstände die Zusammenkunft in Rastatt schon vor Beginn unter dem Zeichen der Großmachtpolitik Österreichs stand und sie um

122 ARETIN, *Das Alte Reich* 3, 1997, S. 454–456.

123 KESTLER, *Franzoseneinfall*, S. 8.

124 Zum geplanten geistlichen Fürstenbund s. BERBIG, *Hochstift Bamberg*, S. 382–391. Auch ARETIN, *Das Alte Reich* 3, S. 458f.

125 ARETIN, *Das Alte Reich* 3, S. 460f.

ihre Existenz fürchten mussten.<sup>126</sup> Die Preisgabe von Mainz an die Franzosen Ende Dezember 1797 bestärkte diesen Eindruck nachhaltig.

Die Verhandlungen zogen sich das ganze Jahr 1798 hin. Die weltlichen Reichsstände sprachen sich nun für den Verzicht auf das linke Rheinufer und die Aufhebung der geistlichen Territorien mit Ausnahme der Kurfürstentümer aus.<sup>127</sup> Eine neuerliche Wende vollzog aber Österreich. Bestärkt durch die militärischen Schwierigkeiten, die Napoleons Expedition in Ägypten mit sich brachten, und die Rückendeckung, die Russland und England versprachen, forcierte Österreich wieder eine Politik der Konfrontation, die schließlich in den 2. Koalitionskrieg mündete.<sup>128</sup> Der Friedenkongress von Rastatt wurde daher ohne ein Ergebnis aufgelöst.

Die Kriegsschauplätze im 2. Koalitionskrieg befanden sich vornehmlich in Süddeutschland, der Schweiz und Italien. Nach anfänglichen Erfolgen der Koalition im Jahr 1799 wendete sich das Kriegsglück gegen die Verbündeten. Der russische Zar zog seine Beteiligung schon Ende 1799 aus Unzufriedenheit mit der österreichischen Kriegsführung zurück. In der Schlacht von Hohenlinden am 3. Dezember 1800 brachte die französische Rheinarmee unter Moreau den Österreichern eine entscheidende Niederlage bei. Noch im gleichen Monat wurde ein Waffenstillstand unterzeichnet. Im lothringischen Lunéville besiegelten Frankreich und Österreich im Februar 1801 einen Friedensvertrag, der den Frieden von Campo Formio im Prinzip bestätigte und definitiv die Abtretung der linkrheinischen Gebiete vorsah.<sup>129</sup> Das Säkularisationsprinzip wurde darin endgültig festgesetzt und die geistlichen Territorien zur Entschädigungsmasse für Arrondierungsbestrebungen der weltlichen Stände degradiert.<sup>130</sup>

126 BERBIG, Hochstift Bamberg, S. 391–405.

127 D. J. WEISS, Vorzeichen der Säkularisation, S. 14.

128 ARETIN, Das Alte Reich 3, S. 467–469.

129 IBID., S. 468–475.

130 D. J. WEISS, Vorzeichen der Säkularisation, S. 14.

### 3.3 Das Hochstift Bamberg und die französischen Einfälle von 1796 und 1800/01

Die beiden Bamberger Fürstbischöfe, die während des Zeitraums der Französischen Revolution regierten, Franz Ludwig von Erthal (1779–1795) und Christoph Franz von Buseck (1795–1802), agierten reichspolitisch zwischen Treue zu Reichsverfassung und Kaiser mit vorsichtiger eigenständiger Politik, etwa im Rahmen des Wilhelmsbader Fürstenvereins, und der Bedrohung von Säkularisationsambitionen, die zuvörderst von Preußen, später von der Mehrheit der weltlichen Stände ausgingen. Während Erthal eine zurückhaltende Politik gegenüber dem revolutionären Frankreich anmahnte und 1793 nur widerwillig dem Reichskrieg zustimmte, an dem auch ein Bamberger Kontingent teilnahm, wurde Buseck von den politischen Realitäten geradezu überrollt.

In seiner relativ kurzen Amtszeit, die hinsichtlich der Landesherrschaft mit der militärischen Besetzung des Hochstifts durch bayerische Truppen im September 1802 faktisch endete, hatte Buseck zwei existenzielle Krisen zu bewältigen. Erschien das fränkische Hochstift in den ersten Jahren des 1. Koalitionskriegs von den Brennpunkten des Geschehens, den österreichischen Niederlanden und dem Rheinland, noch relativ weit entfernt, rückte es durch die Junioffensive General Jourdans 1796 schlagartig in den Fokus der militärischen Auseinandersetzungen. Inwieweit das Zurückweichen der österreichischen Armee tatsächlich nur „ein Teil der genialen Rückzugsstrategie des jungen Erzherzogs Karl“ war, der als Reichsgeneralfeldmarschall die Rheinarmee befehligte, wie Aretin nahelegt, kann hier nicht diskutiert werden.<sup>131</sup>

Für das Bamberger Hochstift war der Einfall der französischen Revolutionsarmee eine Katastrophe. Der Fürstbischof war mit seinem Würzburger Standesgenossen, Georg Karl von Fechenbach, Ende Juli 1796 nach Böhmen geflüchtet, als am 25. Juli 1796 die Vorhut der französischen Armee das hochstiftische Amt Zeil am Main erreichte.<sup>132</sup> Zehn Tage später wurde Bamberg von den Revolutionstruppen besetzt. Eine vierwöchige Okkupation begann. Die südlichen Teile des Hochstifts, besonders das Regnitztal in Richtung Erlangen und Nürnberg, wurde zum Kampfgebiet. Verwüstungen und Plünderungen waren die Folge. Nach meh-

131 ARETIN, Das Alte Reich 3, S. 454.

132 KESTLER, Franzoseneinfall, S. 6.

renen chaotischen Tagen wurde am 7. August 1796 ein Waffenstillstand zwischen den Franzosen und dem Fränkischen Kreis ausgehandelt, nach dessen Abschluss dem Hochstift Bamberg eine beträchtliche Kriegskontribution auferlegt wurde. An die Franzosen mussten 4 Millionen Livres, 100.000 Hemden, 100.000 Paar Schuhe, 10.000 Paar Stiefel, 50.000 Paar Gamaschen, 400 Pferde (davon 200 Zug- und 200 Reitpferde) abgeführt werden.<sup>133</sup> Hinzu kamen Einquartierungen von Soldaten und die Stellung von zwanzig Geiseln, die in die französische Stadt Givet verbracht wurden.<sup>134</sup> Erzherzog Karl schlug die Franzosen schließlich am 24. August 1796 bei Amberg und trieb sie in Richtung Würzburg zurück. Auf ihrem Rückzug zog die Revolutionsarmee brandschatzend und plündernd durch das Hochstift. Bamberg wurde am 30. August von ihnen aufgegeben. Durch das zweite Aufeinandertreffen beider Armeen am 3. September 1796 bei Würzburg konnten die Franzosen dann bis zum Rhein zurückgetrieben werden. Sie hinterließen auf ihrem Rückzug eine Spur der Verwüstung.<sup>135</sup> Die Versorgung der Kriegsversehrten, der Wiederaufbau zerstörter Ortschaften, die Ausgabe von Anleihen zur Deckung der französischen Kontribution und eine grassierende Viehseuche, an der in den drei Monaten nach dem Einfall nicht weniger als 20.000 Stück Vieh im Hochstift zugrunde gingen, bedeuteten enorme Belastungen für das fränkische Fürstentum.<sup>136</sup>

Nur vier Jahre später, am 5. Dezember 1800, wurde Bamberg im Zuge des 2. Koalitionskriegs und der französischen Offensive in Süddeutschland von den Truppen General Augereaus besetzt. Vorausgegangen war nach dem Waffenstillstand von Parsdorf vom 15. Juli 1800 bereits die faktische Teilung des Hochstifts in eine französische und eine österreichische Zone. Die Demarkationslinie verlief entlang

133 Kriegskontribution vom 17. August 1796: StadtABa D 3001, Rep. 3 Nr. 979, Französischer Einfall 1796. Zu den Kontributionen, die allein aus der Festungsstadt Forchheim kamen s. Stefan KESTLER, *Franzosen in Forchheim*, S. 212.

134 Unter den Geiseln waren der Weihbischof, einige Domkapitulare und der Vizedom. Sie reisten am 17. August über Frankfurt nach Givet, wo sie fast ein Jahr lang blieben und erst am 31. Juli 1797 nach Bamberg zurückkehrten. Für alle Unkosten hatte die Hofkammer aufzukommen, die die Geiseln stets zu strenger Haushaltsführung aufforderte. Insgesamt entstanden dennoch Kosten von 24.078 Gulden, vgl. Bernhard WERNSDÖRFER, *Die Bamberger Geiseln im Franzoseneinfall 1796*, in: *Bamberger Blätter für fränkische Kunst und Geschichte* Nr. 4 (März 1929).

135 Eine Übersicht über die Schäden bietet KESTLER, *Franzoseneinfall*, S. 9–12.

136 KESTLER, *Franzoseneinfall*, S. 12. Eine Aufstellung für die Versorgungskosten kaiserlicher und französischer Truppen im Krankenhaus Bamberg zwischen September 1796 und Juni 1797 weist 3.104 fl 28 ½ xr aus: StadtABa C 26, Nr. 701, Krankenspital, Versorgungskosten und französische Kriegsgefangene 1796/97.

der Regnitz und des Mains, also mitten durch die Residenzstadt Bamberg.<sup>137</sup> Auf den Regnitzbrücken standen sich nun österreichische und französische Soldaten gegenüber. Nach der Aufkündigung des Waffenstillstandes durch die Franzosen im November und dem offensiven Vorgehen Augereaus im Dezember 1800 drohten erneut gewaltige Kontributionen. Der siegreiche General Moreau, unter dessen Kommando die Gesamtoperation stand, hatte dem Hochstift bereits im Juli 1800 600.000 Livres an Kontributionszahlungen angedroht.<sup>138</sup> Fürstbischof Buseck war vor der zweiten Besetzung Bambergs nach Saalfeld geflüchtet. General Augereau bot dem Fürstbischof noch im Dezember 1800 den Abschluss eines Separatfriedens an, den dieser jedoch wieder mit Rücksicht auf die Reichsverfassung ablehnte. Offenbar glaubte Buseck weiterhin, dass Österreich einen für die verfassungstreuen geistlichen Reichsstände günstigen Frieden aushandeln und damit deren Existenz sichern würde. Derweil requirierten die Franzosen im Hochstift große Mengen an Geld und Naturalien, mancherorts kam es zu Übergriffen auf die Bevölkerung.<sup>139</sup> Nach dem Abschluss des Friedens von Lunéville im Februar 1801 begannen die Franzosen mit dem Abzug. Doch die Herrschaftssäkularisation konnte trotz letzter verzweifelter Bemühungen, etwa der Anrufung des russischen Zaren als Schutzherrn der Reichsverfassung, nicht verhindert werden.<sup>140</sup>

Mit den zwei französischen Einfällen 1796 und 1800/01 waren die Auswirkungen der Französischen Revolution in Bamberg direkt spürbar geworden. Beide Okkupationen verursachten außergewöhnlich große materielle Belastungen für das ohnehin finanzschwache Hochstift Bamberg und bedrohten seinen Fortbestand. In dieser Phase der politischen Agonie kam zu den internationalen Entwicklungen und ihren hier beschriebenen regionalen Ausprägungen das Problem der Emigranten

137 Rudolf ENDRES, *Territoriale Veränderungen, Neugestaltung und Eingliederung Frankens in Bayern*, in: *Handbuch der bayerischen Geschichte*, Bd. III, 1. Geschichte Frankens bis zum Ausgang 18. Jahrhunderts, hrsg. v. Andreas KRAUS. München 1997, S. 520. Endres spricht irrigerweise vom Waffenstillstand von Parsberg.

138 BERBIG, *Hochstift Bamberg*, S. 406. Anfänglich war sogar die Rede von 1,5 Millionen Livres an Kriegskontribution. Die Bamberger Regierung verwandte viel Mühe und Mittel darauf, die Gesamtsumme mindern zu lassen, vgl. die Korrespondenz zwischen Regierung und Hofrat von Reider, der in den französischen Hauptquartieren Mannheim und Augsburg in diesem Sinne auf Moreau einwirken sollte, StadtABa D 3001, Rep. 3 843 II, *Senatsprotokolle 1799–1800*.

139 KESTLER, *Franzoseneinfall*, S. 14f. General Augereau hatte dem Hochstift schließlich eine Kontribution von 150.000 Livres, 6.000 Paar Schuhen, 15.000 Röcken und 60 Pferden auferlegt, vgl. KESTLER, *Franzosen in Forchheim*, S. 213.

140 D. J. WEISS, *Vorzeichen der Säkularisation*, S. 14f.

hinzu. Obwohl das Hochstift Bamberg nie ein „royalistisch-gegenrevolutionäres Zentrum“ der Emigration war, sondern in erster Linie zu einer Zufluchtsstätte des aus Frankreich und den besetzten Gebieten geflohenen Klerus wurde, stellte das Emigrantenproblem einen wichtigen Faktor der hochfürstlichen Politik in der Endphase des Alten Reiches dar.

## 4. Die Bamberger Obrigkeit vor dem Problem der Emigration

### 4.1 Die Emigrantenverordnungen unter den Bamberger Fürstbischöfen

Die Haltung der Bamberger Fürstbischöfe zur Emigrantenfrage war unmittelbar mit ihrer reichspolitischen Positionierung im turbulenten Jahrzehnt der 1790er Jahre und ihrer Sorge um die sozialen und ökonomischen Verhältnisse innerhalb des Hochstifts verbunden. Dabei gab es zwischen den beiden Fürstbischöfen der betreffenden Zeit, Franz Ludwig von Erthal (1779–1795) und Christoph Franz von Buseck (1795–1802), so deutliche Unterschiede, dass Wühr sein Kapitel zu Bamberg mit „Wechselnde Gunst für die Emigranten im Hochstift Bamberg“ überschreibt und gar einen „Gegensatz zweier Fürstbischöfe“ ausmacht.<sup>141</sup> Trotzdem dies grundsätzlich zutreffend ist, muss doch die apodiktisch anmutende Charakterisierung relativiert werden – denn die Emigrantenpolitik war selbst unter Franz Ludwig in ihrer Restriktivität nicht so statisch und unumstößlich, wie sie dort beschrieben wird.

#### 4.1.1 Franz Ludwig von Erthal

In der Forschung wird Fürstbischof Franz Ludwig von Erthal als sittenstrenger Asket und aufgeklärter Landesvater apostrophiert, der im Reich großes Ansehen genoss, loyal zu Papst und Kaiser stand und in seinen Hochstiften Bamberg und Würzburg im Gesundheits-, Sozial-, Rechts- und Bildungswesen umfassende Reformen eingeleitet hat.<sup>142</sup>

<sup>141</sup> WÜHR, Emigranten, S. 193.

<sup>142</sup> So etwa BERBIG, Hochstift Bamberg, S. 322. KIST zufolge war er gar „der letzte große Fürstbischof von Bamberg“, vgl. Johannes KIST, Franz Ludwig von Würzburg, in: NDB 5 (1961), S. 371f. Auf Franz Ludwig gehen beispielsweise die Neuordnung des Finanzwesens, die Errichtung von Schulen und eines Schullehrerseminars, die Erweiterung der Universität, der Neubau des Krankenhauses, die Einführung einer öffentlichen Sozialversicherung und eine Reform des Strafrechts zurück.



Sein Verhältnis zur Französischen Revolution und deren Auswirkungen war durchaus ambivalent. Einerseits übte er Kritik an den Missständen des französischen Feudalsystems und plädierte für eine Politik der Nichteinmischung in die innerfranzösischen Vorgänge, andererseits missfielen ihm die antikirchlichen Auswüchse und die republikanische Stoßrichtung der Revolution zutiefst.<sup>143</sup> Sein Ziel war es, die Stabilität der beiden Hochstifte trotz des im März 1793 erklärten Reichskrieges gegen Frankreich aufrecht zu erhalten.

Franz Ludwig gab unter dem Eindruck der ansteigenden Zahl von Flüchtlingen in seiner Residenzstadt Würzburg die ersten Emigrantenverordnungen heraus. Diese reglementierten die Emigration sehr streng und waren letztlich daraufhin ausgelegt, Bamberg und Würzburg vor Zuwanderung zu schützen. Über die Motive des Bischofs in dieser Frage gibt es in der Forschung einen nicht unproblematischen Konsens.

Wühr führt aus, dass Franz Ludwig nicht aus Angst vor militärischen oder innenpolitischen Unruhen, sondern aus Sorge um das sittliche und soziale Wohl seiner Untertanen die Emigranten fürchtete. Einen Beleg dafür sieht Wühr in einem Reskript des Fürstbischofs an die Würzburger Regierung aus dem Jahr 1793. Offenbar war Erthal von Seiten seiner Hofräte geraten worden, die restriktiven Regelungen abzumildern.<sup>144</sup> Die Reaktion war deutlich:

*Die Emigranten mögen denken, wie sie wollen, sie mögen demokratisch oder aristokratisch gesinnt sein, so denke ich doch jetzt nach wie vorhin keinen Aufenthalt zu gestatten. Die Sittlichkeit meines Volkes ist mir vorhin zu teuer gewesen und ist mir auch noch zu teuer, als daß ich sie von Franzosen verderben lassen sollte.*<sup>145</sup>

Wühr sieht aus dieser Äußerung den „nationalen Stolz“ des deutschen Reichsfürsten sprechen.<sup>146</sup> Das anschließende Verbot von französischen Hofmeistern und Gouvernanten in Haushalten einheimischer Adliger sei Beleg für diese These. Berbig übernimmt diese Feststellung im Prinzip und sieht die Emigrantenpolitik Erthals „eher von moralischen als von militärischen Gesichtspunkten bestimmt“.<sup>147</sup> Abge-

143 Zur Auseinandersetzung Erthals mit der Französischen Revolution s. Hildegunde FLUR-SCHÜTZ, Die Verwaltung des Hochstifts Würzburgs unter Franz Ludwig von Erthal (1779–1795), Würzburg 1965, S. 242–247.

144 WÜHR, Emigranten, S. 171f.

145 Diese höchste Entschließung vom 12. April 1793 ist zitiert bei WÜHR, Emigranten, S. 173.

146 IBID., S. 173.

147 BERBIG, Hochstift Bamberg, S. 327.

sehen davon, dass Kategorien wie „nationaler Stolz“ in diesem Fall unangebracht sind und trotzdem die moralische Integrität Erthals hier nicht in Abrede gestellt werden soll, greift diese Interpretation zu kurz. Sie lässt mindestens drei wichtige Punkte außer Acht:

1. Erthal wusste von der Revolution im Hochstift Lüttich im August des Jahres 1789, die von den Sommerereignissen in Paris inspiriert war und in Folge derer sich der Fürstbischof Cäsar Konstantin Franz von Hoensbroech zur Flucht nach Trier veranlasst sah. Dieses Schicksal eines Standesgenossen dürfte Erthal als warnendes Beispiel gedient haben. Der Schutz vor revolutionären Agenten und Spionen – potenziellen Aufrührern – machte eine strikte Emigrantenkontrolle nötig. Ähnliche Verfügungen wurden auch in den benachbarten geistlichen Fürstentümern Mainz und Speyer getroffen.<sup>148</sup>
2. Auch antirevolutionäre Kräfte bedrohten die fränkischen Hochstifte.<sup>149</sup> Neben dem Kurfürstentum Trier war auch das an Würzburg angrenzende Erzstift Mainz ein Refugium der royalistischen Gegenrevolution. Der ältere Bruder Franz Ludwigs, Friedrich Karl von Erthal, gewährte den Angehörigen des französischen Hochadels und der Condé-Armee bereitwillig Logis.<sup>150</sup> Als nach der gescheiterten Kampagne von 1792 der Kurfürst von Trier die Emigranten zum 1. Januar 1793 seines Landes verwies, bestand die reale Gefahr, dass diese sich in Richtung der fränkischen Fürstentümer wenden könnten. Das hätte geradezu herausfordernd auf die Revolutionsstruppen wirken müssen, die bereits Ende 1792 das Rheinland und Mainz besetzt hatten.<sup>151</sup> Eine zusätzliche Bedrohung ging von der Légion Mirabeau aus, die im Hohenloheschen stand und sich nach dem Tod ihres Anführers im Herbst 1792 in alle Winde zu zerstreuen begann.<sup>152</sup> Die Einschätzung der Lage dürfte daher weit weniger von der Abneigung Erthals gegenüber den Vertretern des *Ancien Régime* bestimmt gewesen sein (wie Wühr meint), als von der nüchternen Erkenntnis, dass – in erster Linie –

148 WÜHR, Emigranten in Mainz, S. 64.

149 Diesen Punkt betont auch FLURSCHÜTZ, Verwaltung unter Erthal, S. 236f.

150 WÜHR, Emigranten in Mainz, S. 65–68.

151 HENKE, Coblenz, S. 289–292.

152 WÜHR, Emigranten, S. 137.

die Stadt Würzburg kein zweites Koblenz werden sollte. Natürlich spielt in diesen Punkt auch das moralische Empfinden Franz Ludwigs mit hinein: Sowohl der Standesdünkel der französischen Aristokraten, wie er in Koblenz zelebriert worden war, als auch ihre sprichwörtlich gewordene Lasterhaftigkeit missfielen dem Fürstbischof sehr.<sup>153</sup>

3. Die sozioökonomischen Auswirkungen der Emigration geraten aus dem Blickfeld. Erthal verweist eigens darauf:

*(...) mein Land hat selbst so viele Untertanen, welche der Unterstützung des Staates bedürfen und dieselbe verdienen, als daß ich meine Spitäler und mein Armeninstitut und zuletzt gar die Kasse und vielleicht auch die Ämter des Staates mit Fremdlingen und dazu noch mit Franzosen belästigen sollte.*<sup>154</sup>

Das Argument, die einheimischen Armen würden unter der Präsenz von vielen verarmten Emigranten leiden, die durch die Staatskasse und die milden Stiftungen ernährt werden müssten, wird in den darauf folgenden Jahres bei der Ablehnung von Emigranten immer wieder ins Feld geführt werden und klingt auch schon bei Rebmann an.<sup>155</sup> Ein zweites Argument wird auf die wohlhabenden Emigranten bezogen: Sie würden aufgrund ihres Vermögens die Teuerung in den Volkswirtschaften der kleinräumigen Territorien befördern und damit schließlich zu sozialer Not und Verelendung beitragen.

Wührs Feststellung „Franz Ludwig von Erthals emigrantenpolitische Grundsätze waren unabhängig vom staatspolitischen Ereignissen und Entwicklungen“<sup>156</sup> lässt sich daher nicht halten.

Die erste hochfürstliche Emigrantenverordnung für Bamberg, das nicht zuletzt wegen seiner geographischen Lage gegenüber dem Hochstift Würzburg mit einiger zeitlicher Verzögerung von der Emigration betroffen war, datiert auf den 10. November 1792.

153 HENKE, Coblenz, S. 140.

154 Wie Anm. 145. Gemeint waren das Armeninstitut und die Spitäler in Würzburg.

155 Wie Anm. 12.

156 WÜHR, Emigranten, S. 174.

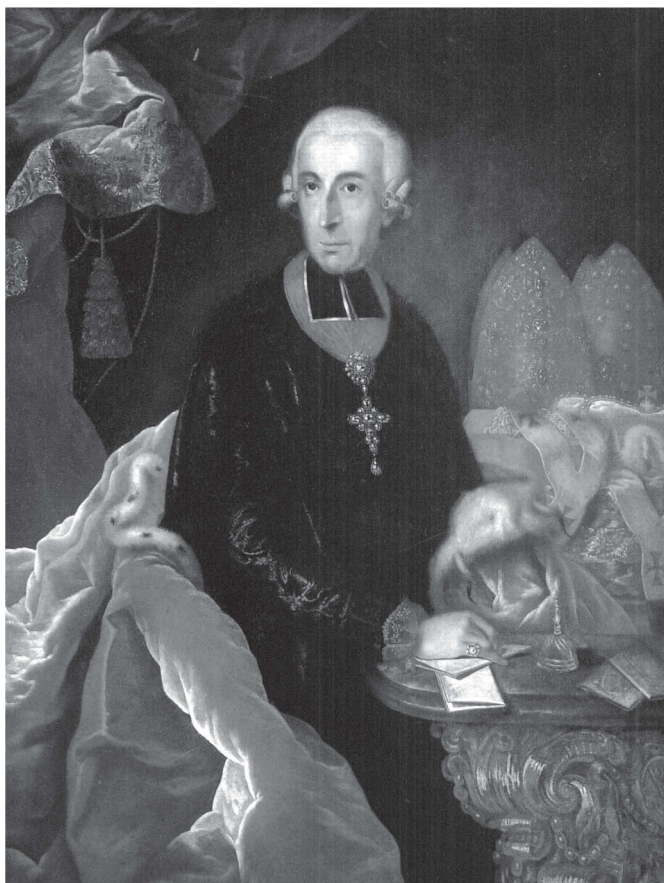


Abb. 3: Franz Ludwig von Erthal,  
Fürstbischof von Bamberg und Würzburg (1779–1795)

Hierin instruiert Franz Ludwig seine Landesbediensteten für den Fall, *wenn französische Truppen und anderes lüderliches Gesindel ins Hochstift Bamberg kommen*.<sup>157</sup> Französischen Emigranten, die in den Abendstunden im Hochstift ankämen, sei maximal eine Übernachtung zu erlauben, die hochstiftischen Festungsstädte Kronach und Forchheim seien für derartige Personen gänzlich gesperrt. Denjenigen, die aber zur Tageszeit die Bamberger Lande erreichten, sei umgehend zu bedeuten, dass sie sich sogleich wieder über die Grenzen fortzubeben hätten. Nur bei offensichtlicher Verhinderung, wie Krankheit oder zu große Ermattung der Pferde, könnten Ausnahmen gemacht werden.

Bereits in einer Instruktion vom 5. November 1792 an die Bamberger Ämter hatte Franz Ludwig verfügt, dass Fremde, die sich als Freiheitsprediger gebärdeten, unverzüglich und unter Geheimhaltung auszuweisen seien.<sup>158</sup> Nach der Eroberung der Stadt Mainz durch die Revolutionstruppen im Oktober 1792 rechnete Franz Ludwig offenbar mit dem weiteren Vormarsch der Franzosen und sah seine Hochstifte unmittelbar gefährdet. Vor diesem Hintergrund sind die ersten Regelungen zu sehen.

Durch den für das Reich zunächst positiven Kriegsverlauf des Jahres 1793 schien zwar die Bedrohung einer direkten Invasion zunächst gebannt, doch verschärfte Franz Ludwig die Vorschriften weiter, um einsickernde Apologeten der Revolution von Bamberg fernzuhalten. Anlass war die Bamberger Frühlingsmesse 1793, an der mindestens zwei französische Kaufleute aus Valenciennes und Straßburg teilnehmen wollten. Der Fürstbischof neigte zunächst dazu, prophylaktisch allen Kaufleuten aus Frankreich, den österreichischen Niederlanden und Savoyen mit Verweis auf den gegenwärtigen Kriegszustand die Teilnahme zu verwehren.<sup>159</sup> Erst als sich herausstellte, dass einer der Kaufleute inzwischen das Indigenat von Sachsen-Meiningen erworben hatte, gestattete Franz Ludwig seine Teilnahme, riet aber zu *größerer polizeyamtlicher Aufmerksamkeit*.<sup>160</sup>

157 Instruktion Franz Ludwigs vom 10. November 1792: StadtABa D 3001 NL Ditterich Nr. 68.

158 Instruktion Franz Ludwigs vom 5. November 1792: StadtABa D 3001 NL Ditterich Nr. 68.

159 Hochfürstliche Entschließung vom 18. April 1793: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1100 Bambergensia 1793. Ähnliche Überlegungen gab es auch im kursächsischen Leipzig vgl. Thomas HÖPEL, *Franzosen in Sachsen*, in: *Passage Frankreich – Sachsen. Kulturgeschichte einer Beziehung 1700 bis 2000*, hrsg. v. Sächsischen Staatsministerium des Innern, Bd. 2, Halle/S. 2004, S. 33.

160 Hochfürstliche Entschließung zur Teilnahme von Carl Sortier aus Valenciennes an der Bamberger Messe vom 1. Mai 1793: StABa Geheime Kanzlei 1215, fol. 429, Regierungsreskripte und -resolute 1793. Durch einen persönlichen Brief seines Landesherrn, Herzog Georg I. von Sachsen-

Den grundsätzlichen Umgang mit den Emigranten legte Erthal in seiner Entschlie-ßung vom 8. Mai 1794 fest: Emigranten, die nach Bamberg kamen, war nur ein dreitägiger Aufenthalt in der Stadt zu gestatten. Bei ihrer Abreise erhielten sie ein kleines Reisegeld. Ausnahmen, etwa bei Krankheit, mussten ausdrücklich genehmigt werden.<sup>161</sup>

Offenbar klaffte aber zwischen dieser Norm und der Realität eine beträchtliche Lücke, sodass Erthal, der in der zweiten Jahreshälfte 1794 in Würzburg weilte, im Oktober seinem Befremden darüber Ausdruck verlieh, dass sich angeblich eine große Schar vor allem aus Reichsterritorien stammender Emigranten in Bamberg aufhielt, er von der Bamberger Regierung über den Stand der *Polizey Anstalten* aber nicht informiert worden sei.<sup>162</sup> Er verlangte Vorschläge dazu, wie dem Problem umgehend wieder Herr zu werden wäre, befahl die Einsendung von monatlichen Listen und bestand nachdrücklich auf der Ausweisung von Personen, die sich nicht durch Pässe legitimieren konnten. Sogleich wurden die zuständigen Gerichtsbezirke mit der Erstellung der Listen beauftragt.<sup>163</sup> Aus der Hofkammer wurde eine Summe von zunächst 500 fl bereitgestellt, von der das Vikariat das Reisegeld für die Emigranten entnehmen sollte.<sup>164</sup> Die geistliche Regierung verfügte, dass einem jeden geistlichen Emigranten 1 fl 6 xr ausgezahlt wurden.<sup>165</sup> Gerade den Geistlichen fühlte man sich besonders verpflichtet, da sie immerhin *aus Liebe zur wahren Religion ihre Heimat verlassen hätten* und daher als *Glaubenshelden* zu betrachten seien.<sup>166</sup>

Meinungen, an Erthal erreichte Sortier sogar die Herausgabe einer Kautions, die er bei der hochfürstlichen Regierung hinterlegen musste, bis er ein Attest vorweisen konnte, das sein Bürgerrecht belegte. Hochfürstliche Entschlie-ßung vom 31. Oktober 1793: StABa Geheime Kanzlei 1215, fol. 1026, Regierungsreskripte und -resolute 1793.

<sup>161</sup> WÜHR, Emigranten, S. 193f.

<sup>162</sup> Brief Erthals an die Regierung in Bamberg vom 24. Oktober 1794: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten.

<sup>163</sup> Dekret an das Gericht St. Gangolf. Die Feststellung der Zahl der aus Frankreich, den Niederlanden und vom Rheinstrom zugezogenen Personen vom 28. Oktober 1794: StadtABa B 3 Nr. 126, Nebengerichte.

<sup>164</sup> Hochfürstliche Entschlie-ßung zum Regierungsprotokoll vom 8. November 1794: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten.

<sup>165</sup> WÜHR, Emigranten, S. 194. Bei besonderer Bedürftigkeit konnten auch höhere Beträge ausgezahlt werden.

<sup>166</sup> Entschlie-ßung des Vikariats vom 6. November 1794: StABa Geheime Kanzlei 1725, fol. 131, Vikariatsakten 1794.

Die Zuständigkeit für die emigrierten Geistlichen lag nach hochfürstlicher Bestätigung allein beim Vikariat.<sup>167</sup>

Im November 1794 präziserte Erthal die Regelungen für die Emigranten aus den österreichischen Niederlanden und dem Hochstift Lüttich: Sie seien so wie Emigranten aus dem deutschen Reich zu behandeln und genössen bei Vorlage von gültigen Ausweisen Bleiberecht.<sup>168</sup>

Offensichtlich befürchtete die Regierung eine weitere Zunahme der Emigrantenzahl, insbesondere in Hinblick auf verarmte Personen, die Mittel aus der Staatskasse benötigten. Der Fürstbischof zog aber in seiner Stellungnahme vom 15. November 1794 in Zweifel, dass *jene Emigranten, die in Ermangelung eines eigenen Vermögens sich nicht unterhalten können* überhaupt nach Bamberg kommen, da *angenommen werden darf, daß nur die bemittelten ausgewandert seyen*.<sup>169</sup> Inwieweit sich diese optimistische Sichtweise in der Folge bewahrheitete, muss für die Mehrzahl der Emigranten aufgrund fehlender Informationen zum Vermögensstand offen bleiben. Dagegen ist eine Reihe von Fällen bekannt, bei denen Stiftungs- oder Staatsgelder zur Verfügung gestellt wurden (s. Kapitel 7.4)

Genaue Angaben zur Emigrantenanzahl in Erthals letztem Herrschaftsjahr liegen nicht vor. Während viele Emigranten aus den Niederlanden und Lüttich im Jahr 1794 schließlich Aufnahme fanden, bekamen mindestens fünf französische Geistliche keine Genehmigung und mussten nach ihrem dreitägigen Aufenthalt weiter ziehen. Andere Franzosen konnten krankheitsbedingt bleiben, wurden gar im Spital behandelt und zogen nach ihrer Genesung weiter. Während Franz Ludwig einige von ihnen mit großem Nachdruck zur Weiterreise aufforderte, ist von anderen bekannt, dass sie ihren ursprünglich eng befristeten Aufenthalt über Monate ausdehnten.<sup>170</sup>

167 Hochfürstliche Entschließung zum Regierungsprotokoll vom 15. November 1794: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten.

168 Hochfürstliche Entschließung zum Regierungsprotokoll vom 15. November 1794: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten.

169 Hochfürstliche Entschließung zum Regierungsprotokoll vom 15. November 1794: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten.

170 Erthal wies beispielsweise zwei Kapuziner aus Avignon nach ihrer Genesung im Mai 1794 ab, obwohl sie schriftliche Zeugnisse über ihre Rechtschaffenheit vorlegten und diese auch vom Guardian des Kapuzinerklosters in Bamberg bestätigt wurden: StABa Geheime Kanzlei 1725, fol. 63 und 65, Vikariatsakten 1794. Andererseits wurde zwei französischen Priestern aus der Diözese Cambrai krankheitsbedingt der Aufenthalt gestattet. Beide blieben weit über den Tod Erthals hinaus in Bamberg und sind letztmalig 1802 nachweisbar: Brief Erthals an Hofkanzler Pabstmann vom

Die Politik Erthals war demnach weniger rigide als es Wührs Ausführungen vermuten lassen. Teilweise wurden recht abenteuerlich anmutende Konstruktionen für die Genehmigung eines Verbleibs in Bamberg bemüht: Im Fall des Postdirektors Vanier, der mit seiner Tochter aus Valenciennes ausgewandert war und den Winter 1794/95 in Bamberg zu verbringen wünschte, gewährte der Bischof eine Aufenthaltserlaubnis. Als gebürtiger Franzose war Vanier nach der Eroberung Valenciennes durch die österreichischen Truppen im Jahr 1792 Postdirektor der Stadt geblieben und führte ausgezeichnete Atteste, unter anderem von Franz Georg Karl von Metternich, Vater des berühmten Staatsmanns, der zu jener Zeit Minister für die österreichischen Niederlande war, mit sich.<sup>171</sup> Aufgrund der Weiterbeschäftigung in k. k. Diensten entschied Erthal nun, dass Vanier eher als niederländischer denn als französischer Emigrant zu betrachten sei und er somit eine Erlaubnis für Bamberg bekommen könnte.<sup>172</sup> In diesem Beispiel wird die noch recht diffuse Auffassung von „Staatsbürgerschaft“ deutlich. Zwar wurde die prinzipielle Unterscheidung von Franzosen und Angehörigen der Staaten der österreichischen Niederlande gemacht – jedoch nicht konsequent.

Für die außerhalb des Hochstifts, aber innerhalb der Diözese lebenden emigrierten Geistlichen wurden zumeist ohne großes Aufheben alle kirchenrechtlich relevanten Weisungen, wie das Celebret und die Erlaubnis Beichte zu hören, erteilt.<sup>173</sup>

Für das Bamberger Hochstift lassen sich zwei Phasen der Emigrantenpolitik Erthalsausmachen:

In der ersten Phase von November 1792 bis Mai 1794 richteten sich die Bestimmungen gegen einreisende französische Emigranten, deren entweder revolutionäre oder antirevolutionäre Umtriebe man fürchtete. Diese Regelungen waren vor dem Hintergrund des wechselhaften Kriegsgeschehens vor allem vorbeugender Natur.

27. November 1794: StadtABa D 3001 Rep. 3, 1101 Bambergensia 1794. Auch die Geistlichen Pfaff, Humbourg, Luçon und Gley, der bezeichnenderweise Hofmeister einer deutschen Ritterfamilie war, kamen unter Erthals Regierung nach Bamberg und blieben über seinen Tod hinaus im Hochstift.

171 Conclusum Regiminis vom 11. Oktober 1794: StABa Geheime Kanzlei 1219, fol. 16, Regierungsprotokolle 1794. Vgl. auch PAWLIK, Emigranten in Österreich, S. 99f.

172 Hochfürstliche Entschließung vom 13. Oktober 1794: StABa Geheime Kanzlei 1220, fol. 842, Regierungsreskripte 1794.

173 Beispielsweise für die in den hohenzollernschen Fürstentümern und der Reichsstadt Nürnberg lebenden Geistlichen Mondoy, Barbelenet, Braq, Ferron de la Ferronnays, Hoff, Brandiscourt und Courtin, vgl. Kapitel 10.



Für diesen Zeitraum lassen sich in den Quellen keine Belege für Ausweisungen von Franzosen finden.

Die zweite Phase von Mai 1794 bis zum Tod Erthals im Februar 1795 spiegelt die unmittelbar gewordene Konfrontation mit den Emigranten in Bamberg wieder. Nach seiner grundsätzlichen Regelung vom Mai 1794, Emigranten nicht länger als drei Tage Aufenthalt zu gestatten, differenzierte der Fürstbischof in der Folge aufgrund der ansteigenden Zahl besonders niederländischer und Lütticher Emigranten nun zwischen diesen und den Franzosen. Während die französischen Emigranten in der Mehrzahl weiterhin abgewiesen werden sollten, erhielten Niederländer, Lütticher und andere aus Reichsterritorien stammende Personen bei Vorlage von Ausweisen das Bleiberecht. Für letztere ist diese Praxis ab November 1794 nachweisbar. Doch kann von starren Regelungen nicht die Rede sein, da Ausnahmen auch für französische Emigranten aktenkundig sind. Trotz der Formulierung einer strengen Norm der Emigrantenpraxis für die Bamberger Verwaltungsbehörden behielt sich der Bischof vor, bei einzelnen vertrauenswürdigen Personen Ausnahmeregelungen zu treffen. Das *Movens* dafür gibt Erthal selbst an: *christliche Nächstenliebe*.<sup>174</sup> Inwieweit vielleicht Berichte über die Septembermorde 1792 und die Terrorherrschaft 1793/94 mit ihrem Höhepunkt im Juni 1794 Erthals Position gemildert haben, muss an dieser Stelle offen bleiben.

#### 4.1.2 Christoph Franz von Buseck

Nach dem Tod Franz Ludwigs von Erthal wurde am 7. April 1795 der bereits 71-jährige ehemalige Regierungspräsident Christoph Franz von Buseck zum neuen Bischof von Bamberg gewählt. Zum ersten Mal seit der Wahl Adam Friedrichs von Seinsheim 1757 wurden die beiden fränkischen Hochstifte wieder von zwei verschiedenen Fürstbischöfen regiert.

Bereits in der frühen Heimatforschung des 19. Jahrhunderts wird Buseck als willensschwacher Greis beschrieben, der gewissermaßen das Gegenteil seines Vorgängers, des aufgeklärten Landesvaters Erthal, verkörpert. Bezüglich der Emigrantenfrage urteilt Sprenke in seinem Pseudo-Panegyrikus auf Erthal: *„Kaum war Franz Ludwig tot, so wimmelte das Frankenland von Schwärmen ausgewanderter Franzosen, unter welchen Spione, Betrüger, Wüstlinge aller Art unter allerlei Masken*

<sup>174</sup> So im Fall der beiden aus der Diözese Cambrai stammenden Priester Marchant und d'Egri-court: StABa Geheime Kanzlei 1220, fol. 867, Regierungsreskripte 1794.

*sich einfanden, und den bald nachziehenden Kriegsheeren das Vaterland verriethen.*<sup>175</sup> Zwar ist diese drastische Aussage übertrieben und auch der Kausalzusammenhang von Emigranten, Verrat und französischem Einfall schlicht falsch; mit dem Jahr 1795 ist aber eine deutliche Verbreiterung des Quellenbefundes zu konstatieren.

Diese plötzliche Zunahme besonders aus Frankreich stammender Emigranten verwundert zunächst. Schon im April 1795 zeigte die hochfürstliche Krankenhaus-Kommission an, dass mehrere Geistliche aus Frankreich im Bamberger Krankenhaus behandelt würden, deren Kurkosten aber nicht mehr aus den Mitteln des Spitals beglichen werden könnten, sondern hierfür zusätzliche Gelder aus den milden Stiftungen nötig seien.<sup>176</sup> Auch vier Bamberger Mendikanten-Klöster meldeten im Juli 1795 dem Vikariat gestiegene finanzielle Belastungen, die durch die Einquartierung und Bewirtung von durchreisenden französischen Geistlichen seit März des laufenden Jahres entstanden seien. Das Vikariat empfahl hierauf zur Schadloshaltung einen Zuschuss von 100 Reichstalern für jedes Kloster.<sup>177</sup>

Im Laufe des Jahres 1795 starben im Hochstift Bamberg fünf Emigranten, weitere 18 hielten sich nachgewiesenermaßen unter anderem in Kronach und Staffelsberg sowie den Klöstern Langheim und Michaelsberg auf. All diese Indizien deuten auf eine verstärkte Zuwanderung hin, der offenbar kein Einhalt geboten wurde, obwohl die Maßregeln, die Erthal ins Werk gesetzt hatte, formal noch Gültigkeit besaßen.

Erst im November 1795 beschäftigte sich die Regierung wieder mit der Emigrantenfrage. Hofrat Molitor verfasste dazu ein ausführliches Gutachten, in dem er die Zahl der Emigranten allein in der Residenzstadt Bamberg mit 260 Individuen (97 Franzosen, 163 aus Territorien des Reichs) angibt. In den – wie Wühr zu Recht konstatiert – geradezu mitleidsvoll anmutenden Ausführungen relativiert Molitor die Gefahr, die von den Emigranten ausgehe.<sup>178</sup> Durch diese sei keine Teuerung zu befürchten, sondern allenfalls, dass die mehrheitlich verarmten französischen Emigranten den einheimischen Armen das Almosen entziehen könnten. Daher sei

175 G. M. SPRENKE, Franz Ludwig aus dem freiherrlichen Geschlechte von und zu Erthal. Von 1779 bis 1795 Fürstbischof zu Bamberg und Würzburg, und in Franken Herzog, Würzburg 1826, S. 10.

176 Brief der Krankenhaus-Kommission vom 24. April 1795: StadtABa D 3001 Rep. 3 1101 a, Nr. 1, Bambergensia 1795.

177 Conclusum des Vikariats vom 14. Juli 1795: StABa Geheime Kanzlei 1726, fol. 61, Vikariatsakten 1795.

178 WÜHR, Emigranten, S. 195.

ihnen bis zum März 1796 die Ausreise zu bedeuten. Dagegen solle Emigranten aus den Reichslanden weiterhin der Aufenthalt gestattet werden. Das Aufenthaltsrecht für Franzosen könne allerdings bis auf acht Tage erweitert werden.<sup>179</sup> Offenbar war eine Minderheit im Hofrat sogar dafür, keine Beschränkung bis März 1796 zu verfügen, sondern die französischen Emigranten auch darüber hinaus zu dulden.<sup>180</sup> Die hierin anklingenden Dissonanzen innerhalb der Regierung waren ein erstes Anzeichen für die Änderung der Emigrantenpraxis in den folgenden Jahren.

Buseck griff in seiner EntschlieÙung die meisten Vorschläge Molitors auf: Die französischen Emigranten seien zwar zum Aufbruch anzuhalten und neue Zuwanderer maximal drei Tage zu dulden. Er kam der Minderheit aber weit entgegen, indem er verfügte, dass diejenigen Franzosen, die über gesicherte Ressourcen verfügten und sich ausweisen könnten, eine Aufenthaltserlaubnis auf unbestimmte Zeit erhalten würden.<sup>181</sup>

Diese Regelung stellt insoweit eine Abkehr von der bisherigen Praxis dar, als dass nicht mehr von einer unbedingten Ausweisung der Franzosen die Rede ist. Auch haben wir es im Unterschied zu Erthal nicht mehr mit sorgfältigen Ausnahmeverfügungen für französische Geistliche zu tun, sondern mit geradezu passiver Anerkennung der Realitäten. Anders ist es kaum zu erklären, dass ein französischer Emigrant wie der Comte de la Varenne, der in der antirevolutionären Armee des Prince de Condé hochrangiger Stabsoffizier und Kompaniechef gewesen war, überhaupt seine persönliche Vorstellung bei der Regierung machen konnte – unter Erthal nahezu undenkbar.<sup>182</sup> Nun aber bat dieser Emigrant sogar um die Konzession für eine Spitzenfabrik in Bamberg.<sup>183</sup>

179 Beilage zum Conclumum Regiminis vom 23. November 1795: StadtABA D 3001 Rep. 3 Nr. 1212, Französische Emigranten.

180 Conclumum Regiminis vom 23. November 1795: StABA Geheime Kanzlei 1223, Nr. 1, fol. 83, Regierungsrelationen 1795.

181 Hochfürstliche EntschlieÙung zum Regierungsprotokoll vom 28. November 1795: StABA 1223, Nr. 2, fol. 947, Regierungsresolute 1795.

182 Der Comte de la Varenne war *Capitaine chef* der 4. Kompanie der Armée Condé und *Colonel* im Stab des Prince de Condé, vgl. Gérard de CONTADES (Ed.), *Journal d'un fourrier de l'armée de Condé: Jacques de Thiboult du Puisact*, Paris 1882 [Anhang: Prosopographie der Offiziere der Armée de Condé].

183 Hochfürstliche EntschlieÙung vom 30. Oktober 1795: StABA 1223, Nr. 2, fol. 858, Regierungsresolute 1795. Dazu das Gutachten der Regierung vom 21. Dezember 1795: StABA 1223, Nr. 1, fol. 128, Regierungsrelationen 1795.



Abb. 4: Christoph Franz von Buseck,  
Fürstbischof von Bamberg (1795–1802)

Aber selbst bei dieser abgemilderten Linie blieb es nicht. Offenbar erschien einzelnen Mitgliedern der Regierung die strenge Haltung Erthals retrospektiv unangemessen. Und auch die neue Politik Busecks ging ihnen nicht weit genug. Ein Beispiel dafür stellt die Denkschrift des Hofrats Georg Michael Weber vom März 1796 dar, in welcher die Emigrantenpraxis einer kritischen Revision unterzogen wurde.<sup>184</sup> Systematisch widerlegt Weber die vorgebrachten Argumente, die gegen eine Aufnahme von französischen Emigranten sprechen würden:

1. Die Emigranten verteuern die Lebensmittel.
2. Sie entziehen den Armen das Almosen,
3. den Klöstern die Messen und Gaben der Bürger.
4. Sie sind dem Staat gefährlich,
5. sie sind sittenlos,
6. sie sind untätige und unbeschäftigte Leute,
7. sie bleiben dem Staat auch nach dem Frieden eine Last.

Die frappierende Ähnlichkeit der Emigrantenbeschreibung mit den neun Punkten Rebmanns ist augenfällig (s. Kapitel 1.1). Weber appelliert in seinem Memorandum an die Menschenfreundlichkeit des Fürstbischofs. Alle Argumente seien im Bamberger Fall unzutreffend. Die bisher festgestellten 97 Franzosen seien viel zu wenige, um eine Teuerung hervorzurufen. Sie seien arm und lebten vom Almosen der Bürger, was sich jedoch nicht zu einer Belastung der einheimischen Armen auswüchse. Auch den Klöstern sei es bisher so gut gegangen, dass sie nunmehr in der Lage seien, ihren armen Mitbrüdern aus Frankreich zu helfen. Die Staatsgefährlichkeit sei ein unbegründeter Vorwurf, da ja genau diejenigen Personen ausgewandert seien, die sich mit den neuen Verhältnissen in Frankreich nicht abfinden wollten. Revolutionäre Propaganda sei daher nicht zu befürchten. Auch der Vorwurf der Sittenlosigkeit und Untätigkeit sei gegenstandslos, da die Emigranten nun einmal in einem für sie fremden Land lebten und daher der Staat für ihre Unterhaltung verantwortlich sei. Bezüglich des letzten Punktes packt Weber den Fürstbischof schließlich bei der Ehre: Sogar das protestantische Preußen würde geistliche Emigranten hereinlassen!

Die mit vielen rhetorischen Stilmitteln wie der Suggestivfrage und der historischen Analogie gespickte Schrift Webers ist innerhalb der Bamberger Debatte die

<sup>184</sup> Votum des Dr. Georg Michael Weber im Betreffe der französischen Emigranten vom 9. März 1796: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten. Weber war seit Juli 1795 ordentlicher Professor des Lehnrechts an der juristischen Fakultät der Universität Bamberg.

nachdrücklichste Stellungnahme zugunsten der Emigranten und demonstriert, wie leidenschaftlich das Thema inzwischen diskutiert wurde.

In den ersten Monaten des turbulenten Jahres 1796 beließ es Buseck dennoch bei der bestehenden Verordnung. Da die Neuankünfte nur langsam zunahmen, bestand aus seiner Sicht offenbar kein unmittelbarer Handlungsbedarf.

Im Juni 1796 hatte Napoleon im Italienfeldzug bereits glänzende Siege über Sardinien-Piemont und Österreich errungen, als General Jourdan zum wiederholten Mal den Rhein überschritt. Buseck entfaltete nun eine rege Betriebsamkeit, da er fürchtete, dass nun sowohl die aus der Schweiz und den italienischen Staaten ausgewiesenen Emigranten als auch jene, die General Jourdan vor sich hertrieb, nach Bamberg kommen könnten, was *Sittenverderbnis, Verrätherey und vorzüglich Theuerung* mit sich bringen würde.<sup>185</sup> Neuankömmlinge waren nun umgehend auszuweisen; gewährte ein Untertan einem Emigranten Unterschlupf, hatte er eine Geldstrafe von 12 xr pro Tag zu befürchten. In einem Generale wurden diese neuen Bestimmungen veröffentlicht.<sup>186</sup>

Die Regierung schlug ihrerseits vor, diese Maßnahmen dem Kreiskonvent in Nürnberg anzuzeigen und auch die Ritterschaften einzubeziehen, um durch koordiniertes Vorgehen der Kreisstände der befürchteten Emigrationswelle wirkungsvoller begegnen zu können.<sup>187</sup>

Die entscheidende Wende in der Emigrantenpolitik brachte dann die erste Eroberung des Hochstifts und die knapp vierwöchige Besetzung der Stadt Bamberg (2. bis 30. August 1796) durch die Truppen General Jourdans. Nach der Vertreibung der Franzosen durch die Armee Erzherzog Karls vermehrten sich die Aufenthaltsgesuche schlagartig. Der Dekan des Lichtenfelser Ruralkapitels und Pfarrer von Kleukheim, Johann Franz Baumgärtner, berichtete an das Vikariat, dass sich während des Einfalls viele französischen Geistliche in seinem Verantwortungsbereich versteckt gehalten hätten und nach dem Abzug der Truppen wieder herausgekommen seien.<sup>188</sup> Der Fürstbischof schickte auf seinem Rückweg aus Prag zwar eine neue Instruktion an die Regierung, wonach nun allen französischen

185 Instruktion der Regierung vom 9. Juni 1796: StadtABa D 3001, Nr. 1212, Französische Emigranten.

186 Generale vom 15. Juni 1796: StadtABa D 3001 NL Ditterich 68.

187 Conclusum Regiminis vom 10. Juni 1796: StABa Geheime Kanzlei 1225, fol. 62, Regierungsakten 1796.

188 Verhandlung über den Brief von Pfarrer Baumgärtner im Vikariat am 6. September 1796: AEB Rep. I, Nr. 918, fol. 683, Vikariatsprotokolle 1796.

Emigranten der weitere Aufenthalt verboten sei.<sup>189</sup> Doch die Regierung brach nunmehr eine Lanze für die französischen Geistlichen. Diese hätten sich in der Seelsorge verdient gemacht:

*Verschiedene [Geistliche, d. A.] hätten sich auf dem platten Lande unter den Gemeinden aufgehalten, denselben mit Erlaubnis des Pfarrers Gottesdienst mit aller Auferbauung abgehalten, welchen sonst die Gemeinden, besonders in Filialortschaften gar oft viele Wochen lang nicht haben konnten. Von daher komme es, daß schon wirklich Gemeinden bey den Aemtern mit Bitten und diese bey hochfürstlicher Regierung mit Berichten eingekommen seyen, ihnen zu erlauben, ihren vorigen französischen Geistlichen wieder aufnehmen zu dürfen.*<sup>190</sup>

Dagegen seien die Emigranten aus den Niederlanden und den Reichsterritorien, von denen es viele nicht *einmal nothwendig gehabt hätten, zu emigriren* und die *meistens Leute von höherer Classe seyen*, verantwortlich für die Teuerung. Eher als die Geistlichen seien also gerade sie auszuweisen.

Der Bischof widersprach dieser durchaus selbstbewusst vorgetragenen Forderung zwar und bekräftigte die Verordnung, Emigranten, die *aus einem wirklich fremden Staate* kämen, abzuweisen. Er behielt sich jedoch *höchstselbst* vor, Ausnahmen zu gestatten.<sup>191</sup>

Im Unterschied zu Erthal blieb es allerdings nicht bei Ausnahmen. Bereits im Herbst und Winter 1796 nahm die Zahl der Emigranten stetig zu. Aufenthaltsgesuche wurden nun vergleichsweise großzügig genehmigt, Ablehnungen waren selten. Einzig die Fähigkeit eines Bittstellers, sich für die Dauer seines Aufenthalts aus eigenen Mitteln oder durch Bürgschaften von Gemeinden unterhalten zu können, war Maßstab für die Gewährung einer Erlaubnis für das Hochstift. Den Anspruch, über alle Gesuche von Franzosen persönlich zu befinden, gab Buseck bald auf. Zwar bestand er darauf, über alle Fälle informiert zu werden, doch überließ er die Entscheidung oftmals der Regierung. Auch die unter Erthal zumindest formal gemachte Unterscheidung zwischen französischen Emigranten und Reichsangehörigen wurde nicht mehr mit aller Konsequenz fortgesetzt. Inzwischen hatten sich

189 Reskript des Fürstbischofs aus Kronach vom 18. September 1796: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten.

190 Concluseum Regiminis vom 20. September 1796: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten.

191 Reskript des Fürstbischofs vom 25. September 1796: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten.

die Emigranten ohnehin darauf eingestellt und reisten unter Decknamen oder mit falschen Pässen. Für Bamberg gibt es einen Hinweis auf eine solche Praxis: Der Marquis Delavalette erhielt im Oktober 1796 für sich und seine Familie eine Aufenthaltsgenehmigung mit der Begründung, dass er Reichsangehöriger aus Brabant sei. Richtig ist, dass Delavalette Offizier in der Condé-Armee gewesen war und nach deren faktischer Auflösung zunächst in den habsburgischen Ländern lebte, ehe er schließlich nach Bamberg kam.<sup>192</sup>

Die vergleichsweise offene Emigrantenpolitik Busecks währte knapp zwei Jahre. Nach dem Frieden von Campo Formio 1797 und dem Beginn des Rastatter Friedenskongresses schien die Kriegsgefahr zunächst gebannt. Möglicherweise rechnete der Fürstbischof in dieser Zeit daher nicht mit einer abrupten Zunahme der Emigrantenzahl und ließ es deswegen an strikterer Regulierung fehlen.

Ausgerechnet eine Fehlinformation veranlasste den Fürstbischof im August 1798 plötzlich dazu, den Umgang mit den Emigranten neu zu reglementieren. Offenbar befürchtete er, dass in den benachbarten Fürstentümern Ansbach und Bayreuth nach dem Weggang Carl August von Hardenbergs, der seit 1792 eine ausgesprochen emigrantenfreundliche Politik betrieben hatte, eine Ausweisung der zahlreich sich dort aufhaltenden Emigranten unmittelbar bevorstünde. Tatsächlich hatte Hardenberg vor seiner Abreise nach Berlin jedoch nur verfügt, keine weiteren Personen neu aufzunehmen, allen bereits in Ansbach und Bayreuth lebenden Emigranten – mit oder ohne offizielle Erlaubnis – aber weiterhin den Aufenthalt zu gestatten.<sup>193</sup>

Buseck ließ – im Glauben, ein neuerlicher Andrang von Emigranten komme auf das Hochstift zu, – ein Generale veröffentlichen, in dem die neuen Bestimmungen festgesetzt wurden.<sup>194</sup> Die Aufenthaltserlaubnis für durchreisende Emigranten war

192 Hochfürstliche Entschließung vom 11. Oktober 1796: StABa Geheime Kanzlei 1227, fol. 779, Regierungsresolute 1796. Schon REBMANN berichtet von der Praxis französischen Emigranten in den österreichischen Niederlanden kaiserliche Pässe auszustellen, vgl. REBMANN 1794/95, S. 106. PAWLIK berichtet von den Tätigkeiten des Marquis Delavalette in den habsburgischen Ländern, vgl. PAWLIK, Emigranten in Österreich, S. 102f. Die Unterscheidung WÜHRS in seiner Prosopographie zwischen den Emigranten de la Valette (Nr. 1307) und Delavalette (Nr. 4378) ist wahrscheinlich falsch. Delavalette war Offizier (*noble à pied*) der 1. Kompanie der Condé-Armee, vgl. de CONTADES, Journal d'un fourrier, Anhang [Prosopographie der Offiziere der Armée de Condé].

193 HÖPEL, Emigranten in Preußen, S. 192.

194 Generale vom 1. August 1798: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten. Der Fürstbischof folgte damit einem Beschluss der Regierung vom 26. Juli 1798: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten.



von da an auf 48 Stunden begrenzt. Lediglich in Wirtshäusern war eine Übernachtung möglich. Bürger, die Emigranten Unterschlupf gewährten, wurden nun mit einem, hochstiftische Beamte sogar mit fünf Reichstalern Strafzahlung belegt. Emigranten, die sich schon länger im Hochstift aufhielten und untadelig betragen hätten, sollte hingegen die Erlaubnis noch eine Weile gewährt bleiben.

Zwar wurden in den folgenden Jahren bis zum Frieden von Lunéville 1801 auch wieder Ausnahmen von dieser Regel zugelassen (besonders in den Jahren 1798 und 1799), aber der Unterschied zur laxen Praxis zwischen August 1796 und Juli 1798 ist evident. Selbst für emigrierte Geistliche wurde es nun fast unmöglich, eine Erlaubnis zu erhalten: Als höchstrangiger Vertreter der französischen Geistlichkeit wurde der Erzbischof von Embrun abgewiesen. Am schroffsten fiel die Ablehnung des Priesters Derose aus Nancy aus:

*Das Angeben des Supplikanten, daß er aus eigenen Mitteln, ohne jemand zur Last zu fallen, seinen Unterhalt versorgen könne, ist ein abgenutzter Vorwand, hinter welchem sich jeder Emigrant verstecke, um sich in meine Lande einzuschleichen und nach Erschöpfung seiner geringen Hilfsquellen der Gutherzigkeit meiner Unterthanen aufzudringen.*<sup>195</sup>

Der Grund für die Abweisung der Emigranten mag im Ausbruch und Verlauf des 2. Koalitionskriegs liegen. Im Vorfeld der zweiten Eroberung und Besetzung Bambergers durch die Revolutionsarmee unter General Augereau im Dezember 1800 wurden keine Aufenthaltsgenehmigungen mehr ausgestellt. Nach dem Abschluss des Friedens von Lunéville im Februar 1801 wurden durch zwei weitere Generale vom 6. Mai 1801 und vom 14. Januar 1802 die bestehenden Bestimmungen über den Umgang mit Fremden bestätigt.<sup>196</sup> Nachdem im Zuge des Napoleonischen Konkordats 1801 und der Promulgation der *Articles Organiques* im April 1802 eine Rückkehr der geistlichen Emigranten nach Frankreich möglich geworden war, erging im Mai 1802 vom Vikariat ein Schreiben an die weltliche Regierung, in dem die Ausweisung der ausgewanderten Priester empfohlen wurde.<sup>197</sup> In einem Regierungsgutachten wurde dafür schließlich ein Termin festgesetzt: Bis Ende Juli 1802

<sup>195</sup> Reskript des Fürstbischofs vom 15. Juni 1800: StABa Geheime Kanzlei 1241, fol. 291, Regierungsreskripte 1800.

<sup>196</sup> Generale vom 6. Mai 1801: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1106, Bambergensia 1801. Generale vom 14. Februar 1802: StadtABa D 3001, Rep. 3, Nr. 1106–1107, Bambergensia 1801–1802.

<sup>197</sup> WÜHR, Emigranten, S. 199.

sollten die in Bamberg verbliebenen Geistlichen das Hochstift verlassen haben.<sup>198</sup> Die Quellenlage für die Zeit nach 1801 ist zu lückenhaft, als dass genauere Angaben über heimkehrende Geistliche gemacht werden können. Vereinzelt blieben einige Emigranten auch über die gesetzte Frist hinaus im Hochstift.<sup>199</sup>

Die Emigrantenpolitik unter Fürstbischof Buseck war im Vergleich zu Erthals Verwaltungspraxis weit weniger konsistent und lässt sich als wechselhaft charakterisieren. Wie schon unter Erthal sind zwei Phasen der Politik auszumachen:

Zwischen Busecks Amtsantritt und dem August 1798 ist ein relativ offener Umgang mit den Emigranten zu konstatieren. Maßgeblich dafür waren drei Faktoren:

1. der erste französische Einfall 1796, in Folge dessen die schiere Anzahl der Emigranten beträchtlich zunahm,
2. die augenscheinlich gestärkte Position und Rolle der Regierung, die in ihren offiziellen Stellungnahmen die Emigrantengefahr anfänglich relativierte und schließlich offen Partei für die Franzosen ergriff, und
3. die zurückgehende Kriegsgefahr nach den Frieden von Campo Formio 1797.

Die zweite Phase von Sommer 1798 bis Sommer 1802 war dann wieder von deutlich anwachsenden Restriktionen für die nach Bamberg kommenden Emigranten geprägt. Besonders ab 1800 scheint hierbei der 2. Koalitionskrieg mit der zweiten französischen Besetzung Bambergs im Winter 1800/01 eine Rolle gespielt zu haben.

Wührs These vom Gegensatz zweier Fürstbischöfe in Bamberg ist daher zwar der Tendenz nach zuzustimmen, jedoch empfiehlt sich ein differenzierterer Blick auf die Verwaltungspraxis Erthals und Busecks. Ein unterschiedlicher Umgang mit den Emigranten lässt sich nicht nur zwischen den beiden Souveränen erkennen, sondern auch innerhalb ihrer jeweiligen Regierungszeit.

198 Conclusum Regiminis vom 13. Mai 1802: StABa Geheime Kanzlei 1244, fol. 126, Regierungsprotokolle 1802. Auch WÜHR, Emigranten, S. 199. Ein letztes Mal wurden im September 1802 die Bamberger Nebengerichte um die Einsendung von Fremdenlisten gebeten: Dekret an das Gericht St. Gangolf vom 20. September 1802: StadtABa B 130, Nr. 130.

199 So die französischen Geistlichen Gley (der inzwischen das Bamberger Bürgerrecht besaß), Le Cointe und Marchand. Weiterhin in Bamberg bleiben auch die aus ursprünglich zum Reich gehörigen Territorien stammenden Geistlichen Quarante und Koppin. Auch einige Franzosen weltlichen Standes blieben in Bamberg, so die Emigranten Dompierre, Hertin und Riboudet. Die zwei Letzteren hatten inzwischen das Bamberger Bürgerrecht erworben.

## 4.2 Hilfs- und Unterstützungsleistungen

### 4.2.1 Die Bamberger Kollekte für die Emigrantenkolonie in Konstanz

Noch bevor sich die fürstbischöfliche Verwaltung mit den Revolutionsemigranten direkt vor Ort konfrontiert sah, wurde das Thema von höchster Stelle auf die Agenda gesetzt. In einem Rundschreiben an den deutschen Klerus, das den Bamberger Hof Anfang 1793 erreichte, rief Papst Pius VI. zu großzügigen Spenden für die Emigrantenkolonie in Konstanz auf. In der nur knapp dreieinhalb Tausend Einwohner zählenden Stadt am Bodensee waren seit dem Herbst 1792 mehrere Hundert Emigranten angekommen, darunter prominente Vertreter der französischen Geistlichkeit, etwa der Erzbischof von Paris und die Bischöfe der Diözesen Langres, St. Malo, Nîmes und Troyes.<sup>200</sup> Diese hatten sich am 1. November 1792 mit der Bitte um Unterstützung direkt an den Papst gewandt, der in seiner Antwort an die emigrierten französischen Geistlichen das besagte Sendschreiben beifügte, welches umgehend an viele Reichsstände weitergeleitet wurde.<sup>201</sup>

Am 2. März 1793 beschäftigte sich das Bamberger Vikariat erstmals mit dem Vorgang. Man beschloss, unter dem Welt- und Ordensklerus eine Sammlung durchzuführen, die das Vikariat koordinieren sollte. Fürstbischof Franz Ludwig von Erthal bestätigte die Durchführung der Kollekte jedoch erst im November 1793. Ganz erklärbar ist diese Verzögerung nicht. Wühr verweist in diesem Zusammenhang auf die großzügige Sammlung, die unmittelbar vor dem Bittgesuch der Konstanzer Emigranten für die verunglückten Bewohner der kurmainzischen Festung Königstein abgehalten worden war.<sup>202</sup> Als nun im Februar 1794 der Fürstbischof beim Vikariat nachfragte, wie die Sammlung fortgeschritten sei, waren schon 1.042 fl 13 xr zusammengekommen.<sup>203</sup> Hinzu kamen im März 1794 von Seiten des Domkapitels noch weitere 150 fl, während Erthal selbst zum Abschluss der Kollekte aus

200 MOSER geht im November 1792 von 835 Emigranten, davon 287 Geistlichen, und Anfang 1793 von 614 Emigranten, davon 205 Geistlichen aus, vgl. Arnulf MOSER, Die französische Emigrantenkolonie in Konstanz während der Revolution (1792–1799), Sigmaringen 1975, S. 20f.

201 IBID., S. 27.

202 WÜHR, Emigranten, S. 224.

203 Conclusum des Vikariats vom 20. Februar 1794: StABa Geheime Kanzlei 1725, fol. 31, Vikariatsakten 1794. Mit genauer Aufschlüsselung der eingegangenen Beträge Conclusum des Vikariats vom 27. Februar: a. a. O., fol. 38. Auch WÜHR, Emigranten, S. 227.

Privatmitteln die Summe von 250 fl beisteuerte, sodass das Abschlussergebnis der Sammlung immerhin 1.743 fl 52 xr betrug.<sup>204</sup> Die Summe wurde nach Würzburg geschickt, von wo sie mit dem Ertrag der parallel im Hochstift Würzburg durchgeführten Kollekte zusammengeführt und nach Konstanz überwiesen wurde.<sup>205</sup>

Dort hatten die rührigen Exilanten bereits eine zweite Mittelakquisition größeren Ausmaßes ins Auge gefasst. In Koordination mit den Emigrantenkolonien in den Schweizer Kantonen Fribourg und Solothurn wurden Sammlerteams zusammengestellt, die nicht nur in verschiedene Reichsterritorien, sondern auch nach Italien, Polen, Ungarn und Russland ausgesandt wurden. Ausgestattet mit Empfehlungsschreiben der höheren Geistlichkeit sollten sie vier Ziele verfolgen: 1. Geld sammeln, 2. Honorare für Messstiftungen einwerben, 3. neue Unterbringungsmöglichkeiten für emigrierte Geistliche eruieren und 4. Informationen über die Revolution und die Emigration verbreiten.<sup>206</sup> Durch die Aktion kamen nicht unbedeutende Summen besonders aus Russland und Polen zusammen und auch die Aufnahme von 200 emigrierten Geistlichen in Venedig glückte.

Ende des Jahres 1794 wurde eine weitere Sammlung avisiert, da der Fürstbischof bemerkte, dass die erste Kollekte *nichts weniger als sehr erbaulich sowohl im Ganzen als im Detail* gewesen war.<sup>207</sup> Die Spendenbereitschaft in Bamberg ging jedoch merklich zurück. Das Vikariat beklagte bald, dass Fürstbischof Franz Ludwig per-

Landklerus:	216 fl 36 xr
Landklerus, Nachtrag:	51 fl 30 xr
Landstifte:	485 fl
Bamberger Seminar:	15 fl 42 xr
Hofkammer:	250 fl
Übriger Klerus:	324 fl 55 xr

204 Conclusum des Vikariats vom 24. März 1794: StABa Geheime Kanzlei 1725, fol. 46, Vikariatsakten 1794.

205 Der Grund für die Zusammenführung der Kollekte vor der Abschickung nach Konstanz war der ausdrückliche Wille Erthals, der nicht wollte, dass ersichtlich sei, wie viel Geld aus der jeweiligen Diözese stammte: Hochfürstliches Reskript an das Vikariat vom 27. März 1794: StABa Geheime Kanzlei 1731, fol. 288, Vikariatsreskripte 1793–95. Inzwischen waren auch Bittgesuche von anderen Emigrantenkolonien eingetroffen: So bat der Generalvikar von Nancy um Unterstützung für seine in Mannheim und Heidelberg lebenden Diözesanpriester. Erthal rief in diesem Fall zu keiner Sammlung in seinen beiden Fürstentümern auf, sondern stiftete aus eigenem Vermögen die Summe von 4.000 fl, vgl. WÜHR, Emigranten, S. 224f.

206 MOSER, Konstanz, S. 31.

207 Hochfürstliche EntschlieÙung vom 25. November 1794: StABa Geheime Kanzlei 1731, fol. 438, Vikariatsreskripte 1793–95.

sönlich bereits mehr aus seiner Schatullreserve beigesteuert hätte als der gesamte Bamberger Klerus zusammen. Auch die Klöster könnten nicht die erwarteten Gelder beisteuern, da sie sich durch Einquartierungen von durchreisenden Ausländern erheblichen finanziellen Belastungen ausgesetzt sehen würden.<sup>208</sup> Eine weitere Aufforderung an den Diözesanklerus im Januar 1795 zeigt, dass man im Vikariat über die bisherigen Donationen alles andere als zufrieden war.<sup>209</sup>

Die bis dato zusammen gekommene Summe wurde allem Anschein nach aber nicht mehr abgeschickt, denn nach der Wahl Christoph Franz von Busecks zum Fürstbischof im April 1795 verband der Pariser Erzbischof sein Glückwunschsreiben an den neuen Bamberger Hirten mit der Erinnerung an diese zweite Kollekte.<sup>210</sup> Buseck verwies in seiner in entschuldigendem Ton gehaltenen Antwort auf die vielen Belastungen, namentlich den Krieg und die einströmenden Emigranten, denen das Hochstift ausgesetzt sei, sodass keine finanziellen Unterstützungsleistungen für die Konstanzer Emigranten mehr geleistet werden könnten.<sup>211</sup> Einen letzten Versuch unternahmen die Bischöfe von Paris, Langres, Nîmes und St. Malo im Januar 1796. Da sich aber die Situation im Hochstift im Vergleich zum Frühjahr 1795 sogar eher verschärft als entspannt hatte, entschloss sich die Bamberger Regierung, von einer weiteren abschlägigen Antwort abzusehen.<sup>212</sup> Die Unterschiedlichkeit zwischen Erthal und Buseck wird auf diesem Feld offensichtlich. Erthal betrieb zwar eine tendenziell schärfere Regulierung des Emigrantenzuzugs im Vergleich zu Buseck während dessen ersten Regierungsjahres, war aber ungleich engagierter bei der finanziellen Unterstützung für die emigrierten Standesgenossen in anderen Territorien des Reichs.

208 Conclusum des Vikariats vom 9. Dezember 1794: StABa Geheime Kanzlei 1725, fol. 142, Vikariatsakten 1794.

209 Gedruckte Aufforderung an den Diözesanklerus vom 12. Januar 1795: StadtABa Rep. 3 1101a Nr. 2, Bambergensia 1795. In Würzburg war im Zuge der zweiten Kollekte im Januar 1795 schon eine größere Summe zusammengekommen, die hauptsächlich nach Konstanz geschickt wurde, vgl. WÜHR, Emigranten, S. 225.

210 Anschreiben des Erzbischofs von Paris, Antoine de Juigné, vom 28. April 1795: StABa Geheime Kanzlei 1726, fol. 34, Vikariatsakten 1795.

211 Brief Busecks an den Erzbischof von Paris vom 17. Mai 1795: StABa Geheime Kanzlei 1726, fol. 34, Vikariatsakten 1795.

212 Gesuch der französischen Bischöfe aus Konstanz vom 18. Januar 1796 und Kommentar dazu: StABa Geheime Kanzlei 1224, fol. 19, Regierungsakten 1796. In Würzburg bemühte sich nach dem Tod Erthals dessen Nachfolger Georg Karl von Fechenbach um weitere Sammlungen (Januar 1796, Dezember 1799), vgl. WÜHR, Emigranten, S. 226.

#### 4.2.2 Reichsstände unter Bamberger Schutz

Seit der Belagerung von Mainz 1793 und der folgenschweren Schlacht bei Fleurus (26. Juni 1794), die den Franzosen erhebliche Territorialgewinne in den österreichischen Niederlanden einbrachte, verschärfte sich für die rheinnah gelegenen Stände die Bedrohungslage kontinuierlich. Es war das Gebot der Stunde, Pläne für eine geordnete Evakuierung der Residenzen mit ihren Archiven und Effekten vorzubereiten. Aufgrund der Distanz zwischen den Schauplätzen des seit 1792 tobenden 1. Koalitionskrieges und dem Hochstift Bamberg erschien einigen Reichsständen, die sich durch die expansiven Bestrebungen der französischen Revolutionsarmee bedroht fühlten, – zumindest in den ersten Jahren des Krieges – das fränkische Fürstentum als Hort der Sicherheit. Leider lassen sich die drei folgenden Beispiele aus den Bamberger Akten nicht vollständig rekonstruieren, da jeweils die hochfürstlichen Entschlüsse zu den eingereichten Anfragen fehlen.

Ende des Jahres 1794 war es das Reichskammergericht, welches seit 1689 in der freien Reichsstadt Wetzlar residierte, das einen solchen Plan prüfte. Der sich in Würzburg aufhaltende Fürstbischof Erthal berichtete nach Bamberg, dass er ersucht worden sei, *ihm* [dem Reichskammergericht, d. A.] *bei der näher etwa sich andringen sollenden Feindes Gefahr Unsere fürstl. Residenzstadt Bamberg zum einseitigen Aufenthalts Orte anzuweisen*.<sup>213</sup> Der Fürstbischof verlangte ein Gutachten seiner Bamberger Regierung, ob und wie dies zu bewerkstelligen sei. Dabei scheint er befürchtet zu haben, dass von Seiten der Regierung die schiere Präsenz einer einflussreichen Reichsinstitution in der Stadt nicht erwünscht sei, sodass er vorsorglich ankündigte, einen solchen vorgeschobenen Grund nicht zu akzeptieren. Die Würzburger Regierung habe sich ihrerseits dazu entschließen können, die Stadt Kitzingen im Hochstift Würzburg als möglichen Aufnahmeort vorzuschlagen. Die Bamberger Behörden wurden zwar angewiesen alle *ledig stehenden Quartiere* in der Stadt anzuzeigen, eine konkrete Prüfung, ob die bereits in der Stadt sich aufhaltenden Emigranten zugunsten des Reichskammergerichts ausgewiesen werden könnten, wurde allerdings aufgeschoben.<sup>214</sup> Die weitere Entwicklung lässt sich in den Quellen nicht nachvollziehen. Dass Kitzingen und Bamberg aber fortan be-

<sup>213</sup> Brief Erthals an die Regierung in Bamberg vom 21. November 1794: StadtABa Rep. 3 1101, Bambergensia 1794.

<sup>214</sup> Brief an Hofkanzler Pabstmann vom 27. November 1794: StadtABa Rep. 3 1101, Bambergensia 1794.

gehrte Zielorte für die Evakuierung von fürstlichen Archiven waren, zeigen die folgenden Anfragen.

General Jourdan hatte im Sommer 1795 die Festung Luxemburg eingenommen und war kurze Zeit später mit seiner Armee über den Rhein gesetzt. Als er sich bereits im September in den rechtsrheinischen Territorien des Erzstifts Mainz aufhielt, befürchtete der Landgraf von Hessen-Darmstadt, Ludwig X., für seinen Staat das Schlimmste. Er ließ seine Residenzstadt Darmstadt räumen und Kriegsgerät und Archive in die würzburgische Landstadt Kitzingen bringen.<sup>215</sup> Da durch den Kriegsverlauf im Spätsommer 1795 auch die unterfränkische Metropole bedroht schien, entschloss sich der Landgraf, den neuen Bamberger Bischof, Christoph Franz von Buseck, um Unterstützung zu bitten. In einem Brief legte er seinen Plan dar, sofort den Transport seiner Besitztümer nach Bamberg zu veranlassen, wobei die Hochstiftsbehörden dafür Sorge zu tragen hätten, dass alles sicher untergebracht werden würde.<sup>216</sup> Der tatsächliche Ausgang der Begebenheit lässt sich aus den Bamberger Akten leider ebenso wenig rekonstruieren wie das Ansinnen des Fürstbischofs von Speyer im Juli 1796. Der Fürstbischof August von Limburg-Stürum bat, nachdem er unter der Bedrohung durch General Jourdan sein Hochstift im September 1795 (zum zweiten Mal) verlassen hatte, seinen Bamberger „Kollegen“ nun um Hilfe.<sup>217</sup> Sein Brief erreichte Bamberg aus dem Hochstift Freising, wohin sich der Speyerer Bischof inzwischen geflüchtet hatte. Wie dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt ging es ihm um seine Archive und Effekten, die er allerdings bereits aus Speyer evakuiert und in Neuhausen bei Stuttgart im Herzogtum Württemberg zwischengelagert hatte. Wegen des anrückenden Feindes wollte der Fürstbischof diese wertvollen Rechtsmaterialien in Sicherheit wissen und plante ursprünglich, sie ins hohenzollernsche Bayreuth überführen zu lassen. Er änderte offensichtlich seine Meinung und bat nun den Bamberger Bischof Christoph Franz um logistische Unterstützung, deren Kostenaufwand er zu tragen bereit war.<sup>218</sup>

215 Eckhard FRANZ, Ludwig I. (Großherzog von Hessen), in: NDB 15 (1987), S. 395f.

216 Brief des Landgrafen von Hessen-Darmstadt vom 28. September 1795: StABA Geheime Kanzlei 1222, fol. 134, Regierungsakten 1795.

217 Rudolf SCHREIBER, August Damian Phillip Karl Graf von Limburg-Stürum, in: NDB 1 (1953), S. 450f.

218 Brief des Fürstbischofs von Speyer an Christoph Franz von Buseck vom 17. Juli 1796: StABA Geheime Kanzlei 1225, fol. 108, Regierungsakten 1796.

## 5. Quantitative Strukturanalyse

In Anknüpfung an die wegweisende Studie von Greer soll auch im Hinblick auf die Revolutionsemigranten in Bamberg der quantitative Ansatz Anwendung finden.

Eine quantitative Analyse gewinnt erst Aussagekraft, wenn die aufbereiteten Statistiken eine solide Datenbasis haben. Durch die Recherche in den Bamberger Verwaltungsakten konnten über 260 Emigranten festgestellt werden, eine Zahl also, die eine Untersuchung sozialstruktureller Merkmale nicht nur möglich, sondern vor allem auch sinnvoll macht. In einem zweiten Schritt müssen die Zahlen auf eine Vergleichsebene gebracht werden, damit die für Bamberg erstellten Statistiken überhaupt Aussagekraft erlangen können. Die Bamberger Daten sollen deshalb mit denen aus dem Hochstift Würzburg und den Fürstentümern Ansbach und Bayreuth verglichen werden. Dabei wird auf die bereits veröffentlichten Statistiken für diese beiden Reichsstände zurückgegriffen.<sup>219</sup>

Greer nutzte für seine Datenerhebung die Emigrantenlisten, die ab dem Frühjahr 1792 in Frankreich erstellt wurden. Dabei hatte jede Kommune eine Liste für ihren Sprengel an die Bezirks-, diese wiederum an die Département-Verwaltung zu schicken. Hier wurden schließlich die Listen der einzelnen Bezirke zusammengefasst und an die Zentralregierung gesandt. In diesen Listen wurden die Emigranten mit vollem Namen aufgeführt, dazu kamen Angaben zu Rang, Beruf und Vermögen, sowie zu ihrem letzten Wohnort in Frankreich.<sup>220</sup> Greer stellte fest, dass die kumulative „*Liste générale par ordre alphabétique des émigrés de toute la République*“ der Pariser Regierung voller Dopplungen und Schreibfehler ist. Daher hielt er sich an die Departements- und die Kommunallisten, die zwar teilweise auch fehlerhaft oder ungenau, aber letztlich „näher“ an den Geschehnissen waren.<sup>221</sup> Eine Vielzahl wurde nie in Listen erfasst, tausende Emigranten verloren sich in der schieren Masse. Diese Fehler seien, so Greer, zwar zum Teil zu beheben, eine absolut korrekte Statistik ist aus den Quellen aber nicht mehr zu rekonstruieren.<sup>222</sup> Greer beschränkte sich zudem auf die direkt aus Frankreich ausgewanderten Personen, während im Folgenden die eindeutig als Emigranten zu identifizierenden Individuen aus den

219 Für Ansbach-Bayreuth: HÖPEL, Emigranten in Preußen, S. 188–198. Für Würzburg: WÜHR, Emigranten, S. 168–192 bzw. Prosopographie.

220 GREER, Incidence, S. 5.

221 IBID., S. 7.

222 IBID., S. 17.



Staaten des Alten Reiches hinzugenommen werden. Die Quellen sind – wie eingangs ausgeführt – nur unvollständig überliefert. Der bedeutendste Verlust liegt bei den Emigrantenlisten der Nebengerichte der Stadt und der Ämter des Hochstifts Bamberg vor. Die hier verwendeten Daten mussten demnach alle aus dem regulären Verwaltungsschriftgut extrahiert werden. Hierbei sind aufgrund von Verschreibungen, vor allem bei französischen Namen, und ungenauen Angaben, etwa zur Herkunft, zusätzliche Fehlerquellen zu konzedieren. Auch die Verwendung von wechselnden Decknamen vergrößert die Problematik erheblich.<sup>223</sup>

Greers Untersuchung untergliedert sich in

1. zeitliche (wann vollzog sich die Emigration?),
2. geographische (von wo wanderten die Emigranten aus?) und
3. sozialstrukturelle (wer wanderte aus?) Aspekte,

eine Trias, die auch hier nachvollzogen werden soll. Grundlage für die Auswertung ist die erstellte Prosopographie (Kapitel 10).

## 5.1 Zwei Räume: Hochstift und Diözese

Im Unterschied zu den bisher erschienenen Studien über Revolutionsemigranten in den deutschen Territorien und zu Greer, der die Auswanderung auf der Ebene der Départements analysierte, wird nachstehend die Emigrantensituation in Bamberg auf zwei räumlichen Ebenen untersucht. Diese Perspektive erwächst aus dem Umstand, dass der Fürstbischof von Bamberg durch seine Stellung als geistlicher Reichsstand zweierlei war: der Souverän des weltlichen Besitzstandes, des Hochstifts Bamberg, und gleichzeitig in seiner Funktion als Bischof das Oberhaupt der (exemten) Diözese Bamberg.

Andere Studien, die geistliche Staaten zum Gegenstand der Untersuchung machen, beschränken sich auf den weltlichen Herrschaftsbereich.<sup>224</sup> Im Fall des Erzbistums Mainz ergibt diese Beschränkung auch Sinn, weil der Metropolit von Mainz die Leitungsvollmacht über einen Diözesansprengel innehatte, der weit über das Kurfürstentum hinausreichte und große Teile des heutigen Hessens, die Pfalz,

<sup>223</sup> SCHÖLER, Emigranten in Franken, S. 13. Auch WÜHR, Emigranten, S. 148.

<sup>224</sup> Etwa WÜHR, Emigranten in Mainz; ALFONS SPRUNCK, Die französischen Emigranten im Kurfürstentum Trier. In: Kurtrierisches Jahrbuch 6 (1966), S. 133–142.

das östliche Westfalen und fast ganz Thüringen einschloss. Zwar ist auch im Falle Bambergs zu konstatieren, dass das weltliche Gebiet des Hochstifts und die Diözese nicht deckungsgleich waren, allerdings in einem weit geringeren Maße als im Mainzer oder auch im Trierer Beispiel. Hinzu kommt, dass sich eine große Zahl (katholischer) Emigranten in den unmittelbar an das Hochstift Bamberg angrenzenden Fürstentümern Ansbach und Bayreuth sowie in der Reichsstadt Nürnberg aufhielt. Für diese Personen hatte der Bamberger Bischof die kirchenrechtliche Weisungsbefugnis, etwa bei der Erteilung des Celebrets für Geistliche oder der Genehmigung von Taufen und Trauungen bei Emigranten weltlichen Standes. Aus diesem Grund werden die Emigranten, die außerhalb des Hochstifts, aber innerhalb der Diözese lebten, berücksichtigt – allerdings nur soweit sie sich im Bamberger Quellenbestand nachweisen lassen.

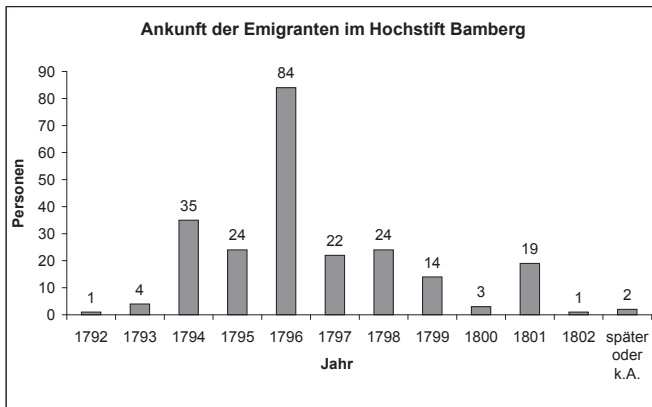
Trotz dieser scheinbar simplen Einteilung in zwei Ebenen darf an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass gerade der weltliche Herrschaftsbereich alles andere als einen geschlossenen Territorialstaat unter einem absolut regierenden Herrscher bildete. Bedingt durch die Umstände seiner Gründung hatte das Bamberger Fürstentum offene Grenzen zu den benachbarten Territorien, was häufig zu Territorialstreitigkeiten führte. Ein hoher Grad an Zergliederung und fehlende Arrondierung waren kennzeichnend für das fränkische Hochstift. Hinzu kam die meist als chaotisch apostrophierte „Vielregiererei“ des frühmodernen geistlichen Staates, die jüngst Wolfgang Wüst zum Gegenstand einer Betrachtung gemacht hat.<sup>225</sup> Die Herrschaftsrechte der Fürstbischöfe, die in ihren Wahlkapitulationen nicht selten beträchtliche Kompetenzen an das Domkapitel abtraten, standen in einem latenten Spannungsverhältnis zu Ansprüchen des Domkapitels und der Amtsträger in der Stadt und auf dem Land, beispielsweise der Äbte der großen Klöster Banz, Langheim und Michaelsberg. Auch wenn der Prozess der Verdichtung der Landesherrschaft auf die Person des Fürstbischofs hin zum Ende des 18. Jahrhunderts weit fortgeschritten war, muss man sich der Grenzen fürstbischöflicher Herrschaft bewusst sein.

<sup>225</sup> Wolfgang Wüst, Das Hochstift Bamberg als regionale frühmoderne Territorialmacht. Charakteristika eines geistlichen Staates in Franken, in: BHVB 143 (2007), S. 281–308.

## 5.2 Emigranten in Bamberg

Durch die periphere Lage des Hochstifts Bamberg blieb das fränkische Fürstentum sowohl in der ersten Phase (1789–1792) als auch weitgehend am Anfang der zweiten Phase (1792–1797) der Französischen Revolution – ganz im Gegensatz zu den an Frankreich grenzenden Territorien – von revolutionsbedingter Emigration verschont. Nach allem, was bekannt ist, war der aus dem Lothringischen stammende Kapuzinerpater Gaspard Pfaff der erste Emigrant, der Bamberg erreichte und bereits im Januar 1792 den Fürstbischof um ein Benefizium am Kreuzberg bei Hallstadt bat.<sup>226</sup>

Die zeitliche Verteilung der Emigration stellt sich wie folgt dar:

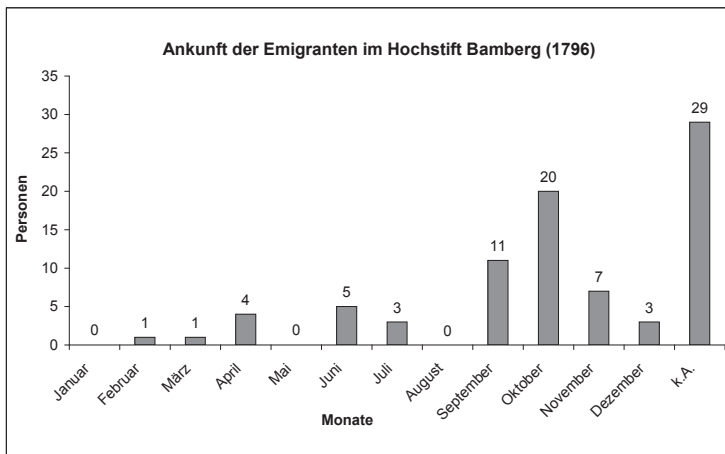


Aus der Graphik wird deutlich, dass die Hauptphase der Emigration in das Bamberger Hochstift zwischen 1794 und 1799 fällt. Der Ausschlag im Jahr 1801 ist missverständlich, da es sich hier um einen einzelnen großen Familienverband mit Dienerschaft handelt, der die krisengeschüttelte Helvetische Republik verlassen und sich in die Stadt Bamberg geflüchtet hatte, wo allerdings keine dauerhafte

<sup>226</sup> WÜHR, Emigranten, S. 498, Nr. 3554. Allerdings widerspricht sich WÜHR in diesem Punkt selbst, da er ausführt, dass der aus dem Nassau-Weilburgischen stammende Priester Anton Rotholz der erste Emigrant gewesen sei, vgl. WÜHR, Emigranten, S. 192. Rotholz erhielt am 27. Januar 1794 die Aufenthaltserlaubnis: AEB Rep. I, Nr. 914, fol. 88, Vikariatsprotokolle 1794.

Aufenthaltsgenehmigung ausgestellt wurde.<sup>227</sup>

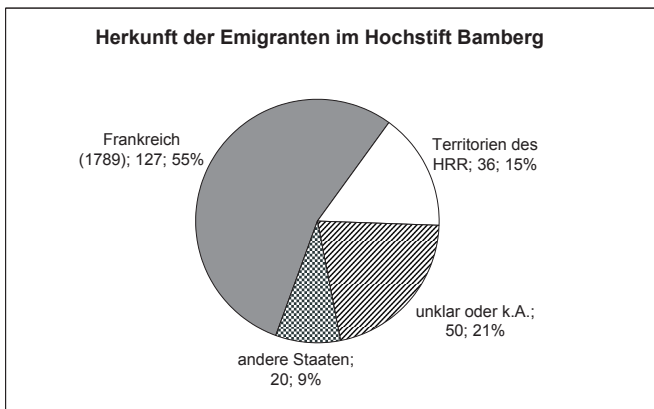
Push-Effekte, die unmittelbar in Frankreich wirkten, zum Beispiel die Terrorherrschaft und der Aufstand in der Vendée, lassen sich aufgrund der Distanz zum Hochstift aus der Statistik nicht oder nur mit entsprechender Zeitverzögerung herauslesen, wobei letztere wohl kaum zu kalkulieren ist. Anders verhält es sich mit Ereignissen, die die Emigration aus Territorien in relativer räumlicher Nähe zum Hochstift bewirkten. Für diesen Aspekt ist der offensichtlichste Indikator in der Graphik der große Ausschlag im Jahr 1796. Durch den im Juni 1796 begonnenen Feldzug General Jourdans entlang des Mains wurden viele Emigranten, die sich bisher im Erzstift Mainz und dem Hochstift Würzburg aufgehalten hatten, weiter ostwärts getrieben, bis sie schließlich Bamberg erreichten. Nach der Vertreibung der französischen Truppen durch die Österreicher unter Erzherzog Karl nach den Schlachten von Amberg am 24. August 1796 und bei Würzburg am 3. September 1796 stellten viele Emigranten bei der fürstbischöflichen Regierung ein Duldungsgesuch. Leider fehlt für das betrachtete Jahr eine erhebliche Zahl von Aktenstücken, sodass mittels der Indices in den Regierungsakten nur der Name des Emigranten und das Jahr des Aufenthaltes in Bamberg ermittelt werden kann, jedoch nicht das genaue Datum seines Gesuches.



<sup>227</sup> Conclusum Regiminis zur Bitte des Anton Major aus dem Kanton Bern vom 16. August 1801: StABa Geheime Kanzlei 1242, fol. 91, Regierungsprotokolle 1801. Darauf hochfürstliche Entschliessung vom 20. Juli 1801: StABa Geheime Kanzlei 1243, fol. 253, Regierungsreskripte und -resolute 1801.

Zumindest tendenziell ist aber zu erkennen, dass eine Mehrheit von Individuen in den drei Monaten unmittelbar nach dem Abzug der Franzosen, also von September bis November, ihre Vorstellung bei der Regierung machte und in der überwiegenden Zahl auch positive Antwort erhielt. Insgesamt wurden 233 Emigranten ermittelt, die sich von 1792 an im Hochstift Bamberg aufgehalten haben. Da diese Zahl nur die Personen einschließt, die in den Akten ermittelbar sind, muss darauf hingewiesen werden, dass die tatsächliche Zahl der Emigranten beträchtlich höher gelegen haben kann. Einen Hinweis dazu liefert ein Gutachten, das Hofrat Molitor junior am 23. November 1795, also noch vor dem präsumtiven großen Zuzug im Jahre 1796, erstellt und der Regierung vorgelegt hat. Darin spricht Molitor von 260 Emigranten, die sich allein in der Residenzstadt Bamberg aufhielten. Von diesen kämen 97 Emigranten aus Frankreich und 163 Personen aus den Niederlanden und anderen Gegenden des Reiches.<sup>228</sup>

Diese Feststellung hat hohen Authentizitätswert, da Molitor diese Zahlen wahrscheinlich auf der Grundlage der Emigrantenlisten der Bamberger Nebengerichte und des Vizedomamts berechnet hat, welche periodisch an die Regierung geschickt werden mussten, uns jedoch fehlen. Für das ganze Hochstift konnte auf Basis der gesammelten Daten folgende Statistik zur Herkunft der Emigranten erstellt werden:

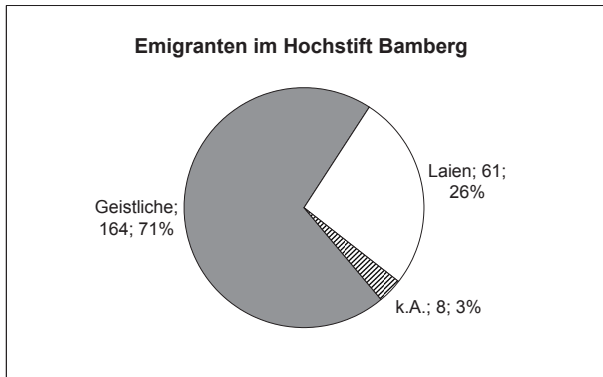


<sup>228</sup> Beilage zum Conclusum Regiminis vom 23. November 1795: StadtABa D 3001, Rep. 3 Nr. 1212, Französische Emigranten.

Auf den ersten Blick scheinen die dargestellten Zahlen der numerischen Relation von Emigranten aus Frankreich und dem Heiligen Römischen Reich aus dem Bericht Molitors zu widersprechen, da die französischen Emigranten hier in der Mehrheit sind. Dazu ist anzufügen, dass die ermittelten Daten auf der Auswertung der Regierungsakten basieren und aufgrund der speziellen Verordnungen bezüglich französischer Emigranten vornehmlich ebendiese namentlich Niederschlag in den Akten gefunden haben, da ihr Aufenthalt direkt von der Regierung oder dem Fürstbischof genehmigt werden musste. Die Emigranten aus den Reichsterritorien hatten sich lediglich bei den Amtsvorstehern ihres Aufenthaltsortes auszuweisen und bedurften keiner Genehmigung von höchster Stelle. Die in der Graphik eindeutig aus Staaten des Reiches stammenden Emigranten haben also zumeist nicht wegen Ansuchen um Aufenthaltsgenehmigungen Niederschlag in den Akten gefunden, sondern etwa wegen unternehmerischer Initiativen, Testamentsangelegenheiten, Krankheits- oder Todesfällen. Es ist daher davon auszugehen, dass die Zahl der Emigranten aus den Staaten des Heiligen Römischen Reiches bedeutend höher gelegen hat.

## 5.3 Sozialstruktur

Nachdem der zeitliche Aspekt der Emigration beleuchtet und im Hinblick auf die Herkunft grob die Relation von Emigranten aus Frankreich und den Reichsständen skizziert wurde, soll nun die Sozialstruktur eingehend untersucht werden.



Es überrascht kaum, dass in einem geistlichen Fürstentum der emigrierte Klerus stark vertreten ist. Trotz dieses Befundes muss erneut auf die Dunkelziffer der Emigranten aus den Reichsterritorien hingewiesen werden. Würde man lediglich Molitors Zahlen für die Stadt Bamberg aus dem Jahr 1795 zu Grunde legen, die 163 Personen aus den österreichischen Niederlanden und anderen Staaten ausweist, ohne jedoch ihre Standeszugehörigkeit zu benennen, könnten sich die Relationen, wie sie hier dargestellt sind, stark verschieben.<sup>229</sup> Aber selbst wenn der Anteil der Geistlichen unter diesen Umständen vielleicht geringer wäre als in der Graphik ausgewiesen, lässt sich die Tendenz kaum bestreiten, dass Bamberg insbesondere für den emigrierten Klerus anziehend wirkte.

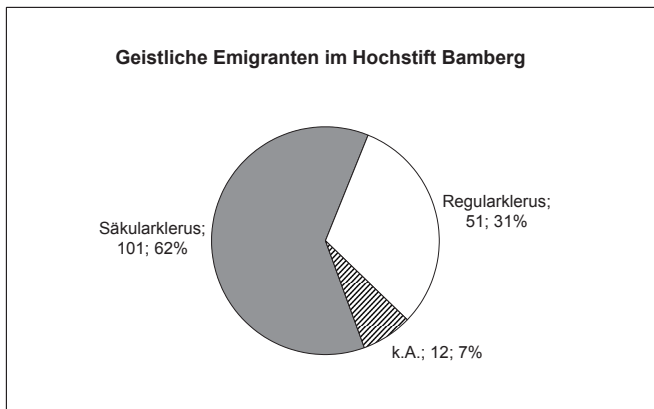
Im Folgenden soll der Blick auf drei soziale Gruppen gerichtet werden: die Geistlichen, den Adel und den Dritten Stand. Alle lassen sich im Bamberger Hochstift nachweisen, wobei die Geistlichen – wie oben gezeigt – die größte Gruppe bilden.

<sup>229</sup> Wie Anm. 228.

### 5.3.1 Geistliche

Die ausgewanderte Geistlichkeit, die das Hochstift Bamberg erreichte und den Fürstbischof um Aufenthaltsgenehmigung bat, ist in den Quellen quantitativ am breitesten vertreten. Dies erwächst aus dem Umstand, dass ein emigrierter Kleriker aus Frankreich seine Vorstellung unmittelbar bei der Regierung oder über die Hofkanzlei direkt beim Bischof machte und diese Gremien dann in Rücksprache mit dem Fürstbischof über die Aufenthaltserlaubnis zu befinden hatten. In den meisten Fällen war die Aufenthaltserlaubnis für emigrierte Kleriker mit der Erteilung des Celebrets verbunden, welches die Voraussetzung war, in der Diözese die Heilige Messe lesen zu dürfen. Durch die kombinierte Analyse der Akten der weltlichen und geistlichen Regierung war somit die Wahrscheinlichkeit höher, Kleriker zu finden als Laien, welche ja im günstigsten Fall nur in den Akten der weltlichen Regierung Niederschlag fanden.

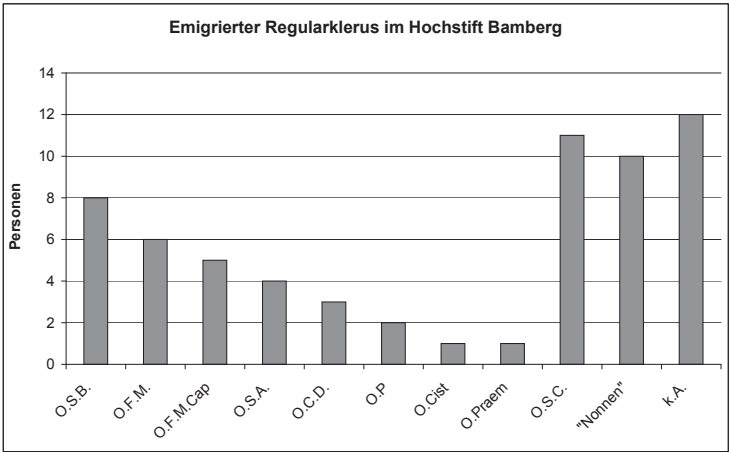
Die für das Hochstift nachgewiesenen 164 Geistlichen gliedern sich in zwei Gruppen:



Die festgestellte Verteilung von Säkular- und Regularklerus im Hochstift Bamberg ist insofern bedeutsam, als sie zumindest tendenziell ein anderes Verhältnis ausweist als bei Greer. Dieser konstatiert – mit aller Vorsicht – eine Relation von



Säkularklerus zu Regularklerus von 90:10.<sup>230</sup> Die relative Überrepräsentation des Regularklerus im Bamberger Fall mag mit der Konzentration von Klöstern im Hochstift zusammenhängen, die es in protestantischen Territorien der Region wie in Ansbach-Bayreuth und in der Reichsstadt Nürnberg im Süden und Osten sowie in Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg-Saalfeld im Norden natürlich nicht mehr gab.



O.S.B.	Benediktiner	O.S.A.	Augustiner	O.Cist	Zisterzienser
O.F.M.	Franziskaner	O.C.D.	Karmeliter	O.Praem	Prämonstratenser
O.F.M.Cap	Kapuziner	O.P.	Dominikaner	O.S.C.	Klarissen

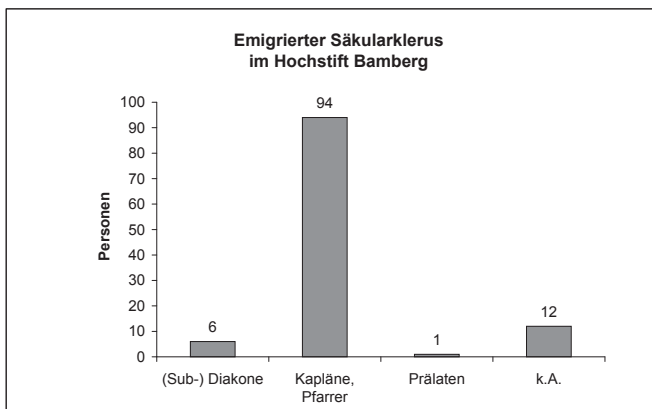
Da viele große Orden im Hochstift mindestens mit einem Kloster vertreten waren, hatte Bamberg für emigrierte Mönche und Nonnen offensichtlich eine besondere Anziehungskraft. So nimmt es auch nicht wunder, dass bei den Männerorden die

230 GREER, Incidence, S. 132 (Tabelle VIII). Man muss natürlich auf das methodische Problem dieses Vergleichs hinweisen: 1. GREER behandelt in seiner Statistik nur die aus Frankreich ausgewanderten Personen, während in der vorliegenden Arbeit auch die aus den von den Franzosen besetzten Gebieten des Heiligen Römischen Reiches berücksichtigt werden. 2. GREERS Analyse berücksichtigt nur Geistliche, die eindeutig als Säkular- oder Regularkleriker zu klassifizieren sind. Es gibt also eine Dunkelziffer von nicht eindeutig zuzuordnenden Geistlichen, welche das von ihm aufgestellte Verhältnis von 90:10 verschieben könnte.

emigrierten Benediktiner am stärksten vertreten waren. In den drei Benediktinerklöstern Michaelsberg, Michelfeld und Banz konnten sie Aufnahme finden.

Bei den unter der diffusen Bezeichnung „Nonnen“ in den Quellen firmierenden weiblichen Ordensangehörigen kann über die Ordenszugehörigkeit nur spekuliert werden. Offenbar wurden sie alle im Klarissenkloster an der heutigen Nonnenbrücke aufgenommen. Ob sie aber tatsächlich Klarissen gewesen sind oder ob sie aus christlicher Barmherzigkeit für emigrierte Standesgenossinnen aufgenommen wurden, bleibt unklar. Auffällig dabei ist, dass die anderen Bamberger Frauenklöster (Dominikanerinnenkloster vom Heiligen Grab, Maria-Himmelfahrt-Kloster der Englischen Fräulein) zumindest laut des Quellenbefundes keine Emigranten aufgenommen haben.

Die Graphik zeigt die Zusammensetzung des nach Bamberg emigrierten Säkularklerus.



Auffallend bei den vorliegenden Zahlen ist die Tatsache, dass vor allem Gemeindepfarrer und Pfarrvikare Aufenthaltsgenehmigungen erhalten haben. Geistliche im Prälatenrang hatten mit ihren Ansuchen bei der hochfürstlichen Regierung wenig Erfolg.<sup>231</sup>

<sup>231</sup> Unter Prälaten wird im Folgenden verstanden: Erzbischöfe, Bischöfe, Äbte, Generalvikare, Domkapitulare, Domdekane und Dompropste. Zwar wurden im Bamberger Fall zwei Geistliche nachgewiesen, die ausschließlich den Titel Domherr trugen (Hénon und Fr. U. Koppin). Da im Gegensatz zu heute Domherren im 18. und 19. Jahrhundert nicht zwingend Mitglieder des Dom-

Der Generalvikar von Bordeaux, Jean Pierre Chantilloup (auch Gandeloupe), ist der einzig nachweisbare Vertreter der höheren Geistlichkeit, der sich über längere Zeit in den Hochstiftslanden aufhielt.<sup>232</sup> Emigrierte Bischöfe und Äbte hatten in Bamberg offenbar keine Aussicht auf Duldung. Sowohl schriftliche Gesuche, wie das des Bischofs von Meaux, Camille-Louis-Apollinaire de Polignac, als auch persönliche Vorstellung beim Fürstbischof, wie im Falle des Erzbischofs von Embrun, Pierre Louis Leysin, blieben ohne Erfolg.<sup>233</sup> Für die höhere Geistlichkeit waren die hohenzollernschen Fürstentümer und die Reichsstadt Nürnberg gastfreundlichere Aufenthaltsorte. In Nürnberg etwa hielten sich zwei Bischöfe,<sup>234</sup> in Erlangen und Ansbach je ein Bischof,<sup>235</sup> in Kulmbach ein Abt<sup>236</sup> und in Bayreuth, Nürnberg und Wolfsau bei Schillingsfürst (ab 1808 zur Bamberger Diözese gehörig) je ein Generalvikar<sup>237</sup> über längere Zeit auf. Für diese Prälaten wie auch für alle anderen emigrierten Kleriker innerhalb der Diözese hatte der Bamberger Bischof die Jurisdiktionsgewalt. Das Bamberger Celebret für die sich nicht im Hochstift aufhaltenden Personen wurde nachweisbar 33 Mal erteilt:

kapitels sein mussten, wurden beide zur Kategorie Kapläne/Pfarrer gezählt, weil sie nachweislich dem Priesterstand angehörten.

232 Chantilloup hielt sich zunächst in Kloster Banz auf und beantragte von dort aus im Jahr 1798 eine Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung. Leider fehlt die entsprechende hochfürstliche Entschließung in den Regierungsakten: StABa Geheime Kanzlei 1234, fol. 558, Regierungsrreskripte und -resolutionen. Im Jahr 1799 erhielt er vom Vikariat das Celebret für das benachbarte Staffelstein: AEB Rep. I, Nr. 924, fol. 1295, Vikariatsprotokoll 1799.

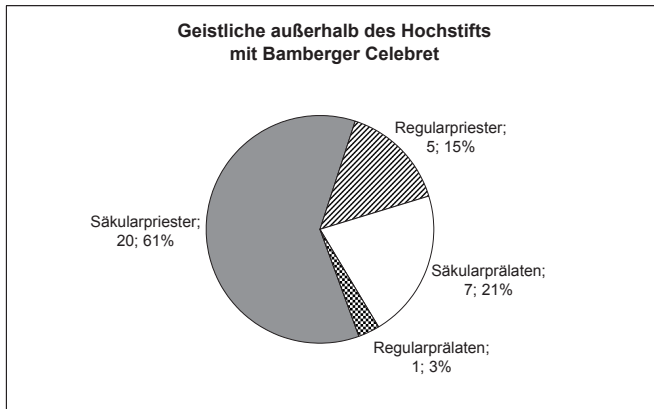
233 De Polignac richtete im Jahr 1794 von Fribourg aus ein Aufenthaltsgesuch an den Bamberger Fürstbischof, das allerdings am 30. Juli 1794 abschlägig behandelt wurde, vgl. WÜHR, Emigranten, S. 194, Anm. 3. Ein weiterer Bischof wandte sich im Oktober 1794 an seinen Bamberger Kollegen: StABa Geheime Kanzlei 1219, fol. 29, Regierungsprotokolle 1794. Erzbischof Leysin, der qua Amt immerhin den Titel „Fürst des römischen Reiches“ trug, machte mit großem Gefolge im März 1799 seine Vorstellung in Bamberg, wurde jedoch mit dem Hinweis abgelehnt, dass sein Gefolge zu groß sei und in der Residenzstadt bereits eine große Zahl Ausgewanderter untergekommen wäre: Conclum Regiminis vom 28. März 1799: StABa Geheime Kanzlei 1235, fol. 76, Regierungsprotokolle 1799.

234 Pierre Louis Leysin, Erzbischof von Embrun, und Pierre Joseph Perreau, Weihbischof von Trier.

235 Anne-Antoine Jules de Clermont-Tonnère, Bischof von Châlons-sur-Marne, und Jules-Basile Ferron de la Ferronays, Bischof von Lisieux.

236 Jean de Dreux, Abt des Zisterzienserklosters Neubourg (Elsass).

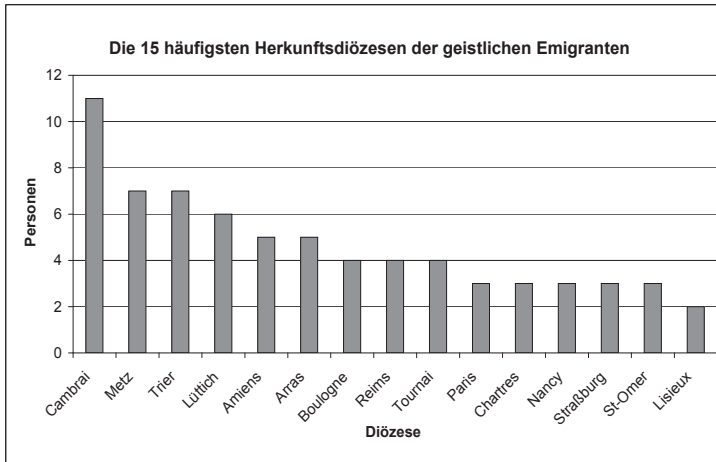
237 Raymond de Fabry, Generalvikar von St-Omer, Joseph Degranges, Generalvikar von Le Puy, und Jean Denis de Camus, Generalvikar von Nancy.



Die hier ausgewiesenen Zahlen bilden mit großer Wahrscheinlichkeit nur einen kleinen Teil der Geistlichen ab, die sich im nicht-hochstiftischen Diözesenteil aufhielten. Dies legt ein Blick auf Wührs Prosopographie und Höpels Auswertung nahe.<sup>238</sup> Da laut der Vikariatsprotokolle und -akten allerdings keine weiteren Emigranten das Celebret förmlich beantragt haben, ist davon auszugehen, dass die meisten Geistlichen außerhalb des Hochstifts ohne Erlaubnis des Ortsbischofs Gottesdienste feierten oder dies während ihrer Emigrationszeit ganz unterließen. Diözesane Zuständigkeiten – sofern sie überhaupt bekannt waren – und kirchenrechtliche Formalien dürften bei den Emigranten wohl nur eine geringe Priorität gehabt haben.

Bezüglich der Herkunft der Emigranten lassen sich für die Geistlichen bessere Aussagen treffen als für die Laien, von denen wir nur selten genaue Angaben über ihren Ursprungsort haben. Das findet seine Erklärung darin, dass bei hochfürstlichen Entschlüssen zu den Aufenthaltsgesuchen von emigrierten Geistlichen neben dem Namen oftmals die Diözese angegeben wurde, in der der jeweils Betreffende ordiniert war. Die folgende Graphik zeigt die Herkunft der geistlichen Emigranten in der ganzen Diözese Bamberg und schließt alle Kleriker sowohl aus Frankreich als auch aus den Staaten des Alten Reiches ein.

<sup>238</sup> In WÜHR'S Prosopographie erscheint eine ganze Reihe Geistlicher, die in Ansbach-Bayreuth lebten, aber kein Bamberger Celebret hatten. Ihre Spuren sind möglicherweise im Staatsarchiv Nürnberg und in den Diözesanarchiven Würzburg und Eichstätt zu finden (s. Kapitel 1.3.2) Diese Geistlichen sind aber in den Zahlen HÖPEL'S enthalten, vgl. HÖPEL, Emigranten in Preußen, S. 197.



Die emigrierten Geistlichen aus Frankreich stammten aus über 30 Diözesen. Trotz einiger Ausnahmen, wie dem Erzbischof von Embrun aus dem Département Haute-Alpes im Südosten oder dem Generalvikar von Bordeaux aus dem Südwesten, emigrierte die zahlenmäßig größte Gruppe aus den nördlichen und nordöstlichen Diözesen Frankreichs.

Die Spitzenstellung unter den Herkunftsdiözesen von den in Bamberg nachgewiesenen geistlichen Emigranten nimmt die Erzdiözese Cambrai ein, gefolgt von Metz und Trier. Der Trierer Bistumssprengel umfasste nicht nur das Kurfürstentum, sondern auch Teile der französischen Départements Moselle und Meuse.

Hinzu kommen die Auswanderer aus den an der französischen Grenze liegenden aber vornehmlich zu den Gebieten der österreichischen Niederlande gehörenden Diözesen Lüttich und Tournai.<sup>239</sup>

Die hier beobachtete Verteilung entspricht der Tendenz nach den statistischen Erhebungen Greers. Abgesehen von den rheinnahen Gebieten Frankreichs ermittelte er für die Départements Nord (Cambrai), Somme (Amiens) und Moselle

<sup>239</sup> Die eingefügte Karte der Diözesen Nordfrankreichs vor 1789 (Abb. 5) ist insofern fehlerhaft, als dass sie die Diözese St-Omer nicht aufführt. Geographisch ist dieses Bistum nördlich der Diözesen Boulogne und Arras zu verorten. St-Omer war Suffraganbistum der Metropole Cambrai und wurde erst im Jahr 1801 aufgelöst. Die Diözese Straßburg umfasste sowohl das Elsass als auch große rechtsrheinische Gebiete.

(Metz) die höchsten Zahlen beim emigrierten Klerus.<sup>240</sup> Diese Zahlen spiegeln sich im Bamberger Fall wider.

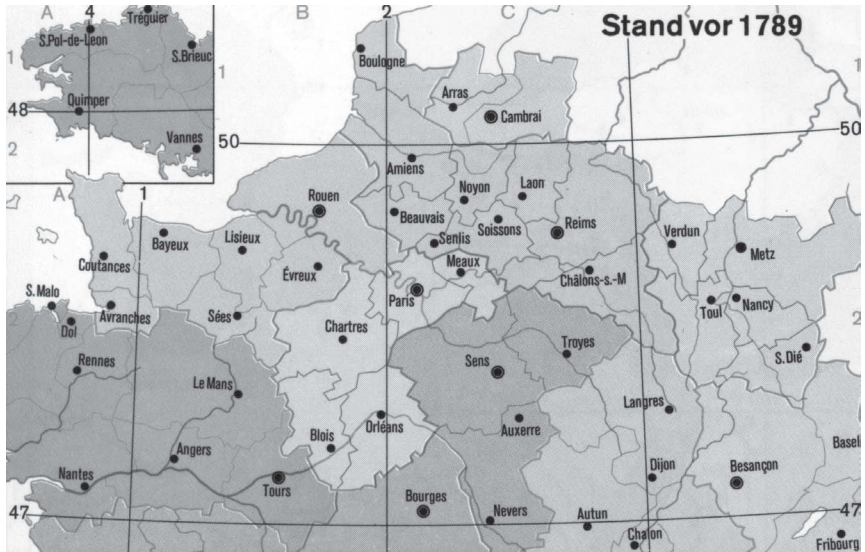
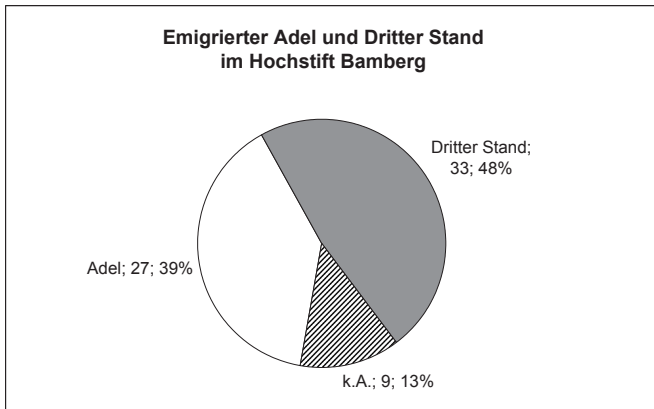


Abb. 5: Die Diözesen Nordfrankreichs vor 1789

### 5.3.2 Adlige

Der emigrierte Adel ist im Hochstift Bamberg mit 27 Personen zahlenmäßig nur schwach vertreten. Insbesondere nach der Zerstreuung der Armee des Prince de Condé nach der verlorenen Schlacht bei Valmy 1792 und der französischen Besetzung von Zentren der royalistischen Gegenrevolution (z. B. Koblenz und die Kurpfalz) im Zuge des fortschreitenden Kriegsgeschehens kamen einige Adlige, meist in Familienverbänden, nach Bamberg. Der Vergleich wird allerdings zeigen, dass benachbarte Territorien, besonders Ansbach-Bayreuth, sehr viel attraktiver für den Adelsstand waren.

240 GREER, Incidence, S. 109–111 [General Table of the Emigration].



Unter den Adligen, die sich zumindest temporär im Bamberger Einflussbereich aufhielten, sind auch ehemalige Angehörige der Emigrantenarmee auszumachen, unter ihnen sogar ein hochrangiger Stabsoffizier.<sup>241</sup> Auch ehemalige Offiziere der französischen Armee, denen keine Betätigung in der konterrevolutionären Armee nachgewiesen werden konnte, fanden den Weg nach Bamberg.<sup>242</sup> Trotz ihrer geringen Anzahl sorgten die adligen Emigranten nicht selten für großes Aufsehen. Die Fälle des Marquis de Montmorillon in Erlangen und Bamberg (s. Kapitel 8.2) und des Comte de la Varenne in Bayreuth verdeutlichen dies.<sup>243</sup>

Geflüchtete Adlige aus den österreichischen Niederlanden genossen in der hochfürstlichen Residenzstadt nahezu unbegrenzten Aufenthalt. Jedoch zog es auch sie nicht vorrangig nach Bamberg. Sie bevorzugten stattdessen die angrenzenden Fürstentümer Ansbach und Bayreuth.

Offenbar war die Stadt an der Regnitz aufgrund ihrer verkehrsgünstigen Lage eine wichtige Wegstation für passierende Emigranten. Aus dem Protokoll über die Passanten der Stadttore Bambergs vom November 1794 geht hervor, dass eine Rei-

241 Höchstrangiger Offizier war der Comte de la Varenne, der als *Colonel* direkt im Stab des Prince de Condé wirkte und *capitaine chef* der 4. Kompanie der Armee war, vgl. de CONTADES (Ed.), *Journal d'un fourrier*, Anhang [Prosopographie der Offiziere der Armée de Condé].

242 So für den Comte du Harcourt, Xavier de Dompierre, und den Kommandanten de Linar, der den Erzbischof de Leysin nach Nürnberg und Bamberg begleitete. Ferner den Offizier Joseph de Goullon, der mit seiner Familie aus Metz nach Bamberg (und später nach Bayreuth) emigrierte.

243 Zur Verwicklung des Comte de la Varenne in die gegenrevolutionären Umtriebe in Bayreuth vgl. Wilhelm WÜHR, *Der Bayreuther Prozess gegen die gegenrevolutionäre Agentur Ludwigs XVIII. von Frankreich 1801–1804*, München 1937.

he Adliger über Bamberg in andere Territorien reiste und sich nur kurz in der Residenzstadt aufhielt. Allein für den November 1794 sind der Herzog von Württemberg mit Gefolge und mindestens zwei aus den österreichischen Niederlanden stammende Emigrantenfamilien nachzuweisen. Auch der Bischof von Antwerpen, Corneille-François de Nelis, der schließlich im August 1798 in einem Kloster der Kamaldulenser nahe Florenz starb, machte aus Würzburg kommend am 8. November 1794 Rast in Bamberg und logierte im Gasthaus zum Weißen Lamm.<sup>244</sup> Man kann davon ausgehen, dass im Vorfeld der französischen Vorstöße in den fränkischen Kreis 1796 und 1800 eine beträchtliche Anzahl von Emigranten über Bamberg in andere Territorien weiterreiste.

### 5.3.3 Der Dritte Stand

Verglichen mit der emigrierten Geistlichkeit spielen Angehörige des Dritten Standes – soweit sie als solche zu identifizieren sind – in Bamberg eine geringe Rolle. Die im Kreisdiagramm „Emigrierter Adel und Dritter Stand im Hochstift Bamberg“ (gegenüberliegende Seite) gezeigte Zahl von 33 Personen ist missverständlich, da sie den schon erwähnten großen Schweizer Familienverband mit 17 Angehörigen einschließt, der im Jahr 1801 in Bamberg ankam. Unter den festgestellten Personen befanden sich einige Bedienstete der sich im Hochstift aufhaltenden Adligen sowie vereinzelt Kaufleute, die versuchten, in Bamberg Handelsgeschäfte zu etablieren.

Es zeigt sich deutlich, dass das Bamberger Hochstift ein Refugium vornehmlich für Geistliche war.

### 5.3.4 Alter

Für die Aufstellung einer genauen Alterstatistik der Emigranten, die sich in Hochstift und Diözese Bamberg aufgehalten haben, fehlen die nötigen Hinweise aus den Quellen. Bei den meisten Emigranten gibt es überhaupt keine Anhaltspunkte zum Alter. Es gibt jedoch drei Ausnahmen.

Die erste Ausnahme bilden jene, die im Allgemeinen Krankenhaus zu Bamberg oder in ihrem jeweiligen Aufenthaltsort im Hochstift verstorben sind. In den Quel-

<sup>244</sup> Das sehr schwer zu entziffernde Protokoll ist von Generalmajor von Ostheim unterzeichnet und nennt unter anderem die Familien d'Angire aus Tournai und de Wellmonte (Waalmont) aus Lüttich: StadtABa D 3001, Rep. 3 Nr. 1101 Bambergensia 1794. Nelis, Bischof von Antwerpen, in: *Hierarchia catholica medii et recentioris aevi*, volumen VI (1730–1799), hrsg. v. Remigius RITZLER et al., Padua 1958, S. 90, Anm. 7.



len liegen dann häufig Angaben zum Sterbedatum und manchmal eben auch zum Lebensjahr vor. Bekannt sind 22 Personen, die innerhalb der Grenzen des Hochstifts, und vier Geistliche, die außerhalb des Hochstifts gestorben sind.

Die zweite Ausnahme bilden diejenigen, deren biographische Daten durch Recherche in verschiedenen Nachschlagewerken ermittelt werden konnten.<sup>245</sup>

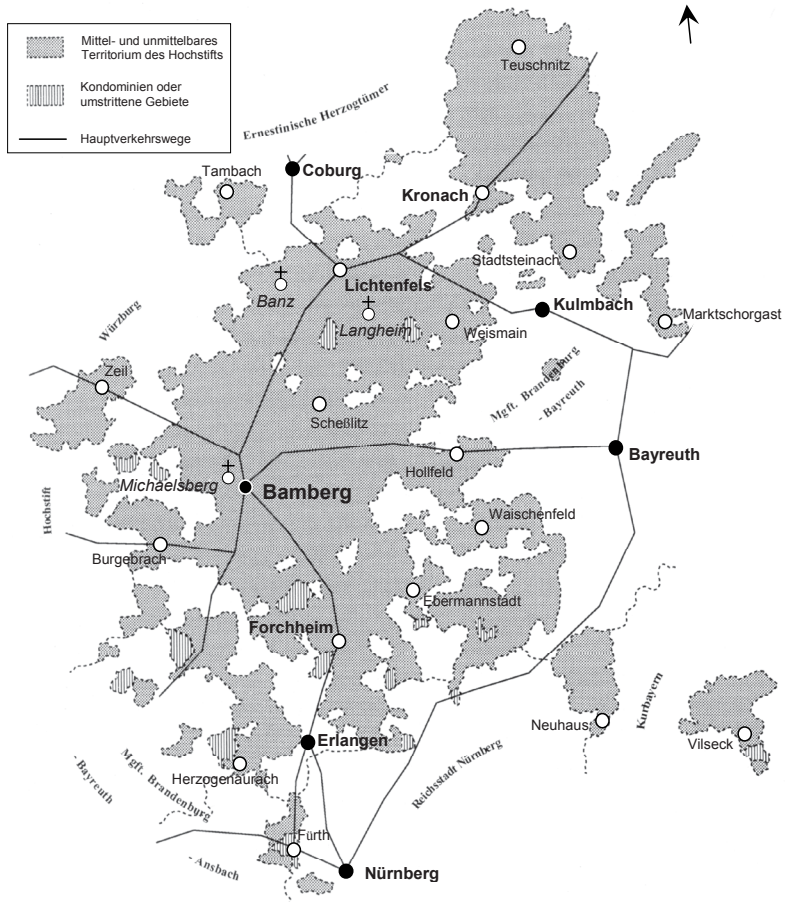
Die dritte Ausnahme betrifft die Kinder von Emigranten, die mit ihren Eltern ausgewandert sind. Mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit lassen sich somit zur Altersgruppe „jünger als 20 Jahre“ 27 Personen zuordnen. Da insgesamt für nur 52 Personen Angaben zum Alter vorliegen, scheint eine statistische Auswertung nicht sinnvoll zu sein. Alle Angaben zum Alter wurden in die Prosopographie eingearbeitet.

## 5.4 Räumliche Verteilung

Die 233 im Hochstift Bamberg ermittelten Emigranten blieben für unterschiedliche Zeitperioden in dem fränkischen Fürstentum. In einigen Fällen waren es nur Tage und Wochen, häufiger aber mehrere Monate oder gar Jahre. Die meisten begannen ihre „Bamberger Zeit“ in der Residenzstadt selbst. Dort bemühten sie sich um Aufenthaltsgenehmigungen bei der Regierung oder versuchten direkt beim Bischof vorgelassen zu werden. Hatten sie schließlich eine Erlaubnis erwirkt, blieb ein Großteil von ihnen in der Stadt, während eine Minderheit in andere Landstädte und Gemeinden übersiedelte. Aufgrund der oftmals zeitlich begrenzten Aufenthaltserlaubnis, deren Verlängerung bei der Regierung beantragt werden musste, und der Abhängigkeit von Bürgschaften und materiellen Zuwendungen seitens hochstiftischer Gemeinden, Institutionen oder barmherzigen Einzelpersonen, wechselten einige Emigranten häufig den Aufenthaltsort. Andere verbrachten längere Zeitabschnitte im selben Ort und versuchten mittels schriftlicher Gesuche von dort aus, in anderen Staaten Aufnahme zu finden. Dieser dynamische Migrationsprozess ist mit Tabellen und Karten kaum adäquat darzustellen.

<sup>245</sup> Als besonders hilfreich hat sich hierfür das World Biographical Information System Online (WBIS) erwiesen.

## Das Hochstift Bamberg (1792)<sup>246</sup>



<sup>246</sup> Die Karte basiert auf einer Zeichnung von VoGT, vgl. Gerald VoGT, Catharinenlehen und Cajenne. Migration aus dem Hochstift Bamberg unter Adam Friedrich von Seinsheim, in: Bamberg in der Frühen Neuzeit, hrsg. v. Mark HÄBERLEIN et al., Bamberg 2008, S. 207. Die vorliegende Fassung beinhaltet Erweiterungen des Autors.

<b>(Ober-)Amt/Stift</b>	<b>Personen</b>
Residenzstadt Bamberg	161
OA Kronach	16
OA Forchheim	9
A Memmelsdorf	5
A Staffelstein	4
Stift Langheim	4
OA Weismain	3
Stift Banz	3
OA Lichtenfels	2
OA Teuschnitz	2
A Marktschorgast	2
A Schlüssellau	2
A Zapfendorf	2
OA Neuhaus	1
A Vilseck	1
A Zeil	1
A Kupferberg	1
A Stadtsteinach	1
A Rothenkirchen	1
A Wallenfels	1
A Rattelsdorf	1
k. A.	10
<b>Gesamt</b>	<b>233</b>

In der nebenstehenden Tabelle wurden die Aufenthaltsorte im Hochstift aufgenommen, an denen sich die Emigranten jeweils am längsten aufhielten – jedenfalls soweit dies zu rekonstruieren war. Als Raumeinheiten wurden die hochstiftischen (Ober-)Ämter bzw. Stifte gewählt.

Die Stadt Bamberg war der wichtigste Aufenthaltsort der Revolutionsflüchtlinge. Etwa 70 % der Emigranten ließen sich zumindest zeitweise in der Residenzstadt nieder. Mit weitem Abstand folgen die Oberämter Kronach und Forchheim. Während sich in Kronach die meisten Emigranten direkt in der Festungsstadt niederließen, verteilten sie sich im Oberamt Forchheim auf stadtnahe Dörfer.

Insgesamt sind lediglich 62 Emigranten nachweisbar, die außerhalb der Hauptstadt ihren Aufenthalt verbrachten, d. h. nur etwa ein Viertel aller erfassten Personen. Tendenziell zog es die Emigranten eher in die nördlichen und nordöstlichen Ämter des Hochstifts

als in die südliche Region. Das mag mit den Kriegseignissen von 1796 und 1800 zusammenhängen. Das Regnitztal von Bamberg über Hirschaid und Forchheim in Richtung Fürth war in beiden Fällen Marschroute für die französischen Truppen und dürfte daher nicht als besonders sicher gegolten haben. Die Verwüstung Strulendorfs am 30. August 1796 durch die sich zurückziehenden Verbände General Jourdans steht beispielhaft für diese unmittelbare Gefährdungslage.

Auch andere Regionen in den südöstlichen, südlichen und westlichen Teilen des Hochstifts, wie Pottenstein, Ebermannstadt, Höchstadt und Burgebrach waren von

den kriegerischen Auseinandersetzungen betroffen und boten somit wenig Schutz.<sup>247</sup> Die großen Klöster im Hochstift, Banz und Langheim, nahmen wahrscheinlich mehr Flüchtlinge auf, als in der Tabelle ausgewiesen ist. Die oberpfälzische Exklave des Hochstifts Bamberg, Vilseck, war trotz ihrer günstigen Lage kein bevorzugter Fluchtort. Wohlmöglich lag das an der dünnen Besiedlung dieses Amtsbezirks und an dessen Nähe zum Territorium des Kurfürstentums Bayern, das für die Revolutionse migranten ohnehin anziehender wirkte. Neben Kronach und Forchheim waren andere hochstiftische Landstädte im Norden, etwa Weismain, Lichtenfels und Teuschnitz, bevorzugtes Ziel der Emigranten. Auch in einigen Dörfern östlich der Residenzstadt, am Fuße der Fränkischen Schweiz, fanden weitere Personen Unterschlupf. Außerhalb des Hochstifts konzentrierten sich die geistlichen Emigranten, von denen wir Kenntnis haben, vor allem in den Städten.

Da mitunter die Aufenthaltsorte gewechselt wurden, sind in der nebenstehenden Tabelle wieder jeweils die Orte aufgeführt, in denen sich die betreffenden Personen am längsten aufgehalten haben.

In Nürnberg war die Deutschordenskommende Aufenthaltsort mehrerer Emigranten. Im kleinen Ort Wolfsau in der Nähe des hohenloheschen Schillingsfürst wurde nach Würzburger Approbation 1796 sogar ein französisches Priesterseminar im Exil ge-

Städte	Personen
Erlangen	9
Nürnberg	7
Bayreuth	6
Kulmbach	4
Schillingsfürst/Wolfsau	4
Ansbach	3
<b>Gesamt</b>	<b>33</b>

gründet, in dem sich zwischenzeitlich bis zu 16 Geistliche aufhielten.<sup>248</sup> Nachdem Schillingsfürst 1808/09 an die Bamberger Diözese gefallen war, erhielten noch vier französische Geistliche die Approbation aus Bamberg. In Ansbach und besonders im benachbarten Herrieden lebten wahrscheinlich mehr Geistliche als ausgewiesen.<sup>249</sup> Für Herrieden war jedoch der Fürstbischof von Eichstätt, Joseph Graf von

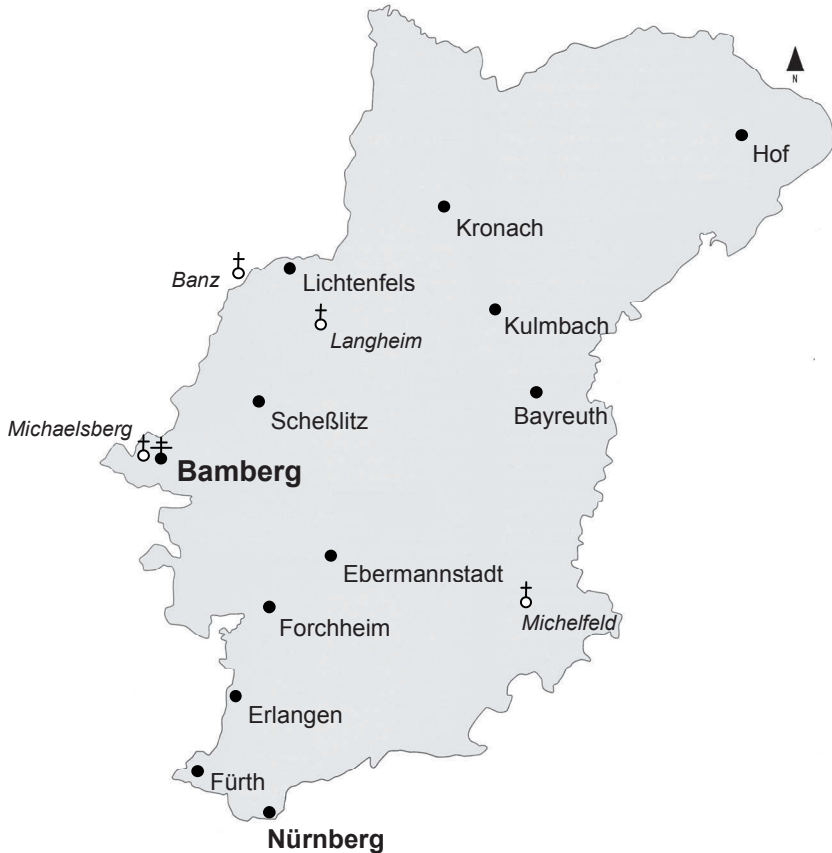
247 KESTLER, Franzoseneinfall, S. 10–12, 14f. Während des zweiten französischen Einfalls im Dezember 1800 waren auch die nördlich gelegenen Ämter Baunach, Staffelstein und Lichtenfels von französischen Truppendurchzügen betroffen, allerdings blieb die Region nördlich und östlich von Kronach unversehrt.

248 WÜHR, Emigranten, S. 215.

249 SCHÖLER, Emigranten in Franken, S. 15.

Stubenberg, der zuständige Diözesanbischof, dem die Erteilung des Celebrets oblag.

## Das exente Bistum Bamberg (bis 1808/09)<sup>250</sup>



<sup>250</sup> Die Karte stammt aus dem Ausstellungskatalog 1000 Jahre Bistum Bamberg (1007–2007), hrsg. v. Luitgar GÖLLER, Passau 2007, und wurde vom Autor erweitert.

## 5.5 Vergleich

Damit eine Vergleichsebene für die Ergebnisse aus dem Hochstift Bamberg geschaffen werden kann, sollen im Folgenden zwei andere Reichsstände aus dem Fränkischen Kreis im Hinblick auf die Emigranten untersucht werden. Dieser Vergleich muss sich weitgehend auf die quantitativen Befunde beschränken, da eine umfassende qualitative Analyse den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Ausgewählt wurden ein geistlicher und ein weltlicher Stand: das Hochstift Würzburg, das mit dem Hochstift Bamberg unter Fürstbischof Erthal in Personalunion regiert wurde und nach dessen Tod unter dem Regiment Fürstbischofs Georg Karl von Fechenbach, eines Neffen Christoph Franz' von Buseck, stand, sowie die Fürstentümer Ansbach und Bayreuth, die sich als protestantisch geprägte weltliche Territorien unter der Verwaltung des Ministers Hardenberg durch ganz andere Rahmenbedingungen auszeichneten.

### 5.5.1 Die Fürstentümer Ansbach und Bayreuth

Verglichen mit dem Hochstift Bamberg waren die Aufnahmebedingungen in den hohenzollernschen Fürstentümern Ansbach und Bayreuth für Revolutionsemissanten ungleich günstiger. Nach dem Rücktritt des Markgrafen Karl Alexander, der Ansbach und Bayreuth in Personalunion regiert hatte, fielen zwar beide Territorien im Jahr 1791 an das Königreich Preußen, blieben jedoch zunächst außerhalb der Berliner Zentralverwaltung. Zwischen 1791 und 1798 war Carl August von Hardenberg der starke Mann, der als Kabinettsminister die Verwaltung beider Territorien vereinheitlichte und von Ansbach aus die fränkischen Besitzungen verwaltete.<sup>251</sup>

Nach dem gescheiterten Feldzug gegen Frankreich 1792 verfolgte er eine emigrantenfreundliche Politik, die sich an den Regelungen des königlich-preussischen Reskripts vom 4. Februar 1792 orientierte: Französischen Emigranten sollte demnach grundsätzlich Gastfreundschaft und Schutz gewährt werden, lediglich größere Zusammenrottungen, Truppenanwerbungen und Hortung von kriegsrelevanten Materialien waren untersagt.<sup>252</sup> Trotz zunehmender Beschwerden von

<sup>251</sup> Zu Hardenberg: Hans HAUSHERR/Walter BUSSMANN, Carl August von Hardenberg, in: NDB 7, Berlin 1966, S. 658–663. Über dessen Wirken in Ansbach-Bayreuth, vgl. HÖPEL, Emigranten in Preußen, S. 188f.

<sup>252</sup> HÖPEL, Emigranten in Preußen, S. 57f.

Einheimischen schwoh 1793 und 1794 die Zahl der Emigranten beträchtlich an. Aus einem eigens eingerichteten Unterstützungsfonds wurden finanzielle Beihilfen geleistet und leer stehende Gebäude als Unterkünfte zur Verfügung gestellt. Die Verordnungen Hardenbergs sahen vor, dass periodisch Emigrantenlisten anzufertigen waren.<sup>253</sup> Mit deren Hilfe war ein Überblick über die Verteilung der eingewanderten Personen gewährleistet, sodass regionale Ungleichverteilungen ausgeglichen werden konnten. Im Fall der Universitätsstadt Erlangen, in die sich zunächst besonders viele Emigranten begeben hatten, wurde ein temporäres Verbot für weitere Zuzüge erlassen. Nach Abschluss des Friedens von Basel im April 1795, der die fränkischen Fürstentümer zu neutralen Staaten innerhalb der Auseinandersetzungen des 1. Koalitionskriegs machte, drohte jedoch eine neue Emigrationswelle.

Hardenbergs Emigrantenpolitik war flexibel genug, um die Personenströme in geordnete Bahnen zu lenken.<sup>254</sup> Erst nachdem der Minister im September 1798 nach Berlin gewechselt war und der Geheime Legationsrat Gervinus mit der Fortführung der Geschäfte betraut wurde, bekam die Emigrantenpolitik einen restriktiveren Charakter. Zwar durften alle bis dato eingewanderten Personen in den Fürstentümern bleiben, Neuankömmlinge wurden aber nur noch mit Genehmigung des Königs oder Ministeriums aufgenommen.<sup>255</sup>

253 In die Emigrantenlisten wurden Name, *Charakter des Betreffenden*, Herkunftsort, Aufenthaltsort, *Endzweck* und die Dauer des Aufenthaltes eingetragen. Das Muster einer solchen Emigrantenliste für das Kreisdirectorium Kulmbach in: StABa Oberland, Kreisdirectorium Kulmbach Nr. 1406.

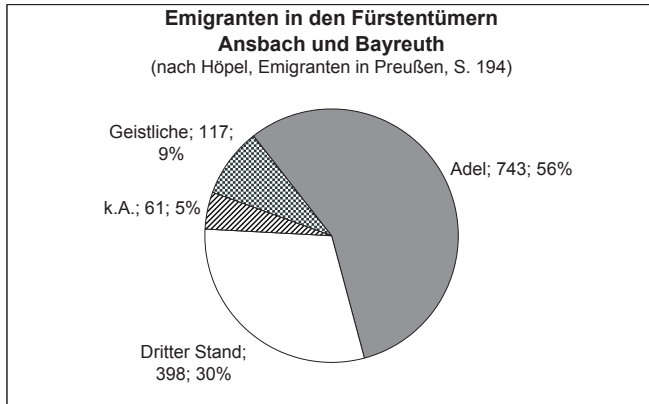
254 Ein beeindruckendes Zeichen der Dankbarkeit für die emigrantenfreundliche Politik Hardenbergs in Bayreuth ist eine Inschrift in der Nähe des Schlossparks Fantaisie in Eckersdorf-Donndorf:

*Unter der Regierung / Friedrich Wilhelm des Zweyten / da Carl August von Hardenberg / dirigierender Minister war / fanden in diesen glücklichen Landen / tausende eine Freystätte / die auswärts den Wanderstab hatten ergreifen müssen / und Menschenliebe, Wohlthätigkeit und Edelmuth / die noch mehr verscheucht waren / zogen sich in das Herz dieses Monarchen zurück. / Rufe, du Fels, den kommenden Jahrhunderten / diese denkwürdige Zeit / ins Gedächtnis zurück / und die alles belohnende ewige Gerechtigkeit / löse unsere Schuld / durch Erfüllung der Wünsche unseres reinsten Danks. / 1796. / Von einem französischen Ausgewanderten. //*

Zitiert bei Erwin HERRMANN, Gesellschaft und Wirtschaft, in: Oberfranken in der Neuzeit bis zum Ende des Alten Reiches, hrsg. v. Elisabeth ROTH, Bayreuth 1984, S. 120.

255 HÖPEL, Emigranten in Preußen, S. 191f.

Eine Zahlenübersicht bieten Wühr und Höpel. Höpel weist auf die Schwierigkeiten der Quellenlage hin, da die Generallisten für beide Fürstentümer nur lückenhaft überliefert sind.<sup>256</sup> Insgesamt ermittelt er 1319 Emigranten.<sup>257</sup>



Abgesehen von der beinahe sechsmal so hohen Zahl von Emigranten verglichen mit den Ergebnissen aus dem Bamberger Untersuchungsraum fällt sofort die gänzlich umgekehrte Relation bei den sozialen Gruppen auf. Waren im Hochstift Bamberg 71 % der festgestellten Personen Geistliche, bilden in den beiden hohen-zollernschen Fürstentümern die adligen Emigranten die größte Gruppe mit 56 % aller nachweisbaren Personen. Die Geistlichen sind zwar nur mit 9 %, aber in absoluten Zahlen immerhin mit 117 Individuen, vertreten. Im vorliegenden Vergleich wird klar, wie sehr der konfessionelle Charakter des jeweiligen Staates im Emigrationsprozess eine Rolle gespielt hat. Für Angehörige des Klerus war ein die Migration relativ streng regulierender geistlicher Staat offenkundig immer noch weit attraktiver als vornehmlich protestantisch geprägte Staaten mit vergleichsweise günstigen Bedingungen für Revolutionsflüchtlinge aller Couleur.

Bezüglich der Herkunft lassen sich nur schwerlich Aussagen auf Vergleichsebene treffen, da in Bamberg eine relativ große Gruppe nicht eindeutig zugeordnet werden kann. Für Ansbach-Bayreuth beträgt das Verhältnis von aus Frankreich

<sup>256</sup> Höpel, Emigranten in Preußen, S. 193.

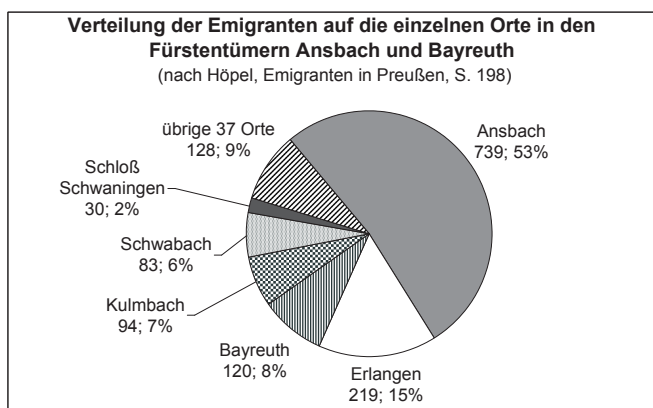
<sup>257</sup> Alle folgenden Zahlen aus Höpel, Emigranten in Preußen, S. 193–199.



und den Staaten des Heiligen Römischen Reiches emigrierten Personen etwa 75:25. Eine ähnliche Relation ist für das Hochstift wohl auch anzunehmen (s. Kapitel 5.2).

Die Gruppe der Angehörigen des Dritten Standes ist mit 30 % bedeutend größer als in Bamberg (ca. 14 %), was unmittelbar mit der Anzahl der Adligen zusammenhängt, da 301 von 397 Personen als Diener beschäftigt waren.

Die Verteilung der Emigranten in den beiden Fürstentümern lässt sich nur unzureichend mit der im Bamberger Hochstift vergleichen, da für sie Angaben zu den genauen Aufenthaltsorten außerhalb der großen Städte fehlen. Jedoch ist die Tendenz auszumachen, dass die Emigranten in den Fürstentümern Ansbach und Bayreuth eher in die großen Städte Ansbach, Erlangen, Bayreuth, Kulmbach und Schwabach zogen. Im Hochstift Bamberg wich ein Teil der Emigranten, trotz der bevorzugten Niederlassung in der Residenzstadt, auch in ländliche Gebiete im Norden des Fürstbistums aus.



Ein Vergleich der Emigrantenzahl für die beiden jeweils größten Städte, Bamberg und Ansbach, zeigt erhebliche Unterschiede. Nach Molitors Zahlen hielten sich in Bamberg, einer Stadt mit damals über 21.000 Einwohnern, im November 1795 nur 260 Emigranten auf (1,2 %).<sup>258</sup> Würr geht für die Stadt Ansbach, die nur etwa 12.000 Einwohner zählte, während des Sommers 1796 in der Spitze von annähernd

<sup>258</sup> Wie Anm. 228.

2.000 Fremden (16,6 %) aus.<sup>259</sup> Selbst wenn letzte Zahl übertrieben sein mag, wird deutlich, dass die Hauptstadt des Fürstentums Ansbach ein bemerkenswert großes Refugium und eine wichtige Drehscheibe für die Revolutionsemigranten gewesen sein muss.<sup>260</sup> Die tatsächlichen Zahlen für Bamberg dürften zwar im Vorfeld der französischen Invasion 1796 und unmittelbar danach weit über den Angaben Moliators vom November 1795 gelegen haben. Dennoch ist evident, dass die fränkischen Fürstentümer Ansbach und Bayreuth im Vergleich anziehender auf die Emigranten gewirkt haben als das Hochstift Bamberg. Die Hauptgründe hierfür waren die vergleichsweise geringere Reglementierung aufgrund der flexiblen Politik Hardenbergs, der Sicherheit und Stabilität stiftende Friede von Basel 1795 im Allgemeinen und die adlige Standessolidarität im Besonderen.

### 5.5.2 Das Hochstift Würzburg

Im Hochstift Würzburg lagen andere Verhältnisse vor. Franz Ludwig von Erthal war bis zu seinem Tod 1795 geistlicher und weltlicher Herr der beiden fränkischen Hochstifte, Würzburg und Bamberg, und verfolgte in der Emigrantenfrage für diese Gebiete eine Politik der strengen Reglementierung (s. Kapitel 4). Der entscheidende Unterschied zu Bamberg war eher geographischer Natur. Durch seine Lage am Untermain war das Hochstift Würzburg direkt von den Kriegshandlungen und auch viel früher von den Auswirkungen der Emigration betroffen als das weiter östlich gelegene Bamberg.

Mit seinem Bruder, Friedrich Karl von Erthal, der Kurfürst in Mainz war, teilte Franz Ludwig das Bestreben, die Umtriebe von Emigrantenkorps in ihren jeweiligen Herrschaften zu unterbinden. Die ersten Emigranten kamen bereits im Jahr 1791 in die Würzburgischen Lande. Mit fortschreitendem Kriegsgeschehen nahm ihre Zahl weiter zu.

Zahlenmaterial für die Würzburger Situation liefert nur Wühr. Für eine strukturelle Analyse und Vergleichsuntersuchung bietet es aufgrund fehlender Detailinformationen keine ausreichende Basis. Im Oktober 1792 waren im Hochstift Würzburg 423 Personen in Emigrantenlisten erfasst. Zwei Jahre später, im Oktober 1794,

259 WÜHR, Emigranten, S. 144. Die Zahl stammt aus Friedrich VOGTHERR, Geschichte der Stadt Ansbach, Ansbach 1927, S. 126.

260 Im November 1796 sind für die Stadt Ansbach nur noch 131 Emigranten ausgewiesen, vgl. WÜHR, Emigranten, S. 146. Zur Bedeutung Ansbachs auch SCHÖLER, Emigranten in Franken, S. 12, 17f.

wurden bereits 549 (in Bamberg zum gleichen Zeitpunkt gerade 40 Personen), im April 1795 dann schon 1212 Fremde gezählt.<sup>261</sup>

Die Stadt war insbesondere nach der Belagerung von Mainz (1793) begehrter Zufluchtsort für den geflohenen Klerus der unmittelbaren Nachbarschaft (Fürstbischof von Speyer, Mainzer Domkapitel). Den Emigranten aus den Reichsterritorien wurde grundsätzlich Gastfreundschaft gewährt, während die Franzosen trotz Empfehlungsschreiben von Bischöfen oder Reichsfürsten kein dauerhaftes Bleiberecht erhielten. Jedoch ist mit Ausnahmen bei der Gewährung des Bleiberechts wie im Bamberger Fall zu rechnen.

Wühr sieht in der Wahl Georg Karls von Fechenbach im März 1795 – vergleichbar mit der Wahl Busecks in Bamberg – die Zäsur, nach welcher die Emigrantenpolitik entscheidend modifiziert wurde.<sup>262</sup> Selbst Franzosen wurde nun bei gesicherten materiellen Verhältnissen eine Genehmigung für das Hochstift ausgestellt, wobei der Bischof großen Wert darauf legte, jede einzelne Erlaubnis persönlich zu bestätigen. Die nur mangelhaft geführten Würzburger Emigrantenlisten erschweren genaue Erhebungen in den ersten Amtsjahren des Bischofs. Die Politik orientierte sich an den situativen Erfordernissen. Während im Jahr 1795 eine Reihe Franzosen aufgenommen und auf Klöster und Landstädte außerhalb der Residenzstadt verteilt wurde, setzte sich im Vorfeld der französischen Invasion 1796 eine restriktivere Praxis durch, die nach der Sieg Erzherzogs Karl bei Würzburg am 3. September wieder schrittweise zurückgenommen wurde. Genauere Angaben liefert Wühr für die Zeit nach 1796 nicht mehr.

Aus den uns bekannten Zahlen geht jedoch hervor, dass in der Zeit nach dem Tod Erthals im Zuge der flexibleren Politik seines Nachfolgers Fechenbach der Zuzug französischer Emigranten in Würzburg so schlagartig zugenommen haben muss wie in Bamberg – wahrscheinlich aber in größerer numerischer Dimension.

Sowohl für die niederländischen Emigranten als auch für den flüchtenden Klerus aus den Anrainergebieten ist Würzburg ab 1794 ein Hauptziel der Flucht gewesen. Die meisten unter Erthal in Würzburg abgewiesenen Franzosen dürften danach vor allem in die südlich angrenzenden hohenzollernschen Fürstentümer

<sup>261</sup> WÜHR, Emigranten, S. 185. Die Mehrheit der Personen ist als Niederländer ausgewiesen. Das ist zweifelsohne glaubhaft, doch dürfte die Zahl der Franzosen, schon wegen krankheitsbedingter Ausnahmeregelungen, deutlich höher gelegen haben.

<sup>262</sup> *IBID.*, S. 188.

weitergewandert sein. Wegen dieser beiden Aspekte ist Bamberg offensichtlich von einer Einwanderung noch größeren Ausmaßes verschont geblieben.



# 6. Transfer und Rezeption

## 6.1 Kulturtransfer und Akkulturationsprozess

Die Einwanderung der wegen der Revolution und ihrer Folgen aus Frankreich und den westlichen Reichsterritorien geflohenen Personen ermöglichte Transferprozesse auf verschiedenen Ebenen. Voraussetzung dafür war allerdings, dass es in der Aufnahmegesellschaft ein Mindestmaß an Rezeptionsbereitschaft gab.

Wie Thomas Höpel in seinen Ausführungen zum Kulturtransfer der Emigration in Preußen und Sachsen deutlich macht, hatten verschiedene soziale Gruppen unterschiedliche Rezeptionsbedürfnisse.<sup>263</sup> So stand für den preußischen König und seine Administration vor allem der Transfer von Technologie im Vordergrund, den man im Handwerk oder in der Armee nutzbar zu machen gedachte. In bestimmten Regionen des Königreiches Preußen sollten Wirtschaftszweige vom Know-how der Emigranten profitieren, in Westfalen beispielsweise die Leinenweberei und in der Mittelmark das Seidengewerbe. Der Adel wiederum hatte ein aktives Interesse an kulturellen und wissenschaftlichen Qualifikationen, die durch die Emigranten vermittelt werden konnten, etwa in Form von Französischunterricht.

Dennoch, trotz teils beeindruckender kultureller Transferleistungen im Einzelfall – man denke an die Aufnahme einiger französischer Wissenschaftler und Künstler in die preußische Akademie der Wissenschaften bzw. die Berliner Akademie der Künste – fand aufgrund der sozialen Zusammensetzung der *émigrés* und der politischen Umstände von Revolution und Koalitionskriegen kein vergleichbarer Kulturtransfer wie bei der hugenottischen Einwanderung und deren für viele Staaten belebenden Folgen nach 1685 statt.<sup>264</sup> In der dargestellten quantitativen Auswertung wurde bereits gezeigt, dass das Hochstift Bamberg aufgrund seines Charakters als konfessioneller Staat vornehmlich für emigrierte Geistliche attraktiv war. Damit blieb der technologische Transfer ohnehin begrenzt. Auch waren

263 Thomas HÖPEL, Kulturtransfer im Vergleich. Revolutionsemigranten in Preußen und Sachsen an der Wende zum 19. Jahrhundert, in: Übergänge und Verflechtungen. Kulturelle Transfers in Europa, hrsg. v. Gregor KOKORZ/Helga MITTERBAUER, Bern u. a. 2004, S. 38–43.

264 HÖPEL, Emigranten in Preußen, S. 319–324.

die Rezeptionsbereitschaft der Bamberger Obrigkeit und die Bemühungen um die Nutzbarmachung von Wissen und Fähigkeiten der Emigranten vergleichsweise gering, wie die strenge Regulierungspolitik belegt.

Im Folgenden sollen einige allgemeine Merkmale der revolutionsbedingten Emigration herausgestellt und mit der „hugenottischen Erfahrung“ kontrastiert werden. Dies leitet schließlich zu den Transfer- und Rezeptionsprozessen im Bamberger Untersuchungsraum über, die anhand einiger Beispiele verdeutlicht werden sollen.

### **6.1.1 Allgemeine Typologie der revolutionsbedingten Emigration**

Die soziologisch inspirierte Migrationsforschung nutzt für die Klassifizierung von Migrationsformen dichotome Begriffspaare, wie erzwungene vs. freiwillige Migration, temporäre vs. permanente Migration, geplante vs. spontane Migration. Dagegen bezieht die sozialhistorische Migrationsforschung, die sich aus den von Klaus Bade ausgeführten Gründen dem Bestreben einer zeitlich übertragbaren Migrationstheorie der Sozialwissenschaft nicht anschließen kann und will, Aspekte wie räumliche und soziale Distanz, Motivlage, Sozialstruktur und historischer Kontext in die Beschreibung frühmoderner Wanderungsprozesse ein (s. Kapitel 2.1).<sup>265</sup>

Ausgehend von einer Sammlung historischer Beispiele unterscheidet Thomas Klingebiel für die Frühe Neuzeit vier allgemeine Typen von Migration: marktbedingte, erzwungene und staatlich gelenkte Migration sowie die Überseemigration.<sup>266</sup> Aus der bisherigen Darstellung ist deutlich geworden, dass die revolutionsbedingte Emigration dem Typus der erzwungenen Migration zuzuordnen ist. Bei den Emigranten handelte es sich um Personen, die in den meisten Fällen nur temporär ihre Heimat verließen, um bei veränderten politischen Rahmenbedingungen schließlich wieder zurückzukehren. Aufgrund dieses mutmaßlich begrenzten Zeitrahmens der Emigration bestand tendenziell nur eine geringe Bereitschaft, sich in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren, sodass umfassender Kulturtransfer kaum möglich wurde.

<sup>265</sup> Thomas KLINGEBIEL, Migrationen im frühneuzeitlichen Europa, Anmerkungen und Überlegungen zur Typologiediskussion, in: *Réfugiés und Emigrés. Migration zwischen Frankreich und Deutschland im 18. Jahrhundert*, hrsg. v. Thomas HÖPEL/Katharina MIDDELL, Leipzig 1997, S. 22–25, 34f.

<sup>266</sup> *IBID.*, S. 26.

Der Akkulturationsprozess der Emigranten in ihrer Aufnahmegesellschaft vollzog sich insbesondere entlang der Paradigmen von Integration und Segregation, d. h. die Emigranten behielten grundsätzlich ihre kulturelle Eigenart bei und verhielten sich gegenüber der Mehrheitskultur entweder abgrenzend (segregativ) oder brachten sich ohne Identitätsverluste in die sozialen Prozesse ein (integrativ). Eine Quantifizierung beider Muster ist aufgrund der Quellenlage für das Hochstift Bamberg nicht durchführbar. Allenfalls durch Selbstzeugnisse von Emigranten, die für Bamberg aber nicht vorliegen, wäre eine Tendenz zu erschließen. Die dritte Gruppe bilden schließlich diejenigen Emigranten, die dauerhaft in ihrem Exil blieben und somit zu Immigranten wurden. Für diesen wahrscheinlich kleinsten Teil der Revolutionsemigranten ist anzunehmen, dass sie sich unter allmählicher Aufgabe ihrer kulturellen Identität in die Mehrheitskultur assimilierten bzw. von dieser assimiliert wurden.

### **6.1.2 Die hugenottische Emigration als Kontrastfolie**

Der nahe liegende Vergleich der Emigranten der Französischen Revolution mit den hugenottischen Emigranten kann hier nicht in großer Ausführlichkeit behandelt werden, doch sollen in aller gebotenen Kürze Gemeinsamkeiten und signifikante Unterschiede, insbesondere bezüglich des Kulturtransfers, benannt werden.

Die größte Gemeinsamkeit beider Emigrationsbewegungen besteht trotz einiger Einschränkungen darin, dass sie, vom Ausgangspunkt betrachtet, dem Typus der erzwungenen Migration zuzuordnen sind.<sup>267</sup> Nach der Zurücknahme des Toleranzedikts von Nantes im Jahr 1685 wanderten etwa 160.000 bis 170.000 protestantische Franzosen aus ihrer Heimat aus, d. h. die hugenottische Emigration war, bemessen an absoluten Zahlen, etwas größer als die revolutionsbedingte Emigration.<sup>268</sup>

Ein gravierender Unterschied liegt allerdings in der Tatsache, dass es sich bei der Auswanderung der Hugenotten nicht um eine temporäre Emigration handelte. Der Grund dafür liegt in der Aufnahme- und Ansiedlungspraxis der Staaten, in die

<sup>267</sup> Eine solche Generalisierung erscheint nicht unproblematisch, da nicht wenige Emigranten zumindest versuchten, die politischen Voraussetzungen für eine Rückkehr zu schaffen, vgl. KLINGEBIEL, Migrationen, S. 36.

<sup>268</sup> Barbara DÖLEMAYER, Die Hugenotten, Stuttgart 2006, S. 26. GREER nennt die Zahl von 200.000 und spricht gar von einer Million Auswanderern in den 40 Jahren nach der Zurücknahme des Toleranzedikts, vgl. GREER, Incidence, S. 20f.



die Hugenotten emigrierten. In einer Mischung aus Solidarität mit den verfolgten Glaubensbrüdern und merkantilistischer Wirtschafts- und Peuplierungspolitik wurden den *réfugiés* Privilegienangebote seitens protestantischer Landesherrn gemacht, die die Hugenotten schließlich dazu veranlassen sollten, sich in ihren Territorien niederzulassen.<sup>269</sup> Die Fürsten betrieben eine aktive Bevölkerungs- und Ansiedlungspolitik, lenkten also die Migrationsbewegung, während sie sich ein Säkulum später im Fall der Revolutionsemigranten vergleichsweise passiv verhielten.

Die Privilegien für die Hugenotten umfassten Aspekte wie Religionsfreiheit, Befreiung vom Zunftzwang und Steuerfreijahre, aber auch kulturelle Freiheiten wie den Gebrauch der französischen Sprache und Gemeindeautonomie. Durch Ableistung des Huldigungseides an den Fürsten, der die Privilegien in Aussicht stellte, wurde die Rechtsbeziehung zwischen Landesherrn und Emigranten verbindlich.<sup>270</sup> In Brandenburg-Preußen wurden etwa 20.000, in den hohenzollernschen Fürstentümern in Franken knapp 4.000 Hugenotten aufgenommen.<sup>271</sup> Sie wurden in Kolonien angesiedelt, die sich weitgehend selbst verwalteten. In den fränkischen Fürstentümern war das 1686 von Markgraf Christian Ernst angelegte Neu-Erlang, ein Paradebeispiel barocker Stadtplanung, die größte Siedlung der Emigranten. Neue Wellen von protestantischen Emigranten aus der Pfalz und der Schweiz, schließlich sogar Tausende Exulanten, die aus dem Erzstift Salzburg flohen, sorgten für kontinuierliche Zunahme der Einwohnerschaft.<sup>272</sup>

Mit der Ansiedlung der Emigranten gingen wirtschaftliche Aktivitäten einher. Erlangen wurde bald ein Zentrum für die Textilerzeugung, Strumpfwirkerei und Teppichherstellung. Die Bildung hugenottischer Institutionen, beispielsweise Manufakturen, wurde zur Voraussetzung für den Kulturtransfer zwischen den Einwanderern und der Aufnahmegesellschaft. Deutsche wurden in den Fabriken der Franzosen ausgebildet und lernten neben neuen Produktionstechniken die französische Alltagskultur und Sprache kennen. Durch diese Austauschbeziehungen war den Emigranten eine rasche Integration in die neue soziale Umwelt möglich.<sup>273</sup> Über einige Generationen hinweg nahm die Assimilierungstendenz stetig zu. Bis zum

269 Michael LAUSBERG, Hugenotten in Deutschland. Die Einwanderung von französischen Glaubensflüchtlingen, Marburg 2007, S. 195f.

270 DÖLEMEYER, Hugenotten, S. 40–49.

271 *IBID.*, S. 51.

272 Martina BAUERNFEIND, Waldenser, Deutsch-Reformierte, Salzburger Exulanten und französische Emigranten, S. 123f.

273 KLINGEBIEL, Migrationen, S. 36f.

Ende des 18. Jahrhunderts wurden die Privilegien allmählich zurückgenommen und die vormals geschlossenen Siedlungsstrukturen lösten sich langsam auf.<sup>274</sup>

Ein solcher kultureller und sozioökonomischer Austausch war den Flüchtlingen der Revolution aufgrund des temporären Charakters der Emigration kaum möglich und von den Obrigkeiten zumeist auch nicht erwünscht. Im Bamberger Beispiel vollzogen sich Kultur- und Wissenstransfers oft nur im Einzelnen. Aufgrund der Quellenlage lassen sich jedoch ansatzweise Punkte dokumentieren, die in diesem Zusammenhang relevant sind.

## 6.2 Religiöse Kulturen

Die Geistlichen, die nach der Verabschiedung der *Constitution civile du clergé* Frankreich verlassen hatten, führten mehrheitlich, sofern es ihnen möglich war, auch in ihrem Exil ein geistliches Leben. Ein Großteil der Kleriker erbat auf formal korrektem Verfahrensweg das Celebret von der geistlichen Regierung bzw. dem Fürstbischof persönlich und feierte in Kirchen, Kapellen oder Privatquartieren Gottesdienste. Es ist davon auszugehen, dass diejenigen Geistlichen, die von einem einheimischen Pfarrer aufgenommen wurden, in den regulären liturgischen Alltag, etwa in das gemeinsame Stundengebet, einbezogen wurden. Wie ernst einige Priester die Pflicht des Brevierbetens in der Emigration nahmen, zeigt der Fall des Priesters Dominique Salorgne aus der Diözese Toul.<sup>275</sup> Dieser verdingte sich in seinem Aufenthaltsort Erlangen als Händler von Papiertapeten, was ihn wegen seiner häufigen Reisen zu Kunden so in Beschlag nahm, dass er beim Fürstbischof förmlich um einen Dispens vom täglichen Breviergebet bat.<sup>276</sup> Das Vikariat beschränkte das Tagesgebet für ihn daher auf die Laudes, machte allerdings zur Auflage, dass an den Sonn- und Feiertagen, die Salorgne in Erlangen verbrachte, das gesamte Brevier gebetet werden müsse, an den Tagen, die er auf Reisen verbrachte, jedoch nur

274 DÖLEMEYER, Hugenotten, S. 165–168.

275 Laut WACHTER aus der Diözese Toulon, vgl. WACHTER Nr. 8459.

276 Salorgne arbeitete im Auftrag einer in Wolfenbüttel im Herzogtum Braunschweig ansässigen Tapetenfirma, die von dem französischen Emigranten Thouvenôt gegründet worden war, vgl. BIS-KUP, German court and French Revolution, S. 75.

die Prim und die Komplet.<sup>277</sup> Auch in zwei Fällen von Krankheit bzw. altersbedingter Gebrechlichkeit emigrierter Priester wurde das Vikariat um die Erlaubnis gebeten, dass in den privaten Räumlichkeiten die Messe zelebriert werden dürfe.<sup>278</sup>

Einige rituelle Besonderheiten der französischen Priester führten mitunter zu Irritationen bei den einheimischen Geistlichen. So berichtet beispielsweise der Kurat von Erlangen, Busch, in seinem Tagebuch von zwei französischen Geistlichen, dem Bischof von Lisieux und einem Kollegeleiter aus Besançon, die die Erlaubnis erhalten hatten, in seiner Kirche Gottesdienste zu halten. Schon bei ihrer ersten Messe bemerkte Busch eine vom normalen Ritus abweichende Handlung, nämlich, dass statt einer Hostie zwei auf den Kelch aufgelegt waren, von denen eine noch vor dem Offertorium vom Altar weggetragen wurde. Da Busch diese Praxis missfiel, verbat er sich für die Zukunft solcherlei für ihn unverständliche Bräuche.<sup>279</sup>

Als ein eindrückliches Zeichen für die Pflege religiöser Kultur in der Emigration darf die Gründung eines französischen Priesterseminars im kleinen Örtchen Wolfsau bei Schillingsfürst angesehen werden. Es lag allerdings während der Etablierungs- und auch während der Nutzungsphase die meiste Zeit in der Diözese Würzburg, sodass alle Angelegenheiten, die den *Corpus Iuris Canonici* betrafen, von Fürstbischof Fechenbach genehmigt werden mussten. Erst mit der Territorialreform der Bistümer fiel Schillingsfürst 1808/09 an das Bistum Bamberg.

Im Jahr 1796 hatte der Straßburger Domherr Beck mit Unterstützung des Pariser Kardinalerzbischofs Juigné und des Trierer Kurfürsten Klemens Wenzeslaus von Sachsen die Genehmigung für das französische Priesterseminar vom Würzburger Fürstbischof erwirkt. Dort sollte während der Zeit des Exils die Priesterausbildung weitergehen, die in Frankreich aufgrund der widrigen politischen Umstände

277 Conclusum des Vikariats im Fall Salorgnes im April 1801: AEB Rep. I, 928a/b, fol. 434–435, Vikariatsprotokoll 1801. Dazu auch URBAN, *Ecclesia Erlangensis*, S. 166.

278 Der Geistliche Chantillou durfte ab November 1799 wegen Krankheit in seinem Zimmer in Staffelstein zelebrieren. Auch Bischof Perreau erhielt mit Verweis auf sein hohes Alter die Erlaubnis, in seinem Nürnberger Domizil die Heilige Messe feiern zu dürfen: Hochfürstliche Entschließung vom 8. Dezember 1801: StABa Geheime Kanzlei 1736, fol. 119, Vikariatsreskripte 1801–03.

279 BRANDMÜLLER, *Das Tagebuch des Kuraten Busch*, S. 329f. BRANDMÜLLER verweist in diesem Zusammenhang auf den Ritus in der Kathedrale von Lyon, der an Werktagen in der Fastenzeit die Darbringung zweier Hostien kennt, von denen eine umgehend auf einen Seitenaltar gebracht wird, vgl. *IBID.*, S. 330, Anm. 28. Allerdings fand die besagte Messe im Juni 1794 statt – also außerhalb der Fastenzeit – und hatte darüber hinaus keinen Bezug zur Kathedrale oder Diözese von Lyon.

nicht fortgesetzt werden sollte.<sup>280</sup> Fechenbach stimmte der Gründung der Ausbildungsstätte zu und bestimmte lediglich, dass die Priesterweihe der Aspiranten erst vollzogen werden sollte, wenn begründete Hoffnung auf Rückkehr nach Frankreich bestünde. Im Sommer 1796 nahm das Seminar, das zunächst unter der Leitung des Generalvikars von Clermont stand, die Priesterausbildung auf. Im Frühjahr 1797 studierten dort bereits 16 Geistliche. Das Seminar wurde vom Orden der Sulpizianer betreut und bestand noch bis in das zweite Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts fort. Nachdem Schillingsfürst und damit auch das Priesterseminar in Wolfsau in den Zuständigkeitsbereich des Bischofs von Bamberg gefallen war, erhielten immerhin noch drei französische Geistliche aus Wolfsau, die in der nahe gelegenen Stadt Rothenburg ob der Tauber pastoralen Tätigkeiten nachgingen, das Celebret von Bamberger Seite.<sup>281</sup>

### 6.3 Unternehmerische Initiativen

Da von den in Bamberg nachgewiesenen Emigranten die Geistlichen in der übergroßen Mehrzahl waren, blieb der kulturelle Einfluss weltlicher Auswanderer im Hochstift sehr begrenzt. Lediglich über ihr Auftreten als Unternehmer ist genug bekannt, um einige Ausführungen machen zu können. Ausgerechnet die populärste – im weitesten Sinne – unternehmerische Initiative, die bereits oft Gegenstand regionalhistorischer Publikationen gewesen ist, die Gründung der *Bamberger Zeitung*, ging jedoch von einem Geistlichen aus (s. Kapitel 6.4).<sup>282</sup> Dieser Umstand ist charakteristisch für die Situation in Bamberg. Auffällig ist, dass fast nur von französischen Emigranten wirtschaftliche Unternehmungen bekannt sind.<sup>283</sup> Auswanderer aus den österreichischen Niederlanden, dem Hochstift Lüttich und an-

280 WÜHR, Emigranten, S. 213. Den Grund für die Wahl Wolfsaus als Standort für das Priesterseminar sieht WÜHR in den personalen Verbindungen zwischen dem Straßburger Domkapitel und dem Fürstenhaus Hohenlohe, in dessen Territorium Schillingsfürst lag.

281 IBID., S. 214f.

282 Etwa WÜHR, Emigranten, S. 202–205. Elisabeth PAPP, Die Anfänge der Presse in Bamberg (bis zur Säkularisation), Würzburg 1940, passim. Auch SCHÖLER, Emigranten in Franken, S. 17.

283 Die einzige Ausnahme bildete der Emigrant Charles de Labre, der wahrscheinlich aus dem Fürstbistum Lüttich stammte. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass er eigentlich aus Frankreich stammte und lediglich über einen k. k. Pass verfügte, s. Anm. 192.

deren Reichsterritorien gingen offenbar davon aus, binnen eines überschaubaren Zeitraums wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können, sodass ihnen derlei Investitionen vermutlich kaum lohnenswert erscheinen mochten. Dagegen musste bei den Franzosen die Ansicht vorgeherrscht haben, dass ihr Exil zumindest von so langer Dauer sein würde, dass sich der Aufbau eines Wirtschaftsbetriebes rentieren könnte.

Die meisten unternehmerisch Tätigen betrieben wohl nur aus Subsistenzgründen Handelsgeschäfte und verfolgten keine mittel-, geschweige denn langfristige Geschäftsentwicklung. Bei ihnen war es schlicht der ökonomische Druck, der sie zu unternehmerischen Initiativen veranlasste, während insbesondere die Niederländer wohl über genug Ressourcen verfügten, um sich über die Aufenthaltsdauer hinweg zu finanzieren.

Drei Projekte größeren Umfangs seitens französischer Emigranten sind bekannt.

Eines ging von dem Marquis du Harcourt, Xavier de Dompierre, aus. Der 20-jährige Dompierre war mit seinem Vater aus Paris nach Böhmen emigriert und gelangte 1798 über das oberpfälzische Dieterskirchen schließlich nach Vilseck. Im Oktober 1798 bat er den Fürstbischof um die Konzession für eine Tabakfabrik, die dieser ihm bereitwillig gewährte und lediglich unter die Bedingung stellte, dass Dompierre zukünftig keinen Anlass zu Beschwerde bieten dürfe.<sup>284</sup> Ob der Betrieb je aufgenommen wurde und nachhaltig erfolgreich lief, konnte aus den Bamberger Quellen nicht erschlossen werden. Wir wissen jedoch, dass Dompierre im Jahr 1803, also fünf Jahre nach der Gewährung der Konzession, immer noch in Vilseck lebte, im selben Jahr eine Einheimische heiratete und 1804 eine weitere Aufenthaltserlaubnis erhielt.<sup>285</sup> Die anstandslose Ausstellung einer Industriekonzession durch den Fürstbischof – soweit bekannt ist, sogar ohne offizielle Stellungnahme der Regierung –, mag zwei Gründe haben: Offenkundig brachte der Fürstbischof dem Marquis großes Vertrauen entgegen. Dompierre verfügte über beste Referenzen durch seinen Vater, war selbst Malteserritter und vor seiner Flucht Offizier in einem französischen Regiment gewesen, das zu den Österreichern übergegangen war.<sup>286</sup> Außerdem dürfte Fürstbischof Buseck daran gelegen gewesen sein,

<sup>284</sup> Hochfürstliche Entschließung vom 4. Oktober 1798: StABa Geheime Kanzlei 1234, fol. 644, Regierungsreskripte und -resolute 1798.

<sup>285</sup> WÜHR, Emigranten, Nr. 1474.

<sup>286</sup> IBID., Nr. 1474.

durch Errichtung einer Fabrik in der hochstiftischen Exklave Vilseck die Wirtschaftsentwicklung der Region zu fördern.

Zu einer ausgeprägten wirtschaftspolitischen Analyse kam es bereits Jahre zuvor anlässlich des Gesuches des Comte de la Varenne, der den Fürstbischof im Oktober 1795 um eine Konzession für eine Spitzenfabrik und deren Warenvertrieb bat. Varenne schien sich der Attraktivität seiner Initiative so sicher zu sein, dass er mit dem Gesuch die Forderung verband, dass ihm unentgeltlich ein Gebäude für die Fabrikation zuzuweisen und auch die Holzfreiheit einzuräumen sei.<sup>287</sup> Die Regierung unterzog die geplante Unternehmung im Dezember 1795 einer gründlichen Analyse. Im Wesentlichen wurden drei positive Effekte erkannt, die durch die Errichtung einer Spitzenfabrik entstehen würden:

1. Die Fabrik hätte einen *Gemeinnutzen* und könnte daher in Bamberg angelegt werden,
2. sie würde den Flachsanzbau im Hochstift befördern und
3. sie böte Ausbildungsplätze für einheimische Untertanen und deren Kinder.

Die Regierung empfahl daher die Genehmigung des Unternehmens, machte aber umfassende Auflagen. So hatte die Belegschaft vornehmlich aus Bamberger Untertanen zu bestehen, der Unternehmer dürfte die Manufaktur erst verlassen, wenn sie voll funktionstüchtig sei, und schließlich behielt sich die Regierung vor, Kontrollmaßnahmen durchzuführen. Als Anreiz sollten Varenne einige hundert Gulden Darlehen für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen vorgeschossen und fünf Maß Holz zugeteilt werden. Als Fabrikationsraum wurde ihm der obere Stock des Hochzeitshauses zugewiesen, für dessen Ausstattung die Regierung alte Ledersessel und Betten vom hochfürstlichen Hof zur Verfügung stellen wollte (unter der Maßgabe, dass für die Regierung neue Möbel gekauft werden würden). Zwar sollte Varenne, wie von ihm gewünscht, das Alleinherstellungsprivileg für Spitzen, aber wegen fehlenden Bürgerrechts nicht das Alleinhandelsprivileg erhalten.<sup>288</sup>

<sup>287</sup> Brief des Fürstbischofs an die Regierung vom 30. Oktober 1795: StABa Geheime Kanzlei 1223, Nr. 2, fol. 858, Regierungsrelationen 1795.

<sup>288</sup> Conclusum Regiminis vom 21. Dezember 1795: StABa Geheime Kanzlei 1223, Nr. 1, fol. 128, Regierungsrelationen 1795.

Nach Wührs Angaben hatte Varenne in der Zwischenzeit ein anderes Haus angemietet.<sup>289</sup> Als im Januar 1796 die Fabrikgründung auf den Weg gebracht worden war, äußerte sich Fürstbischof Buseck zu der erneuten Forderung Varennes, ihm Quartier-, Licht- und Holzfreiheit zu geben.

*Alleine so wenig Ich auch die entschiedenen Vortheile erkenne, welche ein Staat von innländischen Fabriken und Manufakturen hat, so sehr Ich selbst überzeugt bin, daß unter anderen die Preußischen Lande den dermaligen blühenden Zustand ihres Fabrikwesens der begünstigenden Aufnahme der eben auch aus Frankreich in älterer Zeit häufig gewanderten Künstler größtentheils zu verdanken habe, so ist doch der Fabrikationsgegenstand, von welchem die Rede ist, gerade nicht derjenige, welcher Mich bestimmen könnte, eben zu einer Zeit, in welcher Ich alle und mögliche Schonung Meiner öffentlichen Kassen unumgänglich nöthig finde, auch nur durch den nachgesuchten Aufwand die fragliche Unternehmung zu begünstigen. Das Produkt derselben ist heut zu Tage kaum mehr ein Gegenstand so häufigen Absatzes, daß sich davon ein beträchtlicher Einfluss fremden Geldes in das Hochstift mit Wahrscheinlichkeit erwarten ließe.*<sup>290</sup>

Wie aus diesen Ausführungen zu erkennen ist, versprach sich der Bischof von Varennes Projekt keinen nennenswerten volkswirtschaftlichen Nutzen. Der hierin aufgestellte Vergleich mit der modernisierenden Wirkung der Hugenotten und ihres Wirtschaftens *in älterer Zeit* zeigt, dass sich Buseck des beschränkten Effekts einer solchen Manufaktursiedlung bewusst war, zumal das herzustellende Produkt nach seiner Meinung keinen massenhaften Absatz und Gewinn erbringen würde. Diese Punkte rechtfertigten daher aus seiner Sicht weder die Gewährung von Monopolen noch von weit reichenden Subventionen auf Materialbasis. Insofern bestätigte er zwar die Fabrikkonzession, versagte Varenne aber die eingeforderte Unterstützung. Da sich Varenne nachweislich im Juli 1796 in Augsburg aufhielt, ist es denkbar, dass er bis zum Sommer 1796 in Bamberg verweilte und damit der Auflage der Regierung entsprochen hatte, bis zur Funktionsfähigkeit der Manufaktur in der Stadt zu bleiben.

Bedeutend offener zeigten sich die Bamberger Autoritäten im Fall eines Gesuches des aus Besançon stammenden François Riboudet. Dieser Emigrant wollte in Bamberg eine Galanteriewarenhandlung eröffnen und bat daher um das

<sup>289</sup> WÜHR, Emigranten, Nr. 4404. Möglicherweise handelte es sich um das schon im Gutachten der Regierung angesprochene *Arbeitshaus im Sande*.

<sup>290</sup> Hochfürstliche Entschließung vom 24. Januar 1796: StadtABa D 3001 Rep. 3, 1212, Französische Emigranten.

Handelsrecht. Die Regierung prüfte seinen Vermögenshintergrund und empfahl angesichts seiner beträchtlichen Ressourcen von 29.783 fl seinem Ansuchen zu entsprechen, da die Ansiedlung so bemittelter Leute von großem Vorteil sei. Zwar trug auch das Commerzkollegium keine Bedenken, doch die Polizey-Kommission bestand auf drei Konditionen: Riboudet müsse sich einer berufsfeldbezogenen Prüfung unterziehen, sich in Bamberg häuslich niederlassen und dazu gewissermaßen als Rückversicherung 4.000 fl bei der Obereinnahme anlegen.<sup>291</sup> Außerdem sei er anzuhalten, nicht nur Emigranten, sondern auch Einheimische einzustellen.

Die Handelsprüfung bestand Riboudet wohl nur, weil die Prüfer ein Auge zu-drückten. Da er sowohl der deutschen Sprache im Allgemeinen als auch der Fachterminologie unkundig war, musste die Prüfung auf Französisch abgehalten werden. Obwohl Riboudet keine Handelslehre absolviert hatte, konnte er die Fragen zum Führen von Handelsbüchern nach Einschätzung der Regierung zufrieden stellend beantworten. Daher beschloss man, ihn von weiteren Prüfungen zu dispensieren, zumal sich Riboudet sofort bereit erklärt hatte, die 4.000 fl bei der Obereinnahme anzulegen.<sup>292</sup> Nachdem er im Dezember 1801 auch ein Wohnhaus in Bamberg gekauft hatte, waren alle Bedingungen der Polizey-Kommission erfüllt, sodass er im Dezember 1801 schließlich das kleine und große Bürgerrecht erwerben und damit als Handelsbürger in Bamberg sesshaft werden konnte.<sup>293</sup>

Auch andere Auswanderer versuchten sich auf dem Gebiet des Galanteriewarenhandels in Bamberg. Die Emigranten de Labre und Hertin erhielten im Jahr 1800 auf Anfrage zumindest die Erlaubnis zum Hausieren mit ihren Modewaren.<sup>294</sup> Die Etablierung fester Warenhandlungen wurde ihnen aufgrund des Einspruchs von Bamberger Konkurrenten allerdings nicht gestattet.<sup>295</sup> Auch dem Franzosen de Goullon aus Metz war bereits 1799 untersagt worden, seinen in Bayreuth ansässigen Strick- und Galanteriewarenhandel zu erweitern und in Bamberg eine Fi-

291 Conclusum Regiminis mit Gutachten des Commerzkollegiums und der Polizey-Kommission vom 12. September 1801: StABa Geheime Kanzlei 1242, fol. 125, Regierungsprotokolle 1801.

292 Conclusum Regiminis vom 14. November 1801: StABa Geheime Kanzlei 1242, fol. 170, Regierungsprotokolle 1801.

293 StadtABa B 7, Nr. 10, fol. 131r.

294 WÜHR, Emigranten, S. 202.

295 Ablehnung des Ansuchens von de Labre und Hertin durch das Conclusum Regiminis vom 7. Juni 1800: StABa Geheime Kanzlei 1239, fol. 107, Regierungsprotokolle 1800. Dazu die hochfürstliche Entschließung vom 19. Juni 1800: StABa Geheime Kanzlei 1241, fol. 302, Regierungsreskripte 1800.



liale zu eröffnen. Trotz des ausreichenden Vermögens des Kaufmanns schreckte die Regierung wegen der großen Zahl bereits in Bamberg ansässiger Galanteriewarenhändler davor zurück, weitere Konkurrenz ins Land zu lassen.<sup>296</sup> Neben den Emigranten, die mit Galanteriewaren hausierten, betrieben in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bereits eine Reihe anderer Kaufleute, vornehmlich aus italienischen Staaten, Handelsgeschäfte mit Modewaren.<sup>297</sup>

## 6.4 Eine Emigrantenkarriere: Der Abbé Gérard Gley

Abgesehen von Vertretern des französischen Hochadels und der höheren Geistlichkeit waren unter den Emigranten der Französischen Revolution auch Personen nach Deutschland geflüchtet, die es ob ihrer wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen zu Ruhm und Anerkennung im Exil gebracht haben. Die bekanntesten Vertreter in Deutschland sind sicherlich Charles de Villers und Adélaïde de Chamisso.

Villers ließ sich nach mehrjähriger Wanderungszeit zunächst in Göttingen, dann in Lübeck nieder, ehe er 1811 Professor für französische Literatur an der philosophischen Fakultät der Göttinger Universität wurde.<sup>298</sup> Er unterhielt Beziehungen zu vielen Geistesgrößen des damaligen Deutschland und wohnte in seiner Lübecker Zeit bei Dorothea Rodde geb. Schlözer, deren Vater August Ludwig ein bedeutender Historiker und Jurist an der Göttinger Universität war. Er widmete sich der Philosophie Kants, schrieb für den vom ebenfalls emigrierten Marquis de Mesmon in Hamburg herausgegebenen *Spectateur du Nord* und stand mit der Madame de Staël in Briefkontakt. Goethe sah in ihm „eine wichtige Person durch seinen Standpunkt zwischen den Franzosen und Deutschen, – da er wie eine Art von Janus bifrons herüber und hinüber sieht.“<sup>299</sup>

296 Ablehnung des Gesuches de Goullons durch das Conclusum Regiminis vom 28. Oktober 1799: StABa Geheime Kanzlei 1237, fol. 58, Regierungsprotokolle 1799.

297 Mark HÄBERLEIN, Der Fall d'Angelis. Handelspraktiken, Kreditbeziehungen und geschäftliches Scheitern in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Bamberg in der Frühen Neuzeit, hrsg. v. Mark HÄBERLEIN et al., Bamberg 2008, S. 194–198.

298 KRUSE, Emigranten in Kurhannover, S. 146f.

299 Zitiert bei SANDER, Charles de Villers, in: ADB 39 (1895), S. 709.

Adélaïde de Chamisso, der später unter dem germanisierten Namen Adalbert Chamisso bekannt wurde, gelangte nach der Flucht seiner Familie aus der Champagne 1796 über Würzburg, Ansbach und Bayreuth nach Berlin.<sup>300</sup> Nach seinem Militärdienst betätigte er sich schriftstellerisch, gründete mit dem „Nordsternbund“ einen romantischen Literaturzirkel und hielt Kontakt zu den Kreisen um E. T. A. Hoffmann. 1815 nahm er an der russischen Schiffsexpedition unter dem Kommando von Otto von Kotzebue teil, die die Nordwestpassage erforschen sollte. Das Tagebuch dieser Reise sowie sein literarisches Hauptwerk *Peter Schlemihls wundersame Geschichte* sind seine bedeutendsten Hinterlassenschaften.<sup>301</sup>

Im Hochstift Bamberg war es der aus dem Elsass emigrierte Priester Gérard Gley, der auf wissenschaftlichem und publizistischem Gebiet neue Maßstäbe setzte und der vielleicht ein Emigrant war, der dem saloppen Diktum von Dengler-Schreiber entspricht und tatsächlich „frischen Wind“<sup>302</sup> nach Bamberg brachte.

#### 6.4.1 Biographisches bis 1794

Die gesicherten Quellen über die Biographie Gleys vor seiner Ankunft in Bamberg sind rar. Der Bamberger Heimatforscher und Bibliothekar Joachim Heinrich Jaeck berichtet in seinem – eher auf gelehrte Unterhaltung als wissenschaftliche Analyse zielenden – *Pantheon der Litteraten und Künstler Bambergs* im November des Jahres 1812 von Gérard Gley, den er aller Wahrscheinlichkeit nach während dessen Aufenthalt in Bamberg persönlich kennen gelernt hatte. Gley wurde 1761 in Gérardmer im Elsass geboren.<sup>303</sup> Als 16-jähriger unterrichtete er bereits in Colmar und war seit 1781 an der Straßburger Universität Repetitor für Philosophie und Mathematik. Hier nahm er dann das ordentliche Studium der Theologie und klassischen Philologie auf, das er 1785 mit dem Lizenziat abschloss. Noch im selben Jahr empfing er die Priesterweihe und wurde von Bischof Chaumont de la Galaizière von St.-Dié zum Professor der Philosophie ernannt.

300 WÜHR, Emigranten, S. 191.

301 Adalbert ELSCHENBROICH, Adalbert von Chamisso, in: NDB 3 (1957), S. 190–192.

302 DENGLER-SCHREIBER, Bamberger Stadtgeschichte, S. 102.

303 Joachim Heinrich JAECK, *Pantheon der Litteraten und Künstler Bambergs*, Nr. 41, 1. Nov. 1812, Sp. 317. Bei WÜHR fälschlich Gerdamer, vgl. WÜHR, Emigranten, S. 202. Die biographischen Daten bei PAPP stimmen nicht, vgl. PAPP, *Anfänge der Presse*, S. 63. Siehe auch StABa G 35 Hornscher Zettelkatalog 1830, 11. Februar 1830 *Kulmbacher wöchentliche Unterhaltungs-Blaetter*, S. 130.

Nachdem die französische Nationalversammlung am 27. November 1790 das Dekret über die Eidesleistung aller Staatsbeamten verabschiedet und sich im Laufe des Winters 1790/91 der verfassungstreue Klerus gebildet hatte, entschied sich Gley im März 1791 zur Flucht. Er gelangte nach Mainz, wo er als gebildeter Geistlicher eine Anstellung als Hofmeister derer von Harff erhielt, einer Familie aus dem Reichsritterstand, die aus dem Oberrheingebiet stammte. Wohl noch vor der Eroberung von Mainz durch die französische Revolutionsarmee im Oktober 1792, die der Gründung der Mainzer Republik im März 1793 und schließlich der Belagerung der Stadt durch die Koalitionstruppen vorausging, zogen die Harffs mit ihrem Majordomus über Würzburg nach Bamberg, wo sie wahrscheinlich Ende 1793 anlangten. Hier widmete Gley sich weiterhin der Erziehung der Harffschen Söhne und dem intensiven Studium der deutschen Sprache und Literatur, unter anderem in der Dombibliothek. Dort entdeckte er am 2. Oktober 1794 eine wertvolle Handschrift, den so genannten *Heliand*, eine Evangelienparaphrase aus der Karolingerzeit. Das in einem altsächsischen Dialekt abgefasste Großepos datiert in die erste Hälfte des 9. Jahrhundert und fußt auf einer althochdeutschen Prosafassung der Evangelienharmonie Tatians sowie dem Matthäuskommentar des Hrabanus Maurus.<sup>304</sup> Die Bamberger Handschrift entstand wohl um das Jahr 850 im Kloster Corvey. Trotz vieler Anstrengungen gelang es Gley nicht, eine Edition mit Übersetzung zu publizieren. Die nach der Säkularisation in die heutige Bayerische Staatsbibliothek München verbrachte Handschrift wurde erst 1830 von Johann Andreas Schmeller herausgegeben, der in seiner *Praefatio* das Auffinden des Epos durch Gley bestätigt.<sup>305</sup>

Dass dieser prominente Fund zu Gleys Ansehen in den gelehrten Kreisen Bambergs beigetragen hat, darf wohl angenommen werden. In der Folgezeit beschäftigte sich Gley ausführlich mit der mittelalterlichen Geschichte Bambergs.

Ganz im Sinne der Aufklärung engagierte sich Gley ab 1795 auch in der Bamberger Öffentlichkeit.

304 Die Bibliotheca Augustana Online stellt neben einer kurzen Einführung zum Heliand auch das Textkorpus zur Verfügung: [http://www.hs-augsburg.de/~harsch/germanica/Chronologie/09Jh/Heliand/hel\\_intr.html](http://www.hs-augsburg.de/~harsch/germanica/Chronologie/09Jh/Heliand/hel_intr.html).

305 Johann Andreas SCHMELLER (Hrsg.), *Heliand poema saxonicum seculi noni*, München/Stuttgart 1830, *Praefatio*.

#### 6.4.2 Die Bamberger Zeit (1795–1806)

In der ersten Jahreshälfte 1795 fasste der umtriebige Gley den Entschluss, eine eigene Zeitung herauszugeben. Seit 1754 erschien im Hochstift lediglich das *Hochfürstl. Bambergische Intelligenzblatt*.<sup>306</sup> In einer Eingabe an den Fürstbischof vom 16. Mai 1795 bat Gley um das Privileg, eine *politische Realzeitung* herausgeben zu dürfen und zwar wöchentlich im Umfang von vier halben Bogen zu 4 xr fr. pro Ausgabe. Die Regierung gutachtete daraufhin, dass das Projekt Unterstützung verdiene und sogar dem Staat nütze, *wenn ein Theil des auf auswärtige Zeitungen verwendeten Geldes im Lande dadurch zurückgehalten würde*. Natürlich müsse sich das Blatt der Zensur unterziehen. Aus der Stellungnahme der Regierung geht hervor, dass sich die Mehrheit für die Zensur ausgesprochen habe, da es *schon Pflicht der obersten Staatsgewalt sey, jeder möglichen Verbreitung der dem Staatsbesten nachtheiligen Dinge vorzubeugen und daher keine für die Allgemeinheit der Staatsbürger leicht gefährlich werdenden Mittel ohne gehörige vorläufige Aufsicht in das Publicum lassen dürfte*. Bei den gegenwärtigen Zeitumständen – gemeint war der laufende Koalitionskrieg – käme erschwerend hinzu, dass der Petent aus dem Ausland stamme. Gley sei demnach nachdrücklich einzuschärfen, dass er *nichts gegen den Staat, gegen die Sitten und die Religion* schreiben solle und *überhaupt mit Mäßigung die Nachrichten, besonders von Höfen und Cabinetten zu verfassen habe*.<sup>307</sup> Wenn er sich an diese Grundsätze hielte, könne er von weiterer Zensur verschont bleiben, zumal ihm der Professor Johann Friedrich Batz von der theologischen Fakultät der Universität Bamberg zur Seite gestellt werde, ohne dessen Einverständnis kein Artikel veröffentlicht werden dürfte. Eine abweichende Stimme in der Regierung gab zu bedenken, dass eine Zensur schon deswegen überflüssig sei, weil ein Bamberger Professor, der *in officio publico* stehe, sowieso das Vertrauen des Staates genieße und zensurfrei in der Öffentlichkeit reden dürfe.<sup>308</sup> Diese relativ laxen Zensurmaßnahmen sollten im weiteren Verlauf noch zu Komplikationen führen. Das Vikariat bestand immerhin seit dem 15. Juli 1795 auf einer Zensur, die durch den geistlichen Rat Limmer durchgeführt werden sollte.<sup>309</sup>

306 PAPP, Anfänge der Presse, S. 27.

307 Conclusum Regininis vom 21. Mai 1795, StadtABa D 3001 Rep. 3, 1101a,1 Bambergensia 1795.

308 IBID.: Votum separatum.

309 Brief der geistlichen Regierung an Gley vom 15. Juni 1795: AEB Rep. I, Nr. 917, fol. 435, Vikariatsprotokolle 1795.

In einer ersten Probeausgabe vom 1. Juli 1795 wurde das Programm der neuen Zeitungum rissen:

*Nebst den für die Politik, Handlung und Oekonomie interessanten Nachrichten wird sie [die Zeitung, d. A.] nicht nur die wichtigsten, Reichs-, Crais-Nachrichten, die den Staatsmann und Gelehrten beschäftigen, aus den besten Quellen mitteilen, sondern auch die britischen und nordamerikanischen Angelegenheiten weit früher und sicherer liefern, als die meisten der jetzt zirkulierenden Tagesschriften.*<sup>310</sup>

Die Zeitung sollte ab 1. Januar 1796 vier Mal wöchentlich erscheinen und 5 fl fr. im Jahresabonnement kosten, welches am Postamt, bei der Göbhardschen Handlung am Grünen Markt oder direkt bei der Zeitungsredaktion auf dem Markt im St. Georgsviertel bestellt werden könnte. Gley begann Schritt für Schritt ein weit reichendes und damit kostenintensives Informationsnetz aufzubauen.<sup>311</sup> Eine wichtige Quelle war beispielsweise der in Basel erscheinende *Moniteur*, den der Redakteur nach Erlaubnis des Fürstbischofs beziehen durfte.<sup>312</sup>

Die *Bamberger Zeitung* entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einer beliebten Lektüre „beim gelehrten und ungelehrten Publikum“.<sup>313</sup> Im Jahr 1800 bezogen etwa 2.000 Abonnenten das Blatt, zu dem ab 1797 eine wöchentliche Beilage hinzukam, der *Charon*, dessen Titel sich von Lukians *Dialogi Mortuorum* zwischen *Charon* und dem Götterboten Merkur herleitete. Sie war überschrieben mit dem Motto „Wahrheit und Recht“ und stellte eine Art frühes Feuilleton dar, das nach eigenem Bekunden Neuigkeiten mit philosophischem Geist bewerten und mittels historischer Analogie erläutern wollte.<sup>314</sup>

Im selben Jahr gründete Gley für seine Zeitung eine eigene Druckerei, wobei er in Doktor Adalbert Marcus, dem Leibarzt des verstorbenen Fürstbischofs Erthal und einem engagierten Volksaufklärer, einen generösen Helfer fand, der ihm den hinteren Flügel seines Hauses für die Druckerei zur Verfügung stellte und Gleys Mitarbeiter mit Nahrung versorgte.<sup>315</sup> Gegen diese Druckerei regte sich je-

310 Zitiert bei PAPP, Anfänge der Presse, S. 27.

311 Kostenbeispiele für das Korrespondenznetzwerk im Jahr 1798: Für die Londoner und Wiener Korrespondenz schlugen pro Jahr 300 fl bzw. 200 fl zu Buche, s. Erklärung Gleys, Regierungsprotokoll vom 26. November 1798: StABa Geheime Kanzlei 1233, fol. 86, Regierungsprotokolle 1798.

312 Genehmigung durch den Fürstbischof am 19. Juni 1795: StABa Geheime Kanzlei 1223 Nr. 2, fol. 577, Regierungsresolute 1795.

313 JAECK, Pantheon 1812, Sp. 318.

314 StABa G 35 Hornsche Annalen 1796–1800, „Gley“ 5. Dezember 1797.

315 StABa G 35 Hornsche Annalen 1796–1800, „Gley“ 1. Juli 1795.

No. 1. Freitag den 1. Januar 1796.

**Bamberger Zeitung.**

Mit Hochfürstlicher gnädigster Erlaubniß.

Die innerhalb den 6 letzten Monaten des verfloffenen Jahres erschienenen Blätter der bamberger Zeitung können bloß als Probestücke angesehen werden, und so fangt diese Zeitschrift eigentlich erst mit dem heutigen Stücke an. Dank sey allen Freunden und Gönnern, die dem Herausgeber derselben, durch gütige Mittheilung ihrer Briefe und Nachrichten zur Erreichung seines Zweckes behülflich waren. Im Vertrauen auf ihre fernere Unterstützung wird er mit lebhaftem Eifer sein Unternehmen fortsetzen. Die nämliche Unparteilichkeit, wovon in jedem Blatte Bezeugnisse gegeben wurden, und welche nur immer von einer gerechten und weisen Regierung zu ihrer Ehre gestattet wird, wird man auch künftig nicht vermissen, und bescheiden: Freimüthigkeit wird dem Herausgeber, wie bis hieher, ein heiliges Gesetz bleiben, um dadurch dem vorgesetzten Ziele inniger näher zu kommen, und sowohl die Achtung, als das Vertrauen des Publicums zu verdienen.

Livorno, 11. Dec.

In Corsica ist schon das neue Parlament versammelt: der Bischof von Alenia ist zum Präsidenten erwählt worden, und die Gesetze der neuen Constitution werden untersucht.

Wien, 23. Dec.

Nach einem von dem General-Commando in Italien überschieden Berichte besteht der Verlust unserer Armee, welcher in den französischen und genevesischen Zeitungen so übertrieben angegeben war, in 756 Mann Todten, 677 Verwundeten, und 2750 Vermissten, von welchen sich doch täglich noch einige einfanden. Am Geschütze, welches über die steilen Gebirge nicht fortgebracht werden konnte, sind 48 Stück theils zu Grunde gerichtet worden, theils verloren gegangen. Die gebliebenen Officiere sind: der Oberlieut. Gaulle und der Fähnrich Wlasky, von Alvinzi; der Oberlieut. Rappus, von Reisky; der Oberlieut. Jannisch, von Thurn; der Hauptmann Kavanagh, von Strofsoldo; der Fähnrich Mönni, von Lattermann; der Kapitulieut. Sajatowich, vom Sgluiner Bataillon. — Verwundet sind: der Kapitulieut. Maho-

lang, die Unterlieutenants Purzel und Baig, wie auch die Fähnrichs Jankay und Litasky, von Erzherzog Anton; der Unterlieut. Grubics, von Nadassdy; der Kapitulieut. Baron Schmauser und der Oberlieut. Duimovich, von Alvinzi; der Kapitulieut. Schmidt, der Oberlieut. Demtrager, die Unterlieut. Jankovich und Brestack, wie auch die Fähnrichs, Graf Zebrian und Wilsbach, von Thurn; die Hauptleute Hummel und Leidnig, die Unterlieut. Certe und Graf Lumago, wie auch die Fähnrichs Knapp und Mattorpp, von Terzy; der Fähnrichs tichen, von Strofsoldo; der Hauptmann Kousseati, der Oberlieut. Widmayer und der Fähnrich Rabissa, von dem componierten kaiskräddter Bataillon; der Unterlieut. Boinovich, vom sgluiner Bataillon; und der Unterlieut. Wagner, von der Artillerie. — Gefangen sind: der Generalmajor Ternyn, der Oberlieut. la Motte, Gernanics und Wihelly, die Unterlieutenants Sartory u. Haan, wie auch der Fähnrich Helm von E. S. Anton; der Oberlieut. Kouslen, die Unterlieut. Turlionsky, Salaten und Pribilovich, die Fähnrichs Graf Gaisern, Baron Trach und

Abb. 6: Titelblatt der ersten regulären Ausgabe der Bamberger Zeitung vom 1. Januar 1796

doch Widerstand. Die Buchdrucker Gärtner und Wirth legten am 24. November 1797 beim Fürstbischof Beschwerde ein, weil sie vermuteten, Gley ließe dort mehr drucken als nur seine Zeitung. Der Bischof bestätigte aber die einmal gegebene Druckereikonzession und untersagte den Bittstellern, Gleys Druckerei auf eigene Faust zu durchsuchen.<sup>316</sup> Dass die Beschwerde trotzdem nachhaltige Wirkung hatte, zeigt sich darin, dass im März 1798 Gleys Plan, den *Charon* monatlich gesammelt als Heft herauszugeben, durch höchste Entschließung zunichte gemacht wurde, weil der Fürstbischof nicht bereit war, die Druckereikonzession auszudehnen.<sup>317</sup> Im Jahr 1801 wurde der *Charon* dann ganz eingestellt, womöglich infolge der sich verschärfenden Zensurmaßnahmen am Ende des 2. Koalitionskriegs.<sup>318</sup>

Die publizistische Tätigkeit Gleys erregte auch Unmut. Schon während der ersten Besetzung Bambergs durch die Franzosen im August 1796 war es Gley gestattet worden, seine Zeitung unter der Zensur des Stadtkommandanten Mercadé weiter herauszugeben. Nach dem Abzug der Franzosen verdichteten sich Gerüchte, Gley habe seinen Landsleuten bei der Eroberung des Hochstifts durch Spionage geholfen. Mit der Untersuchung dieser Vorwürfe wurde Hofrat Dittrich beauftragt. Dieser ging dem Vorwurf nach, Gley hätte die Gegend um Litzendorf, östlich von Bamberg, für die Franzosen ausspioniert. Durch Zeugenbefragungen auf Schloss Seehof ergab sich, dass sich Gley im April 1796 mit dem in Litzendorf lebenden französischen Emigrantenpriester Derosne getroffen hatte und beide sich von einem Einheimischen durch die Umgebung haben führen lassen. Dieser Mann sagte aus:

*(...) während des Spazierganges hätten sich die beiden uninteressiert gezeigt, sodass der Eindruck entstand, dass die Wanderung einen anderen Sinn hatte. Gley legt Wert darauf, zu einem Aussichtspunkt geführt zu werden, von welchem er die ganze Gegend übersehen kann. Dort habe er sich über Distanzen informieren lassen.*<sup>319</sup>

Jedoch waren während des Feldzugs in besagter Gegend keine umfangreichen Feindbewegungen zu verzeichnen gewesen, sodass der Vorwurf der verdeckten mi-

316 Entschließung des Fürstbischofs vom 24. November 1797: StABa Geheime Kanzlei 1230, fol. 890, Regierungsreskripte und -resolute 1797.

317 Entschließung des Fürstbischofs vom 30. März 1798: StadtABa D 3001 Rep. 3, 1103, Bambergensia 1798.

318 PAPP, Anfänge der Presse, S. 29.

319 Untersuchungsbericht des Hofrats Dittrich vom 15. Oktober 1796: StABa Geheime Kanzlei 1226, fol. 38, Regierungsprotokolle 1796.

litärischen Aufklärung gegenstandslos wurde. Auch die verdächtigen Zeichen, die zwischen Litzendorf und Missendorf (i. e. Mistendorf) in einige Bäume eingeritzt worden waren, entpuppten sich als harmlos. Sie dienten der Orientierung für zwei emigrierte Geistliche, Adam, der in Missendorf lebte, und dem besagten Derosne aus Litzendorf, die sich täglich besuchten und die Wegmarken erstellt hatten, um sich im Wald nicht zu verlaufen. Alle Zeugen bestätigten den redlichsten Charakter der unter Verdacht Geratenen, sodass der Spionagevorwurf fallen gelassen wurde.

Zu diplomatischen Verwicklungen kam es im November 1796 als Prinz Ludwig (gen. Louis) von Württemberg sich über einen von Gleys Artikeln schriftlich beim Fürstbischof beschwerte. In Nummer 171 seiner Zeitung hatte Gley über den Erbprinzen von Württemberg geschrieben: *Nach unerläßigen Briefen gieng der Erbprinz von Wirtemberg nach Wien, um Seinen Vater als unfähig wegen Geistesschwäche zu erklären, Seine Mutter soll hierunter der Schlag gerichtet haben.*<sup>320</sup> Der Journalist wurde daraufhin zur hochfürstlichen Regierung bestellt, wo er Rede und Antwort stehen musste. Ohne seine Quelle anzugeben, entschuldigte sich Gley und sagte ein Dementi in der nächsten Ausgabe zu. Der Fürstbischof, dem die Sache äußerst unangenehm war, sandte dem Prinzen umgehend ein Schreiben mit der Bitte um Nachsicht und sagte eine Verschärfung der Zensur zu.<sup>321</sup> Anscheinend ließ sich Ludwig dadurch noch nicht besänftigen, sodass der Fürstbischof sich gezwungen sah, in einem zweiten Schreiben an dessen Großmut zu appellieren, und ein juristisches Verfahren in Aussicht stellte.<sup>322</sup>

Aber das Haus Württemberg blieb auch weiterhin auf die *Bamberger Zeitung* nicht gut zu sprechen. Ein Jahr nach den ersten Verwicklungen, im November 1797, beschwerte sich der Stuttgarter Hof über einen Artikel, in dem angeblich Unwahrheiten über die Situation in Russland berichtet und die Zarenfamilie verleumdet worden sei. In Nummer 176 der Zeitung schrieb Gley: *Briefe aus Petersburg melden, daß daselbst eine merkwürdige Veränderung vorgegangen sey, nämlich, das Ministerium habe den Kaiser für blödsinnig erklärt, und dem Großfürsten Alexan-*

320 Zitiert im Bericht des Geheimen Rats und Referendairs Pflaum und des Aktuars Gengler vom 5. November 1796: StABa Geheime Kanzlei 1227, fol. 880, Regierungsresolute 1796.

321 Fürstbischöfliche Ermahnung an die Regierung, dass eine solche Falschmeldung der Zensur nicht entgehen dürfe, vom 16. November 1796: StABa Geheime Kanzlei 1227, fol. 947, Regierungsresolute 1796. Brief an den Prinzen zu Württemberg vom 24. November 1796: StABa Geheime Kanzlei 1227, fol. 934, Regierungsresolute 1796.

322 Brief an den Prinzen zu Württemberg vom 15. Dezember 1796: StABa Geheime Kanzlei 1227, fol. 1006, Regierungsresolute 1796.



*der die Regierunge Geschäfte provisorisch übertragen. (Eine solche Nachricht bedarf Bestätigung).* Der Herzog verwies nun auf sein enges Verhältnis zum russischen Kaiserhof, wodurch er sich bemüßigt fühle, einzuschreiten und erneut den Bamberger Fürstbischof nachdrücklich zu bitten, seinen Redakteur in die Schranken zu weisen.<sup>323</sup> Die unbestätigte Meldung, die aus dem *Wiener Bulletin* stammte, hatte Gley in der Ausgabe vom 13. November aber bereits selbst dementiert. Trotzdem schickte der Fürstbischof auch in diesem Fall ein Entschuldigungsschreiben nach Stuttgart, in dem er versicherte, dass Gley im Wiederholungsfalle das Zeitungsprivileg verlieren würde.<sup>324</sup> Aus diesen Vorgängen geht hervor, dass die Zensurbestimmungen, die bei der Gründung des Blattes festgelegt wurden, offensichtlich zu unpräzise waren. Das ist womöglich auf die fehlende Erfahrung der Bamberger Obrigkeit mit regelmäßig erscheinenden Zeitungen im Hochstift zurückzuführen. Bei aufrührerischen Flugschriften ging man dagegen überaus rigide vor.<sup>325</sup> Nachdem in den folgenden Jahren weitere Beschwerden über Gley eingingen, wurde im Oktober 1800 der verantwortliche Zensor, Hofrat von Lochner, entlassen.<sup>326</sup>

Zu weiteren Auseinandersetzungen kam es, als Gley einige Akten des Rastatter Friedenskongresses 1798 in der *Bamberger Zeitung* veröffentlichen wollte. Der kurmainzische Hofrat und Deputierte beim Friedenskongress Heinrich Münch hatte aber bereits zuvor ein kaiserliches Privileg erhalten, diese Akten zu publizieren. Gley führte nun aus, dass er den Plan, die Akten herauszugeben, gefasst hatte, bevor Münch das Privileg erhalten hatte und ihm durch dieses Vorhaben bereits erhebliche Unkosten entstanden seien. Die Regierung empfahl eine gütliche Einigung, da es *dieser so arbeitsame Mann* [i. e. Gley, d. A.], *welcher dem Hochstifte Bamberg mit seinem rastlosen Unternehmen keine Unehre mache*, durchaus verdienne, entschädigt zu werden.<sup>327</sup>

323 Der Herzog zu Württemberg an den Fürstbischof vom 12. November 1797: StABa Geheime Kanzlei 1229, fol. 130, Regierungsprotokolle 1797.

324 Brief an den Herzog zu Württemberg vom 24. November 1797: StABa Geheime Kanzlei 1230, fol. 888, Regierungsreskripte und -resolute 1797.

325 BERBIG, Hochstift Bamberg, S. 326.

326 Regierungsprotokoll zur Entlassung des Zensors Lochner vom 10. Oktober 1800: StABa Geheime Kanzlei 1240, fol. 130, Regierungsprotokolle 1800.

327 Siehe das Conclusum Regiminis vom 26. November 1798: StABa Geheime Kanzlei 1233, fol. 86, Regierungsprotokolle 1798. Andere Verwicklungen hatten für Gley wieder hochfürstliche Maßregelung zur Folge: Die Proteste kamen aus der Reichsstadt Nürnberg (Conclusum Regiminis vom 6. August 1799: StABa Geheime Kanzlei 1236, fol. 88, Regierungsprotokolle 1799), dem Kurfürstentum Mainz (Conclusum Regiminis vom 28. Oktober 1799: StABa Geheime Kanzlei 1237, fol. 56,

Schließlich entzog der Fürstbischof Ende des Jahres 1801 Gley das Zeitungsprivileg. Ob die Verkaufssumme von Verlag und Druckerei auf hochfürstliche Intervention hin tatsächlich von 12.000 fl auf 6.000 fl gedrückt wurde, wie Tannenberg behauptet, sei dahingestellt.<sup>328</sup> Zwar gründete Gley im folgenden Jahr das kurzlebige *Allgemeine Amtsblatt*, blieb damit aber erfolglos. Ab dem 1. Januar 1804 arbeitete er wieder als leitender Redakteur der *Bamberger Zeitung*. Einer der Nachfolger Gleys auf diesem Posten war Georg Wilhelm Friedrich Hegel.

Gley betätigte sich in seiner Bamberger Zeit nicht nur als Publizist, sondern gelangte auch zu akademischen Ehren. Am 14. Juli 1795 wurde er von Fürstbischof Buseck zum Professor für moderne Fremdsprachen ernannt, mit der Erlaubnis Sprachunterricht zu erteilen und von seinen Schülern monatlich ein Honorar zu erheben.<sup>329</sup> Am 9. Mai 1796 wurde Gley zusätzlich als Hofsprachmeister und Pagenlehrer angestellt, was mit einem Freiplatz am Pagentisch und 100 fl rh. Einkommen verbunden war. Im Staatskalender des Jahres 1796 wurde Gley zu den Universitätsangehörigen gezählt. Dies hatte im Vorfeld zu Debatten innerhalb der Professorenschaft der Universität geführt.<sup>330</sup> Jeder akademische Lehrer wurde um eine Stellungnahme zu der Frage gebeten, welchen Rang Gley unter ihnen einnehmen sollte. Einige von ihnen plädierten für die Aufnahme unter die ordentliche Professorenschaft, obwohl die Sprachlehrer an anderen Universitäten nur unter die Universitätsangehörigen gezählt würden. So könnte man Gley ja zur Klasse der unteren Professoren zählen, etwa zu denen der Grammatik. Eine Mehrheit sprach sich jedoch dafür aus, Gley an *primo loco* bei den Angehörigen der Universität aufzulisten, mit dem Verweis, dass an den Universitäten Erlangen und Jena mit dem Sprachmeister ähnlich verfahren würde und man sich im Sinne der Einheitlichkeit nach diesem Muster zu richten gedenke.<sup>331</sup> Trotz dieses Votums wurde Gley seit dem Jahr 1797 schließlich gleich hinter den Professoren der philosophischen Fakul-

Regierungsprotokolle 1799) und aus Pfalzbayern (Hochfürstliche Entschließung vom 4. März 1800: StABa Geheime Kanzlei 1241, fol. 108 1/2, Regierungsreskripte und -resolute 1800).

328 Georg von TANNENBERG, Beobachtungen ohne Brille über die Säcularisation der geistlichen Bisthümer und Besitzungen, besonders in Hinsicht auf die Bisthümer in Franken Würzburg und Bamberg, Frankfurt 1803, S. 22.

329 Bernhard SPÖRLEIN, Die ältere Universität Bamberg (1648–1803), Bd. 2, Berlin 2004, S. 1319.

330 Bamberger Hof, Staats- und Standskalender für das Jahr 1796, S. 103.

331 Die Stellungnahmen der Professoren vom Juli und August 1795: StABa B 130 Nr. 24, Schulkommission, engerer akademischer Senat, Universität Bamberg. Vgl. auch SPÖRLEIN, Ältere Universität, S. 883.

tät im Staatskalender aufgeführt.<sup>332</sup> Ab dem akademischen Jahr 1797/98 erschien Gley als Lehrer der englischen, italienischen und französischen Sprache regelmäßig im Vorlesungsverzeichnis der Universität, wobei er wohl schwerpunktmäßig seine Muttersprache unterrichtet haben dürfte.<sup>333</sup>

Parallel zu seiner akademischen Lehrtätigkeit betätigte Gley sich als Volkslehrer. Im Oktober 1797 bat er den Fürstbischof, ihm Räumlichkeiten zuzuweisen, in denen er an Sonn- und Feiertagen unentgeltlich *Bürgersöhne, Professionisten und Handelsdiener* in der französischen Sprache unterrichten wollte.<sup>334</sup> Auch initiierte der geschäftige Abbé ein hochfürstliches „Stipendium“ für Französischschüler, für das allerdings nur 12 Reichstaler pro Jahr von der Hofkammer zur Verfügung gestellt wurden.<sup>335</sup> Als Lehrmaterial überarbeitete Gley die von de Wailly verfasste *Französische Sprachlehre*, welche er in übersetzter Form 1797 herausgab und die sich durch ihre moderne Didaktik und Anschaulichkeit auszeichnete.<sup>336</sup> Später publizierte er in Bamberg den *Nouveau Dictionnaire de poche, allemand-français et français-allemand*.

Nachdem Gley das Zeitungsprivileg verloren hatte, eröffnete er mit Reichsgraf von Soden, dem Begründer des Bamberger Theaters, eine Weinhandlung. In den folgenden drei Jahren lieferten sich die beiden Unternehmer einen erbitterten Preiskampf mit dem Hoflieferanten Strüpf, sodass sich das Geschäft mit den gleich-

332 Bamberger Hof-, Staats- und Standskalender für das Jahr 1797, S. 95.

333 Der Eintrag lautete: *Prof. Gerardus Gley iis, qui linguam gallicam, italicam, anglicam addiscere cupiunt, non deerit. De diebus et horis cum iisdem conueniet*. Vorlesungsverzeichnis 1797/98: StABa Geheime Kanzlei 1666, fol. 180/183, Universitätsacta. SPÖRLEIN stellt richtig fest, dass Gley bereits vor der Aufhebung der Universität im Zuge der Säkularisation seinen Unterricht eingestellt hatte. Ab dem akademischen Jahr 1801/02 erscheint er nicht mehr im Vorlesungsverzeichnis, vgl. SPÖRLEIN, Ältere Universität, S. 883. Siehe auch Vorlesungsverzeichnis 1801–02: StABa Geheime Kanzlei 1667, fol. 102, Universitätsacta 1799–1802, sowie Besoldungstabelle der Professoren der Universität, in der Gley nicht auftaucht: StABa B 130, Nr. 44, Schulenkommission.

334 Anfrage Gleys an den Fürstbischof vom 29. Oktober 1797: Unterricht in der französischen Sprache: AEB Rep. I, Nr. A 440, fol. 1, Universität. Die Bezeichnung „Volkshochschule oder Abendgymnasium“, die WÜHR bemüht, ist wohl etwas übertrieben, vgl. WÜHR, Emigranten, S. 204. Der Unterricht fand schließlich sonntagnachmittags von viertel vor vier bis abends in einem Saals des großen Schulhauses statt, vgl. Konrad SCHRÖDER, Gley, Gerhard, in: Biographisch-bibliographisches Lexikon der Fremdsprachenlehrer, Augsburg 1989, S. 139.

335 Gutachten der Hofkammer: Unterricht in der französischen Sprache: AEB Rep. I, Nr. A 440, fol. 1, Universität.

336 SCHRÖDER, Gley, S. 140.

wohl hochwertigen französischen Weinen nicht auszahlte und Gley sich nach dieser Unternehmung wieder als Redakteur verdingen musste.<sup>337</sup>

Durch sein unermüdliches Engagement hatte sich Gley hohes Ansehen unter der Bürgerschaft erworben. So hatte er während der heiklen Zeiten der ersten und zweiten französischen Besetzung des Hochstifts (1796 und 1800/01) als Geschäftsträger zwischen Bamberger Verwaltung und französischer Armee fungiert (der Fürstbischof war 1796 nach Prag, 1800/01 nach Saalfeld geflüchtet).<sup>338</sup> Im Juli 1800 wurde ihm als Anerkennung für seine Dienste das große Bürgerrecht verliehen.<sup>339</sup>

### 6.4.3 Steile Karriere und Ende (1806–1830)

Nach zwei weiteren Jahren als Zeitungsredakteur schloss sich Gley im Oktober 1806, als Napoleon den Feldzug gegen Preußen begann, dem französischen General (eigentlich Marschall) Louis-Nicolas Davoût, dem Sieger der Schlachten bei Jena und Auerstedt, an und diente diesem als *secrétaire interprète*. Nachdem Davoût zum Generalgouverneur des von Napoleon geschaffenen Herzogtums Warschau ernannt worden war, verwaltete Gley für Davoût dessen Domänenfürstentum Łowicz (dt. Lowitsch) und avancierte später zum Generalkommissär für das gesamte Schulwesen im Herzogtum Warschau. Bis zur Scheitern des Russlandfeldzugs Napoleons 1812/13 widmete sich Gley dem Studium der polnischen Sprache und Geschichte und plante die Veröffentlichung eines großen Werks zur Geschichte Polens, dessen Erscheinen er im *Fränkischen Merkur*, dem Nachfolgeblatt der *Bamberger Zeitung* ankündigte. Über Bamberg kehrte Gley 1813 nach Frankreich zurück und übernahm an seiner alten Wirkungsstätte St.-Dié das Rektorat des Gymnasiums. Aber auch dort hielt es ihn nicht lange. Bei der *mission étrangère* in Paris bereitete er eine Reise nach China und Indien vor, zu der es wohl nicht mehr kam. 1824 ernannte ihn

337 StABa G 35 Hornsche Annalen 1801, „Gley“ Dezember 1801. Die im Residenzkeller eingelagerten Weinfässer und -flaschen wurden erst 1808, also nach dem Wegzug Gleys, auf Anregung des Stadtgerichts verkauft.

338 Während der zweiten Besetzung Bambergs durch die Franzosen war Gley von Fürstbischof Buseck beauftragt worden, bei dem Kommandeur der Armee, General Augereau, vorzufühlen, ob und in welcher Form ein Separatfrieden zwischen Frankreich und dem Hochstift Bamberg abgeschlossen werden könnte, vgl. BERBIG, Hochstift Bamberg, S. 409.

339 Bürgerrechtsbücher, Eintrag Gérard Gley: StadtABa B 7 Nr. 10, fol. 121v.

der Pariser Erzbischof zum Kaplan des Invalidenspitals. Dort starb er, 69-jährig, am 11. Februar 1830.<sup>340</sup>

<sup>340</sup> MICHAUD jr., Gley, l'abbé Gérard, in: *Biographie universelle ancienne et moderne*, Bd. 16, hrsg. v. Joseph MICHAUD, Paris o. J., S. 634–636.

# 7. Lebenswelten

## 7.1 Alltag in der Emigration?

Viele Emigranten, die nach Bamberg kamen, blieben oft monate-, manchmal sogar jahrelang. In diesen Zeiträumen *bewegten* sie sich in einer für sie neuen und fremden Umgebung. Man versuche sich nur einmal vorzustellen, wie die Residenzstadt Bamberg wohl auf die beiden Kapuziner Bedour und Robert aus Avignon oder die Festungsstadt Kronach auf den Priester Chartier aus der Bretagne gewirkt haben mögen.

Diese *Bewegung* hat sowohl eine räumliche als auch eine soziale Dimension. Denn während des Aufenthaltes im Exil – wie lange dieser im Einzelfall auch gedauert haben mag – blieben die Daseinsgrundfunktionen weiter bestehen: Die Emigranten wohnten, arbeiteten, interagierten untereinander und mit der einheimischen Bevölkerung, trugen Sorge für ihre Lebenshaltung und bewegten sich in der Stadt und auf dem Land. Für Bamberg erweist sich die Rekonstruktion der Alltags- oder individuellen Lebenswelt (A. Schütz) im Fall der Emigranten als schwierig, da die Quellenbasis äußerst schmal ist. Wie oben ausgeführt, gründen unsere Kenntnisse von den Emigranten fast ausschließlich auf dem überlieferten Verwaltungsschriftgut, persönliche Zeugnisse sind nur sehr sporadisch vorhanden. Es ist daher kaum möglich, an dieser Stelle ein Panorama der Alltagswelten zu entfalten. Lediglich vier ausgewählte Aspekte ihres Aufenthaltes sollen hier dokumentiert werden, da wir über sie vergleichsweise gut informiert sind: berufliche Tätigkeit, Interaktion, Integration und Krankheit bzw. Tod.

### 7.1.1 Seelsorge

Die geistlichen Emigranten hatten gegenüber ihren weltlichen Schicksalsgenossen einen unschätzbaren Vorteil: Sie führten die Befähigung zur beruflichen Tätigkeit gewissermaßen tändigm itsi ch.

Für die Geistlichen außerhalb des weltlichen Herrschaftsbereichs des Fürstbischofs, die jedoch seiner kirchenrechtlichen Jurisdiktion unterstanden, wurde schnell ein Modus gefunden. Auf Anfrage an das Vikariat wurde ihnen zügig das

Celebret erteilt. Sie betreuten in Bayreuth, Erlangen und Nürnberg die dort lebenden Emigranten, lasen in den kleinen katholischen Gemeinden oder auch in den Privatquartieren der Emigranten die Heilige Messe und spendeten die Sakramente.<sup>341</sup>

In Erlangen hatten sie in dem umtriebigen Kuraten Ludwig Busch einen beredten Fürsprecher. Erstmals erbat er im März 1793 das Celebret für den Abbé Mondoy, der ihm bei der Seelsorge der in Erlangen lebenden Emigranten zur Hand gehen sollte.<sup>342</sup> Da Busch der französischen Sprache nicht mächtig war, benötigte er für die stetig anwachsende Emigrantenkolonie Hilfe. Nachdem ihn im Jahr 1793 zusätzlich noch ein Kaplan aus dem Deutschherrenhaus in Nürnberg beim Beicht hören der inzwischen 60 Emigranten unterstützt hatte, wandte sich Busch im April 1794 direkt an das Bamberger Vikariat und forderte den erst kürzlich aus dem Nassau-Weilburgischen zugewanderten Priester Anton Rotholz als Subsidiar an.<sup>343</sup> Auf Rotholz' Empfehlung hin entschied das Vikariat jedoch, den ebenfalls neu angekommenen Priester Peter Hoff nach Erlangen zu schicken, da dieser Rotholz' Angaben zufolge besser Französisch sprechen würde.<sup>344</sup> Bevor jedoch Hoff offiziell erster Emigrantenseelsorger werden konnte, musste er sich einer fachlichen Prüfung unterziehen, deren Zeugnis ihn als guten Theologen auswies, der *zwischen der übertriebenen Strenge und der ebenso schädlichen Laxität den klugen Mittelweg halte*.<sup>345</sup>

Noch im gleichen Jahr, 1793, stellte sich nun auch im Hochstift Bamberg das Problem der Seelsorge für französische Landeskinder. Diesmal handelte es sich allerdings nicht um Revolutionsflüchtlinge, im Gegenteil: Im Verlaufe des Reichskriegs gegen Frankreich waren tausende französische Kriegsgefangene gemacht worden, die nun auf mehrere Staaten des Reichs verteilt werden sollte. Fürstbischof Erthal hatte sich bereit erklärt, einige Hundert von ihnen in seinem Bamberger

341 Laut Vikariatsprotokoll wurde vier Emigrantenpaaren das Sakrament der Ehe gespendet. In Bayreuth: AEB Rep. I, Nr. 920, fol. 844, Vikariatsprotokolle 1797; Nr. 922, fol. 709, Vikariatprotokolle 1798. In Erlangen: AEB Rep. I, Nr. 928a, fol. 25–26, Vikariatsprotokolle 1801. In Nürnberg: AEB Rep. I, Nr. 928b, fol. 2047, Vikariatsprotokolle 1801. Vom Vikariat musste hierfür eine ausdrückliche Genehmigung vorliegen.

342 BRANDMÜLLER, Tagebuch des Kuraten Busch, S. 328f.

343 Conclusum des Vikariats vom 10. April 1794: StABa Geheime Kanzlei 1725, fol. 57, Vikariatsakten 1794.

344 Hoff stammte aus dem Fürstentum Nassau-Saarbrücken.

345 Conclusum des Vikariats vom 15. April: StABa Geheime Kanzlei 1725, fol. 58, Vikariatsakten 1794.

Herrschaftsgebiet zu internieren.<sup>346</sup> Als einzige Ortschaften für die Unterbringung so vieler Personen kamen die Festungsstädte Forchheim und Kronach in Frage. In beiden sollte jeweils ein französischsprachiger Priester als Gefangenenseelsorger zur Verfügung gestellt werden.

Dies stellte durchaus eine delikate Angelegenheit dar, da zu befürchten stand, dass die Soldaten einen vor der Revolution und dem Verfassungseid geflohenen französischen Priester kaum als Seelsorger anerkennen würden. Das Vikariat war sich dieser Problematik offenkundig bewusst und bestellte Rotholz und Hoff als Gefangenenseelsorger, instruierte sie jedoch peinlich genau, keine politischen Gespräche über die Revolution zu führen.<sup>347</sup> Für die materiellen Bedürfnisse der Seelsorger trug das Vikariat Sorge: Als Belohnung für ihre Dienste sollten beiden Geistlichen Quartier, Holz, Licht und Bedienung gestellt werden, dazu ein wöchentliches Salär von vier Reichstalern. Rotholz ging nach Kronach und wohnte in einem aus Kriegsratsmitteln eingerichteten Zimmer auf der Veste Rosenberg; Hoff wurde nach Forchheim geschickt, wo er im örtlichen Franziskanerkonvent unterkam.<sup>348</sup>

Die Bedingungen, unter denen die Kriegsgefangenen und ihre Seelsorger leben und arbeiten mussten, waren hart. Schon im Winter 1794/95 grassierte bei den in Forchheim internierten Kriegsgefangenen das Fleckfieber, an dem auch Hoff erkrankte. Schnell wurde nun ein Ersatz für ihn gesucht, da die Kranken die Erteilung der Sakramente verlangten. Für diese Aufgabe stand nur der aus dem Herzogtum Limburg nach Bamberg emigrierte Franziskaner Andreas Fraikin zur Verfügung. Dieser war allerdings der deutschen Sprache nicht mächtig. Das Vikariat verfügte daher, dass bei den Krankenbesuchen zukünftig immer ein Mitglied des Forchheimer Franziskanerkonvents anwesend sein müsse, dem Fraikin dann auf Latein alle Bedürfnisse und Anliegen der Gefangenen mitteilen sollte. Somit war ein direkter Informationsfluss zum Vikariat gewährleistet, das dann seinerseits auf sich verändernde Umstände und Bedürfnisse der Gefangenen reagieren konnte.<sup>349</sup>

346 Ab November 1794 sollten 660 Kriegsgefangene in hochstiftischen Landen interniert werden: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1101, Bambergensia 1794.

347 Conclusum des Vikariats vom 17. November 1794: StABa Geheime Kanzlei 1725, fol. 135, Vikariatsakten 1794.

348 Conclusum des Vikariats vom 4. Dezember 1794: StABa Geheime Kanzlei 1725, fol. 141, Vikariatsakten 1794.

349 Conclusum des Vikariats vom 12. Januar 1795: StABa Geheime Kanzlei 1726, fol. 4, Vikariatsakten 1795.



Bei den Kriegsgefangenen in Kronach waren die Bedingungen noch schlechter. Schon bald nach seinem Amtsantritt im Januar 1795 verstarb Rotholz. Bis März 1797 hatte er nicht weniger als fünf Nachfolger, von denen zwei ihren pastoralen Einsatz nicht überlebten.<sup>350</sup> Offensichtlich war trotz der gesundheitlichen Gefährdung die Stelle aufgrund der gesicherten materiellen Zuwendungen seitens des Vikariats aber so attraktiv, dass sich immer wieder Kleriker fanden, die ihren Landsleuten geistlichen Beistand leisten wollten. Dies zeigt, wie groß der ökonomische Druck auf die Emigranten gewesen sein muss. Möglicherweise war auch die Gestattung des Aufenthaltes an die Bereitschaft der Geistlichen gebunden, die Seelsorge für die Kriegsgefangenen zu übernehmen. Für diese These fehlen allerdings Quellenbelege.

In einigen Gemeinden des Hochstifts übernahmen ab 1795 andere geistliche Emigranten pastorale Aufgaben. Sie hielten Gottesdienste und finanzierten durch Messstipendien ihren Unterhalt. Das konnte mitunter zu Problemen zu führen, etwa wenn Emigranten auf ritterschaftlichem Gebiet wohnten, aber in einer Gemeinde im Hochstift Messe lesen wollten. Das Vikariat befürchtete zwar, dass dadurch Messstipendien zum Schaden der einheimischen Geistlichkeit abgezogen würden, blieb in der Einzelfallregelung aber flexibel.<sup>351</sup> Andere halfen in Filialkirchen aus, in denen aufgrund der personellen Situation regulär keine Messen mehr gehalten wurden.<sup>352</sup> Ein französischer Geistlicher bewarb sich vergeblich um eine Feldkaplanstelle für das im Kampf stehende Aufgebot des Fränkischen Kreises.<sup>353</sup> Von den meisten geistlichen Emigranten haben wir aber keine genauen Angaben über ihre seelsorgliche Tätigkeit, sondern bestenfalls Hinweise zu ihrem Aufenthaltsort.

350 Chartier und Leblanc starben im Februar 1796 bzw. August 1796. Für Callard (1796), Le-grand (1796–97) und Farvacque (1796) blieb die Festung Rosenberg nur Zwischenstation.

351 Conclusum des Vikariats vom 23. Oktober 1796: StABa Geheime Kanzlei 1727, fol. 191, Vikariatsakten 1796. Anfrage an den Pfarrer von Ebensfeld, ob durch die Emigranten Six und Delannoy, die auf ritterschaftlichem Gebiet wohnten und nun das Celebret erbaten, ihm ein Nachteil entstünde: AEB Rep. I, Nr. 918, fol. 833, Vikariatsprotokolle 1796.

352 So im Falle des Priesters Corbeaux, der in Neudorf in der Gemeinde Modschiedel aushalf: Conclusum des Vikariats vom 18. November 1796: StABa Geheime Kanzlei 1728, fol. 127, Vikariatsakten 1796. Der Augustiner Vandevallé lebte in Trunstadt und half zwischen 1796 und 1798 in der Kaplanei Staffelbach aus.

353 Conclusum des Vikariats vom 27. November 1794: StABa Geheime Kanzlei 1725, fol. 139, Vikariatsakten 1794.

### 7.1.2 Berufliche Tätigkeit

Abgesehen von pastoralen Aufgaben, die ausschließlich Klerikern vorbehalten waren, arbeiteten die Emigranten auch in anderen Bereichen. Einzelnen Geistlichen gelang es, eine Anstellung als Hauslehrer oder Erzieher zu bekommen. Noch unter Erthal, der französische Hofmeister und Gouvernanten in seinen Hochstiften nicht hatte dulden wollen, lässt sich in Bamberg mit Gérard Gley ein Erzieher in einer adligen Familie nachweisen (s. Kapitel 6.4).<sup>354</sup> Nachdem Buseck zum Fürstbischof gewählt worden war und die Zahl der Emigranten anstieg, wurden weitere Hauslehrer eingestellt. Für diese Posten waren die Geistlichen geradezu prädestiniert, da sie über profunde Allgemeinbildung verfügten und fließend französisch sprachen. Wer es sich leisten konnte, stellte daher einen Emigranten ein.<sup>355</sup>

Zwei Geistliche, die über die Säkularisation des Hochstifts hinaus in Bamberg blieben, wurden in den Lehrerdienst am Bamberger Gymnasium aufgenommen und unterrichteten dort Französisch.<sup>356</sup> Gérard Gley blieb mit seiner breiten akademischen und publizistischen Tätigkeit trotzdem eine Ausnahmeerscheinung.

Die Emigranten weltlichen Standes hatten es weit schwerer, im Exil einem Beruf nachzugehen. Über die nur sehr zögerlich gestarteten und wenig nachhaltigen unternehmerischen Initiativen wurde ja bereits berichtet. Vier versuchten sich in

354 WÜHR, Emigranten, S. 173. Auch Anton Rotholz bemühte sich nach seiner Ankunft in Bamberg am 27. Januar 1794 um eine Hauslehrerstelle in Nürnberg. Der Fürstbischof untersagte ihm aber die Stelle anzunehmen, da er mit der baldigen Rückkehr Rotholz' in seine Heimat rechnete: Hochfürstliche Entschließung vom 8. Februar 1794: StABa Geheime Kanzlei 1731, fol. 248, Vikariatsreskripte 1793–95.

355 Buseck genehmigte beispielsweise das Gesuch des Obristwachtmeisters Munster, der den Geistlichen Droneau in seinem Haus anstellen wollte, unter der Bedingung, dass Munster für dessen Unterhalt Sorge tragen müsse: Hochfürstliche Entschließung vom 30. Oktober 1796: StadtABa D 3001, Nr. 1212, Französische Emigranten. Ein anderer Geistlicher, Jean Waterloot aus der Diözese St-Omer, war 1796 schon zwei Jahre lang Hauslehrer beim Grafen von Brockdorf in Schney. Noël Jean Le Cointe schließlich wurde auf Bitte des Hofkriegsrats Titus in dessen Haus in Kronach als Lehrer zugelassen: StABa Geheime Kanzlei 1227, fol. 795, Regierungsresolute 1796. Von den geistlichen Emigranten Michon, Mondoy, de Pape, Thierry und Quarante ist bekannt, dass sie als private Französischlehrer wirkten.

356 So der aus der Normandie stammende Le Cointe, der 1807 Professor am Gymnasium wurde und 1813 in Bamberg starb. Bei WÜHR irrtigerweise Dioneau, vgl. WÜHR, Emigranten, S. 200, Anm. 2. Des weiteren Franz Urban von Koppin, ehemals Domherr zu Lüttich: Er war von 1809 bis 1838 Französischlehrer am Gymnasium und starb erst 1842 in Bamberg: StABa K 532, Nr. 61, Kaiser-Heinrich-Gymnasium Bamberg Personalien 1804–1852, und Nr. 96, Personal-Akten Freiherr Franz Urban de Coppin.

Bamberg ohne großen Erfolg als Händler von Galanteriewaren. Es ist davon auszugehen, dass die wenigen adligen und bürgerlichen Emigranten entweder die notwendigen Mittel für ihren Unterhalt selbst mitbrachten oder von der Freigebigkeit der Bevölkerung und des Fürstbischofs lebten, während ihrer Emigration also keiner beruflichen Tätigkeit nachgehen mussten.

## 7.2 Personale Netzwerke und Standessolidarität

Trotz, womöglich aber auch gerade wegen des zwanghaften Charakters der Emigration blieben personale Beziehung zwischen den Auswanderern auch während der Zeit von Flucht und Exil bestehen. Manche Personen schlossen sich bereits am Ausgangspunkt im Frankreich oder den österreichischen Niederlanden zu Gruppen zusammen. Gemeinsam machten sie sich nach Spanien, Italien, England oder in die deutschen Staaten auf. Andere begegneten sich erstmalig in den Sammlungspunkten der Emigranten in Konstanz, Koblenz, Mannheim oder Köln und zogen von dort aus weiter. Wieder andere hielten nur brieflich Kontakt und trafen sich erst nach Jahren des Exils im Frankreich Napoleons wieder. In der Emigration gab es ein Nebeneinander von erfolgreichen Kooperationen (Beispiel Konstanz), und glücklosen Einzelschicksalen, Unterstützung und Fürsprache von Bekannten und Alleingelassensein ohne Aussicht auf eine Aufenthaltsgenehmigung. Auch bei den Emigranten in Hochstift und Diözese Bamberg lassen sich solche disparaten Beobachtungen machen. Einige Aspekte von Netzwerken und Akten von Standessolidarität sollen hier ausgeführt werden.

Auffällig ist, dass viele Geistliche paarweise oder in größeren Gruppen im Hochstift ankamen und sich zusammen um die Erlaubnis eines meist zeitlich begrenzten Aufenthalts bemühten. Die Vorteile, die das Reisen zu mehreren bot, liegen auf der Hand. Eine Gruppe bot eher Schutz vor Überfällen, vorhandene Ressourcen, Kenntnisse und Beziehungen Einzelner konnten zum Vorteil aller genutzt werden. Der Nachteil solcher Kooperationen war, dass ihnen mit Verweis auf die Größe ihrer Weggesellschaft der Aufenthalt verwehrt werden konnte.<sup>357</sup> Aus den spärlichen

<sup>357</sup> So geschehen im Fall des Erzbischofs von Embrun mit Gefolge, des Adligen de Constantin und des Offiziers de Linar: StABA Geheime Kanzlei 1235, fol. 76, Regierungsprotokolle 1799. Auch bei den vier französischen Geistlichen Lelorain, Jean, Mustiere und Duches am 21. November 1794:

Informationen lässt sich leider häufig nicht rekonstruieren, ob sich diese Gruppen erst im Laufe der Emigration oder bereits am Ursprungsort gebildet haben. Ein Beispiel für einen gemeinsamen Ausgangsort bieten die vier Benediktiner aus dem Kloster Honnecourt in der Diözese Cambrai. Zwei von ihnen, der Prior des Konvents und ein Mitbruder, erreichten nach ihrer Wanderung über Brabant und Westfalen im Jahr 1795 das Hochstift Bamberg und erhielten im Kloster Michaelsberg über ein Jahr lang Kost und Logis.<sup>358</sup> Im Jahr 1796 sind zwei weitere Benediktiner aus demselben Kloster im Hochstift nachweisbar, die aber offenbar nicht zusammen mit ihren Mitbrüdern nach Bamberg gewandert waren.<sup>359</sup> Dass hierbei eine Absprache zwischen beiden Paaren vorlag, ist wahrscheinlich, aber durch die Bamberger Quellen nicht zu belegen.

Die Mehrzahl der nachgewiesenen geistlichen Emigranten erreichte das Hochstift jedoch individuell. Die Adligen, die in Bamberg ankamen, reisten oft im Familienverband, zu dem neben Frau und Kindern weitere Verwandte und Dienstpersonal gehörten.<sup>360</sup>

Für die Gebiete der Diözese außerhalb des Hochstifts lässt sich ein sehr eindrückliches Beispiel für eine bis in die Emigration hinein bestehende Beziehung zweier hochrangiger Geistlicher nachweisen. Ausgerechnet in der protestantisch geprägten Reichsstadt Nürnberg hielten sich mindestens seit 1799 der Erzbischof von Embrun, Leysin, und einer der Weihbischöfe von Trier, Perreau, auf. Beide

Geheime Kanzlei 1731, fol. 434, Vikariatsreskripte 1793–95. Wahrscheinlich auch bei der Ablehnung einer Gruppe von zwei Priestern und vier Nonnen durch hochfürstliche Entschließung vom 13. Oktober 1796: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten.

358 Es handelt sich um Placide Forriere und François Dupas. Conclusum des Vikariats vom 21. November 1796: StABa Geheime Kanzlei 1728, fol. 119, Vikariatsakten 1796, dazu Anlage Ad 119. Sie erhielten schließlich die Erlaubnis ins Kloster Michelfeld zu gehen.

359 Es handelt sich um Placide Labbe und Robert Delbarre: StadtABa D 3001 NL Ditterich, Nr. 68. Beide logierten auch nicht im Kloster Michaelsberg, sondern kamen in einer kleinen Ortschaft im Oberamtsbezirk Forchheim unter.

360 So bei den Emigranten Delavalette, de Goullon, Major, Montmorillon, Porlino, Vanier und de Wal. Immerhin drei verwandtschaftliche Beziehungen bei den geistlichen Emigranten konnten nachgewiesen werden: Die beiden aus dem Hochstift Lüttich emigrierten Freiherren von Koppin waren aller Wahrscheinlichkeit nach Onkel und Nefte. In welchem verwandtschaftlichen Verhältnis I. F. Hebert und P. Hebert zueinander standen, lässt sich ebenso wenig sicher sagen wie im Fall von Cosmas Heu und Damian Heu (wobei bei letzteren die Vornamen nahe legen, dass sie Brüder waren). Vermutlich war auch der Marquis de Courtivron, der 1798 in Bamberg eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis bekam, mit den Bischof von Châlons-s.-M., de Clermont-Tonnère, der sich in Erlangen und Ansbach aufhielt, verwandt.

kannten sich bereits aus Frankreich. Als Leysin im Jahr 1767 Erzbischof in Embrun wurde, war Perreau dort bereits sechs Jahre Generalvikar und blieb auch unter dem neuen Erzbischof weitere acht Jahre in dieser Funktion. Die Bekanntschaft reichte sogar noch weiter zurück: Beide waren Jahrgang 1722 und hatten zusammen in Paris studiert.<sup>361</sup> Dass diese beiden sich in der Emigration wieder trafen, ist sicherlich kein Zufall.

Überhaupt bildeten emigrierte Bischöfe aus Frankreich an ihren Aufenthaltsorten gewissermaßen „personale Gravitationszentren“, die Kleriker und andere Emigranten vornehmlich aus ihrer Herkunftsdiözese an den Ort ihres Exils anzogen. Diese Annahme tritt bei der Konstanzer Emigrantenkolonie um den Pariser Erzbischof am deutlichsten hervor, war in kleinerem Umfang auch für die beiden in Nürnberg und die zwei in Ansbach bzw. Erlangen lebenden Bischöfe zu beobachten.<sup>362</sup>

Die Geistlichen, die einem Orden angehörten, orientierten sich an ihrer jeweiligen „Ordensgeographie“ und fanden in den im Hochstift liegenden Klöstern Unterkunft. So nahmen die Benediktinerklöster Michaelsberg und Banz vier, das Zisterzienserkloster Langheim zwei, das Franziskanerkloster in Bamberg einen und das Klarissenkloster Bamberg mindestens elf Angehörige ihres Ordens auf. Leider fehlen durch den Verlust vieler Akten häufig genaue Angaben zur Ordenszugehörigkeit, sodass nur die Genannten eindeutig „ihren“ Klöstern zugeordnet werden können. Dass die Klöster wahrscheinlich sehr viel mehr Standesgenossen – auch jenseits ihres eigenen Ordens – aufgenommen haben, zeigt der Hinweis des Vikariats aus dem Jahr 1794 über gestiegene Ausgaben der Klöster wegen zahlreicher Einquartierungen emigrierter Geistlicher.<sup>363</sup>

Während ihres Aufenthaltes im Hochstift interagierten die Emigranten auch untereinander. Das Beispiel der beiden französischen Priester, die in Mistendorf und Litzendorf lebten und sich täglich besuchten, wurde bereits ausgeführt (s. Kapitel 6.4.2). Der eine von beiden, der Priester Louis Derosne, der in Litzendorf wohnte

361 Leysin, Erzbischof von Embrun, in: *Hierarchia catholica medii et recentioris aevi*, volumen VI (1730–1799), hrsg. v. Remigius RITZLER et al., Padua 1958, S. 203, Anm. 3. Perreau, Titularbischof von Tricomia: *IBID.*, S. 416, Anm. 7.

362 MOSER, Konstanz, S. 20f. Der Hinweis auf das *große Gefolge* des Erzbischofs von Embrun lässt dies vermuten: *Conclusum Regiminis* vom 28. März 1799: StABa Geheime Kanzlei 1235, fol. 76, Regierungsprotokolle 1799.

363 *Conclusum* des Vikariats vom 14. Juli 1795: Geheime Kanzlei 1726, fol. 61, Vikariatsakten 1795.

und von Zeit zu Zeit mit Gérard Gley verkehrte, stand auch in Briefkontakt mit anderen Emigranten, die in der Umgebung lebten.<sup>364</sup>

Derosne kann auch als Beispiel für ausgeprägte Interaktion mit der einheimischen Bevölkerung dienen. Als er in Verdacht geraten war, im Vorfeld des französischen Einfalls 1796 Spionage betrieben zu haben, bezeugten die Einwohner und der Pfarrer von Melkendorf (bei Litzendorf) nachdrücklich seine Rechtschaffenheit. Er verkehrte bis zu seinem Tod 1801 in Bamberg mit hochfürstlichen Beamten (z. B. einem Amtsvogt in Wallenfels) und sogar mit dem fürstlich-bayreuthischen Hofkammerpräsidenten von Plotho, in dessen Domizil in Redwitz er sich einige Wochen aufhielt.<sup>365</sup> Insgesamt lassen sich vielfältige Kontakte der Emigranten mit den Bewohnern des Hochstifts nachweisen. Oft erklärten sich Gemeinden bereit, Bürgschaften zu übernehmen, viele Pfarrer nahmen Emigranten in ihre Pfarrhäuser auf. Es gab sogar Akte von berufsständischer Solidarität außerhalb des Klerus: So beherbergte der städtische Postmeister und Geheime Rat von Haysdorf den aus Valenciennes stammenden Postdirektor Vanier für einige Wintermonate 1794/95 in seinem Bamberger Haus.<sup>366</sup>

Zu einer eindrucksvollen Demonstration des Zusammenhaltes zwischen ausgewanderten Geistlichen kam es aus Anlass des Begräbnisses eines Standesgenossen, des Priesters Alois Schlim aus dem französischen Teil Flanderns. 49 französische Priester nahmen an seiner Begräbnisfeier in der Oberen Pfarre teil.<sup>367</sup>

Die Solidarität der Bamberger Fürstbischöfe mit Mitbrüdern gleichen Standes, die vom Schicksal der Emigration betroffen waren, war dagegen überhaupt nicht ausgeprägt. Ein aus Fribourg abgeschicktes Ansuchen des Bischofs von Meaux um Aufenthalt in Bamberg lehnte Fürstbischof Erthal 1794 rundweg ab.<sup>368</sup> Auch weitere Versuche von Bischöfen, etwa des Erzbischofs von Embrun, in der Residenzstadt Aufnahme zu finden, blieben trotz persönlicher Vorstellung in Bamberg erfolglos. Anscheinend duldeten Erthal und Buseck französische Bischöfe zwar in

364 Briefe Derosnes an den Priester Adam in Mistendorf vom 23. Juli 1796 und an einen Monsieur Resahoun (Lesung unsicher), der in Melkendorf lebte, vom 11. September 1796: StABa Geheime Kanzlei 1226, fol. 38, Regierungsprotokolle 1796.

365 StABa Geheime Kanzlei 1226, fol. 38, Regierungsprotokolle 1796.

366 Conclusum Regiminis vom 11. Oktober 1794: StABa Geheime Kanzlei 1219, fol. 16, Regierungsprotokolle 1794.

367 WÜHR, Emigranten, S. 199.

368 *IBID.*, S. 194, Anm. 2. Ein weiteres Gesuch eines Bischofs vom 4. Oktober 1794 wurde ebenso abgelehnt: Geheime Kanzlei 1219, fol. 29, Regierungsprotokolle 1794

der Diözese, nicht aber im Hochstift.<sup>369</sup> Sie befürchteten wohl, dass Bamberg in den Ruf geraten könnte, eidverweigernden Kirchenfürsten Unterschlupf zu gewähren – dies hätte wohl als Einmischung in innerfranzösische Belange und als Provokation gedeutet werden können. Nach den schlechten Erfahrungen zweier französischer Einfälle lehnte es Fürstbischof Buseck 1801 auch ab, einem noch von Papst Pius VI. (gest. 1799) zum Titularbischof von Jaffa ernannten französischen Priester die Bischofsweihe zu spenden. Angeblich lagen *politische und kanonische Hindernisse* vor, die dem entgegenstünden.<sup>370</sup>

Eine Methode der Emigranten, trotz administrativer Beschränkungen seitens der Bamberger Obrigkeit eine Aufenthaltsgenehmigung für das Hochstift zu bekommen, war die Vorlage von Empfehlungsschreiben. Diese waren bei geistlichen Emigranten meist von kirchlichen Amtsträgern aus der Herkunftsdiözese oder seltener von lokalen Autoritäten aus Territorien, die die Emigranten bereits durchquert hatten, ausgestellt worden.<sup>371</sup> Die Wirkung dieser Schreiben kann nur schwer eingeschätzt werden. Zwar gibt es ein Beispiel für die ausnehmend positive Wür-

369 So die Bischöfe von Lisieux und Châlons-s.-M. sowie den Weihbischof von Trier.

370 Der Priester Gauttier bat um die Bischofsweihe. Trotzdem der Mainzer Erzbischofs bereits Zustimmung signalisiert hatte, lehnte Buseck die Weihe ab und verwies ihn – wenn er sich nicht unterhalten könne – des Hochstifts: Hochfürstliche Entschließung vom 8. Dezember 1801: StABa Geheime Kanzlei 1736, fol. 122, Vikariatsreskripte 1801–03. Offenbar wurde auch dem Diakon Boutroue aus der Diözese Chartres, der sich seit 1798 in Bamberg aufhielt, die Bitte um die Priesterweihe abgeschlagen. Buseck verlangte zwar vom Vikariat ein Gutachten darüber: StABa Geheime Kanzlei 1736, fol. 38, Vikariatsreskripte 1801–03. Boutroue wurde schließlich in Bistum Eichstätt geweiht (möglicherweise vom Bischof von Châlons-s.-M., de Clermont-Tonnère), vgl. WÜHR, Emigranten, Nr. 599.

371 Im Fall des Kollegleiters aus Châlons-s.-M., Menard, ein Schreiben seines Generalvikars; ebenso der Priester du Bracy mit einem Schreiben seines Generalvikars von Sées (oder Sens). Der Theologie-Professor d'Hauterive aus Lüttich führte eine Empfehlung des Lütticher Fürstbischofs mit. Dagegen hatte der Priester Luçon vier Empfehlungsschreiben von lokalen Autoritäten bei sich (zwei kurbayerische, ein hochfürstlich-bambergisches und eines vom Pfarrer von Neuhaus) bei sich: StABa Geheime Kanzlei 1226, fol. 68, Regierungsprotokolle 1796. Der Marquis de Montmorillon aus der Franche-Comté hatte ein Empfehlungsschreiben der *verwitbten Frau Markgräfin von Bayreuth*, gemeint ist die zweite Frau von Markgraf Friedrich III. von Brandenburg-Bayreuth, Sophie Caroline Marie von Braunschweig-Wolfenbüttel (1737–1817), bei sich, das er dem Fürstbischof vorlegte: Hochfürstliche Entschließung vom 26. August 1797: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten.

digung eines Empfehlungsschreibens, aber insbesondere für die Entscheidungen unter Busecks Regentschaft scheinen die Vermögensverhältnisse des betreffenden Emigranten für die Gewährung des Aufenthalts von größerem Belang gewesen zu sein.<sup>372</sup>

## 7.3 Von der Emigration zur Integration

Während ihres Aufenthaltes in der Emigration mussten sich die Revolutionsflüchtlinge in das bestehende soziale System vor Ort einpassen. Häufig ließ es der sehr begrenzte Zeitraum kaum zu, dass sich die Emigranten ein eigenes soziales Netz aufbauen oder sich in die existierenden gesellschaftlichen Strukturen einfügen konnten. Aus den Fällen, für die wir eine breitere Quellenbasis haben, geht aber hervor, dass die vornehmlich geistlichen Emigranten in teilweise sehr regen Austauschbeziehungen untereinander und mit ihrer neuen Umwelt standen.

### 7.3.1 Spracherwerb

Wie oben ausgeführt, vollzog sich der Akkulturationsprozess der Emigranten entlang der Paradigmen von Integration, Assimilation und Segregation (s. Kapitel 6.1.1). Während für die ersten beiden Akkulturationsmuster Sprachfähigkeiten im Deutschen Voraussetzung waren – wahrscheinlich gab es nur am Bamberger Hof und an den höheren Schulen Personen mit Französischkenntnissen –, blieb bei Emigranten, die sich von der Aufnahmegesellschaft segregierten, der Kontakt zu Bevölkerung und damit auch die kommunikative Interaktion sehr begrenzt. Eine wichtige Voraussetzung zur Erweiterung des Handlungsrahmens der Emigranten über ihre Gruppe hinaus war daher das Erlernen der Landessprache.

Bereits Rebmann hatte den französischen Emigranten attestiert, dass sie sich dem Spracherwerb prinzipiell verweigern würden, da sie meinten, „*die deutsche Sprache sei eine Pferdesprache*“.<sup>373</sup> Für die meisten Emigranten in Bamberg können keine Angaben zur ihren Sprachfähigkeiten gemacht werden. Es ist denkbar, dass

<sup>372</sup> Im Falle Menards: Conclusum Regiminis vom 26. November 1798: StABa Geheime Kanzlei 1233, fol. 72, Regierungsprotokolle 1798.

<sup>373</sup> REBMANN 1794/95, S. 96.



sich diejenigen von ihnen, die über Jahre im Hochstift lebten, ein begrenztes Alltagsvokabular angeeignet haben. Die Geistlichen hatten den Vorteil, dass sie sich ihresgleichen mittels der lateinischen Sprache, zumindest radebrechend, verständlich machen konnten – wie weit diese Sprachfähigkeit beim Bamberger Klerus ausgeprägt war, ist fraglich.<sup>374</sup>

Es ist anzunehmen, dass die persönlichen Vorstellungen der Emigranten vor der Regierung und dem Fürstbischof auf Latein oder Französisch verhandelt wurden. Andererseits könnte es auch sein, dass einige Emigranten bereits während ihres Weges durch die deutschen Staaten Sprachfähigkeiten erworben hatten. Durch die Beschäftigung als Hauslehrer oder Erzieher lernten die Emigranten sicherlich recht zügig Deutsch. Ihr prominentester Vertreter, Gérard Gley, hatte wahrscheinlich schon vor seiner Flucht mit der deutschen Sprache Kontakt gehabt. Seine Autoren- und Herausgebertätigkeit lässt erkennen, dass er im Gebrauch der deutschen Sprache einige Übung hatte. Handschriftliche Zeugnisse belegen seine ausgeprägte Sprach- und Schreibkompetenz.<sup>375</sup>

Andere Geistliche bemühten sich um die Erweiterung ihrer Sprachkenntnisse. Der Priester Derosne schrieb in einem bezeichnenderweise auf Deutsch verfassten Brief an einen französischen Bekannten in Melkendorf, dass für ihn während seines Aufenthalts im Schloss Redwitz als Zeitvertreib nur *beten, essen, spazieren, lesen, schreiben und deutsch lernen* bliebe.<sup>376</sup> Auch von denjenigen, die in Bamberg gänzlich sesshaft wurden, ist anzunehmen, dass sie im Laufe der Jahrzehnte die deutsche Sprache erlernt haben, insbesondere jene, die schließlich im bayerischen Schuldienst arbeiteten.

Aber es gab auch Missstimmigkeiten wegen fehlender Sprachkenntnisse. Besonders anschaulich trat diese Problematik im klösterlichen Leben zutage. Auf Empfehlung des Lütticher Fürstbischofs sollten 1798 im Bamberger Kloster zwei Klarissen aufgenommen werden. Zwar hatten sich die Klostervorsteher grundsätzlich bereit erklärt, diese in ihrem Konvent zu beherbergen, doch ergaben sich Schwierigkeiten. Bald beschwerte sich die Äbtissin beim Vikariat, dass eine der

374 Nachweislich ein Mal wurde diese Form der Kommunikation bemüht. Der Gefangenenseelsorger Andreas Fraikin sollte die Bedürfnisse der französischen Kriegsgefangenen einem Franziskanerkonventualen aus Forchheim auf Latein mitteilen, s. Kapitel 7.1.1.

375 Persönliche Stellungnahme Gérard Gleys: Beilage zum Conclusum Regiminis vom 10. Dezember 1798: StABa Geheime Kanzlei 1233, fol. 86, Regierungsprotokolle 1798.

376 Brief an Monsieur Resahoun (Lesung unsicher) vom 11. September 1796: StABa Geheime Kanzlei 1226, fol. 38, Regierungsprotokolle 1796.

beiden Nonnen kein Deutsch könne, was *das geistliche Vergnügen und die klösterliche Einsamkeit der einheimischen Schwestern* störe. Deswegen gedenke man sie außerhalb des Konvents in dem Gasthaus des Klosters unterzubringen.<sup>377</sup>

Auch die Regierung wies in ihrem letzten Gutachten zu den französischen Emigranten darauf hin, dass diese sich *wegen Mangelnden Sprachkenntnissen nicht nützlich machen* könnten und daher alsbald das Hochstift zu verlassen hätten.<sup>378</sup>

### 7.3.2 Heirat und Bürgerrecht

Neben dem Spracherwerb und der damit ermöglichten Interaktion mit der einheimischen Bevölkerung gibt es noch weiter reichende Hinweise auf Integrations- und Assimilationsbemühungen seitens der Emigranten. Hier ist allerdings vorauszuschicken, dass es sich im Folgenden um wirklich exzeptionelle Beispiele handelt. Die große Mehrheit der Emigranten wird sich nicht in dieser Form in die soziale Umgebung eingefügt haben, sondern, sobald es möglich war, in ihre Heimat zurückgekehrt sein.

Als Indikator für ein qualitativ hohes Integrationsniveau ist die Erlangung des Bamberger Bürgerrechts zu betrachten. Für das Hochstift lassen sich vier Personen nachweisen, die das Bürgerrecht erworben haben. Neben Gley, der bereits im Jahr 1800 das kleine und große Bürgerrecht erwarb und bis 1806 in Bamberg blieb, waren dies die Franzosen Hertin und Riboudet, die beide 1801 das Bürgerrecht bekamen, nachdem sie sesshaft geworden waren und geheiratet hatten.<sup>379</sup> Zumindest von Riboudet wissen wir, dass er auch seinen Lebensabend in Bamberg verbrachte. Die Töchter, die aus der Ehe mit seiner aus Würzburg stammenden Frau hervorgingen, wurden schließlich mit deutschen Adligen vermählt.<sup>380</sup> Auch

377 Dazu Conclusum des Vikariats vom 17. September 1798: StABa Geheime Kanzlei 1730, fol. 56, Vikariatsakten 1798; Sowie Mitteilung Busecks an den Lütticher Fürstbischof vom 9. Oktober 1798: StABa Geheime Kanzlei 1727, fol. 562, Vikariatsreskripte 1796–98.

378 Conclusum Regiminis vom 13. Mai 1802: StABa Geheime Kanzlei 1244, fol. 126, Regierungsprotokolle 1802.

379 So der aus Besançon stammende François Riboudet, der sich einen Namen als Kunstsammler machte und schließlich 1824 starb: StadtABa B 7, Nr. 10, fol. 131r. Pierre Hertin aus Epinoy heiratete in Bamberg die Tochter eines Eisenhändlers, seine berufliche Tätigkeit ist aber unbekannt: StadtABa B 7, Nr. 10, fol. 127v.

380 Mit den Adligen von Pölnitz und Spruner von Mertz, vgl. WÜHR, Emigranten, S. 520, Nr. 3861. Riboudet selbst war mit der Tochter des Würzburger Hofbildhauers Wagner verheiratet, wie aus dem Conclusum Regiminis vom 12. September 1801 hervorgeht: StABa Geheime Kanzlei 1242, fol. 125, Regierungsprotokolle 1801.

Margareth Rosen, ehemalige Bedienstete des Grafen von Wiltz aus Luxemburg, der 1799 im Bamberger Exil gestorben war, kaufte das Bürgerrecht 1801, war zu dieser Zeit aber schon mit dem Bamberger Bürger und Tuchscherermeister Johann Kotzig verheiratet.<sup>381</sup>

Drei Geistliche, Koppin (gest. 1842) und Le Cointe (gest. 1813), die nach der Säkularisation Französischlehrer am Bamberger Gymnasium waren, und der Pfarrer Quarante (gest. 1822), der zuletzt als Seelsorger in Schnaid wirkte, blieben bis zu ihrem Tod in Bamberg. Ein eigentümlicher Fall mit tragischem Ende war der des französischen Priesters René Pierre Doignon aus Saint-Etienne-la-Cigogne. Nachdem er 1795 nach mehrjähriger Flucht Erlangen erreicht hatte, erteilte er fortan privaten Französischunterricht, erwarb sich über die Jahre großes Ansehen in der Erlanger Bürgerschaft und bewarb sich 1804 sogar für das Amt des Sprachmeisters an der Universität. Nachdem das ehemalige Markgrafentum 1810 an Bayern übergegangen war, verlieh ihm die philosophische Fakultät der Universität Erlangen die Doktorwürde; 1812 konvertierte er zur evangelisch-lutherischen Konfession und bat den Senat der Universität um die Erlaubnis, eine Erlanger Bürgerstochter heiraten zu dürfen. Nachdem seine Frau, mit der er fünf Kinder hatte, jung verstorben war, beging er trotz einer beispiellosen Karriere an der Universität im Jahre 1838 wohl aufgrund seines wachsenden Schuldenstands Selbstmord.<sup>382</sup>

## 7.4 Krankheit und Tod in der Fremde

Durch die oft monatelange beschwerliche Flucht aus ihrer Heimat erreichten viele Emigranten das Hochstift Bamberg in miserablem Zustand. Besonders die Geistlichen waren oft bettelarm und durch die Anstrengungen ihrer Reise sehr geschwächt. Offenbar ließen sowohl Erthal als auch Busesck es zu, dass die Kranken im Bamberger Spital aufgenommen wurden und eine erste Versorgung erhielten. Eine Ablehnung von Kranken ist zumindest nicht aktenkundig. Viele erholten sich trotz der Behandlung nicht mehr von den Strapazen. Wir wissen von insgesamt 18 Emigranten, die im Hochstift starben. Der Prominenteste, der Erzbischof von

<sup>381</sup> StadtABa B 7, Nr. 10, fol. 128r.

<sup>382</sup> Einen biographischer Abriss René Doignons in der Emigration bietet MÜNCHHOFF, René Pierre Doignon, S. 121–131.

Embrun, starb 1801 zwar in Nürnberg, wurde aber ins hochstiftische Herzogenaurach überführt und dort unter großer Anteilnahme französischer Geistlicher begraben.<sup>383</sup>

#### 7.4.1 Das Allgemeine Krankenhaus

Einige Emigranten starben kurz nach ihrer Ankunft in Bamberg im Krankenhaus. Im Jahr 1795 waren es vier, 1796 drei Geistliche.<sup>384</sup> Mit den krank nach Bamberg kommenden Emigranten stieg der Kostenaufwand des Krankenhauses dramatisch an. Das Vikariat sagte der Krankenhaus-Kommission bereits 1795 zu, die wegen der erkrankten Geistlichen entstandenen Kurkosten durch Mittel aus den Mildten Stiftungen begleichen zu lassen.<sup>385</sup> Fürstbischof Buseck war mit solchen Sonderaufwendungen äußerst unzufrieden, da er die Ressourcen zur Versorgung der Stadtarmen aufzuwenden gedachte. Er mutmaßte gar, dass viele der Kranken die entstehenden Kosten durchaus selbst begleichen könnten, aber keine korrekten Angaben zu ihren Vermögensverhältnissen gemacht hätten.<sup>386</sup> Bei allen Aufenthaltsgenehmigungen wurden von nun an darauf geachtet, dass die Emigranten genügend Vermögen besaßen, um sich im Krankheitsfall versorgen zu lassen, oder sich die Gemeinden, die eine Bürgerschaft für einen Emigranten übernehmen wollten, verpflichteten, bei möglicher Krankheit für den Lebensunterhalt des Emigranten Sorge zu tragen.<sup>387</sup>

Trotz dieser verschärften Richtlinien wurden im Einzelfall Ausnahmen gemacht. So war noch vor dem ersten Einfall der Franzosen im August 1796 der 84-jährige fast taube und blinde Priester Anton Faubel aus Amiens, nachdem er – einem Bericht des Vikariats zufolge – ganz hilflos bis nachts auf der Straße gesessen hätte, von *Menschenfreunden* aufgenommen und schließlich ins Krankenhaus gebracht

383 Nach WACHERS Angaben wurde Leysin „von dem ehemaligen Generalvikar von Nancy Dr. de Camus unter der Assistenz vieler französischer Priester im Erbbegräbnis der Zimaroli beim Magdalenenaltare begraben“, vgl. WACHER, Nr. 6130. Leysin starb allerdings nicht 81-jährig, wie WACHER meint, sondern 79-jährig.

384 1795: Baillet, Bernier, Koppin, Letellier. 1796: Camus, Oger, Schlim.

385 Conclusum des Vikariats vom 24. April 1795: StadtABa D 3001 Rep. 3, 1101a, Bambergensia 1795.

386 Hochfürstliche Entschließung vom 17. Juni 1796: StABa Geheime Kanzlei 1727, fol. 123, Vikariatsreskripte 1796–98.

387 So beispielsweise die Genehmigung für den Geistliche Le Grand vom 6. Oktober 1796: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten.

worden, wo er die französische Besetzung unbeschadet überdauert hatte. Das Vikariat bat nun den Fürstbischof, in diesem Fall Menschlichkeit und Nächstenliebe walten zu lassen.<sup>388</sup> Nachdem aber bereits im Februar 1797 die für Faubel hinterlegten Gelder zur Begleichung der Krankenhausrechnungen aufgebraucht waren und dieser mit den Zahlungen in Rückstand geriet, mussten die wöchentlich anfallenden Kosten von 2 fl je zur Hälfte von der Armenkommission und den Vereinigten Spitalern getragen werden. Sogar das Vikariat gestand nun ein, dass dies ein Einzelfall bleiben müsse, da Bamberg nicht Anlaufziel gebrechlicher französischer Emigranten werden solle.<sup>389</sup> Faubel starb erst im August 1797.

Anscheinend war die Übernahme der Kurkosten für erkrankte Emigranten kein Automatismus. Der Fall eines französischen Adligen belegt das. Der Baron von Poterie war offenbar 1795 nach Bamberg gekommen und hatte in einem Gasthaus den Kaufmann Bouliaude aus Hanau kennen gelernt.<sup>390</sup> Wie Bouliaude später schrieb, habe ihm der Baron durch Ausweise glaubhaft gemacht, dass er beim Prince de Condé in Diensten gestanden habe. Da Poterie über keine Barmittel verfügte, habe er ihn aus Mitleid bei sich aufgenommen und versorgt. Im Februar 1796 erkrankte der Baron so schwer, dass ihn der Kaufmann ins Krankenspital bringen ließ, um *alda in einem wenigen Zeitumlauf wiederum curirt und hergestellt zu werden*. Weil sich sein Zustand nicht besserte, lag er noch im Mai 1796 im Krankenhaus. Da die Kurkosten somit unablässig stiegen, wandte sich Bouliaude nun an die Regierung:

*Mein Vermögen besteht ploß in dem Gewinn meiner zu verkaufenden Galanteriewarren, wovon ich lebe. Bekanntlich ist der Verdienst bey den schweren Kriegszeiten sehr hart, daß ich kaum so viel erwerbe, als ich des Tags verzehre. Selbst diese Umstände bringen es mit, daß ich mich, so viel mir möglich ist, einschränke, ich muss, so schwer es mir auch fallet, den Emigranten verlassen.*<sup>391</sup>

388 Conclusum des Vikariats vom 10. Oktober 1796: StABa Geheime Kanzlei 1728, fol. 109, Vikariatsakten 1796.

389 Conclusum des Vikariats vom 3. Februar 1797: StABa Geheime Kanzlei 1729, fol. 12, Vikariatsrelationen. Dazu die hochfürstliche Entschließung vom 7. Februar 1797: StABa Geheime Kanzlei 1727, fol. 260. Vikariatsreskripte 1796–98.

390 Der Baron von Poterie ist wahrscheinlich mit WÜHR, Nr. 3670, dem Chevalier de la Porterie, einem Jäger der Nobelgarde identisch, der sich 1794 in München aufhielt. Es ist denkbar, dass er in der Armee des Prince de Condé gedient hatte. Ob er möglicherweise mit dem *chef d'escouade* der 7. Kompanie der Armee Condé, de la Batterie, identisch ist und nur durch versehentliche Verschreibung der Name Poterie entstand, kann nicht abschließend entschieden werden, vgl. de CONTADES (Ed.), *Journal d'un fourrier*, Anhang [Prosopographie der Offiziere der Armée de Condé].

391 Brief Bouliaudes an Fürstbischof Buseck vom 8. Mai 1796: StadtABa C 26, Nr. 684.

Mit dem Verweis auf seine wirtschaftlich schwierige Lage bat Bouliaude den Fürstbischof schließlich, die Kurkosten für den Emigranten bis zu dessen Genesung zu übernehmen. Offenbar hatten sich zwischen Februar und Mai 1796 44 fl *Verpflegungskosten* angesammelt.<sup>392</sup> In einem Rundschreiben sollten sich auf Veranlassung des Hofrats Stauffenberg Mitglieder der Krankenhauskommission und der Hofkammer zur Übernahme der Kosten äußern. In seiner Stellungnahme äußerte der Geheime Rat Caramé Zweifel, ob Bouliaude, der Poterie ja *bloß aus Barmherzigkeit und zwar nur auf eine kurze unbestimmte Zeit übernommen* habe, *eine Verbindlichkeit, für den künftigen längeren Aufenthalt dieses Kranken zu sorgen*, auferlegt werden könne. Somit seien zwar die künftig entstehenden Kosten des noch immer im Krankenhaus liegenden Poterie von der Krankenhauskommission zu übernehmen, die bereits aufgelaufene Summe sei aber von Bouliaude zu zahlen,

*denn dieser Kaufmann hatte sich nunmal anheischig gemacht, die Verpflegungskosten für diesen Krancken ohne bestimmung der Zeit zu bezahlen, (...) und gewusst, wie viel für jeden Tag zu bezahlen seye. Er hatte also mit dem Krankenhaus einen Vertrag eingegangen, welchen Er zu erfüllen schuldig ist.*<sup>393</sup>

Der Geistliche Rat Schellenberger stimmte dieser Auffassung prinzipiell zu, empfahl jedoch genau zu eruieren, ob der Baron wirklich kein eigenes Vermögen besäße, von dem er die Kosten bestreiten könne. Falls er tatsächlich über keine Mittel verfüge, *so bleibt nicht anderes übrig, als denselben ohnentgeldlich zu behalten, da es äußerst hart und auffallend seyn würde, ihn ohne alle Hilfe zu entlassen.*<sup>394</sup> Mit der einstimmigen Entscheidung der Räte war Bouliaude nunmehr in die Pflicht genommen, die inzwischen aufgelaufenen Beträge zu begleichen, da er für den Baron de Poterie aufgrund der zeitlich unbegrenzten Aufnahme desselben in seinen Haushalt die Verantwortung trug.

392 Brief des Krankenhausverwalters Burgis an die Regierung vom 23. Mai 1796: StadtABa C 26, Nr. 684.

393 Stellungnahme des Geheimen und Geistlichen Rats Caramé vom 18. Mai 1796: StadtABa C 26, Nr. 684.

394 Stellungnahme des Geistlichen Rats Schellenberger vom 18. Mai 1796: StadtABa C 26, Nr. 684.

### 7.4.2 Testamente und Erbschaftsstreitigkeiten

Da die meisten Emigranten, die in Bamberg starben, mittellose Geistliche waren, liegen für sie keine Testamente vor. Weder im *Liber Mortuorum* der Diözese, dem Testamentsverzeichnis der Geistlichen im Archiv des Erzbistums noch in den Regierungs- und Vikariatsakten sind testamentarische Willenserklärungen verstorbener Emigranten aus Frankreich vorhanden. Zwei Ausnahmen von dieser Situation sind jedoch bei Verstorbenen aus den österreichischen Niederlanden aktenkundig. Es handelt sich um einen Geistlichen und einen Adligen.

Der Geistliche, Johann Augustin Freiherr von Koppin, ehemals Kanonikus in der zum Hochstift Lüttich gehörenden Ortschaft Ciney, war 1794 zusammen mit seinem Neffen, dem Lütticher Domherrn Franz Urban von Koppin, nach Bamberg emigriert und logierte fortan im Zisterzienserkloster Langheim.<sup>395</sup> Bereits im Mai 1795 verstarb der 68-jährige Johann Augustin. Sein Leichnam wurde nach Bamberg überführt und im Kreuzgang des Domes bestattet, was eine bedeutende Ehrenbezeugung für einen Emigranten darstellt. Offenbar war Koppin aber alles andere als mittellos. Wie aus dem folgenden Streit hervorgeht, lagerten im Kloster Langheim seine materiellen Hinterlassenschaften, deren Herausgabe sein Neffe nun forderte. Leider ist der Schriftwechsel des Koppinschen Rechtsstreits nicht vollständig überliefert.

Zunächst verfügte der Fürstbischof, dass das Siegel, welches vom Langheimer Hofkastner an den Effekten Koppins angebracht worden war, abzunehmen sei und so die Erbschaft an ihren Empfänger gelangen könnte.<sup>396</sup> Augenscheinlich war aber zwischen dem Vizedomamt und dem Prälaten (i. e. Abt) von Langheim ein Streit darüber entbrannt, wer die Gerichtshoheit in diesem Fall hätte. Dadurch verzögerte sich die Herausgabe des Erbes. In einem Rechtsgutachten wurde nun empfohlen, dass die Regierung aufgrund des Streits zweier untergeordneter Gerichtsstellen den Fall an sich ziehen solle. Zudem sei es möglich, dass *Emigrirte, welche des ihrigen Wohl bedürftig und in die Kategorie der personarum miserabilium zu setzen seyen*, unter Umgehung der niederen Gerichtsstellen die Regierung anrufen könnten. Der Prälat von Langheim bestand darauf, dass er die zuständige Instanz

<sup>395</sup> WACHTER nimmt irrigerweise an, die beiden Freiherren Koppin seien Brüder gewesen, vgl. WACHTER, Nr. 5538.

<sup>396</sup> Hochfürstliche Entschließung vom 17. Juni 1795: Geheime Kanzlei 1223, fol. 294, Regierungsresolute 1795.

sei, da die Besitztümer in seinem Verantwortungsbereich lägen. Das Vizedomamt hingegen plädierte auf Zuständigkeit, weil prinzipiell jeder Fremde seiner Gerichtbarkeit unterstehe. Zwar überließ die Regierung nach Mehrheitsentscheidung dem Prälaten die juristische Zuständigkeit, jedoch mit der Auflage, die Sache schnell und im Sinne des Erben zu Ende zu bringen.<sup>397</sup> Als bis Ende Juli 1795 immer noch keine Lösung in Sicht war und der jüngere Koppin weiter auf die Herausgabe der Effekten wartete, beschloss die Regierung auf Weisung des Fürstbischofs, dass im Falle einer anhaltenden Weigerung des Langheimer Prälaten, die Erbschaft herauszugeben, dies *mit bewaffneten Männern* zu erzwingen sei. Nachdem diese Drohung dem Prälaten mitgeteilt worden war, erklärte dieser sofort *seine Bereitwilligkeit, dem unmittelbaren höchsten Befehle schuldigste Folge leisten zu wollen*.<sup>398</sup>

Anders lag die Sache im Fall des 1799 verstorbenen Grafen von Wiltz. Dieser mit 80 Jahren bereits hoch betagte Adlige war aus seiner Heimat in Luxemburg zunächst nach Prag emigriert und schließlich im September 1797 mit einem Empfehlungsschreiben eines Verwandten, des Ritterhauptmanns Franz Georg von Kerpen, nach Bamberg gekommen. Er beabsichtigte, in der Residenzstadt des Fürstbischofs so lange wohnen zu bleiben, bis in seiner Heimat Frieden eingekehrt sei.<sup>399</sup> Nach Angaben seines Verwandten war er mit einer beträchtlichen Barschaft ausgestattet, sodass Christoph Franz von Buseck keinen Anstand nahm, ihm den Aufenthalt zuzusagen.<sup>400</sup> Da die kriegेरischen Auseinandersetzungen im Reich aber nicht dauerhaft beendet werden konnten und der Graf im Frühjahr 1799 ernstlich erkrankte, blieb er bis zu seinem Tode im Oktober 1799 in Bamberg. Gemäß seinem letzten Wunsch wurde er bei den Bamberger Dominikanern bestattet.<sup>401</sup> Da im Sommer 1799 das Ende des Grafen bereits abzusehen gewesen war, bevollmächtigte der verwandte Ritterhauptmann, der den greisen Adligen nach Bamberg vermittelt hatte und auch als Testamentsvollstrecker eingesetzt worden war, seinen Bruder, den

397 Conclusum Regiminis vom 22. Juni 1795: StABa Geheime Kanzlei 1221, fol. 154, Regierungsakten 1795.

398 Hochfürstliche Entschließung vom 29. Juli 1795: StABa Geheime Kanzlei 1223, Nr. 2, fol. 471, Regierungsresolute 1795. Conclusum Regiminis vom 4. August 1795: StABa Geheime Kanzlei 1222, fol. 55, Regierungsakten 1795.

399 Brief des Ritterhauptmanns Franz Georg von Kerpen an den Fürstbischof vom 18. September 1797: StABa Geheime Kanzlei 1229, fol. 75, Regierungsprotokolle 1797.

400 Hochfürstliche Entschließung vom 26. September 1797: StABa 1230, fol. 741, Regierungsreskripte 1797.

401 Hochfürstliche Entschließung vom 27. Juli 1799: StABa Geheime Kanzlei 1734, fol. 125, Vikariatsreskripte und -resolute 1799–1800.



Bamberger Domkapitular Philipp von Kerpen, ihn als Testamentsvollstrecker im Falle des Ablebens des alten Grafen zu vertreten.<sup>402</sup>

Nach dem Tod des Grafen ergriff zunächst das Vizedomamt die Initiative. Offenbar ging man dort wieder davon aus, für die Hinterlassenschaft eines Fremden primär zuständig zu sein.<sup>403</sup> Als Philipp von Kerpen und die Alleinerbin der Besitztümer, eine Gräfin Tadelot,<sup>404</sup> eine Bestandsaufnahme der Erbmasse machten, ergab sich folgendes Bild: Wie aus dem Inventar hervorgeht, hatte der Graf unter anderem Bargeld, Silber, Kleidung, Weißzeug, Zinn, Eisen und Blech, Wagen und Geschirr sowie Pferde hinterlassen – alles im Wert von 3.951 fl. In diese Testamentsvollstreckung mischte sich nun auch der bevollmächtigte Minister des Kaisers beim Fränkischen Kreis, Graf von Schlick, der bei der Bischofswahl Busecks 1795 und der Koadjutorwahl 1800 kaiserlicher Kommissar gewesen war, ein.<sup>405</sup> Schlick machte mit der Begründung, der Graf von Wiltz sei aufgrund seiner Herkunft aus dem Herzogtum Luxemburg ein k. k. Untertan gewesen, wodurch die rechtliche Zuständigkeit für die Testamentsvollstreckung bei ihm als kaiserlichem Bevollmächtigten liege, Ansprüche auf die Hinterlassenschaft geltend. Das Vizedomamt entgegnete, dass durch den Umstand, dass der Graf in Bamberg gestorben war und der rechtmäßige Testamentsvollstrecker und die Erbin alles Nötige bereits in Gang gesetzt hätten, der Anspruch von Schlick gegenstandslos wäre.<sup>406</sup> Offenbar ließ es Schlick dabei bewenden.<sup>407</sup>

Die Beispiele machen deutlich, dass Testamentsvollstreckungen in der Emigration mit größeren Schwierigkeiten verbunden waren. Durch die Überschneidung

402 Brief Franz Georgs an seinen Bruder Philipp von Kerpen vom 10. August 1799; Ansuchen Philipps von Kerpen an das Vikariat um Anerkennung der Vollmacht vom 12. November 1799; Bestätigung des Vikariats am 12. November 1799: AEB Rep. I/Testamente Nr. 1300, Fasz. 12, Graf von Wiltz, Prag.

403 Obsignaturstreit zwischen Vizedomamt und dem Testamentsvollstrecker: StABa Geheime Kanzlei 1237, fol. 63, Regierungsprotokolle 1799.

404 Lesung unsicher.

405 Joseph Heinrich Graf von Schlick (1754–1807), Graf von Bassano und Weißkirchen, kaiserlicher Wahlkommissar, Wirklicher Kaiserlicher Geheimer Rat, Oberstlandkämmerer, Minister beim kurmainzischen Hof, beim Oberrheinischen und Fränkischen Kreis, s. Constant von WURZBACH, Joseph Heinrich Graf von Schlick, in: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich 30, Wien 1875, S. 112f. Auch BERBIG, Hochstift Bamberg, S. 79–108.

406 Auseinandersetzung um die Hinterlassenschaft des Grafen von Wiltz sowie Inventar des Testaments: StABa Geheime Kanzlei 1239, fol. 59, Regierungsprotokolle 1800.

407 Brief des Vizedomamts an Schlick vom 4. April 1800: StABa Geheime Kanzlei 1241, fol. 173, Regierungsreskripte 1800.

und unklare Abgrenzung von Rechtsräumen und -kompetenzen kam es zu Streitfällen und beträchtlichen Verzögerungen. Für die Erben, die wie im Fall Koppin selbst in der Emigration lebten, konnte dies möglicherweise zu finanziellen Engpässen führen. Der weltlichen Regierung, die auf Geheiß des Fürstbischofs als Sachwalter der Interessen der Erben auftrat, kam hierbei die Rolle zu, akute Zuständigkeitskonflikte zu lösen und Ansprüche von Dritten abzublocken.



## 8. Ambivalenzen der Wahrnehmung

Die Bamberger Fürstbischöfe Erthal und Buseck erkannten, trotz einiger Unterschiede im Detail, in den Emigranten aus staatspolitischer Perspektive ein Risiko. Auch wenn beide Fürsten Emigranten im Hochstift Bamberg duldeten – Erthal weniger, Buseck mehr –, ihnen bei Krankheit Hilfe angedeihen ließen und sie im Falle der Aufenthaltsverweigerung mit Reisegeld versorgten, änderte sich diese Wahrnehmung der Revolutionsflüchtlinge als potenzielle Bedrohung nicht grundsätzlich. Aus Sicht der Fürstbischöfe gefährdeten die Emigranten das fragile Sozial- und Wirtschaftsgefüge des Hochstifts und waren daher nur in begrenzter Anzahl zu tolerieren. Schon innerhalb der Regierung wurde aber mit diesem staatspolitischen Konsens gebrochen. In den Ausführungen der Räte Molitor jr. und Weber wird die Gefahr, die von den Emigranten nach Meinung der Fürstbischöfe ausging, weit reichend relativiert, Weber bricht gar eine Lanze für die Emigranten insgesamt. Das Vikariat sah in den emigrierten Geistlichen eher *Glaubenshelden* als Fremdlinge, woraus eine unmittelbare Verpflichtung für ihr Wohlergehen abgeleitet wurde (s. Kapitel 4.1).

Die Frage nach der Wahrnehmung der Emigranten durch die breite Bevölkerung ist im Bamberger Fall nur schwer zu beantworten. Es gibt punktuell Indizien, die im Folgenden anhand einiger Beispiele dokumentiert werden sollen. Da Wahrnehmung immer mit identitärer Selbstverortung verknüpft ist, schliesse sich an die Frage nach dem „Bild vom Anderen“ die Frage nach der Eigenwahrnehmung sowohl der Aufnahmekultur als auch der Emigranten selbst an. Beides ist aufgrund fehlender Quellengrundlage jedoch kaum greifbar.

### 8.1 Bürgerschaft und Unterstützung

Wie aus den Ausführungen zur Standessolidarität bereits hervorgegangen ist, sind den Emigranten vielfältige Bekundungen von Unterstützung und Zuwendung seitens der Bamberger Bürger zuteil geworden. Die Motivlage lässt sich im Einzelnen nur schwerlich rekonstruieren. Noch am deutlichsten tritt sie bei den Ortsgeistlichen hervor, die ihren emigrierten Mitbrüdern aus Frankreich und den Niederlanden aus ständischem Zusammengehörigkeitsgefühl Unterkunft und Verpflegung

stellten. Was viele vor allem ländliche Gemeinden oder gar einzelne Haushalte aus dem Hochstift veranlasst hat, für Emigranten eine Bürgerschaft zu übernehmen und ihnen somit den Aufenthalt zu ermöglichen, ist aus den Quellen nicht genau zu erschließen. Oft ist einfach von Mitleid die Rede.

Auffällig ist, dass die Gemeinden gerade nach dem ersten französischen Einfall 1796 vermehrt ihre Bereitschaft zur Unterbringung von Emigranten äußerten. Dieser Aspekt korreliert unmittelbar mit der sprunghaft gestiegenen Anzahl der Emigranten in den Herbstmonaten 1796. Die Zunahme überrascht trotzdem, da die Gemeinden durch die Verheerungen des kriegesischen Einfalls, die niedergebrannten Dörfer und die grassierende Viehseuche eigentlich vielfach anderen Belastungen ausgesetzt waren. Ein genauerer Blick zeigt aber, dass weniger die rund um Bamberg und in den südlichen Teilen des Hochstifts gelegenen Gemeinden, die unter den Kriegseinflüssen besonders gelitten hatten, Bürgerschaften übernommen haben, sondern tendenziell eher Städte und Dörfer aus den nördlichen und nordöstlichen Teilen, die selbst kaum Zerstörungen erleiden mussten, sich aber gleichwohl finanziell am Wiederaufbau verheerter Ortschaften, beispielsweise Strullendorfs, beteiligten.<sup>408</sup> Auch die Kontribution, die General Jourdan dem Hochstift auferlegt hatte, bedeutete für die Gemeinden eine enorme Belastung.<sup>409</sup>

Es ist anzunehmen, dass die Gemeindepfarrer vor Ort eine wichtige Rolle bei der Entscheidung, eine Bürgerschaft zu übernehmen, gespielt haben. Auf ihre Empfehlung und Fürsprache hin dürften einige bemittelte Haushalte oder eine ganze Pfarrgemeinde sich eines hilfebedürftigen emigrierten Priesters angenommen haben. Doch konnte die Aufnahme eines Emigranten in einer Gemeinde auch das sensible Verhältnis zwischen Pfarrgemeinde und Pfarrer belasten, wie der Fall des aus der Diözese Cambrai ausgewanderten Priesters Joseph Corbeaux zeigt.

Jener Corbeaux war wahrscheinlich bereits Ende 1795 in dem zur Pfarrgemeinde des Modschiedel gehörenden Ort Neudorf untergekommen. In einem direkt an das Vikariat adressierten Gesuch vom November 1796 bat die Gemeinde von Neudorf darum, dem Priester Corbeaux zu gestatten, in der Dorfkapelle in Neudorf für Alte und Kranke die Messe zu lesen, da diese in der kalten Jahreszeit nicht den beschwerlichen Weg in das wenige Kilometer entfernte Modschiedel gehen könnten. Man

408 Als *pars pro toto* sei eine Kollekte aus der Stadt Lichtenfels für das zerstörte Strullendorf erwähnt: Conclum Regiminis vom 6. Oktober 1796: StABA Geheime Kanzlei 1226, fol. 25, Regierungsprotokolle 1796.

409 Wie Anm. 133.

habe den Priester aus Mitleid und seines rechtschaffenen Betragens wegen aufgenommen. Trotz seiner geringen Sprachkenntnisse gebe er der Gemeinde Rat und Beistand.<sup>410</sup> Das Vikariat beauftragte daraufhin den Pfarrer von Modschiedel, Pater Robert Bauer OCist, den Fall zu bewerten. Dieser charakterisierte die Neudorfer als *äußerst schläfrig und säumselig* was den Besuch des Gottesdienstes anbetreffe. Ihnen ginge es nicht so sehr um die wenigen Alten und Kranken, sie wollten aus reiner Bequemlichkeit einen Gottesdienst am Wohnort haben. Überhaupt zeigten sie sich gegenüber ihm als Gemeindepfarrer aufmüpfig und hätten sogar versucht, zu seinen Ungunsten Messstipendien an den Franzosen zu geben. Daraus schlussfolgerte das Vikariat: Wenn Corbeaux die Erlaubnis erhielte, in Neudorf Messe zu lesen, würde die Autorität des Ortspfarrers beträchtlich leiden. Auch könnten sich die Bewohner dem Franzosen gegenüber anmaßend verhalten, da er gewissermaßen in ihrem Brot stehe. Daher würde sich Corbeaux im Konfliktfall zwischen Pfarrer Bauer und der Neudorfer Gemeinde wahrscheinlich auf die Seite der Gemeinde schlagen.<sup>411</sup> Unter diesen Abwägungen stellte das Vikariat für den Emigranten zwar ein Celebret in Neudorf aus, verbot aber ausdrücklich allen gesunden Bewohnern des Ortes, seine Messe zu besuchen.

In diesem Beispiel wird deutlich, wie ein geistlicher Emigrant durch seine Anwesenheit das soziale Gefüge innerhalb einer Gemeinde beeinflussen konnte. Für den Pfarrer erscheint er als Fremdkörper, der den offenkundig bereits schwelenden Konflikt zwischen ihm und den Neudorfern zu befeuern schien. Möglicherweise sah er in Corbeaux einen Konkurrenten um die geistliche Leitung der Gemeinde. Die Neudorfer Gemeinde ihrerseits bekundete ihre Wertschätzung des Emigranten. Ob das allerdings nur vorgeschoben war, um sich von der Pflicht des Gottesdienstes in Modschiedel befreien zu können, wie Pfarrer Bauer impliziert, muss an dieser Stelle offen bleiben. Natürlich kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass es tatsächlich nur das Interesse der Neudorfer war, ihren Alten und Kranken den Weg nach Modschiedel zu ersparen, während Pfarrer Bauer wiederum diese Gelegenheit dazu nutzte, sich die Rückendeckung des Vikariats in der Auseinandersetzung mit den Neudorfern einzuholen und damit seine Autorität zu festigen. Das Vikariat hatte in dem Fall ein Interesse daran, dass die personelle Or-

410 Brief der Gemeinde Neudorf an das Vikariat vom 25. Oktober 1796: StAbA Geheime Kanzlei 1728, fol. Ad 127, Vikariatsakten 1796.

411 Conclusum des Vikariats vom 18. November 1796: StAbA Geheime Kanzlei 1728, fol. 127, Vikariatsakten 1796.

ganisation des Kirchspiels nicht in Frage gestellt wurde, und stärkte grundsätzlich die Stellung des Pfarrers.

## 8.2 Ablehnung und Beschwerde

Obwohl besonders den geistlichen Emigranten wegen ihres harten Schicksals viel Mitgefühl seitens der Bevölkerung entgegengebracht wurde, waren sie nicht überall wohlgelitten. Ein interessantes Exempel für die Wahrnehmung der Emigranten während der Krisenzeit der ersten französischen Besetzung Bamberg 1796 ist ein Dekret der Regierung vom 8. August 1796, also einige Tage nachdem französische Truppen die Stadt erstmals betreten hatten.<sup>412</sup> Die durch Einquartierungen der feindlichen Soldaten in Anspruch genommenen Stadtbürger hatten sich über den Umstand beschwert, dass in den Wohnungen der Emigranten unter der Begründung, dass in deren Häusern keine Möbel vorhanden seien, keine Armeeangehörigen untergebracht worden waren. Die Belastungen durch Einquartierungen waren durchaus erheblich. Neben einer Schlafstätte hatte jeder französische Soldat Anspruch auf Mittagessen, zu dem Suppe, Rindfleisch, Gemüse und ein Maß Bier gereicht werden sollte, und auf ein Abendessen, bestehend aus Eingemachtem oder Gebratenem, Salat und einem weiteren Maß Bier.<sup>413</sup> Die Regierung erließ *auf die eingegangenen bittersten Klagen* der Stadtbewohner daraufhin die Verordnung,

*daß auf Kosten dieser Emigranten von dem Staate das Geld zu Erhaltung der in diesen Häusern einzuquartierenden französischen Soldaten vorgeschossen, von dem Gassenhauptmann, in dessen Bezirk das Haus gelegen, die benötigten Meubles beschafft, und von einem allda aufzustellenden Bürger über das vorgeschossene Geld die treueste Rechnung abgelegt werden, wobey jeder Bürger aufgefordert wird, die Häuser der Emigranten namhaft zu machen, die seit dieser Zeit von Einquartierungen frey blieben.*<sup>414</sup>

Es steht zu vermuten, dass es sich bei den hier gemeinten *Emigranten* nur um Auswanderer aus den österreichischen Niederlanden handelte. Die aus Frankreich

<sup>412</sup> Zur Eroberung des Hochstifts im Jahr 1796 s. KESTLER, Franzoseneinfall, S. 8–12.

<sup>413</sup> *IBID.*, S. 9.

<sup>414</sup> Erlass der Regierung vom 8. August 1796: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 979, Französischer Einfall 1796.

emigrierten Personen hatten sich wahrscheinlich unmittelbar vor dem Einzug der Revolutionsarmee aus der Stadt geflüchtet oder waren untergetaucht.<sup>415</sup> In dieser Ausnahmesituation erlebten die Bewohner der Stadt die Unterscheidung zwischen Emigrantenhaushalten und „normalen“ Bürgerhaushalten als Ungerechtigkeit und sorgten mit ihrer Eingabe an die Regierung für eine gleiche Lastenverteilung. Die Regierung unterstützte die Einschätzung der Stadtbewohner sogar noch, indem sie diese zu Nachforschungen über freie Emigrantenunterkünfte aufforderte. Während der Besetzung der Stadt dürften die Beziehungen zwischen Stadtbevölkerung und Emigranten daher eher gespannt gewesen sein.

Ein Aufsehen erregender Fall, der größtenteils rekonstruiert werden kann, ist der des Marquis de Montmorillon aus der Franche-Comté. Dieser Adlige hatte die ersten Jahre seiner Emigration in Erlangen verbracht, von wo aus er ein Gesuch um Aufnahme in Bamberg stellte. Nachdem der Fürstbischof der Aufnahme im August 1797 zugestimmt hatte, zog Montmorillon nach Bamberg.<sup>416</sup> Einige Monate danach wurde dem geistlichen Rat und Regens des Priesterseminars Georg Eduard Daum zugetragen, dass Montmorillon nicht alleine, sondern mit einer unverheirateten Frau, der Tochter eines Goldschmieds aus Erlangen, zusammenwohnte, und machte dies umgehend dem Fürstbischof bekannt. In seiner Stellungnahme zu dem Vorwurf legte Montmorillon kurz vor Weihnachten 1797 dar, dass er lediglich aus wirtschaftlichen Gründen mit der Frau, die er als *Associée* bezeichnete, zusammenlebe. Er spielte dabei auf seinen Stickereiwarenhandel an, durch den er seinen Unterhalt finanzierte und dessen Ausübung ihm in der Aufenthaltsgenehmigung ausdrücklich erlaubt worden war. Der Fürstbischof seinerseits wollte in der Angelegenheit zwar gestatten,

*daß beyde bis gegen Ende des Märzmonaths nächsten Jahres [1798, d. A.] annoch hier verbleiben, jedoch nur unter der Bedingnis, daß sie nicht beysammen wohnen, besonders, daß sie des Nachts von einander getrennt seyen, und übrigens sich so in ihrem Umgang gegen einander verhalten, daß sie zu einigem Aergernis, oder Verdacht*

415 Einen Hinweis auf untergetauchte französische Emigranten während der Besetzung 1796 gibt der Dekan des Lichtenfelder Ruralkapitels und Pfarrer von Kleukheim, Johann Franz Baumgärtner, in seinem Brief an das Vikariat vom 6. September 1796: AEB Rep. I, Nr. 918, fol. 683, Vikariatsprotokolle 1796.

416 Hochfürstliche Entschließung vom 26. August 1797: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten. Dazu das Conclusum Regiminis vom 29. August 1797: StABa Geheime Kanzlei 1229, fol. 49, Regierungsprotokolle 1797.



*eines unsittlichen Wandels keineswegs einen gegründeten Anlass geben widrigenfalls sie beyde unnachtsichtlich auf der Stelle Meine Lande würden verlassen müssen.*<sup>417</sup>

Regens Daum sollte dem Franzosen die Auflagen des Fürstbischofs eröffnen. Daum aber blieb hartnäckig. In seinem Bericht vom 2. Januar 1798 stellte er fest, dass Montmorillon nunmehr nächtens von der Erlangerin getrennt lebe, aber den ganzen Tag über mit ihr zusammen sei. Unter den Einwohnern würden bereits Gerüchte über diese Beziehung umgehen. Er habe Nachforschungen betrieben, aus denen hervorgegangen sei, dass Montmorillon bereits in Erlangen jahrelang mit dieser Frau zusammengelebt hatte, deretwegen ihn seine angetraute Ehefrau verlassen hätte. Daum insistierte vor dem Hintergrund dieser Enthüllung auf der Ausweisung der Frau, da eine solche Form des Ehebruchs, der auch schon in Erlangen für Aufsehen gesorgt hatte und nun auch ein Ärgernis in der Gemeinde St. Martin – Daum war dort Kurat – zu werden drohte, nicht zu dulden sei, zumal Montmorillon sogar den Fürstbischof im Unklaren gelassen hätte.<sup>418</sup> Daum ereiferte sich weiter: *Eheliche Untreu, ich bezeuge es als Seelsorger, ist in unserer Stadt ein nicht wenig einreissendes Laster, zum grossen Theile die Geburt französischer Frechheit und die Hinterlassenschaft französischer Emigranten.*<sup>419</sup> Die Tatsache, dass er nicht zugleich auch die Ausweisung Montmorillons forderte, hängt vermutlich mit den ausnehmend positiven Referenzen zu zusammen, mit denen der Franzose dem Fürstbischof empfohlen worden war.<sup>420</sup> Der Fürstbischof, dessen großer Unmut über die Täuschung Montmorillons sogar in der Entschließung vermerkt ist, verfügte nun, dass die Frau sofort ausgewiesen werden müsse. Falls sich das Paar weigern sollte, auseinander zu gehen, seien beide Personen auszuweisen.<sup>421</sup> Nach Wührs Angaben lebten beide 1801 wieder in Erlangen, was auf eine gemeinsame Rückkehr schließen lässt.<sup>422</sup> Der Fall zeigt, dass sich Formen sozialer Kontrolle in

417 Brief des Fürstbischofs an den Regens Daum vom 29. Dezember 1797: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1212, Französische Emigranten.

418 Während Montmorillon dem Fürstbischof gegenüber die Frau unverfänglich seine *Associée* nannte, bezeichnete er sie in einer Anzeige für sein Stickwarengeschäft im Hochfürstlichen Intelligenzblatt als seine Frau, so Daum.

419 Bericht des Regens Daum an den Fürstbischof vom 2. Januar 1798: StABa Geheime Kanzlei 1231, fol. 2, Regierungsprotokolle 1798.

420 Zu den Referenzen Montmorillons s. Anm. 372.

421 Hochfürstliche Entschließung vom 5. Januar 1798: StadtABa D 3001 Rep. 3, Nr. 1103, Bambergensia 1798.

422 WÜHR, Emigranten, S. 474, Nr. 3241.

Bezug auf die Emigranten feststellen lassen. Für den Regens Daum, der in seinen Berichten oft von der *französischen Frechheit*, die in diesem Fall offenbar werde, spricht, war die wilde Ehe Montmorillons mehr als nur ein moralisches Vergehen im Einzelfall. Der Emigrant gefährdete durch seine Anwesenheit die gesamte sittliche Konstitution der Einwohnerschaft, weswegen Daum auch so vehement die Auflösung dieser Beziehung forderte.

Ein Beispiel für vehemente Ablehnung eines Geistlichen durch einen Standesgenossen ist der Fall des Priesters Tiefenbach aus dem französischen Teil der Erzdiözese Trier. Tiefenbach hatte, Wachters Angaben zufolge, bereits 1798 das Celebret für Neuengrün erhalten und hielt dort an Sonn- und Feiertagen Messe.<sup>423</sup> Im August 1799 wandte sich Tiefenbach mit der Bitte an das Vikariat, sich im Amt Wallenfels aufhalten und in der Pfarrei Steinwiesen die Heilige Messe lesen zu dürfen.<sup>424</sup> Überraschend ist hierbei allerdings, dass ihm zwar der Aufenthalt gestattet, nicht jedoch das Celebret erteilt wurde. Man erlaubte ihm nach einer theologischen Prüfung durch den Kronacher Dekan Molitor lediglich, zu konzelebrieren, auf keinen Fall aber zu predigen.<sup>425</sup> Im Februar 1800 beschwerte sich der Pfarrer von Steinwiesen, Gabriel Brockard, beim Vikariat über den Emigranten. Dieser betrage sich „*kühn und ausschweifend*“ und sollte daher der Diözese verwiesen werden.<sup>426</sup> Ähnlich wie im Streitfall Corbeaux stellte die betreffende Gemeinde dem Emigranten jedoch ein ausnehmend positives Zeugnis aus, sodass der Fürstbischof trotz anders lautenden Schlusses des Vikariats Tiefenbach den weiteren Aufenthalt gestattete.<sup>427</sup> Pfarrer Brockard ließ es bei dieser Entscheidung nicht bewenden, sondern unternahm immerhin ein ganzes Jahr später einen neuerlichen Anlauf, sich Tiefenbachs zu entledigen. Das Vikariat fasste die Beschwerde des Ortspfarrers am 5. Oktober 1801 wie folgt zusammen:

423 WACHTER, Nr. 10219. Diese Aussage konnte anhand der zur Verfügung stehenden Quellen nicht verifiziert werden.

424 Bitte des Priesters Tiefenbach um das Celebret vom 26. August 1799: AEB Rep. I, Nr. 924, fol. 941–942, Vikariatsprotokolle 1799.

425 Hochfürstliche Entschließung vom 19. September 1799: StABa Geheime Kanzlei 1734, fol. 163, Vikariatsresolute und -reskripte 1799–1800.

426 Zitat bei WACHTER, Nr. 10219.

427 Das Vikariat hatte Tiefenbach das Celebret entzogen und nahe gelegt, sich aus dem Hochstift zu entfernen. Dazu der Brief des Vikariats an den Pfarrer von Steinwiesen: AEB Rep. I, Nr. 926, fol. 397, Vikariatsprotokolle 1800.

*Nach Bericht des Pfarrers sey dessen [Tiefenbachs, d. A.] Lebenswandel gar nicht auferbaulich, indem er dem Trunke sehr ergeben seyn soll, er halte die Neuengrüner von dem ordentlichen Pfarrgottesdienste von Amts Predigt und Christenlehre ab, da er an Sonn- und Feyertagen gegen die Erlaubnis derselben in der Neuengrüner Kapelle Messe lese; er halte die Kinder dieser und der angränzenden Gemeinden von ordentlichem Schulbesuch ab, in dem er, nur zur höchsten Noth der deutschen Sprache erfahren, eigenmächtig den Kindern in Lesen und Schreiben Unterricht ertheilen wolle; er stifte überhaupt durch sein Benehmen, Unordnung und Misfälligkeiten zwischen Pfarrer und den Gemeinden u. s. w.*<sup>428</sup>

Diese Schilderungen Brockards über die unakzeptablen Aktivitäten des Emigrantenspastors bewegten schließlich auch den Fürstbischof dazu, die Ausweisung Tiefenbachs zu verfügen.<sup>429</sup> Ein Einspruch der Gemeinde, wie noch im Jahr 1800, erfolgte nicht mehr. Eventuell bestanden zwischen Gemeindepfarrer und Gemeinde, wie im Fall Corbeaux, bereits Auseinandersetzungen und Streitigkeiten, die der Emigrant verstärkte. Um seine Autorität zu wahren, betrieb Brockard daher konsequent dessen Ausweisung. Ob die Anschuldigungen, die der Pfarrer gegenüber Tiefenbach erhob, den Fakten entsprachen, kann nicht geklärt werden. Da die erste Beschwerdeschrift aus dem Jahr 1800 nicht aufzufinden ist, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob sich die Begründung für die Ausweisung qualitativ wesentlich geändert hatte. Möglicherweise waren in der zweiten Beschwerde des Jahres 1801 die Vorwürfe der Trunksucht und des Abhaltens der Gemeinde vom Pfarrgottesdienst ausschlaggebend. Auffallend ist, dass sich das Vikariat bereits 1800 auf die Seite des Gemeindepfarrers gestellt hatte, während für den Fürstbischof die Fürsprache der Gemeinde maßgeblich war. Zwar agierte das Vikariat sowohl im Fall Corbeaux als auch im Fall Tiefenbach eindeutig zugunsten der beiden Gemeindepfarrer, doch ist auch ein wichtiger Unterschied zu erkennen. Im Gegensatz zum Pfarrer von Modschiedel, Bauer, hatte Brockard viel bessere Kontakte, da er selbst den Rang eines Geistlichen Rats bekleidete und damit direkten Einfluss auf die Entscheidungen der geistlichen Regierung nehmen konnte. Das Vikariat, das Tiefenbach unterstellte, aus reiner Geltungssucht die pastoralen Bemühungen des Gemeindepfarrers zu sabotieren, handelte hier wahrscheinlich aus Solidarität mit einem Ratsmitglied.<sup>430</sup> Be-

<sup>428</sup> Conclusum des Vikariats vom 5. Oktober 1801: StABa Geheime Kanzlei 1735, fol. 64, Vikariatsprotokolle 1801.

<sup>429</sup> Hochfürstliche Entschließung vom 11. Oktober 1801: StABa Geheime Kanzlei 1736, fol. 91, Vikariatsreskripte und -resolute 1801–1803.

<sup>430</sup> Wachter, Nr. 1152.

sonders die Charakterisierung Tiefenbachs als geltungssüchtigen und Konflikt stiftenden Franzosen dürfte schließlich auch beim Fürstbischof vor dem Hintergrund der Geschehnisse und Erfahrungen des zweiten französischen Einfalls 1800/01 auf offenere Ohren gestoßen sein als noch im Verlauf des Jahres 1800. Außerdem entsprachen die beschriebenen Eigenschaften wahrscheinlich gängigen Vorurteilen gegenüber Franzosen. Beide Aspekte zusammen genommen werden letztlich die Entscheidung zur Ausweisung bestimmt haben.

Die hier geschilderten Beispiele machen die Vielschichtigkeit der Wahrnehmung von Emigranten deutlich. Einerseits wurden ihnen von vielen Seiten der hochstiftischen Einwohnerschaft Mitgefühl und Anteilnahme angesichts ihres teils tragischen Schicksals entgegengebracht. Dieses Mitleid konnte bis zu der Bereitschaft gehen, monate- oder jahrelang für einzelne Emigranten aufzukommen. Auf der anderen Seite konnten Emigranten schon aufgrund ihrer bloßen Anwesenheit als Störfaktor im personalen Beziehungsgeflecht wahrgenommen werden, dem zum Teil mit bestimmter Ablehnung begegnet wurde. Wie das „Möbeldekret“ vom August 1796 zeigt, wurde in Krisenzeiten die ursprüngliche Solidarität zurückgestellt und von den Emigranten selbst die Übernahme von Lasten eingefordert.



## 9. Schlussbetrachtung

Das hier entfaltete Panorama der Geschichte der Revolutionsemigranten in Hochstift und Diözese Bamberg zeigt – nicht überraschend – ein gänzlich anderes Bild von der Emigration als das polemische Schreckensgemälde Georg Friedrich Rebmanns, welches eingangs zitiert wurde (s. Kapitel 1.1).

Es ist deutlich geworden, dass es neben der Emigration der sozialen Gruppen, die als Trägerschicht des *Ancien Régime* fungierten und im Exil auf die Restauration der alten Ordnung in Frankreich drängten, eine Auswanderungsbewegung derjenigen gab, die sich durch die unstete Entwicklung in Frankreich und dessen militärische Expansion bedroht fühlten. Die Auswanderungsmotive der Emigranten waren denkbar vielfältig und variantenreich. Ein Einwohner von Paris könnte auf Unruhen und Versorgungsengpässe in der Stadt, ein Bauer aus der Vendée auf den großen Aufstand in der Region und ein Konventuale aus Valenciennes auf den Krieg um die österreichischen Niederlande reagiert haben. Im Sinne des Migrationsmodells von Lee war das revolutionäre Frankreich für bestimmte soziale Gruppen eine *push-area* (s. Kapitel 2.2). Wer über die entsprechenden Möglichkeiten und Ressourcen verfügte, konnte den Weg in die Emigration gehen.

Die grenznahen Staaten am Rhein boten den Emigranten eine erste Gelegenheit, sich für gewisse Zeit niederzulassen. Durch die Entstehung von Emigrantenkolonien und die emigrantenfreundliche Politik einiger Landesherren, z. B. des Trierer Kurfürsten, Clemens Wenzeslaus von Sachsen, gewannen diese Territorien an Attraktivität und zogen weitere Auswanderer an.

Aufgrund des Krieges und der militärischen Expansion Frankreichs sahen sich die Emigranten ab 1792 gezwungen, die großen Kolonien in Koblenz, Mannheim, Worms und Mainz zu verlassen und sich in weiter entfernte Staaten zu begeben. Für diejenigen, die sich nicht in Reichsterritorien nördlich der Mainlinie, etwa im Königreich Preußen, Kurhannover und dem Hochstift Münster, oder in den südlichen Reichsländern wie Österreich und Pfalzbayern niederließen, war aus geographischer Perspektive zunächst das Hochstift Würzburg ein nahe liegendes Ziel. Da die Emigranten auch dort nicht lange bleiben durften, zogen sie weiter und verteilten sich auf die Territorien des Fränkischen Kreises.

Im direkten Vergleich zwischen dem Hochstift Bamberg und den Fürstentümern Ansbach und Bayreuth kann man beobachten, dass durch die ausnehmend emigrantenfreundliche Politik Hardenbergs die beiden Fürstentümer numerisch

weit mehr Revolutionsflüchtlinge anzogen als das Hochstift Bamberg. Auch wenn in den fränkischen Hohenzollernstaaten mehrere katholische Geistliche aufgenommen wurden, spielte der konfessionelle Charakter des Territoriums für die geistlichen Emigranten eine nicht zu verkennende Rolle. So wirkte das Hochstift Bamberg trotz der vergleichsweise restriktiven Reglementierungen auf Geistliche insgesamt anziehender als die protestantischen Fürstentümer. Es ist anzunehmen, dass nicht wenige französische Kleriker erst nach ihrer Ablehnung in Bamberg nach Ansbach-Bayreuth, Nürnberg oder schließlich in die katholischen Staaten im Südosten des Reiches weiter zogen. *Vice versa* bemühten sich geistliche Emigranten, die zunächst in den protestantischen Staaten Unterschlupf gefunden hatten, von dort aus um Aufnahme in Bamberg. Allerdings wurde dem höheren Klerus der Verbleib im Hochstift von den beiden Bamberger Fürstbischöfen, Erthal und Buseck, beinahe immer verwehrt.

Durch die quantitative Analyse konnte der Befund, dass das Hochstift Bamberg vor allem für ausgewanderte Geistliche bevorzugtes Emigrationsziel war, statistisch belegt werden. Der Adel und die Angehörigen des Dritten Standes, obschon katholischer Konfession, zog es mehrheitlich in die protestantischen Territorien der Region. Die Politik Hardenbergs und der Friede von Basel 1795, der die Neutralität der Fürstentümer im 1. Koalitionskrieg festlegte, dürften hierbei die ausschlaggebenden Faktoren gewesen sein.

Die These von Dengler-Schreiber, Bamberg habe von allen fränkischen Städten die meisten französischen Flüchtlinge aufgenommen, kann als widerlegt betrachtet werden.<sup>431</sup> Obwohl nur wenige statistische Erhebungen für die Städte im fränkischen Reichskreis vorliegen, weist schon allein die Stadt Ansbach knapp sieben Mal mehr französische Emigranten auf als die Residenzstadt Bamberg, legt man die Zahlen Molitors vom November 1795 zugrunde.<sup>432</sup> Auch die Zahlen zur Stadt Würzburg deuten, verglichen mit Bamberg, auf eine höhere Zahl von Emigranten aus Frankreich hin.

<sup>431</sup> Wie Anm. 73.

<sup>432</sup> Gutachten Molitors vom 23. November 1795: StadtABa D 3001, Rep. 3 Nr. 1212, Französische Emigranten. Zum Vergleich: HÖPEL, Emigranten in Preußen, S. 193, 198 [Tabelle XXXIV]. Legt man die Daten aus der Prosopographie zugrunde (Kapitel 10), ergibt sich ein ähnliches Bild. Den 127 im ganzen Hochstift Bamberg eindeutig als französische Emigranten identifizierten Personen stehen 739 Emigranten allein in der Stadt Ansbach gegenüber, deren überwiegende Mehrheit aus Frankreich kam. Trotz einer angenommenen Dunkelziffer von französischen Emigranten in Stadt und Hochstift Bamberg dürfte sich an diesen Relationen wenig ändern.

Ein wichtiger Erkenntnisfortschritt im Vergleich zu der Studie von Wühr ist die Neubewertung der Emigrantenpolitik im Hochstift Bamberg. In diesem Zusammenhang konnte die sehr differenzierte Haltung Fürstbischof Erthals zum Emigrationsproblem, die trotz der grundsätzlichen Ablehnung von französischen Emigranten durch komplexe Ausnahmeregelungen im Einzelfall gekennzeichnet war, herausgearbeitet werden. Auch die von Fürstbischof Buseck erlassenen Emigrantenverordnungen waren weniger holzschnittartig als von Wühr insinuiert. Gegenüber Erthals Regentschaft kam bei Buseck der Umstand hinzu, dass sich die Regierung des Hochstifts nunmehr aktiver in die Diskussion um die angemessene Emigrantenpraxis einbrachte. Ihre durchaus kontroversen Stellungnahmen sind Beleg dafür, dass einigen Mitgliedern in der Regierung der bisherige Umgang mit den Flüchtlingen missfiel und daher Änderungen angemahnt wurden. Diese gestärkte Stellung der Regierung drückte sich nicht zuletzt darin aus, dass Fürstbischof Buseck ihr zuweilen die Entscheidung über die Aufnahme von Emigranten überließ. Erschwerend für eine konsistente Emigrantenpolitik unter Busecks Regentschaft waren die französischen Einfälle, die es der Landesverwaltung schwer machten, den Überblick über das Emigrantenproblem zu behalten. Die Untersuchung hat gezeigt, dass weniger nach einem Gegensatz zwischen beiden Fürstbischöfen als nach Phasen der Emigrantenpolitik während der Regentschaften Erthals und Busecks differenziert werden muss.

In der Einschätzung der Bamberger Obrigkeit waren die Emigranten politische Flüchtlinge, gegenüber denen ein Mindestmaß an Solidarität geübt werden musste. Diese Verpflichtung drückte sich unter Fürstbischof Erthal in der Durchführung von Kollekten, der Auszahlung von Reisegeldern und der Genehmigung von Krankenhausaufenthalten aus. Unter Fürstbischof Buseck waren es dagegen häufiger ausgestellte Aufenthaltsgenehmigungen, wenn die Emigranten selbst über gesicherte Ressourcen verfügten oder Einheimische die Bereitschaft zur Übernahme von Bürgschaften bekundeten. Die geistliche Regierung sah insbesondere in den emigrierten Klerikern *Glaubenshelden*, die aufgrund ihrer Standhaftigkeit gegenüber den antikirchlichen und antichristlichen Auswüchsen der Revolution Anspruch auf Zuwendungen von Bamberger Seite hätten.

Die Kategorisierung von Höpel zur rechtlichen Stellung der Revolutionsemissanten in Preußen ist für das Hochstift Bamberg im Wesentlichen zu übernehmen. Wurden die Emigranten zunächst als normale Fremde behandelt, bildeten sie später als politische Flüchtlinge eine neue soziale Kategorie, die zwischen Fremden



und Vagabunden stand.<sup>433</sup> Insbesondere zu Beginn sah man in ihnen vor allem unerwünschte Personen, von denen die Gefahr ausging, dass sie entweder revolutionäres oder antirevolutionäres Gedankengut in das fränkische Hochstift hineintragen würden, und begegnete ihnen daher mit Ablehnung und Zurückweisung. Mit der Zeit wurden differenziertere Bewertungen angestellt, d. h. der Emigrationsvorgang wurde als Konsequenz von revolutionärem Umbruch in Frankreich und den Kriegsfolgen betrachtet.

Eine „moderne“ Emigrantenpolitik, die Höpel bei der preußischen Verwaltung ausmacht, ist in Bamberg nicht zu erkennen. Nach seiner Einschätzung seien in Preußen insbesondere Emigranten – zumeist Angehörige des Dritten Standes – aufgenommen und schließlich integriert worden, die über Kenntnisse und Fähigkeiten verfügten, welche in den Augen der preußischen Beamtenschaft nutzbar gemacht werden konnten.<sup>434</sup> In Bamberg hingegen waren die Hauptmotive der Aufnahme Standessolidarität mit dem emigrierten Klerus und Mitgefühl ob seines harten Schicksals. Höpel sieht fernerhin in der Wahrnehmung der Emigranten als „Ausländer“ und der Selbstwahrnehmung von preußischer Beamtenschaft und Untertanen als „Staatsbürger“ einen wichtigen Aspekt im Prozess der Nationalstaatsbildung.<sup>435</sup> Die Obrigkeit im Hochstift Bamberg unterschied bei den Emigranten dagegen vielmehr zwischen Franzosen einerseits und emigrierten Untertanen von Reichsständen andererseits. Für letztere sah sich besonders Erthal ganz selbstverständlich in der Verantwortung. Aus seiner Perspektive wurde ihnen der Aufenthalt in seinem Herrschaftsgebiet deswegen gestattet, weil sie als Reichsangehörige ein geradezu natürliches Anrecht auf Schutz und Asyl hätten. Die Franzosen dagegen hatten in den Augen beider Fürstbischöfe keinen derartigen Anspruch. In diesem Licht lässt sich – mit aller Vorsicht – von einem Reichspatriotismus sprechen, wie er auch in der Reichspolitik Erthals und Busecks und ihrem unbedingten Festhalten an der Reichsverfassung in der Endphase des Alten Reiches zum Tragen kam.

Durch die Untersuchung der Transfer- und Akkulturationsprozesse lassen sich über den Charakter der Emigration in Hochstift und Diözese Bamberg einige wichtige Erkenntnisse gewinnen. Es konnte gezeigt werden, dass der Transfer von Qualifikationen wegen der zeitlichen Begrenzung des Aufenthaltes der Emigranten in Bamberg und der fehlenden Rezeptionsbereitschaft der Landesverwaltung gering

433 HÖPEL, Emigranten in Preußen, S. 375.

434 IBID., S. 377–379.

435 IBID., S. 375–377, 381f.

blieb. Eine Ausnahmeerscheinung in diesem Kontext ist Gérard Gley. Angefangen mit seinen philologischen Untersuchungen in der Bamberger Dombibliothek über sein rastloses Engagement in der akademischen Arbeit bis hin zu seiner publizistischen Tätigkeit mit der *Bamberger Zeitung*, verkörpert Gley wie kein Zweiter den Typus eines Revolutionsemigranten, der in der Zeit seines Exil weniger auf eine Rückkehrmöglichkeit nach Frankreich wartet, sondern sich in die neue soziale Umwelt integriert und sich dort schöpferisch betätigt. Nur wenige Emigranten unternahmen Anstrengungen, einen ähnlich hohen Grad an Integration in der Aufnahmegesellschaft zu erreichen. Einigen gelang dies auf dem Weg der beruflichen Tätigkeit als Haus- bzw. Französischlehrer oder als Seelsorger in den Gemeinden des Bistums Bamberg. Wieder andere ließen sich nach der Heirat mit einer Einheimischen im Hochstift bzw. in der späteren königlich-bayerischen Provinz nieder. Sie erwarben das Bürgerrecht und konnten damit ihren bisherigen Status als politischer Flüchtling ablegen. Die Mehrheit der Emigranten kehrte jedoch nach Bekanntgabe der napoleonischen Amnestiegesetze 1802 in ihre Heimat zurück.

Eine Charakteristik des Alltags der Emigranten im Hochstift Bamberg konnte nur ansatzweise entwickelt werden. Fehlende Selbstzeugnisse machen es nahezu unmöglich, konkrete Angaben zur „inneren“ Dimension der Emigration zu machen. Wie die Emigranten selbst die Zeit des Exils empfanden und wie sie auf die sie umgebende Umwelt reagierten, lässt sich ebenso wenig beschreiben, wie der konkrete Alltag der Mehrheit und die Beziehungen zu den Bamberger Untertanen.

Ebenfalls nur im Ansatz lassen sich Reaktionsmuster der einheimischen Bevölkerung erfassen. Den emigrierten Geistlichen wurde von Seiten vieler Gemeinden und Einzelpersonen Mitgefühl entgegengebracht. Die Übernahme von teils kostspieligen Bürgschaften zeugt davon. Andererseits zeigt sich die Ambivalenz der Wahrnehmung darin, dass in Krisenzeiten, etwa während der französischen Einfälle, die ursprüngliche Solidarität der Bamberger Untertanen mit den Emigranten teilweise hintangestellt wurde. In den Gemeinden außerhalb der Residenzstadt verursachte oder beförderte die Anwesenheit von geistlichen Emigranten mitunter schwelende Konflikte zwischen Gemeinde und Pfarrer, zu deren Lösung die geistliche Regierung beitrug. Wo ungebührliches Verhalten der Emigranten bekannt wurde, drohten scharfe Sanktionen bis hin zur Ausweisung.

Ein wichtiger Aspekt, der in der bisherigen Emigrationsgeschichtsschreibung oft nur am Rande Erwähnung findet, sind Kooperationsmuster innerhalb der Auswanderergruppen. Im Bamberger Untersuchungsraum lässt sich eine Reihe von

Interaktionen zwischen den Emigranten nachweisen. Obwohl viele von ihnen an unterschiedlichen, über das Hochstift verstreuten Orten Unterkunft fanden, wurde der Kontakt durch Briefe und Besuche aufrechterhalten. Diese Kontakte resultierten entweder aus bereits bestehenden Bekanntschaften in den Heimatländern der Emigranten oder waren auf dem Emigrationsweg nach Bamberg entstanden. Beide Muster lassen sich im Bamberger Fall nachweisen, obwohl wegen der teils ungünstigen Quellenlage die Informationsbasis sehr begrenzt ist. Durch die Rekonstruktion der Etappenwanderung vieler Emigranten würden sich vermutlich mehr derartige Kooperationen und personale Netzwerke aufdecken lassen, die aus der „Bamberger Perspektive“ allein verborgen bleiben.

Eine inhaltliche Lücke in der vorliegenden Untersuchung ergibt sich aus der Quellenlage. Für die Mehrheit der im Hochstift Bamberg nachgewiesenen Emigranten lassen sich keine Angaben über die Dauer ihres Aufenthaltes machen. Die Informationen beschränken sich oft nur auf das Datum der Ausstellung der Aufenthaltsgenehmigung oder der Erteilung des Celebrets. Die Studie von Wühr ist die bisher einzige Arbeit, die ein Namensverzeichnis der Emigranten im fränkischen und bayerischen Reichskreis bietet, welches jedoch an vielen Stellen einer Überarbeitung bedarf. Da anzunehmen ist, dass alle Stände des Fränkischen Kreises administrative Anstrengungen unternommen haben, alle in ihrem Herrschaftsgebiet lebenden oder durchziehenden Emigranten in Verzeichnissen zu erfassen, könnte – gewissermaßen auf indirektem Weg – die Aufenthaltsdauer der in Bamberg lebenden Emigranten näherungsweise mit Hilfe dieser Emigrantenverzeichnisse der angrenzenden Kreisstände bestimmt werden. Hier ergeben sich Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen. Da die Arbeit von Höpel eher strukturgeschichtlich orientiert ist, bleibt eine Prosopographie der in den hohenzollernschen Fürstentümern nachweisbaren Emigranten ein Desiderat. Auch ein Abgleich mit den Emigrantenlisten der Hochstifte Würzburg und Eichstätt, der Deutschordens-Ballei Franken, der fränkischen Ritterschaften und Grafschaften und der Reichsstädte Nürnberg, Rothenburg und Schweinfurt könnte zu einer Vervollständigung der Untersuchung über die Emigranten der Französischen Revolution in Hochstift und Diözese Bamberg beitragen.

Den Revolutionsemigranten ist in der fränkischen Regionalgeschichtsschreibung im Zusammenhang mit dem Sujet vom Ende des Alten Reiches im Allgemeinen und der Säkularisation im Besonderen zu Unrecht nur wenig Aufmerksamkeit gewid-

met worden. Die Emigrantenpolitik der Fürstbischöfe Erthal und Buseck zwischen 1792 und 1802 war nicht nur ein bedeutendes Element ihrer Kreis- und Reichspolitik, sondern auch ein wichtiger Faktor im Kontext ihrer Haltung zu Revolution und Reichskrieg. Doch hatte die Emigrationsproblematik nicht nur eine im weitesten Sinne diplomatiehistorische Dimension. Auch Verwaltungs- und Herrschaftsstrukturen in der Endphase des Hochstifts Bamberg lassen sich anhand des Umgangs mit den Emigranten veranschaulichen. Aus sozialhistorischer Perspektive hat sich insbesondere die Untersuchung von Akkulturationsprozessen, sozialen Beziehungen und der Wahrnehmung der Emigranten als aussagekräftig erwiesen.

Das oft vermittelte Bild vom konterrevolutionären Revolutionsemigranten, der sich durch „*Stolz*“, „*Verschwendung*“ und „*Sittenlosigkeit*“ auszeichnete,<sup>436</sup> muss auf jeden Fall um die in dieser Arbeit dargestellten Aspekte erweitert bzw. ergänzt werden.

436 Wie Anm. 4.



## 10. Prosopographie

Zu der auf den folgenden Seiten befindlichen tabellarischen Prosopographie der Emigranten der Französischen Revolution in Hochstift und Diözese Bamberg sind einige erklärende Bemerkungen vor auszuschicken.

Bezüglich der Namen der Emigranten werden alle in den Bamberger Quellen vorhandenen Varianten aufgeführt. Es hat sich gezeigt, dass in den Akten häufig unterschiedliche Schreibweisen der meist französischen Namen auftauchen. Dieser Umstand führte zu einer Reihe von Namensdopplungen in der Prosopographie von Wühr. Wo es möglich und ersichtlich war, wurden diese Doppelnennungen aufgelöst. Natürlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass trotz dieser Berichtigung Dopplungen im Einzelfall fortbestehen. Um die Nachvollziehbarkeit der Prosopographie zu gewährleisten, wird auf die konkordanten Nummern in den Namenverzeichnissen von Wühr und Wachter verwiesen. Neben den Namen der Emigranten werden die jeweils mitreisenden Personen, zumeist nur zahlenmäßig, angegeben.

Hinsichtlich des Geburts- bzw. Herkunftsortes ist festzustellen, dass bei vielen Emigranten keine oder nur unklare Angaben in den Quellen zu finden sind. Zwar konnten mittels Zuhilfenahme anderer prosopographischer Werke und Forschungstexte ergänzende Informationen zu biographischen Daten gewonnen werden, doch blieben dies Einzelfälle. Bei Emigranten aus Frankreich, deren genauer Geburts- oder Herkunftsort nicht bekannt ist, wird diese Rubrik mit einem „F“ (Frankreich) gekennzeichnet.

Alle Angaben bezüglich des Alters der Emigranten, die aus den archivalischen Quellen bzw. der erweiterten Recherche in anderen biographischen Nachschlagewerken gewonnen werden konnten, sind in die vorliegende Prosopographie eingegangen (s. Kapitel 5.3.4). Oft ist nur bekannt, in welchem Lebensjahr die Emigranten im Hochstift Bamberg verstarben. Seltener finden sich Angaben zum Lebensalter bei ihrer Ankunft. Mit der kombinierten Suche in verschiedenen prosopographischen Verzeichnissen konnten in einigen Fällen die Geburtsdaten eruiert werden.

In die Rubrik „Weihegrad, kirchlicher Rang, Orden bzw. Beruf“ wurden alle verfügbaren Informationen zum Stand der Emigranten eingefügt. Besonders bei prominenten und hochrangigen Vertretern des Klerus werden auch Angaben zu früheren Ämtern und Tätigkeiten aufgelistet. Bei Adligen und Angehörigen des

Dritten Standes werden alle bekannten Berufsbezeichnungen aufgeführt. In vielen Fällen beziehen sich diese auf die Erwerbstätigkeit in der Emigration.

Die für die vorliegende Untersuchung vielleicht wesentlichste Rubrik ist „Aufenthalt und Tätigkeit“ der Emigranten während ihrer Zeit in Bamberg. Stichpunktartig werden hier wichtige Stationen der Emigranten aufgeführt, etwa Ankunfts- und Abreisedatum sowie konkrete Angaben zu ihrer Tätigkeit. Bei den Emigranten, die nur kurze Zeit in Bamberg blieben, werden Angaben zu ihrem nächsten Emigrationsziel gemacht, sofern es bekannt ist.

Bei insgesamt 36 Emigranten sind nur der Name und das Ankunftsdatum in Bamberg aus den Quellen zu erschließen. Die eigentlichen Aktenstücke fehlen (s. Kapitel 1.3.2). In der Prosopographie wird dieser Umstand mit „Akt verloren“ vermerkt.

Von drei Emigrantengruppen bzw. zwei Einzelpersonen liegen keine Namensangaben vor. Lediglich Personenzahl und Aufenthaltsort sind bekannt. Sie werden daher in einer eigenen Tabelle unter „Personen ohne namentliche Nennung“ aufgelistet.

Nr.	Name, Vorname	Nr. bei Wächter	Nr. bei Wühr	Geburts-/ Herkunftsart	Alter	Weihegrad, kirchlicher Rang, Orden bzw. Beruf	Aufenthalt und Tätigkeit	Todesjahr und -ort
1	Adam	--	9			Pfarrer	1796 Aufenthalt in Mistendorf (Ant Memmelsdorf)	
2	Aubert, Jean Louis	--	148	F		Priester	11. Juli 1796 Erlaubnis für Bamberg, weil eigenes Vermögen	
3	Aumont, Philippe Aug.	--	177	Quettivière, D. Lisieux		Priester, Pfarrer	20. April 1795 Reisegeld in Bamberg, 1801 seit 6 Jahren in Erlangen	
4	Baillet, Michael (Boilet)	361	477			Priester	1795 Kommorant in Bamberg, Aufenthalt in Kloster Michelfeld wegen ärztlich attestierter Krankheit	+1795 in Bamberg gestorben
5	Barbelenet	--	230	Besançon		Priester, Professor der Rhetorik am Collegium in Besançon	Ab Juli 1793 (März 1794) Aufenthalt in Erlangen zusammen mit dem Bischof von Lisieux, liest dort Messe; Bitte um Reisegeld nach Brüssel	
6	Bazonner, Pierre François	--	299			Priester	Erst Schwabach 1796, dann von Neresheim (Benediktinerabt) nach Bamberg	
7	Bedour, Amadeus (Bedoier)	--	324	Avignon		Kapuziner	Gesuch in Bamberg 5. Mai 1794, Aufenthalt 8-10 Tage, Bitte um Reisegeld, 12. Mai bleibt einige Tage wegen Krankheit, erhält am 16. Mai Reisegeld	
8	Le Begue	--	--			Kleriker	1797 Bamberg (Akt verloren)	
9	Bernier, Francisus	712	380	Paris	+60-jährig	Canonicus, non presbyter		+13. Dez. 1795 in Bamberg, vom Schlag getroffen
10	Bezawowsky	--	--				21. Sept. 1797 Erlaubnis in Bamberg	



11	Blaise, Antoin	–	446	F		Zisterzienser	14. Nov./3. Dez. 1799 keine Erlaubnis für Bamberg, 6. Dez. 1799 erneutes Gesuch aus Langheim bis er ins Kloster Schöntal (Oberpfalz) kann oder wenigstens bis zum Frühjahr 1800
12	Bonne, Nicolaus	–	–	Luxemburg			27. März 1795 Ansuchen an Rat Schellenberger
13	Bonnier	–	522	F		Nonne	13. Okt. 1796 Aufenthaltssverweigerung in Bamberg schonend eröffnen
14	Boulanger, Louis	–	560?	Plaupy, D. Boulogne		Benediktiner	Bis 1796 Mallersdorf, dann Bamberg 1796 (Akt verloren)
15	Bourcière	–	573	F		Priester, Pfarrer	5. Mai 1799 Bitte um Aufenthaltserlaubnis oder Empfehlungsschreiben, empfängt nur 2 Taler Reisegeld
16	Boutroue, Augustin Gregor	1018	599	D. Chartres		Professor, Diakon	1798 in Bamberg (Akt verloren), Kommorant in Bamberg, 26. Mai 1801 Bitte um Priesterweihe, in Eichstätt geweiht
17	Bouvet	–	–			Kleriker	1797 Bamberg (Akt verloren)
18	Bracq, Coelestin	– (1028)	– (617)	Valenciennes		Franziskaner	12. Nov. 1794 Celebret für Erlangen
19	du Bracy	– (1028)	– (617)	F		Priester	6. Mai 1799 Aufenthalt in Bamberg nach direkter Bitte des Generalvikars von Sees (oder Sens?) (Akt verloren) – <i>nicht</i> identisch mit Nr. 18!
20	Brandiscourt, Karlmann (Brandicomit)	1045	620	F		Priester	1795 Kommorant im Deutschen Haus zu Nürnberg, 9. Februar 1795 Approbation aus Bamberg

21	Brassard, Daniel	1052	621				Franziskaner	Kommorant in Stafelstein, Mai 1795 Approbation	
22	Le Brunn	--	684				Priester	1797 Bamberg (Akt verloren)	
23	Cadart	--	730?				Priester	1796 Bamberg (Akt verloren)	
24	Callard, Spiridon	1333	742				Guardian des Franziskanerkonvents in Bethanien (Artois)	Kommorant in Kronach, Jan. 1796 Gefangenenseelsorger auf der Veste Rosenberg	
25	Camus, Jean Claude François	1338	751			D. Rouen	Pfarrer von St. Stephan in Bouconwilliers		+25. März 1796, Krankenhaus Bamberg
26	de Camus, Jean Denis	--	752			Nancy	Generalvikar von Nancy	1798 in München, ab 1800 in Nürnberg, beerdigt Erzbischof Leysin (Nr. 132) in Herzogenaurach 1801	
27	Capet	--	--				Priester	Bamberg 1796 (Akt verloren)	
28	Caron, Louis Nic.	--	778			D. Amiens	Theologe	In Stafelsteinach, 20. Juli 1795 Bitte um Subdiakonenweihe, 6. Sept. Zeugnis über bestandenes theol. Examen in Bamberg, Priesterweihe, ab 1796 in Kulmbach	
29	Castillard, François Hyac.	--	799			Custines, D. Metz	Pfarrer	15. März 1794 Kloster-Michelfeld, 14. Nov. 1797 Erlaubnis auf unbestimmte Zeit, 29. Dez. 1797 Abreise	
30	Caudron, Adr.	--	808			F	Priester	2. Jan. 1797 Gesuch für Ludwigschorgast, 15. Jan. 1797 bis Mitte April genehmigt	
31	Chantilloup, Jean Pierre (Gandeloupe)	2912	882			D. Bordeaux	Domherr und Generalvikar von Bordeaux	1798 Ansuchen für weiteren Aufenthalt in Kloster Banz (Akt verloren), Oktober 1799 Kommorant in Stafelstein mit Celebret ab November, darf wegen Krankheit im Zimmer zelebrieren	

32	Chanzy, Jean B. (mit Magd und geistlichem Bruder Jac. Chanzy)	--	884	F				8. Okt. 1796 Erlaubnis für Bamberg oder Hochstift, wenn er sich aus eigenen Mitteln finanziert, 12. Nov. 1797 verlängert	
33	Chartier, Joseph	1355	905	D. St. Malo		Vikar		25. Feb. 1796 Seelsorge in Kronach	Ende März od. Anfang April 1796 in Kronach
34	de Clermont- Tonnière (Tonnierre), Anne-Antoine Jules (Duc) (mit zwei Geistlichen)	--	1001	Paris/ Châlons-s.-M.	geb. 1749	Bischof von Châlons-s.- M. und ehemaliger Generalvikar in Besançon		5. Jan. 1801 in Herrieden Durchführung einer Priesterweihe, danach Ansbach, 5. Feb. 1806 Erlaubnis für Erlangen oder in Fsm. Bayreuth	
35	Colan	--	1028	F		Priester		24. Sept. 1796 Erlaubnis für Hadslach	
36	Collignon	1371	1029			Priester		Kommorant und Seelsorger in Bayreuth, Sept. 1797 Approbation	
37	de Constantin, weitere Angehörige	--	1081					28. März 1799 Gesuch aus Nürnberg um Aufnahme in Bamberg abgelehnt (mit Erzbischof Leyssin), weiter in Nürnberg	
38	Copriaux (Copriaux)	--	1092			Priester		1796 in Bamberg (Akt verloren)	
39	Corbeaux, Joseph (Corbeau)	--	1098	D. Cambrai		Priester		Seit 1795 in Neudorf (Gem. Motschenbach), 25. Okt. 1796 Bewohner in Neudorf Bitten um Genehmigung zum Messelesen, trotz schwerer Bedenken Aufenthalt bis April 1797 gestattet, 16. März 1797 Verlängerung für die Gemeinde Motschenbach wegen Krankheit	

40	Courtin	1373	1154	F		Priester	1795 Kommorant im Deutschen Haus zu Nürnberg, 9. Februar 1795 Approbation aus Bamberg	
41	Courtivron, Antoine Nicolas, Marquis de (mit Sohn und Diener)	--	1155		geb. 1753		30. Jan. 1797 Erlaubnis in München, 11. Nov. 1798 unbegrenzte Erlaubnis in Bamberg, da „wohlbekannter Mann“, verwandt mit Clemon-Tomère (Nr. 34)	
42	Croisier, Elisabeth (und eine weitere Nonne)	--	1176	Lüttich		Klarisse	Bitte des Lütticher FB um Aufnahme aus Erfurt, 17. Sept. 1798 Erlaubnis bei den Bamberger Klässen	
43	de Custine, Theod. Franç., Comte de Wiltz (Wils) (mit Dienerin)	--	1201	Luxemburg	80-jährig		18. Sept. 1797 Gesuch seines Verwandten in Bamberg, 26. Sept. 1797 Erlaubnis für Bamberg, nach Ableben Testamentstreitigkeiten im Nov. 1799	+26. Okt. 1799 mit Testament und reicher Hinterlassenschaft in Bamberg
44	Cuvelier, Alex.	--	1202			Benediktiner	1799 will Aufenthalt in Kloster Banz (Akt verloren)	
45	Degrave, Joh. Franziskus	1438	1281	Pr. Artois	+33-jährig	Dominikanerpriester		+6. April 1797 Krankenhaus Bamberg
46	Dejouy	--	1292			Priester	1796 Bamberg (Akt verloren)	
47	Delannoy, Pierre Franç. Joh.	--	1299	D. Tournai		Priester	5. Okt. 1796 seit einem Jahr in Leiterbach, 17. Okt 1796 vor Franzosen nach Bamberg geflohen	
48	Delannoy	--	--	F		Nonne	13. Okt. 1796 Aufenthaltsverweigerung in Bamberg schonend eröffnen	
49	Delavalette, Marquis (Frau, 4 Kinder, Verwandten, Dienern)	--	1307 (4378)	Brabant?		Offizier, diente in der Armee des Prince de Condé, 1. Kompanie, Nobles à pied	29. Sept. 1796 Gesuch in Bamberg, 11. Okt. 1796 genehmigt, da Reichsangehöriger, ab 1798 in München	

50	Delbarre, Robert	--	1309	Kloster Honnecourt, D. Cambrai Paris		Benediktiner	1796 Bamberg (Akt verloren), ab 1796 Kerchenbach (Kersbach?)	
51	Demarest, Nic. Em. (Desnarets)	--	1331			Curé	6. Okt. 1796 Erlaubnis, 17. Dez. 1797 erst 2 Jahre in Rothenkirchen (D. Bamberg) dann zurück nach Frankreich, ab 1798 Bayern	
52	Deroose	--	1366	Nancy		Pfarrer	15. Juni 1800 Aufenthaltsgesuch in Bamberg trotz eigenen Vermögens abgelehnt	
53	Derosne, Louis Marie	1481	1367	Montsaugon (Haute-Marne)	+49-jährig	Priester, Kanoniker	23. Juli 1796 Litzendorf, im August 1796 nach Redwitz, 11. Sept. 1796 in Zettlitz	+27. Feb. 1801 Krankenhaus Bamberg
54	Desgranges, Joseph	1484	1383	D. Le Puy	geb. 1741, +70-jährig	Generalvikar von Le Puy	Kommorant in Schillingsturm, 3. Juni 1806 Approbation erst von Würzburg, 1809 von Bamberg	+25. Feb. 1811 Wolsau, in Schillingsturm begraben
55	Desiderius, Phil.	--	1384	Bertrange, D. Metz		Pfarrer	26. Nov. 1795 seit 2 Jahren in Aschaffenburg, 1797 in Bamberg (Akt verloren)	
56	Desiré, François	--	1386	Arras		Franziskaner	28. Okt. 1796 von Bamberg kommend, seit einigen Tagen krank in Kulmbach	
57	Devé, Johann Baptist (Deve)	--	1419	Saarlautern, D. Trier		Augustiner	23. Sept. 1798 Erlaubnis für Bamberg, bis Gepäck aus Aschaffenburg nachkommt	
58	Doignon, René Pierre	1671	1467	St.-Etienne im Dep. Des deux Sèvres		Priester	Kommorant in Erlangen, 20. Juli 1804 gibt in Ansbach Sprachunterricht, 1812 Heirat mit einer Protestantin in Ansbach	
59	de Dompierre, Xav. Stanis. Theod. Comte du Harcourt	--	1474	Paris		Offizier, Malteserritter	4. Okt. 1798 Erlaubnis für Tabakfabrik in Vilseck, 18. Aug. 1803 heiratet Einheimische, 30. Apr. 1804 weitere Erlaubnis	

60	de Dreux, Jean	--	1499	Neuburg (Elsass)		Abt	23. Juli 1796 in Kulmbach, 28. Okt. 1796 dort ohne Erlaubnis
61	Dronéau, Pierre (Dionéau)	--	1506	F		Priester	10. Nov. 1795 seit 1 Jahr in Miltenberg, 30. Okt. 1796 Erlaubnis in Bamberg als Hauslehrer bei Frh. von Münster und Messelesen
62	Drouart	--	--	F		Priester	Ansuchen für Kloster Banz, 6. Okt. 1796 noch nicht abschließend entschieden
63	Duchesne, Jean Marie (Duches)	--	1533	Reims		Augustiner	21. Nov. 1794 Gesuch in Bamberg abgelehnt, erhält Reisegeld. 13. Dez. 1796 Gesuch in Augsburg, dann in Mering
64	Dudomaine	--	1540			Priester	29. Nov. 1794 Unterstützung für den in Zell aufgenommenen Kranken
65	Dupas, François	--	1577	Kloster Honnecourt, D. Cambrai		Benediktiner	Seit Mitte 1795 in Kloster Michaelsberg, 29. Okt. 1796 Gesuch mit seinem Prior Forrière im Kloster Michelfeld, 24. Nov. 1796 bis max. Mai 1797 genehmigt, bis mind. 30. Dez. 1799 dort
66	Duttröit, François Xavier			D. Tournai		Vikar von St. Katharina in Flandern	Auf dem Weg nach Prag zu seinem (ebenfalls emigrierten?) Bischof Fußverletzung, Unterkunft bei den Kapuzinern, 18. Okt. 1794 Bitte um Aufnahme ins Krankenhaus wird entsprochen
67	d'Egriecourt, Charles (D'égriecourt, Egričovit)	--	1630	Epinoy, D. Cambrai		Vikar	23. Okt. 1794 Gesuch um Aufenthalt mit Pfarrer F. Marchant (Nr. 138), 21. Nov. 1794 nach Untersuchung seiner Erkrankung und Wirtschaftslage Erlaubnis in Bamberg, 29. Okt. 1796 weitere Erlaubnis, da Gastgeber für ihn aufkommen

68	Eingehard, Pierre (Enguehard)	2045	1645	F		+50-jährig	Pfarrer	26. Sept. 1796 Erlaubnis für Teuschnitz bei Finanzierung durch dortige Bürgerschaft	+29. Jan. 1800 in Teuschnitz
69	Emmanuel	–	1638	Namur			Unbeschuhter Karmeliter	D. Eichstädt, 3. Dez. 1799 Aufenthalt in Bamberg abgelehnt	
70	Ernult, Jacques Joh.	–	–	Giel, D. Sees			Pfarrer	1796 in Wiesenthau	
71	L'Etienne	–	1673				Kleriker	Bamberg 1799 (Akt verloren)	
72	de Fabry, Raymond (de Fabris)	2344	1686	Agen, D. St-Omer	geb. 1750		Generalvikar von St-Omer	Kommorant in Bayreuth, 8. Nov. 1796 Celebret für die Diözese, hält sich in Bayreuth bei Graf Brockdorf auf	
73	Farvacque, Joseph. Aug.	2354	–				Priester	1795 Kommorant in Kronach, April 1796 Vertreter des Priesters Legrand zur Pastoration der Kriegsgefangenen	
74	Faubel, Anton (Fauble)	2356	1701	Amiens	+82-jährig		Priester, Pfarrer	Ab 10. Okt. 1796 krank in Bamberg, 3. Feb. 1797 Armenkommission und Spitäler tragen seine Kurhauskosten	+21. Aug. 1798 (St. Martin), begraben im Kirchhof außerhalb der Stadt
75	Favequenberge, Andreas Benedikt	2365	1710				Priester, Dekan	1795 Kommorant in Stafelstein	
76	Le Febure, Baron de St. Ildephons ?	–	1718?					1798 Bamberg (Akt verloren)	
77	Feron, Pierre	–	1740	Etreville, D. Bayeux			Vikar	26. Okt. 1794 will einige Monate in Erlangen verbringen, 20. Apr. 1796 in Bamberg abgelehnt, erhält Reisegeld	
78	Ferron de la Ferrouays, Jules-Basile	–	1746	Nantes/Liseux	geb. 1735		Bischof von Liseux, ehemaliger Bischof von Saint-Brieuc	Erst in Solothurn, 2. Juli 1793 Bamberger Celebret für Erlangen zusammen mit Barbenet (Nr. 5), ab 1798 in Bayern, stirbt 1799 in München	

79	Fix, J.G.	--	1780	Strasbourg		Priester	28. Nov. 1796 Gesuch um 3-4 Monate in Bamberg, vom Bischof der Regierung überlassen	
80	Flament, Jean Franç.	2517	1786	D. Boulogne		Priester, Pfarrer	1795 Kommoant in Kronach, ab Nov. 1795 für die Seelsorge der dortigen Emigranten vorgesehen	
81	Fleury	--	1793	F		Priester	10. Okt. 1796 Gesuch aus Langheim um Aufenthalt in Staßfurt abgelehnt	
82	Forest, Victor		--	Reims		Theologiestudent	1796 in Goschberg (Gosberg)	
83	Forriere, Placidus	--	1824	Honnecourt, D. Cambrai	56jährig	Benediktinerprior	Seit Mitte 1795 Aufenthalt in Kloster Michaelsberg, 24. Nov. 1796 Erlaubnis in Michelfeld bis max. Mai 1795 mit seinem Begleiter Dupas (Nr. 65)	
84	Fortumeau	--	1825	F		Priester	13. Okt. 1796 Gesuch für Bamberg abgelehnt	
85	Frankin, Andreas	2643	1843	Herzogtum Limburg		Franziskaner, Guardian	16. Nov. 1794 Erlaubnis im Kloster zu Bamberg, Jan. 1795 als Vertreter des Kuraten Hof für die Kriegsgefangenen nach Forchheim, Aug. 1795 zur Seelsorge der Gefangenen	
86	Fromant (Froment)	--	1883	D. Boulogne		Priester	1796 in Bamberg (Akt verloren), ab 11. Okt. 1798 in Passau	
87	de Gachmann	--	1903			Kleriker	1797 in Bamberg (Akt verloren)	
88	Ganteloup (2 Brüder)	--	1929	Brabant			23. Juli 1796 von Bamberg nach Kulmbach	
89	de Garcin	--	1931	Kaufmann aus Avignon			Seit Sept. 1793 in Erlangen, 17. Aug. 1795 will Seidenstoffe und Lehnstühle durch Lotterie in Bamberg veräußern, 24. Aug. 1795 angelehnt	



90	Gauttier, M.J.	--	1960	Mezerolle		Priester	Ernannt zum Titularbischof von Joppe (Jaffa), 8. Dez. 1801 Bitte um Bischofsweihe in Bamberg, aus „politischen und kanonischen Hindernissen“ abgelehnt, Aufenthalt nur bei Eigenvermögen	
91	Gley, Gérard	--	2054	Gérardner (Elsass)		Priester	Ende 1793 nach Bamberg, hier Hauslehrer, 14. Juli 1795 Ernennung zum Professor der Sprachen, ab Juli 1795 Herausgeber der <i>Bamberger Zeitung</i> , ab 1806 nach Polen; s. Haupttext Kapitel 6.4	
92	Godéchal, Ludwig Franz	3155	2067			Priester, Dekan	1795 Kommorant in Saßfelstein, dort Emigrantenseelsorger	
93	Gochmann (Goehmann, Goetzmann)	--	2075?	D. Amiens?			1797 Bamberg (Akt verloren)	
94	Gosse, Bernhard	--	2086			Benediktiner	1799 Bamberg (Akt verloren)	
95	de Goullon, Joseph Xav. Guil. (mit Frau, Sohn, Schwiegermutter)	--	2096	Metz		Offizier	28. Okt. 1799 Gesuch um Galanteriehandlung in Bamberg abgelehnt, 1. Aug. 1801: seit Nov. 1796 in Bayreuth, Ende Juli 1802 nach Frankreich zurück	
96	Harff (mind. mit 2 Söhnen)	--	--	Oberrhein		Reichsritter	Kommt 1793 nach Bamberg (mit Gérard Gley als Hofmeister)	
97	d'Hauterive, François	--	2252	Metz/ Lüttich		Theologie-Professor	1794 Konnersreuth, sucht Verwendung an Hochschule, 21. Juni 1796 Erlaubnis in Langheim auf Empfehlung des Lütticher Bischofs	
98	Hebert, I. F.	--	2262	F		Priester	20. Nov. 1796 Zulassung für Winter in Ebersfeld überlässt der FB der Regierung	

99	Hebert, P.	--	2263	F			Priester	20. Nov. 1796 Zulassung für Winter in Ebensfeld überlässt der FB der Regierung	
100	Hénon, Jean Ponce (Henoncar)	--	--	Reims			Domherr	1796 in Goschberg (Gosberg?), 1802 zurück nach Reims	
101	Hermant, Alexius	--	2299	F			Kleriker	6. Okt. 1796 Erlaubnis im Hochstift Bamberg gegen Bürgerschaft einer Gemeinde	
102	Hertin, Pierre F. (Herlin)	--	2303	Epinoy			Eisenhändler, Galanteriewarenhändler	Seit 2. Aug. 1798 in Bamberg, 10. Mai 1800 Gesuch um Galanteriehandlung in Bamberg und Gesuch um Bürgerschutz abgelehnt, 15. Mai 1801 kleines und großes Bürgerrecht, verheiratet mit Katharina Hummelin	
103	Heu, Cosmas	--	2306					1796 in Bamberg	
104	Heu, Damian (Adrian)	--	2307					1797 in Bamberg (Akt verloren)	
105	Hoff, Peter	4430	2331	Nassau-Saarbrücken, Berndorf			Kaplan	24. März 1794 Erlaubnis in Bamberg, Emigrantenseelsorge in Erlangen und Forchheim, 18. Jan. 1795 krank, 9. Sept. 1795 in die Heimat zurück	
106	L'Homme, Mich.	--	2343	Sernaise D. Chartres			Pfarrer	2. Okt. 1794 in Spalt (Eichstätt), 1. Dez. 1796 Gesuch um Aufenthalt in Amlingstadt überlässt der FB der Regierung, 12. Nov. 1797 Verlängerung bis Frühjahr wegen Erkrankung	
107	Humbourg	--	2381	F			Priester	27. Nov. 1794 als Feldkaplan zugunsten eines einheimischen Mitbewerbers abgelehnt	

108	Hurel	--	2387	F		Priester	10. Okt. 1796 Gesuch aus Langheim um Aufenthalt in Staßfurt abgelehnt	
109	Jean	--	2426	F		Kleriker	21. Nov. 1794 Aufenthalt in Bamberg verweigert, erhält Reisegeld.	
110	Jonghes, François	--	2451			Benediktiner	2. Apr. 1800 Dimissionen für Priesterweihe in Eichstätt. Nov. 1809 Bamberger Approbation, im f. Priesterseminar Wolsau	
111	Joubert, Julianus Petrus	--	--	Contre		Kaplan	1796 in Forchheim	
112	Koppin, Franz Urban, Frh. v. (Coppin)	5537	2522	Lüttich	+78-jährig, geb. 10. Sept. 1764	Diakon seit 12. Nov. 1789, Domherr in Lüttich	1794 nach Bamberg, Französischlehrer am Gymnasium Bamberg von 1809 bis 1838, 1833 Urlaub für Kurreise nach Wiesbaden beantragt	+4. März 1842 in Bamberg
113	Koppin, Joh. Augustin, Frh. von (Coppin)	5538	2523	St. Quentin, geb. in Castro Achesne (D. Lüttich)	+68 Jahre	Priester, Kanonikus in Ciney (Hochstift Lüttich)	Onkel des Vorhergehenden; Wohnhaft in Kloster Langheim	+13. Mai 1795 in Kloster Langheim, Grab im Kreuzgang des Domes
114	Labbe, Placidus	--	2543	Kloster Honnecourt, D. Cambrai		Benediktiner	1796 in Bamberg (Akt verloren), 1796 in Kerchenbach (Kersbach?)	
115	de Labre, Ch. Félix	--	2545	D. Lüttich			2. Aug. 1798 darf in Bamberg mit Galanteriewaren hausieren, 19. Juni 1800 Gesuch um Galanterie-warenladen abgelehnt	
116	de Laine, Charles	--	2576			Priester	1799 in Stadtsteinach (Akt verloren)	
117	Lamour, Pétrus		--	Reims		Kaplan	1796 in Goschberg (Gosberg?)	
118	le Lanc	--	2612				1797 in Bamberg (Akt verloren)	

119	Lancelin, Thomas	--	2615				Sekretär	Anfang 1802 Besuch um Verlängerung bis April 1802 in Bamberg	
120	Langlois, Karl Franz (Langlais)	5945	2627				Dominikaner, Professor	Kommorant in Bayreuth, 13. Dez. 1802 Celebret für Bayreuth trotz zunächst ungünstiger Beurteilung durch dortigen Kuraten, bereits 15 Jahre in Bayreuth (?)	
121	le Lam, Alex.	--	2633	F			Unbeschulter Karmeliter	28.10.1796 Pfarrer von Stübig lässt ihn überwintern	
122	Leblanc, Eugenius	5990	2703	Bethania (Prov. Artois)			Franziskanerguardian in Namur und Vikar in Gisors	Kommorant in Kronach, Aug. 1795 Gefangenseelsorger auf der Veste Rosenberg als Nachfolger von Rotholz (Nr. 180)	+Aug. 1796 in Kronach
123	Le Cointe, Noël Jean	5996	1027	Salaise (Normandie)	geb. 1759, +54-jährig		Kleriker seit 1786	15. Okt. 1796 Erlaubnis in Kronach auf Fursprache des Holkriegsrats Titus, 1807 Geistlicher und Professor am Gymnasium Bamberg	+31. Okt. 1813 in Bamberg
124	Lefivre, Ludwig	--	--	D. St-Omer			Kaplan	Ende Dezember 1796 in Forchheim	
125	Legaigneur	--	2730				Priester	1799 Besuch für Staffelnstein (Akt verloren)	
126	Legougeux, Sebastian	--	2089	F			Kleriker	5. Okt. 1796 Erlaubnis für Kronach wegen Krankheit und gutem Betragen	
127	Legrand, Joh. Philipp	6003	2113	F	+36-jährig		Priester	7. Apr. 1796 Kronach, 1. Dez. 1796 Verlängerung bis April 1797, März 1797 Erlaubnis zum Messelesen, Schlossgeistlicher in Redwitz und Weißenbrunn	+20. Febr. 1801 in Kronach
128	Lejorain	--	2749?	F			Priester	21. Nov. 1794 Aufenthalt in Bamberg verweigert, erhält Reisegeld.	

129	Letellier, Pierre	6100	2794	natus in parochia Saint-monvieu in dioecesi Constantiensi (D. Konstanz)	+ 35-jährig	Priester, Vikar in Montenay (D. Le Mans)			+30. Aug. 1795 im Krankenhaus Bamberg, liegt im Kirchhof der Oberen Pfarre begraben
130	Letourgès, Bernard	--	2798	F		Priester		6. Okt. 1796 Erlaubnis im Hochstift Bamberg gegen Bürgschaft einer Gemeinde	
131	Levisse (Levisse)	--	2811			Priester		1796/99 im Hochstift Bamberg (Akt verloren)	
132	Leyssin (Leyssin), Pierre Louis de	6130	2814	D. Embrun	geb. 1722 +79-jährig	Erzbischof von Embrun, Fürst des römischen Reiches, Priester und ehem. Generalvikar von Troyes, Ehrenkanonikus von St. Peter in Vienne		Zunächst in Fribourg und Lausanne. 28. März 1799 Gesuch aus Nürnberg nach Bamberg, 3. Apr. 1799 Gesuch abgelehnt, da zu großes Gefolge, trotz Erlaubnis für Bayern in Nürnberg geblieben	+26. Aug. 1801 zu Nürnberg im 34. Jahr seines Episkopats, beerdigt in Herzogenaurach am 27. Okt. 1801 durch Jean Denis de Camus, ehem. Generalvikar von Nancy
133	Libresalle, Joseph (Libersalle, Lieberfall)	6132	2818?			Priester		Kommorant in Nürnberg, Feb. 1796 Approbation, bei Bischof Perreau in Nürnberg, 20. März 1798 Approbation	
134	Liberfalle, Jacobus	--	--	D. Arras		Spitalskaplan		1796 in Forchheim	
135	de Linar	--	2833			Kommandeur		1799 will in Bamberg bleiben mit Erzbischof Leyssin (Akt verloren)	
136	Luçon, Renatus (Lucon)	6322	2891	Moulicent, D. Chartres		Vikar		Kommorant in Neuhaus, Nov. 1794 Erlaubnis Messe zu lesen, 29. Okt. 1796 Celebret für die Pfarrikirche Neuhaus, noch Sept. 1796 Finstermühle (Auerbach); legt 4 Empfehlungsschreiben vor	

137	Major, Anton (mit 16 Pers. Familie und Gefolge)	--	--	Montichet, Kanton Bern, Schweiz			Gesuch in Bamberg 16. Juli 1801	
138	Marchand, Felix (Marchant)	6413	2984	Déspinoit, D. Cambrai		Priester, Pfarrer	23. Oktober 1794 Gesuch an FB um krankheitsbedingten Aufenthalt, 1802 Kommorant in Bamberg 1798 in Bamberg (Akt verloren)	
139	Marchant, Jean François Joseph	--	2985	Österreichische Niederlande (Tournai?)	geb. 1743	Prämonstratenser		
140	Maria Aloysia von Heilgabriel und 4 weitere Nonnen	--	--	Blankenheim (Eifel)		Nonnen	Aus Prag kommend am 24. Juni 1796 Gesuch um Aufnahme in ein Bamberger Nonnenkloster, 27. Juni Erlaubnis, wenn sich jemand bereit erklärt	
141	Masne	6483	3039			Priester	1795 und 1796 Kommorant in Kronach	
142	Menard, François	--	3101	Châlons-s.-M.		Kollegeleiter in Châlons- s.-M.	26. Nov. 1798 Erlaubnis 7 Wochen in Bamberg, mit Empfehlungsschreiben seines Generalvikars, theologischer Schriftsteller, 1798 will in Bamberg ein Buch drucken lassen (Akt verloren)	
143	Meron	--	--	F			9. Dez. 1795 Celebret für Bayreuth	
144	Mesnil (du Mesnil)	--	3133	D. Trier		Priester	18. Nov. 1797 unbegrenzter Aufenthalt in Bamberg	
145	Meurillon, Bruno	--	3141	F		Kleriker	15. Jan. 1797 Erlaubnis in Marktschorgast bis Mitte April 1797	
146	de Michon	--	3154	Grenoble		Malteserpriester	9. November 1795 Celebret für Bayreuth, ab 5. Oktober 1796 dort als Sprachlehrer tätig	
147	Millot	--	3167			Krämer	1796 in Bamberg (Akt verloren)	
148	du Miny, Alexander Viktor	1815	3174	Amiens		Priester ehem. Pfarrer von St. Michel in Amiens	1797 Kommorant in Bayreuth, ab 24. Aug. 1794 in Bayreuth	

149	Mondoy, Joh. Baptist (Mondet de Beaujours)	6759	—	D. Limoges		Priester, Kanoniker bei St. Peter, Dorat (Auvergne)	Kommorant in Erlangen, Hofmeister der Brüder Montbel und Lehrer der französischen Sprache, in Erlangen immatrikuliert 16. Nov. 1792, darf Messe lesen	
150	Mongel	—	(3193?)	F		Priester	9. Dez. 1795 Celebret für Bayreuth	
151	de Montmorillon, Saladin Maquis = Davide Montmorillon (Montmerillon), (mit Frau, 3 Kindern, 3 Dienern)	—	3241	Luzinay, Franche- Comté			12. Aug. 1794 seit Dez. 1792 in Erlangen, 26. Aug. 1797 Erlaubnis in Bamberg, empfohlen durch die Markgräfin-Witwe von Bayreuth, lebt von Stickerhandel; 8. Jan. 1798, lebt allerdings mit einer Frau zusammen, deretwegen ihm der Aufenthalt in Bamberg verwehrt wird	
152	Morel, Louis Joseph	6767	3261	Luxeuil-les-Bains (Haute-Saône)	geb. 1761	Priester	18. Juli 1796 Erlaubnis und Celebret für Priesterseminar in Wolsau bei Schillingsfürst aus Würzburg, 28. März 1810 Bamberger Bestätigung, 1812 Verlängerung, 1814 Rückkehr nach Frankreich	
153	Mustiere, Pierre	—	3339	F			21. Nov. 1794 Gesuch in Bamberg abgelehnt, erhält Reisegeld.	
154	Nobel	7158	3376			Priester	1795 Kommorant in Kronach	
155	Oger, Pierre François (Ignaz)	7256	3397	D. Aniens	+77-jährig	Priester, Pfarrer von Fransu und D'houdencourt (Honnecourt?)	Kommorant in Bamberg, wohnt bei Metzgermeister Fick und ist Hofmeister (?) des Gerichtsaktuars in der Wunderburg	+14. Apr. 1796 im Krankenhaus Bamberg
156	Olivier, A. (Olivier)	—	3401	F		Priester	13. Okt. 1796 Aufenthaltsverweigerung in Bamberg schonend eröffnen	
157	de Pape (Oepape)	—	1353	Lambres, D. Boulogne		Pfarrer in Lambres	Ab 1798 in Erlangen, wo er französischen Sprachunterricht erteilt, 15. Juli 1801 Erlaubnis Beichte zu hören	

158	Parent	--	3460	F		Nonne	13. Okt. 1796 Aufenthaltsverweigerung in Bamberg schonend eröffnen	
159	Perreau, Petrus Joseph	7391	3514	D. Besançon/ D. Trier	geb. 1722, +83-jährig	Weihbischof von Trier und Titularbischof von Tricomia (Palästina), ehem. Generalvikar von Enbrun	Kommorant in Nürnberg, 4. Dez. 1801 Erlaubnis, in seinem Hause zu Nürnberg zelebrieren zu dürfen, weil bereits 80-jährig	+30. Jan. 1805 in Nürnberg-Wörth
160	Peter, Georg (Georg, Peter?; Georgius?)	--	3522 (1994?)	Saarlautern		Kapuziner	1798 in Bamberg (Akt verloren)	
161	Pfaff, Gaspard	--	3554	Lothringen		Kapuziner	Bittel Jan. 1792 um Benefizium am Kreuzberg bei Hallstadt, zieht zum Pfarrer von Frensdorf, seinem Neffen, wo er anschließend starb im Priesterseminar Wolfsau verwendet	+1800 in Frensdorf
162	Picamil	--	3571			Priester		
163	Pieron, J. F.	--	3584	Saarebourg		Priester	19. Nov. 1796 Gesuch in Bamberg überlässt FB seiner Regierung	
164	Pillet	7496	3594			Priester	1795 Kommorant in Kronach	
165	Pochon	--	3627	F		Priester	1. Dez. 1796 Gesuch für weiteren Aufenthalt in Amlingstadt überlässt FB seiner Regierung, 12. Nov. 1797 Erlaubnis in Bamberg bis Frühjahr wegen Krankheit und bei wirtschaftlicher Sicherung	
166	Pointier	--	3637			Priester	1796 in Bamberg (Akt verloren)	
167	Portino, Dominic Anton (mit 2 Brüdern)	--	--	Kgr. Sardinien			Seit 1 Jahr durch Deutschland, 12. Juni 1794 Ansuchen um Duldung in hochstädtischem Grenzgebiet abgelehnt	
168	Poterie, Baron von (Porterie, Batterie?)	--	3670				1794 in München, 1796 in Bamberg im Krankenhaus	



169	Puchois, Ambrosius	---	---	F		Karmeliter	1798 Brief an FB um Erlaubnis für Schlüsselau	
170	Quarante, Joh. Baptist	7676	3743	Rothenmacher in Lothringen (D. Metz)	geb. 26. Juli 1755, +76-jährig	ordiniert am 25. März 1780, Pfarrer in Bümmingen, Luxemburg, D. Trier	Pagenlehrer in München und Garnisonslehrer in Amberg, 14. Okt. 1805 Festungspfarer auf dem Rothenberg, 15. Mai 1810 Pfarrer in Schnaid	+9. Juli 1822 im Krankenhaus Bamberg
171	Quiaux	---	3760			Priester	1796 in Bamberg (Akt verloren)	
172	Raison, Adeodatus	---	3780	Artois		Franziskaner	Ab 19. Dez. 1796 beim Pfarrer von Marktschorgast, 2. Jan. 1797 Erlaubnis dort, 21. Okt. 1797 in Kloster Freystadt aufgenommen, danach Ingolstadt und Chan	
173	de Raoult	---	---	Lisle?		Kranellitenprior	Seit 8. Sept. 1796 in Kulmbach, mit eigenem Vermögen	
174	Resahoun (Lesung unsicher)	---	---				1796 in Melkendorf	
175	Revillon, Charles	8035	3855		+29-jährig	Priester		+1. April 1797 in Zeyern
176	Riboudet, François	---	3861	Besançon		Galanteriewarenhändler	29. Dez. 1801 kauft in Bamberg ein Haus und das Bürgerrecht, auch für seine Frau, geb. Wagner aus Würzburg, 19. Juni 1824 als Kunstsammler in Bamberg gestorben; seine Töchter mit v. Pölnitz und Spruner v. Mertz vermählt	+19. Juni 1824 in Bamberg
177	Rifflar	8090	3879			Priester	1795-96 Kommorant in Altenkunstadt	
178	Robert, Anton	---	3898	Avignon		Kapuziner	8. Mai 1794 Gesuch um 8-10 Tage in Bamberg abgelehnt, 16. Mai 1794 erhält Reisegeld, 14. Apr. 1795 Celebret in einem Kloster in Regensburg	

179	Rollez, Nicolaus	--	--	D. Cambrai	Priester	1796 in Forchheim	
180	Rotholz, Anton	8203	3957	D. Metz	Priester, Pfarrer in Burbach (Nassau-Weilburg)	Vertreibung nach Bamberg, wo er sich ab 1794 aufhalten darf, Komorant in Kronach, Jan. 1795 Provisor in Rosenber	starb bald darauf in Kronach 1795
181	Rouffet, Antonius (Rouffert)	--	3962	D. Limoges	Priester, Pfarrer	1796 in Forchheim	
182	Rougé	--	3966	F	Nonne	13. Okt. 1796 Aufenthaltsverweigerung in Bamberg schonend eröffnen	
183	Salorgne, Dominique	8459	4031	D. Toul (Toulon?)	Weltpriester, ehem. Professor der Theologie am bischöflichen Seminar in Santon	Papierapetenhändlers zu Erlangen, 13. Apr. 1801 Bitte an das Bamberger Ordinariat um Umänderung seiner Pflicht des Breviergebets in andere Gebete, ab 1803 Gymnasialprofessor in Amberg mit bayerischem Bürgerrecht	
184	Schemper, Stephan	--	4071	Bitzen, D. Trier	Priester, Kooperator	3. Nov. 1796 kam in Bamberg als Deutscher bleiben	
185	Schlim, Alois	8822	4077	Geb. in Luxemburg, tätig in Cisoigne im französischen Flandern	Priester und Augustiner-Regular-Chorherr	Bei Beerdigung durch die obere Pfarrgeistlichkeit in Bamberg sind 49 französische Geistliche anwesend	+17. Feb. 1796 im Krankenhaus Bamberg
186	Silvin	--	4147	Mons	Kapuziner	8. Nov. 1794 Erlaubnis in Bamberg, weil zuvor in österreichischen Staaten aufgehalten, daher nicht als Emigrant anzusehen	
187	Six, Pierre François	--	4162	D. Tournai	Priester	17. Okt. 1796 Gesuch um Celebret für Leiterbach, mit Delannoy (Nr. 48)	
188	Steuffel, Anton von	--	--	Kloster Siegburg	Benediktiner	5. Nov. 1794 Erlaubnis für Bamberg bis sich die Franzosen von seiner Heimatabtei zurückgezogen hätten	

189	Suxelle, Charles (Sorel)	--	4217	F		Priester	24. Sept. 1796 Erlaubnis für den Winter beim Priester von Tschirn
190	Thiery (Thierry)	10184	4253			Abbé	1798 in Bayreuth mit Celebret, dann Privatlehrer in Coburg, 2. März 1802-1804 dortige kath. Seelsorge
191	Tiefenbach	10219	4285	D. Trier		Priester	1798 Celebret für Neuengrün, Feb. 1800 Anzeige des Pfarrers von Neuengrün, Verteidigung durch Gemeinde, bekommt weitere Erlaubnis, 5. Okt. 1801 neue Anzeige des Pfarrers, 11. Okt. 1801 muss abreisen
192	Tortoir	--	4305	Valenciennes		Karmelitenprior	8. Sept. 1796 Erlaubnis für Kulmbach, 28. Okt. 1796 lebt in Kulmbach von eigenen Mitteln
193	de Vallée, Alexis Hyacin	--	4382	Nancy		Priester	Ab 1793 in Bayern, ab 1796 in Passau, 1798 weiterer Aufenthalt in Bamberg (Akt verloren), später Altötting
194	Vandernaessen, Alexander	--	--	Lüttich		Zahnarzt	22. Mai 1799 Erlaubnis für Bamberg
195	Vandevallé	10449	4393			Augustiner	1796 Kommorant in Trunstadt, Kaplanei Staffelbach, ab 1798 in München
196	Vanier (mit Tochter)	--	4395	Valenciennes		Postdirektor	Ansuchen für Erlaubnis in Bamberg beim Bamberger Postmeister für den Winter 1794/95, Bitte der Regierung an FB um Entschließung 11. Okt. 1794, 13. Okt. 1794 Erlaubnis für Winter allerdings nur widerruflich

197	de la Varenne Comte	--	4404	Paris	Offizier, Capitaine chef der 4. Kompanie der Armée Condé und Colonel im Stab des Prince de Condé	1794/95 in Augsburg, 25. Okt. 1795 will in Bamberg eine Spitzenfabrik eröffnen, 15. Jan. 1796 genehmigt, weil schon Haus gemietet, 24. Jan. 1796; er darf keine Auswärtigen einstellen, erhält nicht die erbetene Freiheit für Holz, Licht und Quartier, 18. Juli 1796 neues Gesuch in Augsburg abgelehnt, wegen Krankheit Aufenthalt bis 1798 verlängert, seit Okt. 1796 in preußischen. Landen, Arrest in Bayreuth	
198	Varon	--	4414		Priester	24. Aug. 1796 Erlaubnis in Kulmbach	
199	Vassellier	--	4422		Priester	1796 Bamberg (Akt verloren)	
200	de Veau	--	4445	Conflans bei Paris	Curé	24. Aug. 1796 von Bayreuth nach Kulmbach, Erlaubnis auf einige Zeit, 28. Okt. 1796 in Kulmbach	
201	Vendevois de Gallebois (Verdevoir)	--	4453	Tourmai		15. Nov. 1794 Erlaubnis für Bamberg, da im Besitz eines Passes aus den Österreichischen Niederlanden	
202	de Wal de Baronville Baronin, geb. De Waalmont (mit Mutter, Schwester, geistlicher Bruder)	--	4549	D. Lüttich		16/18. Nov. 1794 Erlaubnis in Bamberg, da sie sich in Würzburg durch Vertrauensmann legitimierten kann	

203	Waterloot, Jean B.	--	4568	St-Omer		Priester	4. Nov. 1796 fast 2 Jahre Hauslehrer bei den v. Brockdorff in Schney, 8. Nov. 1796 Celebret für Schney	
204	Woirhaye, Joh. Bapt. (Woirhage)	--	4601	Fleury, D. Trier		Pfarrer	29. Sept. 1796 Gesuch in Bamberg, 10./12. Nov. 1796 Erlaubnis, weil als Luxemburger eigentlich Deutscher und mit Vermögen	
Personen ohne namentliche Nennung								
205	7 Nonnen	--	--			Klarissen	im hiesigen Kloster, 1798	nach Wien berufen
206	2 Nonnen	--	--			Klarissen	im hiesigen Kloster, 1795	
207	4 Säkular-kanoniker	--	--			Priester	im Dominikanerkloster, 1794	
208	1 Säkular-kanoniker	--	--			Priester	Celebret für Nurn 1800	
209	1 weltlicher Emigrant aus Frankreich	--	--				wendet sich im Mai 1795 direkt an Rat Stauffenberg, Bitte um Aufnahme ins Krankenhaus	

204	namentlich erfasste Personen
49	mitreisende Personen
15	nur zahlenmäßig bekannte Personen(-gruppen)
<hr/>	
	= 268 Personen
	Akt verloren: 36 Personen

# 11. Anhang

## 11.1 Archivalien

### **Staatsarchiv Bamberg (StABa)**

Bestand „Geheime Kanzlei“

Statthaltereyacta (1795/96): 1055, 1056

Regierungsprotokolle (1793–1802): 1215, 1216, 1217, 1218, 1219, 1220, 1221, 1222, 1223 (1,2), 1224, 1225, 1226, 1227, 1228, 1229, 1230, 1231, 1232, 1233, 1235, 1236, 1237, 1238, 1239, 1240, 1241, 1242, 1243, 1244, 1245

Hofkammerakten (1795–1801): 1436, 1439, 1440, 1442, 1446, 1449, 1452, 1454

Universitätsacta (1793–1802): 1666, 1667

Vicariatsacta (1794–1802): 1725, 1726, 1727, 1728, 1729, 1730, 1731, 1732, 1733, 1734, 1735, 1736, 1737

Gesundheitswesen: 1818

Bamberg, Vizedomacten (1791–1802): 1841

Forchheim, Stadtverwaltung (1686–1798): 1848

B 130 Schulenkommision, engerer akademischer Senat, Universität Bamberg:

24: Die Rangordnung des Professors der fremden Sprachen G. Gley und Einsendung des Universitätspersonals wegen Einrückung im Staatskalender betreffend, 1795

44: Die eingeschickten Tabellen von dem sämtlichen Universitätspersonale und ihren Dienstertrag betreffend, 1802

G 35 Hornsche Annalen (Zettelkatalog) aus dem Nachlass des Freiherrn Marschalk von Ostheim: 1795–1796, 1796–1800, 1800–1804, 1805–1808, 1809–1811, 1812–1813, 1830–1831

K 532 Kaiser-Heinrich-Gymnasium Bamberg:

61: Personalien Fasc. I 1804–1852

96: Personal-Akte Freiherr Franz Urban de Coppin

KDK-Präsidium: 9488

Bayreuther Regierung:

- 4354: Die Verhinderung der Verbreitung franzoesischer aufrührerischer Schriften betreffend 1790
- 4355: Die Anheftung einer aufrührerischen Schrift in Bayreuth 1794

Oberland, Kreisdirektorium Kulmbach:

- 1406: Aufnahme fremder Personen, Flüchtlingen und Emigranten, dann die hierüber zu führende und einzusendende Liste betreffend 1792, 1794, 1795, 1796, 1803, 1805
- 1407: Acta die ankommenden Fremden und Irrländig Ausgewanderte betreffend 1798, 1803, 1812
- 1408: Acta die einzusendenden Liste über die französisch. Emigranten betreffend 1798, 1799, 1800

### **Stadtarchiv Bamberg (StadtABa)**

B 3 Nebengerichte:

- 126: Dekret an das Gericht St. Gangolf. Die Feststellung der Zahl der aus Frankreich, den Niederlanden und vom Rheinstrom zugezogenen Personen, 1794
- 130: Dekret an das Gericht St. Gangolf über geheime Aufsicht auf Fremde
- 146: Gemeinderechnung St. Gangolf 1802

C 3 Stadtschulenkommission und Pensionsanstalt für Lehrerwitwen und -waisen:

- 199: Stadtschulenkommission: Individuen, welche in Frankreich gebürtig und in bayerischen Zivildiensten angestellt sind, 1811

C 26 Verwaltung der einzelnen Stiftungen:

- 683: Aufnahme eines emigrierten belgischen Geistlichen aus der Diözese Tournay, 1794
- 684: Aufnahme ins Krankenspital und Behandlung des franz. Emigranten Baron von Poterie auf Kosten des Hanauer Handelsmannes Bouliaude, für den der Gastwirt zum Weißen Kreuz, Franz Speth, Bürgschaft übernimmt, 1796
- 701: 1. Erstattung von Versorgungskosten für die im September 1796 dem Krankenspital zugewiesenen Kranken der kaiserlichen Reichsarmee aus der

- Kriegskasse, 2. Überweisung der genesenen französischen Kriegsgefangenen in Krankenspital zum Weitertransport nach Frankfurt und zur Auslieferung an den Feind, 1796/97
- 703: Manual über Ausgaben für französische Kranke und verwundete Kriegsgefangene und kaiserlicher Soldaten, 1801
- 789: St. Getreu. Aufnahme von Wahnsinnigen in die Irrenanstalt, 2) unbekannter Franzose, 1805–07

### **Archiv des historischen Vereins Bamberg im Stadtarchiv Bamberg**

D 3001 Rep. 3:

- 843 (1,2,3): Senatsprotokolle 1799–1800
- 930 (1,2,3,4): Christoph Franz von Buseck 1795–1797
- 934 (1,2,3,4): Franz Ludwig von Erthal 1779–1795
- 979: Französischer Einfall, 1796
- 1019 (1,2,3): Revolution und Napoleonische Kriege; 1799–1812
- 1023: Revolution und Napoleonische Kriege, Kontribution 1800
- 1076: Pfarrvisitationen, 1796
- 1099: Bambergensia 1790–92
- 1100: Bambergensia 1793
- 1101: Bambergensia 1794
- 1101 a (1,2): Bambergensia 1795
- 1101 b: Bambergensia 1796
- 1101 c (1,2,3): Französischer Einfall 1796
- 1102: Bambergensia 1797
- 1103: Bambergensia 1798
- 1104: Bambergensia 1799
- 1105: Bambergensia 1800
- 1106–1107: Bambergensia 1801/02
- 1108: Bambergensia 1803
- 1212: Französische Emigranten
- 1349 (2,3,4,5,6): Obereinnahme 1546–1802
- 1574 (1,2,3): Geistliche Regierung 1789



D 3001 NL Ditterich:

- 68: Französische Besetzung Forchheims: Beschlagnahmen, landesherrliche Anordnungen, geistliche Emigranten aus Frankreich u. a.; 1792–96
- 69: Österreichische Truppen in Forchheim
- 70: Französische Besetzung Forchheims: Französische Befehle, Requisitionen und sonstige Anordnungen

### **Archiv des Erzbistums Bamberg (AEB)**

Rep. I ("Schlund"):

Vikariatsprotokolle (1794–1801): 914, 917, 918, 920, 922, 924, 926, 927, 928a, 928b

Testamente:

- 1295: Pierre Francois Oger, Frankreich
- 1300: Graf von Wiltz, Prag
- 1301: ohne Testament verlebte Kleriker 1800–1806
- 1310: *Liber Mortuorum*

Pfarrakten:

- 52: St. Gangolf
- 287,288: Kleukheim
- 295: Kronach
- 347: Modschiedel

Universität:

A 440

## 11.2 Literaturverzeichnis

ALLMEYER-BECK, Johann Christoph, Karl, Erzherzog von Österreich, in: NDB 11, Berlin 1977, S. 242f.

VON ARETIN, Karl Otmar, Das Alte Reich 1648–1806, Bd. 3. Das Reich und der österreichisch-preußische Dualismus (1745–1806), Stuttgart 1997.

ANDREY, Georges, Les émigrés français dans le canton de Fribourg (1789–1815) (Archives de la société d'histoire du canton de Fribourg 21), Fribourg 1972.

BADE, Klaus J.: Homo Migrans. Wanderungen aus und nach Deutschland. Erfahrungen und Fragen, Essen 1994.

— Sozialhistorische Migrationsforschung (Studien zur historischen Migrationsforschung 13), Osnabrück 2004.

BÄHR, Jürgen, Bevölkerungsgeographie, Stuttgart 2004.

BAUERNFEIND, Martina, Waldenser, Deutsch-Reformierte, Salzburger Exulanten und französische Emigranten. Erlangen als Fluchtpunkt verfolgter Minderheiten, in: Das Himmelreich zu Erlangen – offen aus Tradition? Aus 1000 Jahren Bamberger Bistumsgeschichte, hrsg. v. Andreas JAKOB et al., Erlangen 2007, S. 122–131.

BAUMGÄRTEL-FLEISCHMANN, Renate, Liber Mortuorum von 1745, in: Ein Leben für den Bamberger Dom. Das Wirken des Subkustos Graff (1682–1749), hrsg. v. Renate BAUMGÄRTEL-FLEISCHMANN, Bamberg 1999, S. 46–48.

BELLENGER, Dominic, The French exiled clergy in the British Isles after 1789, Bath 1986.

BERBIG, Hans Joachim, Das kaiserliche Hochstift Bamberg und das Heilige Römische Reich vom Westfälischen Frieden bis zur Säkularisation (Beiträge zur Geschichte der Reichskirche in der Neuzeit 5/6), Wiesbaden 1976.

BERDING, Helmut/FRANÇOIS, Etienne/ULLMANN, Hans-Peter (Hrsg.), Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution, Frankfurt 1989.

BISCHOFF, Johannes, Erlangen 1790 bis 1818. Studien zu einer Zeit steten Wandels und zum Ende der „Französischen Kolonie“, in: Erlangen. Von der Strumpfer- zur Siemens-Stadt. Beiträge zur Geschichte Erlangens vom 18. zum 20. Jahrhundert, hrsg. v. Jürgen SANDWEG, Erlangen 1982, S. 59–126.

BISKUP, Thomas, German court and French Revolution: émigrés and the Brunswick court around 1800, in: Francia 34/2 (2007), S. 61–89.

BRANDMÜLLER, Walter, Das Tagebuch des Erlanger Kuraten Dr. Ludwig Busch aus den Jahren 1793–1801, in: BHVB 99 (1963), S. 317–357.

de CASTRIES, Duc, Les hommes de l'émigraion 1789–1814, Paris 1979.

CHAUVIN, Charles, Le Clergé à l'épreuve de la Révolution (1789–1799), Paris 1989.

CHRIST, Günter, Das Hochstift Bamberg und die Aufklärung, in: Katholische Aufklärung – Aufklärung im katholischen Deutschland, hrsg. v. Harm KLUETING, Hamburg 1993, S. 369–409.

de CONTADES, Gérard (Ed.), Jounal d'un fourrier de l'armée de Condé: Jacques de Thiboult du Puisact, Paris 1882.

DENGLER-SCHREIBER, Karin, Kleine Bamberger Stadtgeschichte, Regensburg 2006.

de DIESBACH, Ghislain, Histoire de l'émigration 1789–1814, Paris 2007 [Reprint der Ausgabe Paris 1998].

DIEZINGER, Sabine, Französische Emigranten und Flüchtlinge in der Markgrafschaft Baden 1789–1800 (Europäische Hochschulschriften 500), Frankfurt am Main 1991, zugl. Diss. Mannheim 1991.

DÖLEMEYER, Barbara, Die Hugenotten, Stuttgart 2006.

DUMONT, Franz, Mainz und die Französische Revolution, in: Deutschland und die französische Revolution, hrsg. v. Jürgen VOSS, München 1983, S. 132–148.

ELSCHENBROICH, Adalbert, Adalbert von Chamisso, in: NDB 3, Berlin 1957, S. 190–192.

ENDRES, Rudolf, Territoriale Veränderungen, Neugestaltung und Eingliederung Frankens in Bayern, in: Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 3, 1. Geschichte Frankens bis zum Ausgang 18. Jahrhunderts, hrsg. v. Andreas KRAUS, München 1997, S. 517–526.

ESPAGNE, Michel, Les transferts culturels franco-allemands, Paris 1999.

FISCHER, Ivo, Eine Priesterhilfe in Franken am ausgehenden 18. Jahrhundert, in: Würzburger Diözesangeschichtsblätter 1 (1933), S. 38–55.

FLURSCHÜTZ, Hildegunde, Die Verwaltung des Hochstifts Würzburgs unter Franz Ludwig von Erthal (1779–1795) (Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte Reihe X, Darstellungen aus der fränkischen Geschichte 19), Würzburg 1965.

FRANZ, Eckhard, Ludwig I. (Großherzog von Hessen), in: NDB 15, Berlin 1987, S. 395f.

FRÜHMORGEN, Karlheinz, Entstehung und Besonderheiten der neuen Diözesangrenze zwischen Bamberg und Würzburg, in: BHVB 99 (1963), S. 359–404.

GRANDJONC, Jacques, Deutsche Emigranten in Frankreich, französische Emigranten in Deutschland 1685–1945. Eine Ausstellung des französischen Außenministeriums in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut Paris, Paris 1984.

GREER, Donald, The incidence of the emigration during the French Revolution, Gloucester 1966 [Reprint der Ausgabe von 1951].

HÄBERLEIN, Mark, Der Fall d'Angelis. Handelspraktiken, Kreditbeziehungen und geschäftliches Scheitern in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Bamberg in der Frühen Neuzeit, hrsg. v. Mark HÄBERLEIN et al. (BHS 1), Bamberg 2008, S. 173–198.

HAUSHERR, Hans/Bußmann, Walter, Carl August von Hardenberg, in: NDB 7, Berlin 1966, S. 658–663.

HEINEBERG, Heinz, Einführung in die Anthropogeographie/Humangeographie, Paderborn 2004.

HEMLL, Stefan, Franzosen gegen Österreicher in Bayern 1796, Sulzbach-Rosenberg 1996.

HEMPELMANN, Franz, Die Emigranten und die französische Revolution in den Jahren 1789–1792, Diss. Hamburg 1935.

HENKE, Christian, Coblenz – Symbol für die Gegenrevolution. Die französische Emigration nach Koblenz und Kurtrier 1789–1792 und die politische Diskussion des revolutionären Frankreichs 1791–1794 (Beihefte der Francia 47), Diss. Stuttgart 2000.

– Coblenz: Realität und symbolische Wirkung eines Emigrantenzentrums, in: *Révolutionnaires et Emigrés. Transfer und Migration zwischen Frankreich 1789–1806*, hrsg. v. Daniel SCHÖNPFLUG/Jürgen VOSS, Stuttgart 2002, S. 163–182.

HERRMANN, Erwin, Gesellschaft und Wirtschaft, in: *Oberfranken in der Neuzeit bis zum Ende des Alten Reiches*, hrsg. v. Elisabeth ROTH, Bayreuth 1984, S. 83–148.

HOHENBERGER, Karl, Französische und niederländische Emigranten in Fürth (Sonderdruck aus dem 1. Heft der *Blätter für fränkische Familienkunde*), Nürnberg 1928.

HÖPEL, Thomas, Emigranten der Französischen Revolution in Preußen (1789–1806). Eine Studie in vergleichender Perspektive (*Deutsch-französische Kulturbibliothek* 17), Diss. Leipzig 2000.

– Französische Emigranten in Preußen und Sachsen. Umgang mit Immigranten als Indikator für den Standort einer Gesellschaft im ausgehenden 18. Jahrhundert, in: *Réfugiés und Emigrés. Migration zwischen Frankreich und Deutschland im 18. Jahrhundert*, hrsg. v. Thomas HÖPEL/Katharina MIDDELL (*Comparativ* 5/6), Leipzig 1997, S. 193–208.

- Emigranten der Französischen Revolution in Preußen und Sachsen, in: *Révolutionnaires et Emigrés. Transfer und Migration zwischen Frankreich 1789–1806*, hrsg. v. Daniel SCHÖNPFLUG/Jürgen VOSS, Stuttgart 2002, S. 193–220.
  - Kulturtransfer im Vergleich. Revolutionsemigranten in Preußen und Sachsen an der Wende zum 19. Jahrhundert, in: *Übergänge und Verflechtungen. Kulturelle Transfers in Europa*, hrsg. v. Gregor KOKORZ/Helga MITTERBAUER (Wechselwirkungen 7), Bern u. a. 2004, S. 23–46.
  - Migration und Begegnung, in: *Passage Frankreich – Sachsen. Kulturgeschichte einer Beziehung 1700 bis 2000*, Bd. 2, hrsg. v. Sächsisches Staatsministerium des Innern, Halle/S. 2004, S. 25–31.
- JUHL, Alfred, Augsburg und die französischen Emigranten der Revolutionszeit vom Beginn der Französischen Revolution bis zum Frieden von Campo Formio, in: *Berichte des Holbein-Gymnasiums Augsburg*, Schuljahr 1967/68, Augsburg o. J., S. 48–107.
- KESTLER, Stefan, Franzoseneinfall und „Franzosenzeit“ in Franken 1796–1815. Ein Überblick unter Berücksichtigung des Hochstifts Bamberg (Heimatbeilage zum Amtlichen Schulanzeiger des Regierungsbezirks Oberfranken), Bayreuth 1996.
- Das Ende des Hochstifts Bamberg – Franzosen und Bayern in Forchheim, in: *Forchheim in Geschichte und Gegenwart. Beiträge aus Anlass der 1200-Jahr-Feier*, hrsg. v. Hermann AMMON, Bamberg 2004, S. 211–216.
- KIST, Johannes, Franz Ludwig von Würzburg, in: *NDB* 5, Berlin 1961, S. 371f.
- KLINGEBIEL, Thomas, Migrationen im frühneuzeitlichen Europa: Anmerkungen und Überlegungen zur Typologiediskussion, in: *Réfugiés und Emigrés. Migration zwischen Frankreich und Deutschland im 18. Jahrhundert*, hrsg. v. Thomas HÖPEL/Katharina MIDDELL (Comparativ 5/6), Leipzig 1997, S. 23–38.
- KRUSE, Elisabeth, Die Emigranten der Französischen Revolution in Kurhannover (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens 104), Hannover 1990.
- LAUSBERG, Michael, Hugenotten in Deutschland. Die Einwanderung von französischen Glaubensflüchtlingen, Marburg 2007.
- LEE, Everett S., A Theory of Migration, in: *Demography* 3, Nr. 1 (1966), S. 47–57.
- LIEB, Johannes, Memento Fratrum. Kalendarium der in den Jahren 1800–1931 verstorbenen Priester der Erzdiözese Bamberg, Bamberg 1931.
- MARION, M., Les fugitifs Alsaciens sous la Révolution, in: *Révue des questions Historiques* 142 (1923), S. 210–228.

MICHAUD jr., Gley, l'abbé Gérard, in: *Biographie universelle ancienne et moderne* Vol. 16, Paris o. J., S. 634–636.

MOSE, Arnulf, *Die französische Emigrantenkolonie in Konstanz während der Revolution 1792–1799* (Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen 21), Sigmaringen 1975.

MÜNCHHOFF, Ursula, René Pierre Doignon. Ein französischer Emigrant in Erlangen (1795–1838), in: *Erlanger Bausteine zur fränkischen Heimatforschung* 38 (1990), S. 119–146.

OSWALD, Sigrid, *Migrationssoziologie*, Konstanz 2007.

PAILLOT, Pierre-Hippolyte-Léopold, „Zuflucht Rhein/Ruhr“. *Tagebuch eines Emigranten*, Essen 1988.

PAPP, Elisabeth, *Die Anfänge der Presse in Bamberg (bis zur Säkularisation)*, Würzburg 1940.

PAULER-von HOFER, Irene, *Personalbiographien der Professoren an der Philosophischen Fakultät der Academia Ottoniana und Universitas Ottoniano-Fridericiana Bambergensis von 1646–1664 und 1770–1803*, Diss. Erlangen 1971.

PAWLIK, Maria, *Emigranten der Französischen Revolution in Österreich. (1789–1814)*, in: *MIÖG* 77 (1969), S. 78–127.

PIERRE, Victor, *Le clergé français en Allemagne pendant la Révolution*, in: *Révue des questions historiques* Paris (1898), S. 148–184.

PINASSEAU, Jean, *L'Emigration militaire. Campagne de 1792. Armée royale*, Vol. 1, Paris 1957.

RAVENSTEIN, Ernst Georg, *The laws of migration*, in: *Journal of the Royal Statistical Society* 48/2 (1895), S. 167–227.

REITHMEIER, Jakob, *Die Emigranten in Regensburg*, in: *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland* 146 (1910), S. 700ff.

REUSS, Rodolphe, *La grande fuite de décembre 1793 et la situation politique et religieuse du Bas-Rhin de 1794–1799*, Strasbourg 1924.

RITZLER, Remigius et al., *Petrus Ludovicus Leysin, Erzbischof von Embrun*, in: *Hierarchia catholica medii et recentioris aevi*, Volumen VI (1730–1799), Padua 1958, S. 203, Anm. 3.

— Cornelius Franciscus de Nelis, *Bischof von Antwerpen*, in: *Hierarchia catholica medii et recentioris aevi*, Volumen VI (1730–1799), Padua 1958, S. 90, Anm. 7.

— Petrus Josephus Perreau, *Titularbischof von Tricomia*, in: *Hierarchia catholica medii et recentioris aevi*, Volumen VI (1730–1799), Padua, S. 416, Anm. 7.

RUBINSTEIN, Nina, *Die französische Emigration nach 1789. Ein Beitrag zur Soziologie der politischen Emigration* (Bibliothek sozialwissenschaftlicher Emigranten 6), Graz/Wien 2000.

RUPPRECHT, Klaus, Die Geheime Kanzlei des Hochstifts Bamberg zur Zeit des Fürstbischof Lothar Franz von Schönborn, in: BHVB 143 (2007), S. 439–455.

de SAINT-GERVAIS, Antoine, Histoire des émigrés français depuis 1789 jusqu'en 1728, Paris 1828.

SANDER, Paul: Französische Emigranten in Deutschland. Untersuchungen über die politische Tätigkeit und das tägliche Leben der Emigranten im Rheinland und im Herzogtume Braunschweig-Wolfenbüttel, Diss. Braunschweig 1939.

SANDER, N.N., Charles de Villers, in: ADB 39, Leipzig 1895, S. 708–714.

SCHELLENBERGER, Augustin Andreas, Der Franzoseneinfall vom August 1796 in Bamberg (aus dem Lateinischen übersetzt von Hans Hollfelder), in: BHVB 117 (1981), S. 205–232.

SCHERER, Wilhelm, Die französische Emigrantenkongregation zur heiligen Einsamkeit, in: Die Oberpfalz 13 (1919), S. 149ff.

SCHMELLER, Johann Andreas, Heliand poema saxonicum seculi noni, München/Stuttgart 1830.

SCHNEIDER, Erich, Revolutionserlebnis und Frankreichbild zur Zeit des ersten Koalitionskriegs (1792–1795) (avec résumé français), in: Francia 8 (1980), S. 277–394.

SCHÖLER, Eugen, Emigranten der Französischen Revolution in Franken (Sonderdruck Nr. 4 des Vereins der Freunde Triesdorf und Umgebung e.V.), Triesdorf 1990.

SCHÖNPFLUG, Daniel, Französische Revolutionsflüchtlinge in Europa nach 1789 (Beispiel Deutschland), in: Enzyklopädie der Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, hrsg. v. Klaus J. BADE et al., Paderborn 2007, S. 587–591.

SCHREIBER, Rudolf, August Damian Phillip Karl Graf von Limburg-Stirum, in: NDB 1, Berlin 1953, S. 450f.

SCHRÖDER, Konrad, Gley, Gerhard, in: Biographisch-bibliographisches Lexikon der Fremdsprachenlehrer, Augsburg 1989, S. 139f.

SCHULIN, Ernst, Die Französische Revolution, München 1988.

SEIDERER, Georg, Johann Andreas Georg Friedrich v. Rebmann, in: NDB 21, Berlin 2002, S. 226–228.

SOSENHEIMER, Maria Anna, Georg Friedrich Rebmann und das Problem der Revolution. Revolutionserfahrungen, Revolutionsinterpretationen und Revolutionspläne eines deutschen Republikaners (Europäische Hochschulschriften 368), Frankfurt am Main 1988.

SPÖRLEIN, Bernhard, Die ältere Universität Bamberg (1648–1803), Studien zur Institutionen- und Sozialgeschichte (Spektrum Kulturwissenschaften 7), 2 Bde., Berlin 2004, zugl. Diss. Frankfurt/O. 2003.

SPRENKE, G. M., Franz Ludwig aus dem freiherrlichen Geschlechte von und zu Erthal. Von 1779 bis 1795 Fürstbischof zu Bamberg und Würzburg, und in Franken Herzog, eine vaterländische Geschichte, Würzburg 1826.

SPRUNCK, Alfons, Die französischen Emigranten im Kurfürstentum Trier, in: Kurtrierisches Jahrbuch 6 (1966), S. 133–142.

SUTTNER, N.N., Die emigrierten französischen Priester im Bistum Eichstätt, in: Pastoralblatt des Bistums Eichstätt 23 (1876), S. 157–209.

SZÉLL, György (Hrsg.), Regionale Mobilität. Texte von Ravenstein, Lee, Petersen, Andrea, Geyer, Termote, Bogue, Pourcher, Adebahr, Marié, Rodrigues dos Santos (Nymphenburger Texte zur Wissenschaft 10), München 1972.

von TANNENBERG, Georg, Beobachtungen ohne Brille über die Säcularisation der geistlichen Bisthümer und Besitzungen, besonders in Hinsicht auf die Bisthümer in Franken Würzburg und Bamberg, Frankfurt 1803.

URBAN, Josef, Franz Ludwig von Erthal als Bischof von Bamberg, in: Franz Ludwig von Erthal. Fürstbischof von Bamberg und Würzburg, hrsg. v. Renate BAUMGÄRTEL-FLEISCHMANN, Bamberg 1995, S. 66–76.

– Bamberg wird Erzbistum, in: Das Bayerische Konkordat 1817, hrsg. v. Hans AMMERICH, Weißenhorn 2000, S. 49–78.

– Säkularisation 1802/03 – Das Ende von Hochstift und Fürstbistum, in: 1000 Jahre Bistum Bamberg (1007–2007), hrsg. v. Luitgar GÖLLER, Passau 2007, S. 288–297.

– Ecclesia Erlangensis catholica – Kirchliches Leben und sein Niederschlag in den schriftlichen Dokumenten, in: Archive in Bayern 4 (2008), S. 159–177.

VEDDELER, Peter, Französische Emigranten in Westfalen 1792–1802 (Veröffentlichungen der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, 28). Münster 1989.

– Französische Revolutionsflüchtlinge in Westfalen 1792–1802. Emigrantenpolitik zwischen Vorurteil und Solidarität, in: Réfugiés und Emigrés. Migration zwischen Frankreich und Deutschland im 18. Jahrhundert, hrsg. v. Thomas HÖPEL/Katharina MIDDELL (Comparativ 5/6), Leipzig 1997, S. 179–192.

– Französische Revolutionsflüchtlinge in Westfalen während der Jahre 1792–1802, in: Révolutionnaires et Emigrés. Transfer und Migration zwischen Frankreich 1789–1806, hrsg. v. Daniel SCHÖNPFUG/Jürgen VOSS, Stuttgart 2002, S. 183–192.



VOEGT, Hedwig/GREILING, Werner/RITSCHEL, Wolfgang (Hrsg.), Georg Friedrich Rebmann. Werke und Briefe in drei Bänden, Berlin 1990.

VOGT, Gerald: Catharinenlehen und Cajenne. Migration aus dem Hochstift Bamberg unter Adam Friedrich von Seinsheim, in: Bamberg in der Frühen Neuzeit, hrsg. v. Mark HÄBERLEIN et al. (BHS 1), Bamberg 2008, S. 199–221.

VOSS, Jürgen, Deutsch-französische Beziehungen im Spannungsfeld von Absolutismus, Aufklärung und Revolution (Pariser historische Studien 36), Bonn 1992.

WACHTER, Friedrich, General-Personal-Schematismus der Erzdiözese Bamberg, Bamberg 1907.

WADLE, Elmar/SAUDER, Gerhard (Hrsg.), Georg Friedrich Rebmann (Schriften der Siebenpfeiffer-Stiftung 4), Sigmaringen 1997.

WEIS, Eberhard: Pfalz-Bayern, Zweibrücken und die Französische Revolution, in: Deutschland und die französische Revolution, hrsg. v. Jürgen Voss (Beihefte der Francia 12), München 1983, S. 118–131.

WEISS, Dieter J., Reform und Modernisierung. Die Verwaltung des Bistums Bamberg in der Frühen Neuzeit, in: BHVB 134 (1998), S. 165–187.

— Die Vorzeichen der Säkularisation. Auf dem Weg vom Hochstift zur Diözese Bamberg, in: Bamberg wird bayerisch. Die Säkularisation des Hochstifts Bamberg 1802/1803, hrsg. v. Renate BAUMGÄRTEL-FLEISCHMANN, Bamberg 2003, S. 9–20.

WEISS, Wolfgang, Übergang an Bayern (1795–1814), in: Geschichte der Stadt Würzburg, Bd. 2: Vom Bauernkrieg 1525 bis zum Übergang an Bayern 1814, hrsg. v. Ulrich WAGNER, Würzburg 2001, S. 208–213.

WILLMS, Johannes, Napoleon. Eine Biographie, München 2005.

WIRTH, Christian, Der Jurist Johann Andreas Georg Friedrich Rebmann zwischen Revolution und Restauration (Rechtshistorische Reihe 144), Frankfurt am Main 1996.

WÜHR, Wilhelm, Der Bayreuther Prozess gegen die gegenrevolutionäre Agentur Ludwigs XVIII. von Frankreich 1801–1804 (Sonderdruck der ZBLG), München 1937.

— Die Emigranten der Französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis mit einem Verzeichnis aller im Gebiet des rechtsrheinischen Bayerns festgestellten Emigranten (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 27), Aalen 1974 [Reprint der Ausgabe München 1938].

— Französische Emigrantenpresse in Regensburg, in: Verhandlungen des Historischen Vereins von Oberpfalz und Regensburg 92 (1951), S. 195–204.

— Emigranten der Französischen Revolution im Kurfürstentum Mainz, in: Aschaffener Jahrbuch für Geschichte, Landeskunde und Kunst des Untermaingebietes 2 (1955), S. 61–97.

WURZBACH, Constant von, Joseph Heinrich Graf von Schlick, in: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich 30, Wien 1875, S. 112f.

WÜST, Wolfgang, Das Hochstift Bamberg als regionale frühmoderne Territorialmacht. Charakteristika eines geistlichen Staates in Franken, in: BHVB 143 (2007), S. 281–308.

ZIMMERMANN, Harro, Die Emigranten der französischen Revolution in der deutschen Erzählliteratur und Publizistik um 1800 (avec résumé français), in: Francia 12 (1984), S. 305–354.

## Internetquellen

<http://www.imis.uni-osnabrueck.de/> (1. Juni 2010)

<http://www.wiso.rwth-aachen.de/ghm/> (1. Juni 2010)

<http://www.uni-stuttgart.de/histakhm/index.html/> (1. Juni 2010)

<http://db.saur.de/WBIS/> (1. Juni 2010)

[http://www.hs-augsburg.de/~harsch/germanica/Chronologie/09Jh/Heliand/hel\\_intr.html](http://www.hs-augsburg.de/~harsch/germanica/Chronologie/09Jh/Heliand/hel_intr.html)  
(1. Juni 2010)

## 11.3 Abkürzungsverzeichnis

a. a. O.	am angegebenen Ort
ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
AEB	Archiv des Erzbistums Bamberg
Anm.	Anmerkung
Bd., Bde.	Band, Bände
BHS	Bamberger Historische Studien
BHVB	Bericht des Historischen Vereins Bamberg
D.	Diözese
d. A.	der Autor
d. h.	das heißt
dt.	deutsch
Ed.	Editeur
F	Frankreich
FB	Fürstbischof
fl (fr., rh.)	Gulden (fränkisch, rheinisch)
geb.	geboren
gest.	gestorben
Hrsg.	Herausgeber
HRR	Heiliges Römisches Reich
ibid.	ibidem (ebenda)
i. e.	id est (das ist)
k. A.	keine Angaben
KDK	Kriegs- und Domänenkammer
k. k.	kaiserlich-königlich
MiÖG	Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung

NDB	Neue Deutsche Biographie
o. J.	ohne Jahr
o. O.	ohne Ort
S.	Seite
s.	siehe
StABa	Staatsarchiv Bamberg
StadtABa	Stadtarchiv Bamberg
vgl.	vergleiche
xr (fr.)	Kreuzer (fränkisch)
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte
zugl.	zugleich

## 11.4 Abbildungsnachweis

Abbildung 1 (S. 15) aus: Elmar WADLE & Gerhard SAUDER (Hrsg.), Georg Friedrich Rebmann, Sigmaringen 1997, S. 8.

Abbildung 2 (S. 36) aus: Everett S. LEE, A Theory of Migration, in: Demography 3, Nr. 1 (1966), S. 50.

Abbildung 3 (S. 59) aus: Renate BAUMGÄRTEL-FLEISCHMANN (Hrsg.), Franz Ludwig von Erthal. Fürstbischof von Bamberg und Würzburg, Bamberg 1995, Titel.

Abbildung 4 (S. 67) aus: Hans AMMERICH (Hrsg.), Das Bayerische Konkordat 1817, Weissenhorn 2000, S. 53.

Abbildung 5 (S. 93) aus: Hubert JEDIN, Atlas zur Kirchengeschichte. Die christlichen Kirchen in Geschichte und Gegenwart, Freiburg i. Br. 1970, S. 97.

Abbildung 6 (S. 125) aus: Elisabeth PAPP, Die Anfänge der Presse in Bamberg (bis zur Säkularisation), Würzburg 1940, S. 93.



## 12. Abstract

### **The French revolutionary emigrants in the Prince-bishopric and Diocese of Bamberg**

In the wake of 1789, revolutionary France lost a significant number of inhabitants through emigration towards adjacent realms such as the Netherlands, Spain, England and the Estates of the Holy Roman Empire. The historian Donald Greer, who researched the sociological composition of the *émigrés*, proposes a number of some 130.000 people (plus an estimated amount of 20.000 to 30.000 unnamed persons) having left France since July 1789. During the 1<sup>st</sup> Revolutionary War (1792–1797) many French emigrants abandoned their first exiles such as Turin, Trier and Koblenz, due to the continuing victories of the Revolutionary army on almost all fronts and arrived at more remote regions of the Empire. Within the Franconian Circle, the Prince-bishopric of Bamberg was a conceivable destination of emigration. Both prince-bishops in this period, Franz Ludwig von Erthal (1779–1795) and Christoph Franz von Buseck (1795–1802), enacted relatively strict regulations for emigrants moving in, in contrast to the permissive specifications in the nearby principalities of Brandenburg-Ansbach and Brandenburg-Bayreuth governed by Carl August von Hardenberg, the future foreign minister and *Staatskanzler* of Prussia. Regarding the emigration policy, it is important to distinguish between the orders put into force under Erthal's and under Buseck's rule: whereas the former generally disapproved of incoming refugees, allowing only a few exceptions, the latter often passed the responsibility for permission or rejection on to his princely government. Despite of all administrative limits and burdens, emigrated members of the clergy in particular sought admittance in the catholic Bamberg territory. This fact points to the importance of the confessional character of an Imperial Estate in the emigrants' choice of location; a proposition which can be verified by statistical indication: The vast majority of emigrants, *i.e.* members of the 2<sup>nd</sup> and 3<sup>rd</sup> estate, were drawn into the protestant and neutral Ansbach and Bayreuth territories, whereas clergyman preferably came to Bamberg with the exception of higher ranked prelates, who were constantly rejected by the governmental authorities. About 71 % of the emigrants in the prince-bishopric were clergymen. In addition to those who left France (in its borders of 1789), this study also includes individuals who fled from regions con-

quered by the Revolutionary army after 1792, such as the Austrian Netherlands and the Imperial Estates situated on the Rhine. Almost 270 emigrants, most of them by name, are attested in the Prince-bishopric of Bamberg between 1792 and 1802. They were normally staying in the residence town of Bamberg, whereas a smaller group of emigrants dispersed in rural districts of the prince-bishopric, especially during the region's short-term occupations by the French army in 1796 and 1800/01. The study makes clear that the revolutionary emigrants, most notably the clerics, were noticed by the government as political and religious refugees entitled to Christian solidarity as well as to material and financial benefits. Thus, the relation between government and prince-bishop was tense regarding the question of how to deal with the emigrants. While the rulers tended to confine their number, several members of the government argued for a broader support and cancellation of the rigorous restrictions. Some subjects from parishes, where emigrant priests said Mass and heard confession, even urged the prince-bishop to prolong residence permits for them as they had advanced to be highly-appreciated spiritual advisors. Nevertheless, individual emigrant priests could cause a destabilization of the social network within parishes by their sheer presence. Where such social disturbances occurred, emigrants were banished by the central authorities and consequently lost their subsistence. Compared to the outcome of the Huguenot emigration to the German states after 1685, which brought upturn through transfer of knowledge and skills as well as through entrepreneurial spirit, the French revolutionary emigration almost entirely lacked these economic effects. The reasons for this can be located in the temporally-limited character of the emigration and the comparatively smaller interest of the host society to take usage of the skills of those moving in. Both aspects appear valid for the Prince-bishopric of Bamberg. Only a small number of emigrants achieved a high level of integration, *e.g.* by working as language teachers and tutors whereby they gradually lost their status as refugees. The majority of the emigrants left the exile in Bamberg as soon as possible, at the latest in the wake of new restrictions adopted in 1802. The present study emphasises also an investigation in the (self-)perception of the *émigrés*, in their social interaction, cooperation patterns, acculturation processes as well as in the reconstruction of their *Lebenswelten* in Bamberg. A detailed prosopography of all emigrants attested by name in the Prince-bishopric and Diocese of Bamberg accompanies this study.



In den Jahren nach 1789 emigrierten zehntausende Menschen aller Stände aus dem revolutionsgeschüttelten Frankreich in benachbarte Staaten teils aus politischem Dissens, teils aus Angst um Leib und Leben. Unter den zahlreichen Territorien des Heiligen Römischen Reiches, in denen diese Emigranten Aufnahme fanden, war auch das Hochstift Bamberg.

Die vorliegende Studie nimmt die Geschichte der Revolutionsemigranten in Hochstift und Diözese Bamberg auf der Basis einer neuen Auswertung der Quellen in den Blick. Sie unterzieht die Emigrantenpolitik der Fürstbischöfe Franz Ludwig von Erthal (1779–1795) und Christoph Franz von Buseck (1795–1802) einer differenzierten Analyse, untersucht die Sozialstruktur der Emigranten und geht kulturellen Transferprozessen nach. Die konkrete Alltags- und Lebenswelt sowie die ambivalente Wahrnehmung durch die einheimische Bevölkerung werden anhand von Beispielen rekonstruiert. Detaillierte Daten zu über 260 archivalisch nachgewiesenen Emigranten sind in einem prosopographischen Anhang zusammengefasst.